

AT HOME IN
EUROPE



Muslims in Berlin



OPEN SOCIETY INSTITUTE

Muslims in Berlin

At Home in Europe Project



Open Society Institute

New York – London – Budapest

Publishing page

OPEN SOCIETY INSTITUTE

Október 6. Street 12.
H-1051 Budapest
Hungary

400 West 59th Street
New York, NY 10019
USA

OPEN SOCIETY FOUNDATION

100 Cambridge Grove
W6 0LE London
UK



TM a Copyright © 2010 Open Society Institute
Alle Rechte vorbehalten

AT HOME IN EUROPE PROJECT

ISBN Number: 978-1-936133-08-6

Website

www.soros.org/initiatives/home

Umschlagbild von Malte Jäger für das Open Society Institute

Umschlagsgestaltung von Ahlgrim Design Group

Layout von Q.E.D. Publishing

Gedruckt in Ungarn

Gedruckt auf CyclusOffset Papier, hergestellt aus 100% Recyclingmaterial.

Inhalt

Danksagung	5
Vorwort	7
Muslime in Berlin	9
Abkürzungsverzeichnis	16
Definitionen und Terminologie	18
Zusammenfassung	21
1. Einleitung	24
2. Bevölkerung und Demographie	40
3. Berlins Politischer Kontext	47
4. Alltagserfahrungen von Muslimen: Identität, Zugehörigkeit und Interaktion	53
5. Alltagserfahrungen von Muslimen: Bildung	69
6. Alltagserfahrungen von Muslimen: Arbeit und Beschäftigung	89
7. Alltagserfahrungen von Muslimen: Gesundheit und soziale Sicherheit	105
8. Alltagserfahrungen von Muslimen: Wohnungswesen	114
9. Alltagserfahrungen von Muslimen: Polizei und Sicherheit	121
10. Alltagserfahrungen von Muslimen: Teilhabe und Staatsbürgerschaft	131
11. Alltagserfahrungen von Muslimen: Die Rolle der Medien	144
12. Umgang mit den Bedürfnissen und Anliegen von Muslimen	153
13. Fazit	160
14. Empfehlungen	164
Anhang 1. Bibliographie und Websites	172
Anhang 2. Liste der interviewten Experten	186
Anhang 3. Im Forschungsprozess konsultierte Organisationen und Institutionen	188
Anhang 4. Tabellen und Abbildungen	191

OSI Aufgabe

Das Open Society Institute arbeitet mit am Aufbau dynamischer und toleranter Demokratien, deren Regierungen für ihre Bürger Verantwortung tragen.

Offene Gesellschaften sind gekennzeichnet durch Rechtsstaatlichkeit; Respekt für Menschenrechte, Minderheiten und Meinungsvielfalt; demokratisch gewählte Regierungen; Marktwirtschaften, in denen das Wirtschaftsleben von der Regierung getrennt ist; und eine Zivilgesellschaft, die hilft die Macht der Regierung unter Kontrolle zu halten.

Um unsere Ziele zu erreichen, versuchen wir politische Entwicklungen mitzugestalten, die gerechtere politische, rechtliche und wirtschaftliche Systeme gewährleisten und die Grundrechte schützen.

Wir setzen Initiativen in Gang um Gerechtigkeit, Bildung, öffentliche Gesundheit und unabhängige Medien zu befördern.

Wir schaffen Bündnisse über Grenzen und Kontinente hinweg, die gegen Korruption und für Informationsfreiheit eintreten. In seiner Arbeit in allen Teilen der Welt legt das Open Society Institute seine Priorität auf den Schutz und die Verbesserung der Lebensumstände von Menschen aus marginalisierten Gemeinschaften.

Danksagung

Dieser Städtebericht wurde als Teil der Monitoring-Reihe mit dem Titel „Muslime in Städten der EU“ verfasst. Diese Reihe konzentriert sich auf 11 Städte innerhalb der Europäischen Union, die jeweils sehr große muslimische Bevölkerungsgruppen aufweisen. Einzelne Stadtteile wurden jeweils detaillierter untersucht: Slotervaart in Amsterdam; Borgerhout in Antwerpen; Kreuzberg in Berlin; Nørrebro in Kopenhagen; Hamburg-Mitte in Hamburg; Evington in Spinney Hills, Stonegate in Leicester; 3. Arrondissement in Marseille; 18. Arrondissement in Paris; Feijenoord in Rotterdam; Järvaflätet in Stockholm; außerdem der Londoner Stadtteil Waltham Forest.

Das Projekt “At Home in Europe” des Open Society Institute (OSI) erstellte diesen Bericht in Zusammenarbeit mit lokal ansässigen Experten. Das At Home in Europe Projekt möchte folgende Person besonders würdigen und ihr für ihre dreijährige Forschungsarbeit und das Verfassen des Berichts danken:

Forscherin

Nina Mühe

Forscherin und Forschungskordinatorin
Europa-Universität Viadrina,
Frankfurt/Oder, Deutschland

Unter der Leitung von Nina Mühe war folgendes Team in Berlin für die Durchführung der Interviews zuständig: Zeycan Yesilkaya, Veronika Faiz, Patrick Härtel, Ufuk Topkara, Kathrin Klausning, Mohammad Imran Sagir, Fakra Fatnassi, Carolin Fischer, Sarah Hartmann, Eike Meyer. Zeycan Yesilkaya war zudem als Interviewerin für zwei Fokus Gruppen Gespräche in türkischer Sprache zuständig.

Wir danken Professor Werner Schiffauer von der Europa Universität Viadrina, Frankfurt (Oder) für die Revision der ersten Entwurfsfassung dieses Berichts. Prof. Schiffauer unterstützte die OSI-Studie in Berlin Kreuzberg während der gesamten Forschungsdauer, er wirkte am Hintergrundbericht zu Deutschland mit und brachte bis zur Veröffentlichung des Berichts seine Erfahrungen und sein Wissen über Muslime in Deutschland ein. Seine Unterstützung war von unschätzbarem Wert.

Im März 2009 veranstaltete das OSI in Berlin einen runden Tisch, um von Experten Kritik und Kommentare zum Entwurf des Berichts einzuholen. Wir danken den vielen Teilnehmern, die so großzügig Zeit und Wissen zur Verfügung gestellt haben. Dazu gehörten Vertreter von Minderheiten, zivilgesellschaftliche Organisationen, Vertreter der Politik und themenbezogene Experten. Wir danken auch den Mitarbeitern des British Council und der Muslimischen Akademie für die Organisation und Durchführung des runden Tisches. Besonderer Dank geht an Guido Jansen und Ailsa Murray vom Our Shared Europe Projekt des British Council sowie an Abdul Hadi Christian Hoffmann und Ingrid Fox von der Muslimischen Akademie, Riem Spielhaus, Forschungsbeauftrag-

te am Centre for European Islamic Thought der Universität Kopenhagen und Biplab Basu von Reach Out Berlin.

Wir möchten uns außerdem bei folgenden Personen und Organisationen für ihre wertvollen Beiträge bedanken, die sie in Diskussionen und Beratungen zu diesem Bericht geleistet haben:

- Nuran Yigit und den Mitarbeitern des Antidiskriminierungsnetzwerks des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg (ADNB des TBB)
- Sanchita Basu und dem Team von Reach Out Berlin
- Dr. Kerem Oktem, St. Antony's College der Universität Oxford

Wir danken auch all denen, die für Interviews mit dem OSI Communications department zur Verfügung standen.

Das "At Home in Europe" Projekt trägt die volle Verantwortung für den Inhalt des Berichts, inklusive eventueller Fehler oder Fehldarstellungen.

OSI Team Projekt „At Home in Europe“

Nazia Hussain (At Home in Europe Project)	<i>Leitung</i>
Tufyal Choudhury (At Home in Europe Project)	<i>Politikberatung</i>
Klaus Dik Nielsen (At Home in Europe Project)	<i>Lobbyarbeit</i>
Hélène Irving (At Home in Europe Project)	<i>Programmkoordination</i>
Andrea Gurubi Watterson (At Home in Europe Project)	<i>Programmleitung</i>
Csilla Tóth (At Home in Europe Project)	<i>Programmassistenz</i>
Katy Negrin	<i>Redaktionsberatung</i>

Vorwort

Ein zentrales Anliegen des Open Society Institute (OSI) ist die Gleichwertigkeit und Chancengleichheit aller Menschen in einer offenen Gesellschaft. Ziel der Arbeit des OSI ist zum einen die Verringerung der Diskriminierung, insbesondere der Schäden, die Minderheiten durch diskriminierende Behandlung erfahren haben. Ein weiteres Ziel ist die Sicherung der Chancengleichheit für alle durch ihre Einbeziehung in Regierungsprogramme für soziale Integration.

Das Projekt “At Home in Europe” des Open Society Institute konzentriert sich auf Monitoring- und Lobbyarbeit zur Untersuchung der Situation von Minderheiten in einem sich wandelnden Europa. Durch seine Forschungsarbeit und Interaktion mit Vertretern aus Politik und der Minderheiten selbst, deckt dieses Projekt Probleme bei der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Einbeziehung von Muslimen und anderen Randgruppen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene auf.

Ob Bürger oder Einwanderer, hier geboren oder neu zugewandert, Muslime stellen eine wachsende und vielseitige Bevölkerungsgruppe dar, die Europa mit einer seiner größten Herausforderungen konfrontiert: der Garantie gleicher Rechte in einem Klima von schnell anwachsender Vielfalt. Europa ist kein mono-kultureller und mono-religiöser Kontinent mehr – falls er das je war. Minderheiten und ihre Identitäten als Europäer sind ein wichtiger Bestandteil der politischen Agenda und des Diskurses.

Die Berichte über Muslime in EU-Städten im Rahmen des Projekts “At Home in Europe” untersuchen die unterschiedlichen politischen Strategien von Städten und Gemeinden bei deren Versuchen eines aktiven Einbezugs ihrer muslimischen Gemeinschaften und deren Bedürfnisse. Durch die Darstellung bewährter praktischer Umsetzungen in ausgewählten europäischen Städten sollen außerdem Art und Tiefe der Auseinandersetzung von Vertretern der Politik mit Muslimen und anderen Minderheiten aufgezeigt werden. Ein grundlegendes Thema ist die aktive Teilhabe muslimischer Gemeinschaften am Abbau von Diskriminierung. Eine andere wichtige Frage ist ob die Bedürfnisse spezifischer Gruppe individuell zugeschnittene Politikansätze rechtfertigen um Chancengleichheit zu erreichen.

Die Städteberichte schließen an die frühere Arbeit des OSI zum Minderheitenschutz an. Insbesondere das Überwachungs- und Lobbyprogramm der EU berichtet über die Situation von Muslimen in Frankreich, Italien und Großbritannien. Diese Studien machen den Bedarf an mehr Forschungsarbeit deutlich. Die wenigen bislang erhältlichen Daten über Europas muslimische Bevölkerung stützen sich auf Zensuskategorien wie ethnische Herkunft oder Herkunftsland. Der Mangel an präzisen Daten begrenzt das Potenzial für die Formulierung nuancierter und speziell zugeschnittener politischer Strategien für die wichtigsten Belange von Muslimen. Dies beeinflusst auch die Entwicklung sensibler und ganzheitlicher Inklusionspolitiken.

Die Berichtsreihe “At Home in Europe” beinhaltet einen Überblick sowie einzelne Berichte über 11 Städte in sieben europäischen Ländern. Die Auswahl der Städte

beruht auf einer 2006 durchgeführten Literaturanalyse, und berücksichtigt Faktoren wie Populationsgröße, Vielfalt und lokale politische Kontexte. Alle 11 Berichte wurden von Experten vor Ort verfasst und basieren zum Zweck der komparativen Analyse auf derselben Methodologie.

Jeder Städtebericht beinhaltet detaillierte Empfehlungen, um die Möglichkeiten einer vollständigen Teilhabe und Inklusion von Muslimen zu verbessern, ohne dass diese ihre kulturellen, sprachlichen, religiösen und andere für ihre Identitäten wichtigen Bräuche aufgeben müssen. Diese Empfehlungen, die sich hauptsächlich an spezielle lokale Akteure richten, bilden die Grundlage für die Lobbyarbeit des OSI.

Dieser Bericht spiegelt die komparative Analyse der Daten, die in 11 Städten innerhalb von sieben EU-Ländern erhoben wurden. Er zeigt allgemeine Trends und spricht Empfehlungen auf internationaler Ebene aus, darunter für die Europäische Union (EU) und für internationale Organisationen.

Muslims in Berlin

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	16
Definitionen und Terminologie	18
Zusammenfassung	21
1. Einleitung	24
1.1 Islamophobie	26
1.2 Methodik	29
1.3 Religion	31
1.4 Ethnischer Hintergrund	33
1.5 Sozialer Hintergrund	37
1.6 Fragebogeninterviews und Fokusgruppen	38
2. Bevölkerung und Demographie	40
2.1 Muslime in Deutschland	41
2.2 Gemeindestrukturen in Berlin	42
2.3 Einwanderungsgeschichte	43
2.4 Staatsbürgerschaft und Zugang zur Staatsbürgerschaft	45
2.5 Einbürgerungstests	46
3. Berlins Politischer Kontext	47
3.1 Die Wahrnehmung von Muslimen	47
3.2 Berliner Verwaltungsstrukturen	49
3.3 Bildung	51
3.4 Arbeit und Beschäftigung	51
3.5 Gesundheit	51
3.6 Polizei	51
4. Alltagserfahrungen von Muslimen: Identität, Zugehörigkeit und Interaktion	53
4.1 Vorteile von vielfältiger kultureller Identifikation	53
4.2 Zugehörigkeit zum Bezirk Kreuzberg	54
4.3 Zugehörigkeit zur Stadt Berlin	59
4.4 Nationale Zugehörigkeit	60
4.5 Interaktion und sozialer Zusammenhalt in Kreuzberg	66
5. Alltagserfahrungen von Muslimen: Bildung	69
5.1 Das Berliner Bildungssystem	69

5.2	Die Anzahl muslimischer Schüler	70
5.3	Bildungserfolge der Interviewten	71
5.4	Verbesserung der Bildungsqualität	71
5.5	Politische Initiativen zur Unterstützung der Integration in Schulen	74
5.6	Respekt für Religion im Bildungsbereich	77
5.7	Muslimische Schulen	80
5.8	Diskriminierung	81
5.9	Überlastung des Lehrpersonals	85
5.10	Die Integrationsdebatte und ihre Auswirkungen	87
6.	Alltagserfahrungen von Muslimen: Arbeit und Beschäftigung	89
6.1	Berufliche Orientierung und Ausbildung	89
6.2	Vorbilder	91
6.3	Die Kopftuchdebatte	92
6.4	Der Arbeitsmarkt	94
6.5	Unternehmer und Selbständige	97
6.6	Respekt für andere Religionen am Arbeitsplatz	98
6.7	Ethnische und/oder religiöse Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt	100
6.8	Erfahrungen von Frauen mit Kopftuch auf dem Arbeitsmarkt	101
6.9	Öffentliche Projekte gegen Diskriminierung	103
7.	Alltagserfahrungen von Muslimen: Gesundheit und soziale Sicherheit	105
7.1	Respekt für andere religiöse Praktiken	105
7.2	Erfahrungen in Krankenhäusern und Arztpraxen	106
7.3	Ältere Muslime	109
7.4	Jugendeinrichtungen	112
8.	Alltagserfahrungen von Muslimen: Wohnungswesen	114
8.1	Diskriminierung im Wohnungswesen	115
8.2	Gentrifizierung und Segregation	118
8.3	Bezirksprojekte	119
9.	Alltagserfahrungen von Muslimen: Polizei und Sicherheit	121
9.1	Erfahrungen beim Kontakt mit der Polizei	121

9.2	Vertrauen in die Polizei	122
9.3	Polizeibeamte mit Migrationshintergrund	123
9.4	Fälle von polizeilicher Diskriminierung	124
9.5	Initiativen und Projekte zur Förderung von Kontakten zwischen Muslimen und der Polizei	126
9.6	Die Rolle des Verfassungsschutzes	128
10.	Alltagserfahrungen von Muslimen: Teilhabe und Staatsbürgerschaft	131
10.1	Einwanderung	131
10.2	Entwicklung der Einbürgerungszahlen	132
10.3	Ausschließende Gesetze und Regulierungen	134
10.4	Wahlen und kommunale Teilhabe	135
10.5	Zugehörigkeitsgefühl und bürgerliche Teilhabe	137
10.6	Kommunale Initiativen zur Förderung von Kontakten zwischen Muslimen und Lokalpolitikern	138
10.7	Muslimische Gemeinschaften in den Bezirken	141
10.8	Herausforderungen auf der Bundesebene	141
11.	Alltagserfahrungen von Muslimen: Die Rolle der Medien	144
11.1	Informationsquellen	144
11.2	Berichterstattung der Medien über Muslime und muslimische Organisationen	146
11.3	Auswirkungen negativer Medienberichterstattung auf Muslime	150
11.4	Medieninitiativen	151
12.	Umgang mit den Bedürfnissen und Anliegen von Muslimen	153
12.1	Interaktionen von Lokalpolitik und muslimischen Bürgern	153
12.2	Politische Maßnahmen gegen Diskriminierung	154
12.3	Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen	156
12.4	Diskriminierung im Bildungsbereich	158
13.	Fazit	160
14.	Empfehlungen	164
14.1	Identität	164

14.2 Bildung	164
14.3 Beschäftigung	166
14.4 Wohnungswesen	168
14.5 Gesundheit und Sozialversorgung	168
14.6 Polizei und Sicherheit	169
14.7 Teilhabe und Staatsbürgerschaft	170
14.8 Medien	170
Anhang 1. Bibliographie und Websites	172
Anhang 2. Liste der interviewten Experten	186
Anhang 3. Im Forschungsprozess konsultierte Organisationen und Institutionen	188
Anhang 4. Tabellen und Abbildungen	191

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1. Familienstand der Befragten der OSI-Fragebogeninterviews (I9)	30
Abbildung 2. Wohndauer im Bezirk (C2)	55
Abbildung 3. Warum sind Sie in diese Gegend gezogen? (Muslime) (C3)	56
Abbildung 4. Warum sind Sie in diese Gegend gezogen? (Nicht-Muslime) (C3) ..	57
Abbildung 5. Wahrnehmung als Deutsche (Muslimische Teilnehmer an OSI- Fragebogeninterviews) (D9–D11)	61
Abbildung 6. Was daran hindert, als Deutsche wahrgenommen zu werden (nach Meinung der muslimischen Teilnehmer der OSI- Fragebogeninterviews) (D13)	65
Abbildung 7. Was daran hindert, als Deutsche wahrgenommen zu werden (nach Meinung der nicht-muslimischen Teilnehmer der OSI- Fragebogeninterviews) (D13)	66
Abbildung 8. Zufriedenheit mit örtlichen Grundschulen (G1.1)	72
Abbildung 9. Zufriedenheit mit örtlichen Gymnasien (G1.2)	73
Abbildung 10. Respektieren Schulen andere religiöse Bräuche? (G4)	78
Abbildung 11. Wie sehr respektieren Arbeitgeber andere religiöse Praktiken? (G6)	99
Abbildung 12. Respektieren Krankenhäuser und Kliniken unterschiedliche religiöse Praktiken? (G8)	105
Abbildung 13. Einbürgerungszahlen, 2001–2007	132
Abbildung 14. Wie stark fühlt sich der/die Interviewte zum Bezirk zugehörig? (D4)	215
Abbildung 15. Wie stark fühlt sich der/die Interviewte zur Stadt zugehörig? (D5)	215

Abbildung 16.	Wie stark fühlt sich der/die Interviewte zum Land zugehörig? (D6)	216
Abbildung 17.	Muss mehr getan werden um Menschen verschiedener Herkunft dazu zu ermuntern, untereinander Kontakt zu haben (E3)	216
Abbildung 18.	Fühlt sich der/die Interviewt an irgendwelchen Orten in dem Bezirk oder der Stadt unwohl? (E4)	217
Abbildung 19.	Aktivitäten im Bezirk (F5)	217
Abbildung 20.	Hat der/die Interviewte das Gefühl, Entscheidungen, welche die Stadt betreffen, beeinflussen zu können? (F8)	218
Abbildung 21.	Hat der/die Interviewte das Gefühl, Entscheidungen, welche das Land betreffen, beeinflussen zu können? (F9)	218
Abbildung 22.	Hat sich der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate zivilgesellschaftlich engagiert? (F10)	219
Abbildung 23.	Derzeitige Menge an rassistischen Vorurteilen im Land (H1)	219
Abbildung 24.	Vergleich vergangener und derzeitiger Menge an rassistischen Vorurteilen (H3)	220
Abbildung 25.	Derzeitige Menge an religiösen Vorurteilen im Land (H4)	220
Abbildung 26.	Vergleich vergangener und derzeitiger Menge an religiösen Vorurteilen (H6)	221

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1.	Alter der Befragten der OSI-Fragebogeninterviews (I1)	30
Tabelle 2.	Religiöse Zugehörigkeit der Teilnehmer an den OSI-Fragebogeninterviews (I6)	31
Tabelle 3.	Religiöse Zugehörigkeit der Teilnehmer an den OSI-Fragebogeninterviews (Andere) (I6)	32
Tabelle 4.	Würden Sie sagen, dass Sie ihre Religion aktiv ausüben? (I7)	33
Tabelle 5.	Welche Nationalität haben Sie derzeit? (I5)	34
Tabelle 6.	Die Geburtsländer der Teilnehmer in den OSI-Fragebogeninterviews (I2)	36
Tabelle 7.	Berufe, in denen die Teilnehmer der OSI-Fragebogeninterviews tätig waren (I17)	38
Tabelle 8.	Höchste Bildungsqualifikation (Muslime) (I11)	71
Tabelle 9.	Berufstypen (aktuell oder in der Vergangenheit) (I17)	96
Tabelle 10.	Wohnverhältnisse (C1)	115
Tabelle 11.	Derzeitiger Grad an rassistischen Vorurteilen im Land (H1)	156
Tabelle 12.	Derzeitiger Grad an religiösen Vorurteilen im Land (H4)	157
Tabelle 13.	Wichtige Aspekte der Selbstbeschreibung (Muslime und nicht-Muslime) (D1)	191
Tabelle 14.	Was glauben Sie sind die wichtigsten Werte in Bezug auf das Leben in diesem Land? (D8)	192

Tabelle 15. Begegnungen mit Menschen einer anderen ethnischen Herkunft (E1)	193
Tabelle 16. Begegnungen mit Menschen einer anderen Religionszugehörigkeit (E2)	196
Tabelle 17. Ist der/die Interviewte bei den Parlamentswahlen stimmberechtigt? (F1)	198
Tabelle 18. Hat der/die Interviewte bei den letzten Parlamentswahlen seine/ihre Stimme abgegeben? (F2)	199
Tabelle 19. Ist der/die Interviewte bei den Kommunalwahlen stimmberechtigt? (F3)	200
Tabelle 20. Hat der/die Interviewte bei den letzten Kommunalwahlen seine/ihre Stimme abgegeben? (F4)	201
Tabelle 21. Hat sich der/die Interviewte in den letzten 24 Monaten zivilgesellschaftlich engagiert? (F10)	202
Tabelle 22. Bürgerschaftliches Engagement, an welchem sich der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate beteiligt hat (F10)	203
Tabelle 23. Hat der/die Interviewte Vertrauen zu Einrichtungen des öffentlichen Dienstes? (F11)	206
Tabelle 24. Ist der/die Interviewte mit öffentlichen Dienstleistungen zufrieden? (G1)	207
Tabelle 25. Gruppen, gegen die es aufgrund ihres Aussehens/ ihrer Hautfarbe Vorurteile gibt (H2)	210
Tabelle 26. Gruppen, gegen die es aufgrund ihrer Religion Vorurteile gibt (H5)	211
Tabelle 27. Wie oft hat der/die Interviewte Diskriminierung erfahren? (H7)	212
Tabelle 28. Wie oft hat der/die Interviewte Diskriminierungserfahrungen gemacht? (H7)	213
Tabelle 29. Von welchen Personen/Organen wurden dem/der Interviewten Vorurteile aufgrund der Religion entgegengebracht? (H8)	214

Abkürzungsverzeichnis

ADNB	Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin
ADÜTDF	Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
BKRW	Der Beauftragte für Kirchen-, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften
CBP	Common Basic Principle (Gemeinsame Grundprinzipien)
DaZ	Deutsch als Zweitsprache
DITIB	Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
ECCAR	European Coalition of Cities against Racism (Europäische Vereinigung der Städte gegen Rassismus)
ENAR	European Network Against Racism (Europäisches Netzwerk Gegen Rassismus)
EU	European Union (Europäische Union)
FRA	European Union Fundamental Rights Agency (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte)
GDR	Deutsche Demokratische Republik
IBMUS	Initiative Berliner Muslime
IGMG	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs
IR	Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland
IRAB	Islamischer Rat der Ahl-ul-Bait Gemeinschaften in Deutschland
IRR	Institute of Race Relations
KRM	Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (Coordination Council of Muslims in Germany)
LISUM	Landesinstitut für Schule und Medien

MJD	Muslimische Jugend in Deutschland
NDH	Nicht-Deutsche Herkunftssprache
NGO	Nicht-Regierungsorganisation
OSI	Open Society Institute
QM	Quartiersmanagement
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TBB	Türkischer Bund Berlin-Brandenburg
TDU	Türkisch-Deutscher Unternehmerverband
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation (Die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur)
VIKZ	Verband der Islamischen Kulturzentren
ZfA	Zentrum für Antisemitismusforschung
ZMD	Zentralrat der Muslime in Deutschland

DEFINITIONEN UND TERMINOLOGIE

Diskriminierung: Der Terminus Diskriminierung, wie er in diesem Bericht verwendet wird, schließt auch Belästigung sowie indirekte Diskriminierung mit ein. Artikel 1 und 2 der EU-Richtlinie zu Rassismus verbieten ausdrücklich sowohl ‚direkte‘ als auch ‚indirekte‘ Diskriminierung. Um direkte Diskriminierung handelt es sich, wenn „eine Person aufgrund ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft weniger vorteilhaft als eine andere Person in einer vergleichbaren Situation behandelt wird, wurde oder behandelt werden würde“. Der Richtlinie zufolge handelt es sich um indirekte Diskriminierung, wenn „eine scheinbar neutrale Maßnahme, ein Kriterium oder eine Praxis Personen einer nationalen oder ethnischen Herkunft im Vergleich zu anderen Personen speziell benachteiligen würden, es sei denn diese Maßnahme, dieses Kriterium oder diese Praxis ist aufgrund eines legitimen Ziels objektiv gerechtfertigt, und die Mittel zur Erlangung dieses Ziels sind angemessen und notwendig“.

Ethnisches oder rassistisches Profiling: Beschreibt eine Praxis, bei der Vollzugsbeamte die ethnische, religiöse oder nationale Herkunft vielmehr als das individuelle Verhalten als Entscheidungsgrundlage dafür verwenden, wer in kriminelle Aktivitäten verwickelt war oder sein könnte.

Ethnizität: Zugehörigkeit zu einer Gruppe, welche eine gemeinsame Sprache, kulturelle Praktiken, Religion oder gemeinschaftliche Identität aufgrund einer gemeinsamen Geschichte teilen kann.

Belästigung ist ein Verhalten, welches „eine einschüchternde, feindliche, entwürdigende, demütigende oder beleidigende Atmosphäre schafft“.

Integration: Die Definition, welche in diesem Bericht Anwendung findet, ist „Ein dynamischer, wechselseitiger Prozess gegenseitiger Anpassung von allen Immigranten und Ansässigen der Europäischen Union“, wie sie in den Gemeinsamen Grundlegenden Prinzipien (Common Basic Principles – CBPs) erklärt wurde. In den Erläuterungen zu den Gemeinsamen Grundlegenden Prinzipien der EU zu Integration 2004 (CBPs) ist „Integration ein langfristiger, dynamischer und kontinuierlicher wechselseitiger Prozess gegenseitiger Anpassung, kein feststehendes Resultat. Es erfordert nicht nur die Teilhabe von Immigranten und deren Nachkommen, sondern von allen Einwohnern. Der Integrationsprozess umfasst Anpassung durch Immigranten, die alle im Bezug auf ihr neues Heimatland Rechte und Pflichten haben. Er erfordert ebenso, dass die aufnehmende Gesellschaft Möglichkeiten für eine volle wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Teilhabe der Immigranten schafft. Dementsprechend werden die Mitgliedstaaten darin bestärkt, eine Einbeziehung sowohl der Immigranten als auch der Staatsbürger in die Integrationspolitik zu beachten und deren beiderseitige Rechte und Pflichten bekannt zu machen.“

Islamophobie: Irrationale Feindschaft, Angst und Hass gegenüber dem Islam, Muslimen und islamischer Kultur, sowie aktive Diskriminierung dieser Gruppe als Individuen oder insgesamt.

Marginalisiert: Marginalisierte Gruppen können Teil einer ethnischen Minderheit und eine Unterkategorie von Minderheitengruppen sein. Sie können ebenso dadurch charakterisiert und von anderen Gruppen unterschieden werden, dass sie unter sozioökonomischer Benachteiligung und einer ohnmächtigen Position innerhalb der Gesellschaft oder einer Gruppe leiden. Dieser Bericht definiert marginalisierte Gruppen so, dass sie soziale Exklusion erfahren, seien sie Teil einer Minderheits- oder Mehrheitsgruppe innerhalb der Gesellschaft.

Migrant: Die Definition der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) bezieht sich auf eine „Person, die zeitweise oder permanent in ein Land gezogen ist, wo er oder sie nicht geboren ist, und bedeutsame soziale Bindungen in diesem Land aufgebaut hat.“ Dies bezieht Studenten und Schüler mit ein, ebenso wie Kinder und abhängige Familienmitglieder. Eine Unterscheidung wird dahingehend gemacht, dass dieser Begriff Asylbewerber, Flüchtlinge und staatenlose Personen nicht mit einbezieht. In einigen Ländern bezieht sich jedoch der Begriff ‚Migrant‘ auch auf diejenigen, die in dem Land, in das ihre Eltern immigriert sind, geboren wurden.

Minderheit: Es gibt im internationalen Recht keine einheitliche Definition dieses Begriffs. Einige Länder definieren eine Minderheit als solche, die durch das nationale Recht anerkannt ist. In diesem Bericht bezieht sich der Begriff auf ethnische und religiöse Gruppen, die nicht zur dominierenden Gruppe in der Gesellschaft gehören.

Muslim: Diese Gruppe ist vielfältig, und obwohl es ein gemeinsames Glaubenssystem und möglicherweise gemeinsame Erfahrungen als Muslime gibt, beruft sich dieser Bericht auf die Selbstdefinition der muslimischen Befragten als Muslime. Darüber hinaus schließt dieser Begriff auch Muslime ein, die sich selbst mehr in einem kulturellen als einem religiösen Zusammenhang sehen.

Nationalität: Land der Staatsbürgerschaft

Nicht-Muslim: Innerhalb der Zielsetzung dieses Berichts ist ein Nicht-Muslim jeder, der sich selbst nicht als zugehörig zum islamischen Glauben definiert.

Rasse: Der Begriff ‚Rasse‘ wird im Zusammenhang mit Diskriminierung aufgrund der Rasse verwendet; dies tritt dann auf, wenn Menschen aufgrund ihrer angenommenen Zugehörigkeit zu Gruppen mit Diskriminierung konfrontiert sind, die durch physische Merkmale identifiziert werden, wie Hautfarbe, Haare oder physische Erscheinung. Die Bezugnahme auf Rasse in diesem Bericht sollte nicht als Annahme verstanden werden, dass es verschiedene menschliche Rassen gäbe.

Rassismus: Wo immer der Begriff ‚Rassismus‘ in diesem Bericht verwendet wird, wird er als ‚rassistische Diskriminierung‘ definiert, welche nach der UN Konvention zur Beseitigung aller Formen von rassistischer Diskriminierung „jegliche Unterscheidung, Exklusion, Restriktion oder Bevorzugung beschreibt, welche auf Rasse, Farbe, Abstammung oder nationaler oder ethnischer Herkunft basieren, welche das Ziel oder die Folge haben, die gleichberechtigte Anerkennung, den Genuss oder die Ausübung

von Menschenrechten und grundlegenden Freiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen oder irgendeinem anderen Bereich des öffentlichen Lebens aufzuheben oder zu beschneiden.

Soziale Inklusion: Die Bereitstellung und Förderung gleicher Rechte und gleichen Zugangs zu den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Entscheidungsfindung. Die Überwindung von Diskriminierung ist in politischen Maßnahmen und Praktiken zur Realisierung von Inklusion implizit enthalten.

Drittstaatler: Eine Person, die keine Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates ist.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Bewohner von Berlin Kreuzberg sehen ihren Kiez als einen Ort, an dem Menschen teilweise sehr unterschiedliche Werte haben. Dennoch ist es auch ein Ort, an dem die Menschen gut miteinander auskommen, gemeinsam an einer Verbesserung der Nachbarschaft arbeiten und sich gegenseitig helfen. Diese wichtigen Erkenntnisse widersprechen der allgemein vorherrschenden Annahme, dass geteilte Werte eine Grundvoraussetzung für eine gelungene Integration sind. Der Open Society Bericht *Muslims in Berlin* schließt daraus, dass eine Wertevielfalt innerhalb eines Wohnumfeldes keinen Kampf der Menschen und Kulturen auslöst.

Die überwältigende Mehrheit sowohl der muslimischen als auch der nicht-muslimischen Befragten gab an, dass Kreuzberg für sie ein angenehmer und sicherer Ort sei, an dem sie gerne lebten. Die Ergebnisse der Studie im Bezirk Kreuzberg stellen heraus, wie sehr integrative Strukturen und Einstellungen sowohl auf Seiten der Bevölkerung als auch der Bezirkspolitik dazu beitragen, eine vielfältige Stadtgesellschaft zu fördern und zu stärken. Es ist ein Teil von Berlin, in dem es Menschen verschiedenen ethnischen und religiösen Hintergrunds gelingt, gut miteinander zu leben. Die Erfahrungen des Bezirks stellen daher ein lehrreiches Beispiel dar, welches auch von anderen europäischen Städten mit großen Minderheitengruppen aufgegriffen werden kann, um besser auf die Bedürfnisse und Sorgen ihrer Bewohner eingehen zu können. Seit langer Zeit schon sieht Kreuzberg seinen multikulturellen Charakter als Teil seines Kapitals und hat die Teilhabe aller verschiedenen sozialen Gruppen, darunter auch Muslime diverser ethnischer Herkunft und Gruppierungen, am öffentlichen Leben immer bestärkt.

Für viele der muslimischen Befragten bietet Kreuzberg nicht nur Sicherheit, sondern auch eine Art Zuflucht, da sie sich in manch anderen Stadtteilen sowie im Land allgemein oft entfremdet und ausgeschlossen fühlen. Das Merkmal, welches ihrem Bezirk diesen Charakter der Sicherheit gibt, ist seine große innere Vielfalt, die ein stärkeres Gefühl von Willkommensein und Zugehörigkeit schafft als sie in monokulturellen Umgebungen in der Regel zu finden ist.

In Kreuzberg haben, anders als in manch anderen Berliner Bezirken, muslimische Organisationen in verschiedenen politischen Gremien eine starke Präsenz. Öffentliche Gelder werden auch an muslimische Gruppen vergeben, und Bezirkspolitiker kooperieren mit religiösen muslimischen Vereinen im Rahmen lokaler Projekte. Diese Praxis ist besonders angesichts der weithin wahrgenommenen Stigmatisierung und Marginalisierung vieler muslimischer Vereine und Organisationen in Deutschland sehr ermutigend.

Auch auf Stadtebene gibt es zahlreiche erfolgreiche Maßnahmen und Projekte sowie einen progressiven neuen Politikansatz bezüglich sozialer Inklusion. Die aktuelle Fassung des Berliner Integrationskonzepts trägt den Untertitel *Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken*. Diese Formulierung verweist auf einen Ansatz, der davon ausgeht, dass sich die ganze Gesellschaft an die neuen Herausforderungen und sozialen

Bedürfnisse eines Einwanderungslandes in seiner Vielfalt anpassen und sich integrieren muss. Dieses Verständnis bricht mit dem traditionellen Ansatz, nach dem sich lediglich die Minderheiten an eine angenommene Mehrheitskultur anpassen müssen.

Ein wichtiger Aspekt dieser neuen Politik ist die *Interkulturelle Öffnung der Verwaltung*, welche in Reaktion auf eine sich verändernde Gesellschaft bei der Umstrukturierung wichtiger gesellschaftlicher Institutionen hilft. Die Beschäftigungspolitik zielt in diesem Zusammenhang darauf ab das Personal vielfältiger werden zu lassen und damit auch auf die Bedürfnisse der nicht ethnisch deutschen Bevölkerung besser eingehen zu können.

Die Integrationsbemühungen in den verschiedenen öffentlichen Bereichen, von der Polizei bis zu den Jobcentern, haben zu einer erhöhten Akzeptanz und Inklusion von Muslimen in der Berliner Gesellschaft geführt. Eine dieser Initiativen, das Islamforum, bei dem Vertreter muslimischer Gemeinden mit politischen Entscheidungsträgern der Stadt zusammentreffen, hat geholfen, Kontakte und gegenseitiges Vertrauen unter den Teilnehmern zu stärken.

Viele Herausforderungen bleiben jedoch noch bestehen. Unter den Muslimen, die für diesen Bericht befragt wurden, war eine klare Identifikation mit Deutschland sehr selten. Die große Mehrheit der muslimischen Befragten gab an, sich nur sehr zögerlich selbst als Deutsche zu definieren, und zwar nicht, weil sie etwa die deutsche Gesellschaft und deren Werte ablehnen würden, sondern weil sie weiterhin von der Mehrheit der Gesellschaft als ‚Ausländer‘ betrachtet werden. Diese Wahrnehmung durch die Gesellschaft, in der sie leben, macht es nicht ethnisch Deutschen nahezu unmöglich, sich selbst als ein integraler Bestandteil dieser Gesellschaft zu fühlen.

Dieses Gefühl des Ausgeschlossenseins, welches von vielen muslimischen Interviewpartnern in erheblichem Maße internalisiert schien, hat sich mit einer wachsenden Feindlichkeit gegenüber dem Islam sogar noch gesteigert. Die wachsende Diskriminierung und Feindlichkeit gegenüber Muslimen,¹ ein zentrales Problem für die Teilnehmer der Studie, war besonders in den Bereichen Bildung und Beschäftigung spürbar geworden.

¹ Das unterstützt die Ergebnisse von Brettfeld und Wetzels in ihrer quantitativen Studie zu Muslimen in Deutschland, in welcher 80% der jungen muslimischen Teilnehmer/-innen aufgrund ihrer zugeschriebenen Eigenschaft als Ausländer/-in irgendeine Erfahrung mit Ausschluss oder negativer Behandlung gemacht hatten. 26,9 Prozent der Befragten berichteten sogar von schwerer oder sehr schwerer Form von Diskriminierung. Katrin Brettfeld, Peter Wetzels, *Muslimen in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt; Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen*, Hamburg, 2. unveränd. Aufl. Berlin: Bundesministerium des Inneren (Texte zur inneren Sicherheit). Universität Hamburg, 2007, S. 241, Online verfügbar unter http://www.bmi.bund.de/cIn_156/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/DE/2007/Muslimen%20in%20Deutschland.html (hiernach Brettfeld & Wetzels, *Muslimen in Deutschland*).

Das Neutralitätsgesetz, welches im Januar 2005 verabschiedet wurde, verbietet das Tragen von allen sichtbaren religiösen Zeichen, Symbolen und Kleidungsstücken für Lehrer an öffentlichen Schulen, Polizisten und andere Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Es hat besonders auf junge muslimische Frauen, die sich für das Tragen eines Kopftuches entschieden haben, einen sehr nachteiligen Effekt.

Auch die Bewohner Kreuzbergs sind nicht vor Diskriminierung gefeit. Einige Befragte berichteten von Schwierigkeiten, außerhalb des Bezirks Wohnungen zu finden, einen guten Arbeits- oder selbst Praktikumsplatz zu bekommen und manchmal sogar, eine kultursensible Gesundheitspflege zu erhalten. Die Erfahrungen mit Ungleichbehandlung sind keinesfalls auf religiöse Zugehörigkeit beschränkt. Muslime nehmen hingegen eine multikausale Erfahrung von Exklusion oft hauptsächlich als anti-muslimisch wahr. Auch beeinflusst die Markierung als Muslim nicht nur Menschen, die sich mit dem Islam identifizieren und sichtbar als Muslime erkennbar sind. Sie hat auch Auswirkungen auf Menschen, die vielleicht nicht religiös oder gar nicht muslimisch sind, deren Hautfarbe, ethnischer Hintergrund und angenommene Herkunft aber als Zeichen einer Zugehörigkeit zum islamischen Glauben wahrgenommen werden.

Viele europäische Städte sehen sich heute neuen Herausforderungen und Veränderungen gegenüber, da ihre Gesellschaften durch Migrationsbewegungen in alle Richtungen und verschiedene immigrierte Bevölkerungsgruppen verändert werden. Die Bemühungen müssen jedoch darin liegen, diese Transformation auf eine integrative Art und Weise zu gestalten, die versucht, die verschiedenartigen Gründe für eine Ungleichbehandlung von Individuen und Gruppen zu beseitigen. Die Strategien und politischen Maßnahmen, die Kreuzberg in diesem Sinne ergriffen hat, bieten inspirierende Anregungen, welche anderen Städten bei ihren eigenen Transformationen helfen könnten, während gleichzeitig auch Kreuzberg weiterhin von positiven Beispielen lernen kann, die andernorts auf den Weg gebracht werden.

1. EINLEITUNG

Der vorliegende Bericht hat zum Ziel, die Lebensumstände und Alltagserfahrungen von Muslimen im Berliner Bezirk Kreuzberg näher zu ergründen und legt dabei einen speziellen Fokus auf politische Maßnahmen, welche auf eine verbesserte Integration und soziale Teilhabe abzielen. Integration wird dabei als ein dynamischer wechselseitiger Prozess gegenseitiger Anpassung von allen Immigranten und Ansässigen der europäischen Union verstanden.²

Ein Forschungsbericht, dessen Fokus auf Muslimen als Gruppe liegt, steht vor der Herausforderung, dass Muslime keine feste Gruppe mit definierten Grenzen sind, sondern vielmehr eine vielfältige Ansammlung von Individuen mit verschiedenen religiösen Praktiken und Überzeugungen. Die erforschte Gruppe kann daher sowohl Menschen einschließen, die der Religion des Islam angehören, als auch solche, die durch ihren kulturellen oder ethnischen Hintergrund durch Andere in der Gesellschaft als Muslime wahrgenommen werden, unabhängig von ihren persönlichen und religiösen Glaubensvorstellungen.

Die Identifikation einer Person als ‚Muslim‘ – ob durch Selbst- oder Fremdzuschreibung – ist keine neutrale Angelegenheit, da dies die Identifizierung mit einer Gruppe bedeutet, die nicht selten unter Stigmatisierung und Dämonisierung im öffentlichen Diskurs zu leiden hat. In Gesellschaft und Politik werden Muslime immer mehr als potentielles Sicherheitsrisiko betrachtet oder als eine Gruppe, die nicht fähig oder nicht gewillt ist, sich zu integrieren.

Selbst ein von der Regierung beauftragter Bericht, der die Beziehung zwischen Islam und liberalen demokratischen Werten untersuchte und darauf achtete, zwischen den vielfältigen Gruppierungen der Muslime in Deutschland zu differenzieren,³ sah sich

² Europäische Kommission, Gemeinsame Grundlegende Prinzipien zur Integration, November 2004 (hiernach CBPs). In der Erläuterung zu den CBPs ist „Integration ein dynamischer, langfristiger und kontinuierlicher Prozess gegenseitiger Anpassung, kein feststehendes Resultat. Er erfordert nicht nur die Teilhabe von Immigranten und deren Nachkommen, sondern von allen Einwohnern. Der Integrationsprozess umfasst Anpassung durch Immigranten, sowohl Männer als auch Frauen, die alle im Bezug auf ihr neues Heimatland Rechte und Pflichten haben. Er erfordert ebenso, dass die aufnehmende Gesellschaft Möglichkeiten für eine volle wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Teilhabe der Immigranten schafft. Dementsprechend werden die Mitgliedstaaten darin bestärkt, eine Einbeziehung sowohl der Immigranten als auch der Staatsbürger in die Integrationspolitik zu beachten und deren beiderseitige Rechte und Pflichten bekannt zu machen.“

³ Zur Kritik am Design der Studie und ihren Interpretationskategorien siehe Sarah Dornhof, „Germany: Constructing a sociology of Islamist radicalisation“, in Institute of Race Relations (IRR) (Hg.) *Race and Class*, Vol. 50, No.4, S. 75–82, online einzusehen unter <http://rac.sagepub.com/cgi/content/abstract/50/4/75> (zuletzt aufgerufen: April 2010).

dennoch für eben diese Art von Argumenten im öffentlichen Diskurs⁴ benutzt und beeinflusste damit in der Konsequenz auch die nationale Sicherheitspolitik.⁵

Für die vorliegende Forschung wurde die Definition ‚Muslim‘ dem Selbstverständnis der jeweils Befragten überlassen und nicht von irgendwelchen festen religiösen oder kulturellen Definitionen bestimmt. Der Grund hierfür liegt teilweise darin, dass das Hauptinteresse der Studie nicht bei der Erforschung religiöser Praktiken oder Überzeugungen liegt, sondern vielmehr auf den alltäglichen Erfahrungen derer, die sich selbst als Muslime definieren, in vier Lebensbereichen, die für eine gesellschaftliche Integration von zentraler Bedeutung sind: Bildung, Arbeit, Gesundheit und bürgerliche wie politische Teilhabe. Der Bericht erforscht die Auswirkungen von Marginalisierung und Diskriminierung sowie die verschiedenen Wege, wie Lokalpolitik mit Integrationsfragen umgeht. Muslim zu sein wird in diesem Kontext vielmehr als soziale Kategorie und eine Frage der Markierung verstanden als im Sinne einer rein religiösen Kategorie.

Eine weitere Schwierigkeit der Fokussierung auf die Kategorie ‚Muslim‘ liegt in der Interdependenz dieser scheinbar religiösen Markierung von Differenz mit sozialen, ethnischen, genderspezifischen und anderen Kategorien. Die OSI-Forschung ist sich dieser Thematik bewusst und daher sehr zurückhaltend, was Schlussfolgerungen in Hinsicht auf den ethnischen, sozialen oder religiösen Hintergrund von Ungleichbehandlung und Diskriminierung betrifft, die von Befragten erlebt wurden. Gleichzeitig wird aber deren Selbstwahrnehmung von diskriminierenden Erfahrungen in keiner Weise negiert oder minimiert, sondern vielmehr als ernste und relevante Information

⁴ Christine Schirmacher, eine Islamwissenschaftlerin, die von vielen Politikern und Medien als Islamexpertin zitiert wird, fasste die Studie von Brettfeld und Wetzels zusammen und bemerkte beispielsweise, dass die Ergebnisse eine Voraussetzung dafür seien, „um ein mögliches Bedrohungsszenario durch extremistische Kräfte erkennen und Gegenmaßnahmen ins Auge fassen zu können.“ Sie zitiert die Autoren mit der Feststellung, dass jüngere Muslime Koranschulen häufiger als Ältere besuchten und dass die Erhebung herausgefunden hätte, dass je länger eine Person eine solche Schule besuche, sie umso stärker eine religiös fundamentale Einstellung vertrete. Die Studie wird damit als Beleg dafür herangezogen, dass die Gefahr, die von religiösen Muslimen droht, weit über die Präsenz einzelner gewaltbereiter Individuen hinausgeht. Schirmacher, Christine (2008) *Muslime in Deutschland: Ergebnisse der Studie – Eine Zusammenfassung*. Ifl – Institut für Islamfragen, erhältlich als pdf-Dokument unter http://www.islaminstitut.de/uploads/media/BMIMuslimeinD_02.pdf.

⁵ Brettfeld und Wetzels fanden beispielsweise heraus, dass es zwischen den jungen Muslimen, die an der Studie teilnahmen und der entsprechenden Vergleichsgruppe der Mehrheitsgesellschaft keine Unterschiede in Hinsicht auf demokratiedistante, autoritaristische Einstellungen oder religiöse Intoleranz gab. Sie erwähnten aber auch, dass das Hauptrisikopotential bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen gefunden werden konnte, da diese Veränderungen und Beeinflussungen gegenüber besonders offen seien. Obwohl die Autoren erwähnten, dass aus diesen Forschungsergebnissen keine praktischen politischen Maßnahmen abgeleitet werden könnten, erklärte der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble im Vorwort, dass die Studie ein „ernstes Potential für islamistische Radikalisierung“ gefunden hätte. Brettfeld und Wetzels, *Muslime in Deutschland*.

über die Realität angesehen, welcher sie ausgesetzt waren. Man kann jedoch generell davon ausgehen, dass die tatsächlich erlebte Ungleichbehandlung in der Regel stärker und häufiger ist, als dies normalerweise durch Studien belegt wird.⁶ Viele Vorkommnisse, die als diskriminierend zu definieren wären, werden von den Interviewten als normale und alltägliche Erfahrungen wahrgenommen.

Die Interdependenz von Differenz, die es fast unmöglich macht, klar zwischen den verschiedenen Gründen für Ungleichbehandlung zu unterscheiden, wird oft als 'Intersektionalität' bezeichnet. Dieses Konzept, welches ursprünglich die Kategorien Gender und Klasse miteinander in Beziehung setzte, bezieht heute auch andere Markierungen von Differenz, wie Ethnizität und/oder Religion mit ein.⁷ Die Antworten, welche im Laufe der vorliegenden Forschungsreihe von den Interviewten gegeben wurden, deuten auf eine große Bandbreite verschiedener Interdependenzen hin.

1.1 Islamophobie

Einige Befragte der OSI-Forschungsreihe erklärten, dass Diskriminierung und Rassismus gegen Immigranten und deren Nachkommen und besonders gegen Menschen mit türkischem Hintergrund vor dem Angriff auf das World Trade Center am 11. September 2001 in erster Linie auf deren Wahrnehmung als Ausländer beruhte. Nach dem 11. September wurden genau diese Gruppen dann zu Muslimen gemacht, da Islam mit dem globalen Kampf gegen Terrorismus in Verbindung gebracht wurde.⁸ Die Wahrnehmung vieler Menschen mit Migrationshintergrund als ‚Problem‘ (und damit deren Entfremdung) wurde mit einer spezifischen Religion, und besonders mit deren sichtbaren Attributen, in Verbindung gebracht.

Der Begriff ‚Islamophobie‘ ist nicht einheitlich definiert und wird oft synonym mit den Begriffen Islamfeindlichkeit oder antimuslimischem Rassismus verwendet. 1997 hatte

⁶ Dementsprechend fand der FRA-Bericht über die Diskriminierungssituation europäischer Muslime (FRA, Mai 2009) heraus, dass die meisten muslimischen Befragten der Studie (79 Prozent) – nicht sehr viel anders als andere Minderheitengruppen – diskriminierende Vorfälle oder sogar rassistische Verbrechen bei keiner Organisation meldeten oder zur Anzeige brachten. FRA – Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (Hrsg.), EU-MIDIS – European Union Minorities and Discrimination Survey, Focus Report 2., Mai 2009. Online erhältlich unter http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/EU-MIDIS_MUSLIMS_EN.pdf (hiernach FRA, EU-MIDIS). Die Pressemitteilung ist online einzusehen unter http://fra.europa.eu/fraWebsite/press/mr-280509_en.htm.

⁷ Birgit Rommelspacher, *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*, Orlanda, Berlin, 1995; Gudrun Axeli-Knapp, „Intersectionality“ – ein neues Paradigma feministischer Theorie? Zur transatlantischen Reise von „Race, Class, Gender“, *Feministische Studien*, Benninghaus, Christina/ Schmidt, Pia (Hrsg.), Jg. 23, Heft 1, 2005, S. 68–81; Katharina Walgenbach, „Die weiße Frau als Trägerin deutscher Kultur“ *Koloniale Diskurse über Geschlecht, „Rasse“ und Klasse im Kaiserreich.*, Frankfurt a.M./New York, 2005.

⁸ Hierzu auch: Riem Spielhaus, „Religion und Identität. Vom deutschen Versuch ‚Ausländer‘ zu ‚Muslimen‘ zu machen.“, in *Internationale Politik*, März 2006, S. 28–36.

der Runnymede Trust in Großbritannien in seiner Publikation ‚Islamophobia: A challenge to us all‘⁹ eine erste Definition von Islamophobie angeboten, welche unter anderem folgende Punkte enthält, die islamophobe Einstellungen und Handlungen definieren:

1. Der Islam wird als gesondert und ‚anders‘ gesehen. Er habe keine gemeinsamen Ziele und Werte mit anderen Kulturen; weder sei er von ihnen beeinflusst noch beeinflusse er sie.
2. Der Islam wird als gewalttätig, aggressiv, bedrohlich, den Terrorismus unterstützend und in einen Kulturkampf verstrickt gesehen.
3. Islamfeindlichkeit wird benutzt um diskriminierende Praktiken gegen Muslime und deren Ausschluss aus der Mehrheitsgesellschaft zu rechtfertigen.
4. Feindschaft gegenüber Muslimen wird als natürlich und normal angesehen.

Auf der Ebene der Europäischen Union (EU) haben die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)¹⁰ und verschiedene Thinktanks und NGOs, wie beispielsweise das Institute of Race Relations (IRR) in Großbritannien,¹¹ die Situation von muslimischen Minderheiten und Diskriminierung in verschiedenen EU Ländern, darunter Deutschland, beobachtet und beschrieben. Das Europäische Netzwerk gegen Rassismus (ENAR), ein Netzwerk europäischer NGOs, veröffentlicht jedes Jahr länderspezifische Schattenberichte, die Basisinformationen und Daten zu Rassismus und Diskriminierung aus den EU-Mitgliedsstaaten zusammenstellen.

In Deutschland ist das Thema Islamophobie noch nicht umfassend erforscht und diskutiert worden. Zu den wichtigsten Instituten und Autoren, die sich mit diesem Thema beschäftigt haben, gehört der deutsche Soziologe Wilhelm Heitmeyer und sein Forscherteam an der Universität Bielefeld. Sie publizieren jährliche Berichte zu *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*.¹²

⁹ Gordon Conway, Islamophobia: A challenge to us all, Bericht der RunnymedeTrust Kommission zu britischen Muslimen und Islamophobie, 1997.

¹⁰ FRA, EU-MIDIS.

¹¹ European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia, „Muslims in the European Union; Discrimination and Islamophobia“ (Hrsg.), Wien, 2006 (hiernach EUMC, Muslims in the EU); International Helsinki Federation for Human Rights, „Intolerance and Discrimination against Muslims in the EU – Developments since September 11th“, Wien, 2005. Online erhältlich: http://www.ihf-hr.org/viewbinary/viewdocument.php?download=1&doc_id=6237; Liz Fekete, „Integration, Islamophobia and civil rights in Europe.“ IRR – Institute of Race Relations (Hrsg.), London, 2008, online erhältlich unter <http://www.irr.org.uk/2008/may/ha000012.html>

¹² Wilhelm Heitmeyer, Deutsche Zustände. Band 6. Frankfurt am Main, Suhrkamp, 2007.

Das Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA)¹³ in Berlin forscht und publiziert unter anderem zur Szene der islamophoben Internetblogs.¹⁴ Andere Wissenschaftler, die sich mit diesem Thema befassen, sind beispielsweise Iman Attia¹⁵ von der Alice Salomon Hochschule in Berlin, die Vorträge über das Phänomen des antimuslimischen Rassismus¹⁶ hält und über dieses Thema publiziert, und Sabine Schiffer,¹⁷ deren Institut für Medienverantwortung in Erlangen unter anderem Islamophobie und Islamfeindlichkeit in den Medien beobachtet.

Feindschaft gegenüber Muslimen kann nicht ausschließlich religiös begründet werden. Auch ethnische, genderspezifische und andere Faktoren, die Exklusion begründen können, müssen in die Betrachtung einbezogen werden, da sie sich im schlimmsten Fall akkumulieren und gegenseitig verstärken. Die Aussagen, die von den Interviewten der OSI-Studie gemacht werden, müssen unter diesem Aspekt betrachtet werden, da sich Wahrnehmungen zu Diskriminierungsgründen von einer Situation zur anderen verändern können.

Der Fokus auf die kommunale und städtische Ebene ermöglicht eine genauere Betrachtung der Interaktionen zwischen Anwohnern und Politikern in Bezirken – wie Kreuzberg –, in denen Muslime einen größeren Anteil an der Gesamtgesellschaft ausmachen als in der Stadt oder dem Land als Ganzem. Indem der Bericht die Situation auf kommunaler Ebene untersucht, geht er auch der Frage nach, ob eine höhere Konzentration von Muslimen in Bezirk oder Nachbarschaft die Entwicklung praktischer Lösungen von sozialen Fragen, die auf die Bedürfnisse und Sichtweisen der lokalen muslimischen Bevölkerungsteile eingehen, gefördert hat.

Während die Forschung auf Bezirksebene mit anderen Bezirken in deutschen Städten und anderen Ländern vergleichbar sein soll, darf man den spezifischen Kontext von Kreuzberg dennoch nicht außer Acht lassen. Die Ergebnisse können daher nur bedingt auf andere Kontexte übertragen werden.

¹³ Das ZfA veranstaltete im Dezember 2008 in Berlin eine vieldiskutierte Konferenz mit dem Titel „Feindbild Muslim– Feindbild Jude“. Die verschiedenen Beiträge zu dieser Konferenz können bei Wolfgang Benz, (Hg.) „Islamfeindschaft und ihr Kontext: Dokumentation der Konferenz Feindbild Muslim Feindbild Jude“, Metropolis Verlag, Berlin, 2009 nachgelesen werden.

¹⁴ Siehe dazu: Yasemin Shooman, Riem Spielhaus, „The concept of the Muslim enemy in the public discourse“, in Jocelyn Cesari (Hg.), *Muslims in the West after 9/11. Religion, Politics and Law*, London/New York, 2010, S. 198–228.

¹⁵ Iman Attia, *Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus*, Transcript Verlag, Bielefeld, 2009.

¹⁶ Die Definition von Islamophobie als eine spezifische Form von Rassismus entspricht der Sichtweise der EU-Institutionen gegen Diskriminierung und Rassismus, EUMC, *Muslims in the EU*.

¹⁷ Sabine Schiffer, *Die Darstellung des Islams in der Presse. Sprache, Bilder, Suggestionen; eine Auswahl von Techniken und Beispielen*, Ergon-Verlag, Würzburg, 2005. (hiernach Schiffer, *Darstellung des Islam*).

1.2 Methodik

Die Forschungsergebnisse dieses Berichts basieren auf einer repräsentativen – wenn auch kleinmaßstäblichen – Erhebung, welche 100 Muslime und eine Vergleichsgruppe von 100 Nicht-Muslimen sowie sechs Fokus-Gruppen-Interviews mit Muslimen umfasst. Sie schließen ebenfalls 19 Leitfaden-Interviews mit Personen aus der Berliner Lokalpolitik, verschiedenen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), muslimischen Vereinen und Gemeinden und anderen mit der Thematik verbundenen Bereichen ein. Die Forschung wird außerdem durch das Feedback einer Vielzahl von Teilnehmern an einem Runden Tisch ergänzt, der im März 2009 in Berlin zusammen kam, um die ersten Forschungsergebnisse zu diskutieren.

Die 200 Interviews basierten auf einem nicht zufällig ausgewählten Querschnitt an Individuen aus spezifischen Untergruppen der Bevölkerung innerhalb des ausgewählten Stadtbezirks. Der Stichprobenrahmen setzte sich aus verschiedenen Eigenschaften der ausgewählten Interviewpartner (Alter, Ethnizität und Geschlecht) zusammen, die aus den verfügbaren Gesamtbevölkerungszahlen der Einwohnerstatistik Berlins errechnet wurden. Die Kategorien ‚Muslim‘ und ‚Nicht-Muslim‘ bezogen sich dabei ausschließlich auf die Selbstdefinitionen der Befragten. Bei der Auswahl der Interviewpartner wurde zudem darauf geachtet, auch Unterschiede bezüglich des sozialen Hintergrunds bzw. Einkommensniveaus, der räumlichen Verteilung innerhalb des Bezirks sowie der Repräsentation unterschiedlicher religiöser Identifikationen abzubilden.

Es ist eine besondere Herausforderung über das Thema Muslime zu forschen, da nationale Statistiken die ethnischen und religiösen Zugehörigkeiten der Bevölkerung nicht erfassen und bis vor kurzem nur nach deutschen Staatsbürgern und Ausländern unterschieden wurde.¹⁸ Die genaue Zahl der Muslime in Berlin kann daher nicht ermittelt werden, und auch ungefähre Schätzungen, die in der Regel auf Statistiken zu Ausländern und Eingebürgerten aus Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit basieren, sind sehr problematisch. Eine nicht geringe Anzahl derjenigen, die aus Ländern mit muslimischer Mehrheit emigrieren, sind keine Muslime, während die zweite und dritte Generation mit deutscher Staatsbürgerschaft oft nicht gezählt werden. Die verfügbaren Statistiken sind daher mehr als fraglich.

Die Altersverteilung der muslimischen und nicht-muslimischen Befragten der Studie war folgendermaßen:

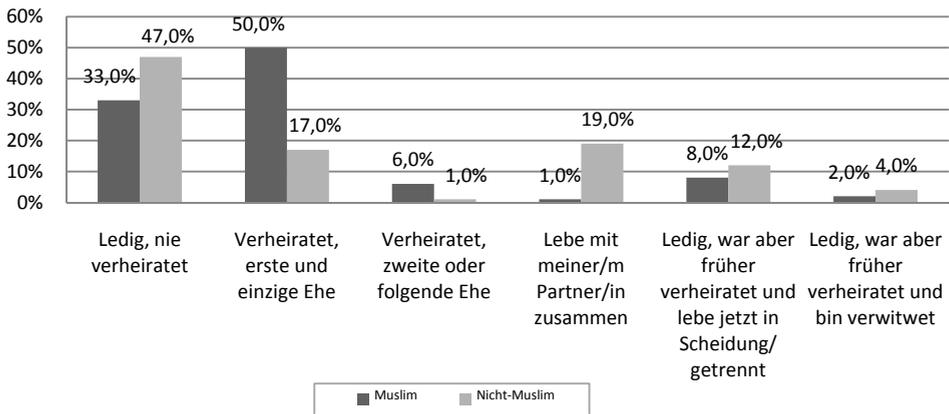
¹⁸ Zu den Schwierigkeiten und Begrenzungen der statistischen Aussagen über religiöse Gruppen in Deutschland siehe Nina Mühe, *Muslims in EU Cities Report: Preliminary Research and Literature Review – Germany*. Open Society Institute (OSI), Budapest, 2007 (hiernach OSI, *Muslims in EU Cities – Germany*, (Mühe), 2007) Online erhältlich unter http://www.soros.org/initiatives/home/articles_publications/publications/museucities_20080101/museucitiesger_20080101.pdf.

Tabelle 1. Alter der Befragten der OSI-Fragebogeninterviews (I1)

	Religion		Gesamt
	Muslim	Nicht-Muslim	
< 20	9.0%	11.0%	10.0%
20 – 29	20.0%	19.0%	19.5%
30 – 39	28.0%	15.0%	21.5%
40 – 49	24.0%	29.0%	26.5%
50 – 59	7.0%	11.0%	9.0%
60 +	12.0%	15.0%	13.5%
Gesamt	%	100.0%	100.0%
	Anzahl	100	100
		100	200

Quelle: Open Society Institute

Abbildung 1. Familienstand der Befragten der OSI-Fragebogeninterviews (I9)



Quelle: Open Society Institute

Aus der Abbildung wird ersichtlich, dass die muslimischen Befragten in Kreuzberg sehr viel häufiger verheiratet waren als die nichtmuslimischen Interviewten, während unter den Nicht-Muslimen nichteheliche Lebensgemeinschaften sehr viel stärker vertreten waren als innerhalb der muslimischen Gruppe.

1.3 Religion

49 Prozent aller Befragten gaben den Islam als ihre Religion an, und weitere 1,5 Prozent bezeichneten sich selbst als Aleviten.¹⁹ 24 Prozent gehörten keiner Religion an, und weitere 23,5 Prozent bekannten sich zu einer christlichen Gemeinschaft. Wenn man die Daten weiter analysiert, zeigt sich, dass 81 Muslime sagten, dass sie den Islam aktiv praktizierten im Vergleich zu 12 Nicht-Muslimen, die angaben, ihre jeweilige Religion zu praktizieren.²⁰

Tabelle 2. Religiöse Zugehörigkeit der Teilnehmer an den OSI-Fragebogeninterviews (I6)

	Religion		Gesamt
	Muslim	Nicht-Muslim	
Buddhismus		2.0%	1.0%
Katholizismus		22.0%	11.0%
Judentum		1.0%	0.5%
Islam	97.0%		48.5%
Protestantische Christen		26.0%	13.0%
Andere	3.0%	8.0%	5.5%
Keine Religion		41.0%	20.5%
Gesamt	%	100.0%	100.0%
	Anzahl	100	100

Quelle: Open Society Institute

¹⁹ Aleviten sind eine Religionsgemeinschaft, die sich teilweise aus dem schiitischen Islam entwickelt hat und deren Mitglieder hauptsächlich türkischer Herkunft sind.

²⁰ Dieser hohe Prozentsatz an religiös Praktizierenden unter den muslimischen Interviewten unterstützt die Ergebnisse des Religionsmonitors der Bertelsmann-Stiftung von 2008. Der Religionsmonitor hatte herausgefunden, dass – entgegen der allgemeinen Annahme – 90 Prozent von Deutschlands Muslimen religiös sind (im Vergleich zu 70 Prozent der Mehrheitsgesellschaft). 41 Prozent waren sogar hochreligiös – im Vergleich zu 18 Prozent der Mehrheit. Gleichzeitig hatte der Monitor herausgefunden, dass eine hohe Prozentzahl von Muslimen in Deutschland (86 Prozent) gegenüber anderen Religionen tolerant ist. Auch dieses Ergebnis findet sich in gewissem Maße in der vorliegenden Studie wieder, da die Interviewten einen sehr häufigen Kontakt mit Nicht-Muslimen in ihrem Bezirk angaben und zudem die kulturelle Vielfalt in der Nachbarschaft und in Berlin allgemein sehr schätzten.

Tabelle 3. Religiöse Zugehörigkeit der Teilnehmer an den OSI-Fragebogeninterviews (Andere) (16)

	Religion		Gesamt
	Muslim	Nicht-Muslim	
N/A	97.0%	92.0%	94.5%
Aleviten	1.0%		0.5%
Baptisten		1.0%	0.5%
Christengemeinschaft		1.0%	0.5%
Christlich-Orthodox		1.0%	0.5%
Erklärte Atheisten		1.0%	0.5%
Protestantin		1.0%	0.5%
Hinduismus und Protestantismus		1.0%	0.5%
Ich möchte dazu keine Angaben machen.		1.0%	0.5%
Ich werde zum Islam zugeschrieben, aber ich gehöre zur alevitischen Zaza- Gruppe und bin ohne Religion	1.0%		0.5%
Order Christians (Er beschreibt es als eine Art Sekte oder Abweichung vom Katholizismus)		1.0%	0.5%
Ursprünglich Islam alevitischer Herkunft	1.0%		0.5%
Gesamt	%	100.0%	100.0%
	Anzahl	100	100
		200	

Quelle: Open Society Institute

Tabelle 4. Würden Sie sagen, dass Sie ihre Religion aktiv ausüben? (I7)

	Religion		Gesamt
	Muslim	Nicht-Muslim	
Ja	81.0%	12.0%	46.5%
Nein	19.0%	61.0%	40.0%
Keine Angaben		27.0%	13.5%
Gesamt	%	100.0%	100.0%
	Anzahl	100	100

Quelle: Open Society Institute

1.4 Ethnischer Hintergrund

Da nach der ethnischen Herkunft der Interviewten nicht direkt gefragt wurde, kann diese nur entsprechend der Antworten zu Nationalität, Geburtsort und dem ethnischen und/oder kulturellen Hintergrund geschätzt werden, dem sich die Person zugehörig fühlt. Folgende Nationalitäten waren unter den Interviewten vertreten:

Tabelle 5. Welche Nationalität haben Sie derzeit? (I5)

	Religion		Gesamt
	Muslim	Nicht-Muslim	
Keine Antwort	1.0%	2.0%	1.5%
Amerikanisch		3.0%	1.5%
Österreichisch		1.0%	0.5%
Belgisch		1.0%	0.5%
Bosnisch-herzegowinisch	1.0%		0.5%
Britisch	2.0%	2.0%	2.0%
Holländisch	1.0%		0.5%
Äthiopisch		1.0%	0.5%
Französisch		4.0%	2.0%
Deutsch	49.0%	80.0%	64.5%
Italienisch		1.0%	0.5%
Jamaikanisch		1.0%	0.5%
Kurdisch	2.0%		1.0%
Libanesisch	1.0%		0.5%
Mazedonisch	1.0%		0.5%
Polnisch		2.0%	1.0%
Sierra Leonisch	1.0%		0.5%
Schweizerisch		2.0%	1.0%
Syrisch	2.0%		1.0%
Türkisch	39.0%		19.5%
Gesamt	%	100.0%	100.0%
	Anzahl	100	100
			200

Quelle: Open Society Institute

Achtzig Prozent der Nicht-Muslime hatten eine deutsche Staatsbürgerschaft, im Vergleich zu nur knapp der Hälfte (49) der muslimischen Befragten. Weitergehende Analysen zeigen, dass nur zehn von allen Befragten eine doppelte Staatsbürgerschaft hatten.

Die folgende Tabelle zeigt, dass 44 Interviewpartner in der Türkei geboren wurden. Von ihnen haben nur 14 die deutsche Staatsbürgerschaft. Andererseits haben von den 43 muslimischen Interviewten, die in Deutschland geboren wurden, 12 eine türkische Staatsbürgerschaft.

Tabelle 6. Die Geburtsländer der Teilnehmer in den OSI-Fragebogeninterviews (I2)

	Religion		Gesamt	
	Muslim	Nicht-Muslim		
Belgien		1.0%	0.5%	
Bosnien und Herzegowina	1.0%		0.5%	
Chile		1.0%	0.5%	
Ägypten	1.0%		0.5%	
England		1.0%	0.5%	
Äthiopien		1.0%	0.5%	
Frankreich		2.0%	1.0%	
Gambia	1.0%		0.5%	
Deutschland	43.0%	80.0%	61.5%	
Indonesien		1.0%	0.5%	
Irak	1.0%		0.5%	
Italien		1.0%	0.5%	
Jamaika		1.0%	0.5%	
Jordanien	1.0%		0.5%	
Libanon	1.0%		0.5%	
Mazedonien	1.0%		0.5%	
Marokko	1.0%		0.5%	
Nigeria		1.0%	0.5%	
Palästina	1.0%		0.5%	
Polen		2.0%	1.0%	
Sierra Leone	1.0%		0.5%	
Swasiland		1.0%	0.5%	
Schweiz		2.0%	1.0%	
Syrien	3.0%		1.5%	
Thailand		1.0%	0.5%	
Türkei	44.0%		22.0%	
Vereinigtes Königreich		1.0%	0.5%	
Vereinigte Staaten		3.0%	1.5%	
Gesamt	%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	100	100	200

Quelle: Open Society Institute

Wie vielfältig die Wahrnehmungen des eigenen ethnischen Hintergrunds sein können, zeigt sich in den folgenden Antworten auf die Frage nach dem ethnischen und/oder kulturellen Hintergrund, zu dem sich die Muslime zugehörig fühlten.

Deutsch-Arabisch (2), Arabisch (2), Arabisch (mit ambivalenten Gefühlen) (1), Palästinensisch (1), Deutsch mit palästinensischen Wurzeln (1), Libanesisch (1), Bosnisch (1), Arabisch von der Religion her (1), (demokratisch) Türkisch (1), Türkisch (22), Muslim (3), bikulturell/ multi-ethnisch (1), Afro-Europäisch (1), Gar nichts (1), „Arabisch in Blut und Herz, aber Deutsch in Bezug auf das Handeln“ (1), Kurdisch (1), Alevitisch Kurdisch (1), Sunnitisch Kurdisch (1), Türkisch/Kurdisch (2), Deutsch/Türkisch/Kurdisch (3), politisch engagiert (1), multikulturell Tscherkessisch/Türkisch/Deutsch (1), Deutsch/Türkisch (10), Türkisch/Europäisch/kosmopolitisch (1), Muslim/ Türkisch (16), Muslim/Marokkanisch (1), Deutsch/Türkisch/Muslim (2), Muslim/Osmanisch (1), überall (2), Arabisch/Muslimisch/Deutsch (1), Arabisch-Muslimisch (1), freier Weltbürger aus Kreuzberg und Istanbul (1), orientalistisch (1), Deutsch mit türkischem Ursprung (1), Deutsch mit pakistanischem Ursprung (1), Pakistanisch (1), Arabisch mit deutschem/tschechischem Einfluss (1), Deutsch/Nigerianisch (1), Mensch (1), Afrikanisch (1), Weltbürger (1), Berliner Türke (1), Islamisch-orientalistisch (1), Osmanisch/Germanisch (1), Zazaki/Alevitisch und multikulturell (1), Muslimisch/Makedonisch/Türkisch (1)

Diese lange Liste verschiedener Selbstbeschreibungen reflektiert den hohen Grad an Vielfalt und verschiedenen Identitäten in Berlin-Kreuzberg. Die Antworten, welche die Interviewten auf die Frage nach der gefühlten Zugehörigkeit zu einem ethnischen oder kulturellen Hintergrund gaben, sagen mehr über die Vielfalt in den Wahrnehmungen als über feste und klar definierbare ethnische Ursprünge aus. Auch unter den interviewten Nicht-Muslimen waren die Antworten ähnlich vielfältig.

1.5 Sozialer Hintergrund

Die Frage nach der letzten Arbeitsstelle gab einen Einblick in die mögliche soziale Situation, in der sich die Befragten befanden. Sie wurde von Muslimen und Nicht-Muslimen auf die folgende Weise beantwortet.

Tabelle 7. Berufe, in denen die Teilnehmer der OSI-Fragebogeninterviews tätig waren (I17)

	Religion		Gesamt
	Muslim	Nicht-Muslim	
Keine Antwort	14.0%	12.0%	13.0%
Berufe mit akademischer oder Fachschulausbildung	26.0%	33.0%	29.5%
Mittlere Verwaltungs- oder Dienstleistungsberufe	11.0%	13.0%	12.0%
Höhere Verwaltungs- und Managementberufe	5.0%	1.0%	3.0%
Gelernte technische und handwerkliche Berufe	8.0%	4.0%	6.0%
Angelernte Handwerks- und Dienstleistungsberufe	11.0%	7.0%	9.0%
Ungelernte Handwerks- und Dienstleistungsberufe	15.0%	11.0%	13.0%
Mittlere oder untere Managementberufe	3.0%	3.0%	3.0%
Klassische akademische und freie Berufe	7.0%	16.0%	11.5%
Gesamt	%	100.0%	100.0%
	Anzahl	100	100
		100	200

Quelle: Open Society Institute

1.6 Fragebogeninterviews und Fokusgruppen

Das Interviewer-Team bestand aus 10 Leuten, von denen die Hälfte einen muslimischen Hintergrund hatte. Die Kontaktaufnahme mit muslimischen Interviewpartnern verschiedener Altersgruppen und Hintergründe wurde damit erleichtert und mögliche Sprachbarrieren leichter überwunden. Die Fragebögen bestanden aus 9 Fragegruppen, darunter Themen der Nachbarschaft, Identität, Bildung, Beschäftigung, Staatsbürgerschaft und Diskriminierung, und standen in verschiedenen Sprachen zur Verfügung.

In den Fokusgruppen, die nach Alter und Geschlecht aufgeteilt wurden, diskutierten Muslime bestimmte Themen tiefer gehend. Drei Gruppen bestanden aus weiblichen wie männlichen Interviewpartnern im Alter zwischen 18 und 45, von denen jede vorrangig einen der folgenden Themenkomplexe diskutierte: 1.) Bildung und Arbeit; 2.) Gesundheit und Sozialsystem sowie 3.) Polizei und Sicherheit und politische Partizipation. Drei weitere Gruppen bestanden aus 1.) Frauen unter 35 Jahren, 2.) Frauen über 40 sowie 3.) Männern über 40. In den Gruppen wurden neben den thematischen Schwerpunkten auch Fragen diskutiert, die für die Teilnehmer relevant waren und von ihnen eingebracht wurden.

Die signifikantesten Ergebnisse der Fragebogeninterviews ebenso wie die hervorstechenden Themen und Vorschläge der Gruppeninterviews werden in den einzelnen themenbezogenen Kapiteln dieses Berichts aufgeführt und zusammengefasst.

2. BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAPHIE

Die offiziellen Statistiken lassen darauf schließen, dass 2007 14% der 3,3 Mio. Einwohner Berlins keine deutschen Staatsangehörigen waren.²¹ Offizielle Daten unterschieden lange Zeit lediglich zwischen Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (Deutsche) und solchen ohne (Ausländer), was es sehr schwer machte, verlässliche Daten über die Lebensumstände von eingebürgerten Migranten oder die Kinder aus Migrantenfamilien zu bekommen. Seit 2005 beinhaltet der Mikrozensus, der jedes Jahr ein Prozent der deutschen Bevölkerung erfasst, zumindest die Kategorie Migrationshintergrund.²² Für Berlin zählte der Mikrozensus von 2007, dass 24 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund hatten.²³

Während die ‚ethnisch deutsche‘ Bevölkerung Berlins langsam abnimmt, ist die ‚nicht-ethnisch deutsche‘ Bevölkerung im Wachstum begriffen. Man kann daher sagen, dass ausländische Staatsangehörige die Folgen einer abnehmenden und alternden Bevölkerung für Berlin abfedern.

Da offizielle Erhebungen die Religionszugehörigkeit nicht erfassen, gibt es keine statistischen Angaben zur Anzahl der Muslime in Berlin.²⁴ Andreas Kapghan erklärt in *Islamisches Gemeindeleben in Berlin*, dass die Zahl der Muslime in Berlin von der Organisation *Islamische Religionsgemeinschaft* auf Grundlage der Zahl der Einwanderer aus Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit geschätzt wird, wozu dann die

²¹ Stand vom 30. Juni 2007. Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; <http://www.statistik-berlin-brandenburg.de>.

²² Hierzu werden verschiedene Einzelmerkmale, wie Zuzug, Einbürgerung und Staatsangehörigkeit erfasst, aus denen dann ein möglicher Migrationshintergrund abgeleitet wird. Menschen mit Migrationshintergrund werden definiert als „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit; Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005; Wiesbaden, 2009, S. 6. Online verfügbar unter <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1020313>.

²³ Pressemitteilung 297 des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, 15. September 2009, online einsehbar unter <http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/pms/2009/09-09-15c.pdf>.

²⁴ Während die Endfassung dieses Berichts fertiggestellt wurde, veröffentlichte das Bundesministerium des Inneren in seiner Studie *Muslimisches Leben in Deutschland* neue Daten zur Zahl der in Deutschland lebenden Muslime, die darin auf zwischen 3,8 und 4,3 Millionen geschätzt werden, davon fast die Hälfte (45 Prozent) mit deutscher Staatsangehörigkeit. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, *Muslimisches Leben in Deutschland*, im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz, Forschungsbericht 6, 2009, S. 80. (hiernach Bundesamt für Migration, Muslimisches Leben) Online verfügbar unter http://www.deutsche-islam-konferenz.de/cln_117/SharedDocs/Anlagen/DE/DIK/Downloads/Plenum/MLD-Vollversion,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/MLD-Vollversion.pdf.

Zahl der Muslime mit deutscher Herkunft addiert wird.²⁵ Mit dieser Methode schätzte das Statistische Landesamt Berlin die Zahl der Muslime in Berlin im Januar 2005 auf 212 713. Betrachtet man dazu das Einwohnermelderegister, ergibt sich folgende Aufteilung der ethnischen und nationalen Gruppen. Die größte Gruppe (mit etwa 170 000) besteht aus Personen mit einem türkischen Migrationshintergrund, von denen nach Angaben des Amtes für Statistik etwa 120 000 keine deutsche Staatsbürgerschaft haben. Darauf folgen etwa 34 000 Menschen, die aus arabischen Ländern stammen und weitere 12 000 aus anderen Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit. Das Statistische Landesamt Berlin schätzt, dass über 70 000 Muslime eine deutsche Staatsbürgerschaft haben, von denen die Mehrheit eingebürgerte Einwanderer sind.

Die Schätzungen werden noch dadurch verkompliziert, dass nicht alle Einwanderer aus Ländern mit muslimischer Mehrheit tatsächlich Muslime sind. Es gibt Christen, die in nicht zu vernachlässigender Zahl aus dem Libanon oder Indonesien kommen, sowie Buddhisten und Hindus. Andererseits sind Muslime aus Ländern eingewandert, die – wie Indien – keine muslimische Bevölkerungsmehrheit haben.²⁶

2.1 Muslime in Deutschland

Sieht man sich die nationalen Statistiken an, hat die größte Gruppe, nämlich etwa ein Drittel der gesamten muslimischen Bevölkerung Deutschlands, einen türkischen Migrationshintergrund.²⁷ Die afghanische Diaspora in Deutschland ist die größte in Europa, und es gibt auch eine nicht unbedeutende Anzahl an Einwanderern aus Pakistan, sowie Indonesier und Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien und dem Balkan. Die meisten der letztgenannten sind Muslime, die aus Albanien, dem Kosovo, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und hauptsächlich aus Bosnien und Herzegowina kamen.

Im Jahr 2002 lag die deutsch-arabische Bevölkerung bei etwa 290 000, von denen nach Schätzungen der Vereinigten Palästinensischen Gemeinde Berlin-Brandenburg ungefähr 60 000 Palästinenser waren. Abgesehen von der Gruppe der Arbeitsmigranten aus Marokko und Tunesien waren die meisten der arabischen Einwanderer in Deutschland als Flüchtlinge und Asylsuchende angekommen.²⁸

²⁵ Andreas Kapphan, „Zugewanderte aus islamisch geprägten Ländern in Berlin“, in Reim Spielhaus, Alexa Färber (Hg.) *Islamisches Gemeindeleben in Berlin*, Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration, Berlin, 2006, (hiernach Spielhaus, Färber, *Islamisches Gemeindeleben in Berlin*), S. 19.

²⁶ Spielhaus, Färber, *Islamisches Gemeindeleben in Berlin*.

²⁷ Jochen Blaschke, „Tolerated but Marginalised – Muslims in Germany“, in Edition Parabolis Verlagsabteilung im Europäischen Migrationszentrum (EMZ) (Hg.) *State Policies Towards Muslim Minorities. Sweden, Great Britain and Germany*. Kempten, 2004, (hiernach Blaschke, „Tolerated but Marginalised“), S. 78.

²⁸ Ekkehart Schmidt-Fink, „Schwerpunkt: Araber in Deutschland“, *Ausländer in Deutschland*, Jg.17, Nr.2, 2001.

Laut einer Studie von Wilamowitz-Moellendorf²⁹ setzt sich die ursprünglich türkische Bevölkerung in Deutschland wie folgt zusammen: 63 Prozent gehören zum sunnitischen Islam; 12 Prozent sind Aleviten (eine eigene Religionsgemeinschaft, die sich aus dem schiitischen Islam entwickelte); 2 Prozent sind schiitische Muslime und weitere 7 Prozent sind Yeziden, Assyrer oder armenische Christen.

Geht man wieder auf die Berliner Ebene, wo die Türkei-stämmigen die größte Gruppe unter den Muslimen ausmachen, kann man daraus schließen, dass Sunniten die bei weitem größte Gruppe bilden, gefolgt von einer bedeutenden Zahl von Aleviten und einer kleineren Zahl von Schiiten.

2.2 Gemeindestrukturen in Berlin

Die Studie von Riem Spielhaus zum Islamischen Gemeindeleben in Berlin gibt einen detaillierten Überblick sowohl über die muslimischen Gemeinden in der Stadt als auch über lokale und nationale Dachorganisationen.³⁰ Nach Spielhaus sind etwas mehr als die Hälfte der muslimischen Gemeinden in Berlin in lokalen und/oder nationalen Dachorganisationen eingebunden. Die beiden Wichtigsten sind auf Deutschlandebene der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) und der Islamrat (IR). Gemeinsam mit der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB), welche unter Verwaltung und Aufsicht des türkischen Staates steht, und dem Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) haben diese vor Kurzem den Koordinationsrat der Muslime (KRM) gebildet. Dieser übergeordnete Dachverband entwickelte sich aus der Notwendigkeit, einen einheitlichen muslimischen (schiitischen und sunnitischen) Ansprechpartner gegenüber der deutschen Regierung zu bieten. Die meisten muslimischen Gemeinden in Berlin, die einer Dachorganisation angehören, sind entsprechend ethnischer und/oder nationaler Herkunft organisiert. Nur wenige Vereine, wie der Dachverband Initiative Berliner Muslime (IBMUS) und individuelle Organisationen bringen ausdrücklich Mitglieder mit verschiedenen ethnischen und nationalen Hintergründen zusammen.³¹ Die kleineren Vereine, die nicht Mitglied in einer der Dachorganisationen sind, machen etwa die Hälfte der muslimischen Gemeinden in Berlin aus und sind laut Spielhaus wie folgt unterteilt:

- 1a) Sunnitische Vereine mit Mitgliedern türkischer, arabischer, bosnischer oder pakistanischer Herkunft, darunter einige sufistische Gruppen;

²⁹ Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf, „Türken in Deutschland – Einstellungen zu Staat und Gesellschaft“, Arbeitspapier, Konrad Adenauer Stiftung (Hg.), Sankt Augustin, 2001, S. 3.

³⁰ Riem Spielhaus, „Organisationsstrukturen islamischer Gemeinden“, in Spielhaus, Färber, *Islamisches Gemeindeleben in Berlin*, (hiernach Spielhaus, „Organisationsstrukturen“), S. 12–17.

³¹ Dies sind hauptsächlich die Muslime Jugend Deutschland (MJD) für Berlin, der Deutschsprachige Muslimkreis (DMK) und der interkulturelle Verein Inssan e.V.

- 1b) Sunnitische deutschsprachige Gläubige, unter denen Konvertiten zum Islam ebenso zu finden sind wie eine wachsende Zahl an Jugendlichen der zweiten Generation;
- 2) Schiitische Vereine, unter ihnen aserbaidische Schiiten, Iraner und libanesische Schiiten;
- 3) Die Ahmadiyya-Lahore und die Qadiani-Gruppe;
- 4) Aleviten

Die schiitischen Gemeinden in Berlin sind Mitglied der nationalen Organisation Islamischer Rat der Ahl-ul-Bait Gemeinschaften in Deutschland (IRAB), welcher wiederum ein Mitglied im Islamrats ist, einer der beiden zentralen Dachorganisationen in Deutschland.

Das Islamische Kulturzentrum der Bosniaken ist ein Mitglied des Vereins der Islamischen Gemeinden der Bosniaken in Deutschland. Die Ahmadiyya sind in erster Linie in zwei Hauptgruppen organisiert: der Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland und der Ahmadiyya Anjuman Ishaat-i-Islam Lahore. Die alevitische Gemeinschaft wird – abgesehen von dem Verein zeitgenössischer Demokraten aus Tokat und Umgebung e.V. – in Berlin hauptsächlich durch das Kulturzentrum Anatolischer Aleviten repräsentiert, welches wiederum Mitglied der nationalen Föderation der Aleviten-Gemeinden in Deutschland ist.³² Vertreter aus all diesen wichtigsten Glaubensrichtungen kommen beim Berliner Islamforum zusammen, ebenso wie bei der Islamkonferenz auf Bundesebene.

2.3 Einwanderungsgeschichte

Einwanderung hat schon immer maßgeblich das Gesicht von Berlin geprägt. Vor dem Bau der Berliner Mauer bestand diese hauptsächlich aus der internen deutschen Migration aus der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).³³ Einwanderung aus anderen Ländern nahm in der Nachkriegszeit zu, als Anwerbeabkommen mit Italien (1955), Griechenland und Spanien (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964) und Tunesien (1965) unterzeichnet wurden. Dieser Prozess des Anwerbens von Arbeitskräften wurde 1973 beendet, wonach weitere Einwanderung hauptsächlich aus Familiennachzug bestand.

Während dieser Zeit der Arbeitsmigration stand Berlin auch symbolisch im Zentrum des Kalten Krieges in Europa, was ebenfalls die Einwanderung und Ansiedlung in der

³² Zu weiteren Details über die verschiedenen muslimischen Gemeinschaften siehe Spielhaus „Organisationsstrukturen“.

³³ Rainer Ohliger und Ulrich Raiser, „Integration und Migration in Berlin. Zahlen-Daten-Fakten“, Beauftragter des Berliner Senats für Integration und Migration (Hg.). Berlin, 2005, S. 10 (hiernach Ohliger, Ulrich, „Integration und Migration“).

Stadt beeinflusste. Nach dem Bau der Berliner Mauer zogen viele Firmen und deren Mitarbeiter aus der Stadt weg in Richtung West-Deutschland. Die Rückkehr Berlins zum Hauptstadtstatus nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 hat diesen Prozess nicht umgekehrt. Selbst Bemühungen, Bürger aus West-Deutschland durch die Schaffung verschiedener Anreize dazu zu bewegen, nach Berlin zu ziehen, konnten den Bevölkerungsrückgang nicht aufhalten. Die Einwanderung nicht-deutscher Staatsangehöriger war daher auch nötig, um die Berliner Bevölkerung zu stabilisieren. In den 1990er Jahren wurde diese Einwanderung von Asylsuchenden aus Osteuropa bestimmt, die in erster Linie aus den Kriegs- und Konfliktgebieten wie dem früheren Jugoslawien, Afghanistan oder Palästina. Auch die Einwanderung von Aus- und Übersiedlern aus der früheren Sowjetunion³⁴ spielte eine nicht unerhebliche Rolle.

Eine Kombination von politischen Maßnahmen der Stadtplanung, günstigeren Mieten und den wachsenden Strukturen ethnischer Ökonomien (Versorgung mit speziellen Nahrungsmitteln sowie religiöser und kultureller Infrastruktur) wirkte darauf hin, dass sich die Immigranten in West-Berlin in erster Linie in den Innenstadtbezirken Kreuzberg, Wedding und Neukölln³⁵ ansiedelten.

In Ost-Berlin fiel die Anwerbung ausländischer Arbeiter (aus den damals sozialistischen Staaten wie Algerien, Ungarn oder Vietnam) zahlenmäßig sehr viel geringer aus als in West-Berlin. Dies könnte erklären, warum nur wenige Menschen mit italienischer, griechischer oder türkischer Migrationsgeschichte heute in den Ostteilen der Stadt leben.³⁶

Im Jahr 2001 führte eine Neustrukturierung der Bezirksgrenzen in Berlin zum Zweck der Verschmelzung von ehemaligen Ost- und Westbezirken zur Schaffung neuer Bezirke wie Friedrichshain-Kreuzberg oder Mitte. Diese neuen Bezirke haben statistisch gesehen relativ hohe Anteile von Immigranten, wobei jedoch die realen Bevölkerungsanteile mit Migrationshintergrund immer noch fast ausschließlich in den ehemals westlichen Bezirken zu finden sind.

³⁴ Bezüglich der verschiedenen Aufenthaltstitel von Immigranten, Flüchtlingen und Asylbewerbern siehe: Ohliger und Raiser, S.11.

³⁵ Bezüglich einer differenzierten Auseinandersetzung mit den Vor- und Nachteilen ethnisch bestimmter Viertel und Stadtteile siehe: Kapphan, Migration und Stadtentwicklung. Die Entstehung ethnischer Konzentrationen und ihre Auswirkungen, Migration und Integration in Berlin, S. 89–108.

³⁶ Ohliger, Ulrich, Integration und Migration, S. 12.

Der Fokus dieses Berichts liegt auf Friedrichshain-Kreuzberg. Die Gesamtbevölkerung dieses Bezirks liegt bei 147 804,³⁷ und seine muslimische Bevölkerung kann nur sehr grob auf 35 000³⁸ geschätzt werden.

2.4 Staatsbürgerschaft und Zugang zur Staatsbürgerschaft

Deutschland hat in den letzten Jahren entscheidende Schritte hin zu einem integrativeren Staatsbürgerschaftsverständnis gemacht. Seit 2000 haben auch Kinder nicht-deutscher Staatsangehöriger, die in Deutschland geboren wurden, unter bestimmten Umständen³⁹ Zugang zur deutschen Nationalität. Zum Teil wird damit der zentrale Stellenwert von Staatsangehörigkeit für eine erfolgreiche Integration anerkannt. Für diejenigen, die vor 2000 geboren wurden, bleibt der Zugang zur Staatsbürgerschaft schwieriger.⁴⁰ Besonders solche Gesetze, die das wirtschaftliche Potential der Anwerber auf Einwanderung und Einbürgerung in den Fokus setzen, wenn beispielsweise die Einbürgerung junger Immigranten unter 23 (zum größten Teil Kinder von immigrierten Eltern) an ein Einkommen geknüpft wird, welches ihnen ermöglicht, sich selbst zu unterhalten, können zu einer Hürde für Einwandererkinder werden, die Staatsbürgerschaft zu erlangen.⁴¹ Auf diese Anforderung wird jedoch verzichtet, wenn die Bewerber nachweisen können, dass ihr mangelndes Einkommen auf fehlende Arbeits- und Ausbildungsstellen zurückzuführen ist.

³⁷ Quelle: Amt für Statistik Berlin Brandenburg, Dezember 2007, online verfügbar unter www.statistik-berlin-brandenburg.de (hiernach Webseite des Amts für Statistik Berlin Brandenburg, aufgerufen April 2010).

³⁸ Quelle: Webseite des Amts für Statistik Berlin Brandenburg. Diese Zahl umfasst Menschen aus Ursprungsländern mit 40% oder mehr muslimischem Bevölkerungsanteil und wurde durch die Autorin des Berichts mit Hilfe der Daten des Amts für Statistik errechnet. Die meisten der berücksichtigten Ursprungsländer weisen einen weit höheren Anteil muslimischer Einwohner auf. Um jedoch auch die muslimischen Einwanderer aus Bosnien-Herzegowina zu berücksichtigen, deren Zahl in Berlin nicht unerheblich ist, haben wir diesen Grenzwert bei 40% festgelegt. Die Schätzung beruht auf der Zahl nicht-deutscher Staatsangehöriger, die aus einem Land mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit stammen, ebenso wie auf deutschen Staatsbürgern, die innerhalb der letzten 10 Jahre eingebürgert wurden und ursprünglich aus einem der so definierten Länder stammen.

³⁹ Vorbedingung für die Einbürgerung dieser Kinder ab der Geburt ist eine legale und unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung von mindestens einem Elternteil seit mindestens 8 Jahren. Im Alter zwischen 18 und 23 muss sich der oder die Jugendliche dann für die deutsche oder eine andere Staatsangehörigkeit entscheiden. Letzteres wird jedoch von verschiedenen Juristen angefochten, welche eine Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz bezweifeln, welches generell den Entzug der Staatsbürgerschaft in Art. 16 GG verbietet.

⁴⁰ Wer vor 2000 geboren wurde, hatte ein Jahr lang die Möglichkeit, zusätzlich die deutsche Staatsangehörigkeit zu wählen, wenn das 10. Lebensjahr noch nicht vollendet war.

⁴¹ Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union, Drucksache 16/5065, (23 April 2007), online verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/050/1605065.pdf>.

2.5 Einbürgerungstests

Obwohl 2008 auf Bundesebene ein einheitlicher Einbürgerungstest eingeführt wurde, sind umstrittene lokale Versionen teilweise noch im Gebrauch. So verwendet etwa das Bundesland Baden-Württemberg noch immer seinen Test zur Einbürgerung, obwohl dieser für diskriminierende Fragen, die speziell Muslime ausgrenzten, stark kritisiert worden war.⁴²

Auch für Ehepartner, die nach Deutschland immigrieren möchten, wurden Sprachtests eingeführt. Die Schwierigkeiten, die erforderlichen Sprachfähigkeiten in den ländlichen Gebieten der Türkei zu erwerben, zusammen mit der Tatsache, dass solche Anforderungen beispielsweise nicht für Einwanderer aus den USA oder Japan galten, legten den Schluss nahe, dass die Sprachtests auf eine Behinderung der Einwanderung aus der Türkei abzielten.

Diese Schlussfolgerung wurde durch folgenden Kommentar des Innenministers von Niedersachsen, Uwe Schünemann, während der Diskussion zur Änderung der Einwanderungsgesetze noch untermauert: „Deutschland braucht weniger Leute, die uns ausnutzen und mehr, die uns nutzen.“⁴³

⁴² Zu einer detaillierten Kritik dieses Einbürgerungstests siehe Christian Joppke, “Beyond national models: Civic integration policies for immigrants in Western Europe”, in *West European Politics*, Volume 30, Issue 1, Routledge, 2007, S. 15.

⁴³ In: *taz*-Artikel „Zuwanderungsgesetz beschlossen“, 07.07.2007 von Lukas Wallraff, verfügbar online unter <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/zuwanderungsgesetz-beschlossen>.

3. BERLINS POLITISCHER KONTEXT

3.1 Die Wahrnehmung von Muslimen

Neuere Studien und Umfragen weisen auf eine Verschlechterung der öffentlichen Meinung gegenüber dem Islam und den Muslimen in Deutschland hin. Ein Vergleich der Umfrageergebnisse des Allensbach Instituts von 2004 und 2006⁴⁴ zeigt einen 10%igen Anstieg von Befragten, die den Islam mit Diskriminierung von Frauen (91%), Fanatismus und Radikalismus (83%) und einer Neigung zu Gewalt, Rache und Vergeltung (70%) assoziieren. Studien zur Repräsentation von Muslimen und dem Islam in den deutschen Medien zeigen ebenfalls eine starke Dominanz an Berichten und Sendungen, welche den Islam und die Muslime mit Terrorismus, Gewalt und anderen sozialen Problemen in Verbindung bringen.⁴⁵ Das Zentrum für Türkeistudien in Essen wertete die Artikel der Wochenzeitung *Der Spiegel* und der größten lokalen Tageszeitung *WAZ* sowie die Bundestagsprotokolle zwischen 2000 und 2004 aus.

Kai Hafez und Carola Richter analysierten in einer weiteren Studie zwischen Juli 2005 und Dezember 2006 die Themen und Ergebnisse verschiedener Talkshows, Berichte und Dokumentationen der größten öffentlichen Fernsehsender ARD und ZDF und fanden heraus, dass in nur 11 von 133 betreffenden Sendungen Diskussionen zu sozialen Themen oder zum Alltagsleben von Muslimen geführt wurden. In 40% der Sendungen wurden Themen wie Terrorismus, Extremismus und internationale Konflikte behandelt.

Auch im allgemeinen politischen Diskurs gab es innerhalb der letzten Jahre signifikante Veränderungen. Während die Diskriminierung von Muslimen aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit zwischen 2000 und 2001 noch eines der Hauptthemen gewesen war, ging es 2003 und 2004 hauptsächlich um Sicherheitsfragen, welche den Islam stark mit Terrorismus in Verbindung brachten, und weit weniger um Themen wie Toleranz und Anti-Diskriminierung.⁴⁶

Das Zentrum für Türkeistudien hat ebenfalls die Auswirkungen dieser Veränderungen im öffentlichen Diskurs auf Muslime in Deutschland eruiert.⁴⁷ Die Teilnehmer der Studie fühlten eine relativ hohe Akzeptanz und Toleranz der Deutschen gegenüber dem Islam, wobei dieses Vertrauen 2004 schwächer war als noch im Jahr 2000. Die

⁴⁴ Noelle, Elisabeth; Peterson, Thomas (17 May 2006) Eine fremde bedrohliche Welt; Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 114, S. 5.

⁴⁵ Kai Hafez and Carola Richter, Das Islambild von ARD und ZDF, Wochenschau für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde, Jg. 58, H. 6, 2007, S. 239–240.

⁴⁶ Dirk Halm, Pauschale Islamfeindlichkeit? Zur Wahrnehmung des Islams und zur soziokulturellen Teilhabe der Muslime in Deutschland, Siegfried Jäger & Dirk Halm, (Hg.) Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis, DISS / Unrast, 2006, (hiernach: Halm, *Pauschale Islamfeindlichkeit?*) online verfügbar unter <http://www.zft-online.de/UserFiles/File/Endbericht.pdf> (aufgerufen April 2010).

⁴⁷ Halm, *Pauschale Islamfeindlichkeit?*

Studie legt außerdem den Schluss nahe, dass die verstärkte Medienberichterstattung über den Islam bei einigen türkischen Befragten zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit den religiösen Aspekten ihres kulturellen Erbes und damit zu einer wachsenden Religiosität geführt hat.

Die Wahrnehmung des Islams und der Muslime sowie deren Auswirkungen auf die muslimische Gemeinschaft in Berlin werden wahrscheinlich nicht nennenswert von der gesamtdeutschen abweichen, auch wenn sie in den einzelnen Bezirken und Nachbarschaften möglicherweise sehr unterschiedlich sind. Viele Befragte der OSI-Studie fühlten sich in Kreuzberg angenommen, während es andere Stadtteile gab, die sie mieden. Weitergehende Studien zur Wahrnehmung von Muslimen auf der Stadt- und Bezirksebene wären hier nötig, um gesicherte Aussagen machen zu können.

Es ist anzunehmen, dass die Wahrnehmungen und Einstellungen gegenüber Muslimen in Berlin auch von dem relativ hohen Grad an Säkularismus und Neutralität gegenüber Religionen im Allgemeinen beeinflusst wird, den die Berliner Gesellschaft im Vergleich zu manch anderen ehemals westdeutschen Städten aufweist. Dies wird möglicherweise durch den Fall eines muslimischen Schülers verdeutlicht, der 2008 erfolgreich sein Recht einklagte, im Schulgebäude zu beten. Das Gericht verlangte von der Schule, dem Jungen einmal am Tag das Gebet in einem kleinen Raum zu ermöglichen. Es wies die Behauptung der Schule zurück, dass dies die Neutralität der Schule und die negative Religionsfreiheit der anderen Schüler verletzen würde. Die Medienreaktion weist im besten Fall auf ein Missverstehen der genauen Umstände des beschriebenen Falles hin. *Die Zeit* nannte die Gerichtsentscheidung einen ersten Schritt zur „Islamisierung des Berliner Schulsystems“.⁴⁸ *Der Spiegel*⁴⁹ erkannte möglicherweise nicht die Verteilung der muslimischen Gebetszeiten über den ganzen Tag und behauptete, dass der Junge das Recht verlange, „fünfmal pro Tag in der Schule“ zu beten. Die *Berliner Zeitung* zitierte den Direktor einer anderen Schule in Kreuzberg, welche einen hohen Anteil muslimischer Schüler hat, dass er „das Entsetzen anderer Schulleiter“ teile, sowie den bildungspolitischen Sprecher der Fraktion Bündnis 90/die Grünen Özcan Mutlu, welcher den Gerichtsentscheid „Gift für die Integration“ nannte, der keine Gräben zuschüttele, sondern neue schaffe.⁵⁰ Sogar die Lehrgewerkschaft GEW und der Berliner Bildungssenat sprachen sich negativ zu dem Gerichtsurteil aus. Es ist aber anzunehmen, dass dieser Fall kein Ausdruck von allgemeiner Islamfeindlichkeit ist, sondern vielmehr eine generelle Skepsis gegenüber öffentlich sichtbarer Religiosität widerspiegelt.

⁴⁸ Jörg Lau, „Gericht: Berliner Schulen müssen Gebetsräume für Muslime einrichten“, 2008, online verfügbar unter http://blog.zeit.de/joerglau/2008/03/13/gericht-berliner-schulen-mussen-gebetsraume-fur-muslime-einrichten_1093 (aufgerufen April 2010).

⁴⁹ „Muslimischer Junge darf in der Schule beten“, *spiegel-online*, 11. März 2008, online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/schulspiegel/0,1518,540843,00.html> (aufgerufen April 2010).

⁵⁰ Tobias Miller, „Gebets-Urteil wird von Schulleitern kritisiert“, *Berliner Zeitung*, 13. März 2008, online verfügbar unter <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0313/berlin/0060/index.html>.

Außerhalb der Medienberichte und öffentlichen Debatten erscheint der Kontakt zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen in der Stadt jedoch als relativ gut und scheint keine nennenswerten Konflikte zu provozieren. Die Ergebnisse der OSI-Studie lassen darauf schließen, dass sich Muslime tendenziell in den Innenstadtbezirken wie Kreuzberg, Neukölln oder Wedding sicherer und wohler fühlen, wo ein hoher Prozentsatz der Bewohner Immigranten sind und auch die nicht-migrantische Bevölkerung als tolerant wahrgenommen wird. Angst vor der Begegnung mit rechtsextremistischer Gewalt im Allgemeinen und islamophoben Einstellungen im Besonderen ist im Bezug auf andere Stadtteile, besonders die ehemaligen Ostbezirke Berlins, um einiges größer.⁵¹ Diese Ergebnisse werden im folgenden Kapitel zu *Identität, Zugehörigkeit und Interaktion* noch weitergehend analysiert.

3.2 Berliner Verwaltungsstrukturen

In Deutschland gibt es drei Verwaltungsebenen: Bund, Länder und Gemeinden.

Die höchste Verwaltungsebene stellt der Bund dar, welcher 12 Ministerien vereint (darunter beispielsweise das Familien- und Gesundheitsministerium oder das Innenministerium), das Bundespräsidialamt, Bundeskanzleramt, Bundespresseamt und den Bundesrechnungshof, welcher von der jeweiligen Regierung unabhängig ist.

Die Bundesländer sind parallel zum Bund organisiert, haben ihre eigenen Verfassungen und Bundesorgane und werden von parlamentarischen Regierungen geführt. Als Äquivalent zum Bundeskanzler auf nationaler Ebene gibt es daher Ministerpräsidenten in jedem Bundesland. In Stadtstaaten, wie Berlin, wird diese Funktion vom Bürgermeister ausgeübt.

Neben dem Ministerpräsidenten oder Bürgermeister sind der Fachminister, das Ministerium für Bundesangelegenheiten sowie der ebenfalls unabhängige Landesrechnungshof die höchsten Organe des Bundeslandes.

Auf der dritten Ebene der deutschen Verwaltung sind die Gemeinden angesiedelt. Sie bilden eine unabhängige politisch-administrative Ebene, sind aber bezüglich des Landesgesetzes ihren Ländern zugeordnet. Die Gemeinden unterscheiden sich größtmäßig erheblich und reichen von Großstädten wie Frankfurt oder Berlin bis zu kleinen Städten, die weniger Einwohner haben als manche Berliner Bezirke.

Berlin ist die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland und seit der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 auch eines von 16 Bundesländern, ein sogenannter Stadtstaat. Es ist daher Gemeinde, Stadt und Bundesland in einem.

Die Berliner Verwaltung ist in das administrative Zentrum und die 12 Bezirksverwaltungen unterteilt. Die Bezirke sind keine unabhängigen Gemeinden, sondern Teil der

⁵¹ Aussagen aus OSI Fragebogeninterviews und Fokus Gruppen mit Muslimen aus Berlin-Kreuzberg.

Hauptverwaltung. Daher haben die einzelnen Bezirke weniger politische Macht als beispielsweise eine kleine Stadt mit dem Status einer Kommune. Das administrative Zentrum besteht aus dem Berliner Senat, geführt vom Bürgermeister, welcher Senatoren für die acht verschiedenen Senatsverwaltungen ernennt. Die Zuständigkeitsbereiche dieser Senatsverwaltungen sind:

- Stadtentwicklung;
- Wirtschaft, Technologie und Frauen;
- Bildung, Wissenschaft und Forschung;
- Finanzen;
- Gesundheit Umwelt und Verbraucherschutz;
- Inneres und Sport;
- Integration, Arbeit und Soziales und
- Justiz.

Neben dem Senat gibt es das parlamentarisch gewählte Berliner Abgeordnetenhaus mit Verantwortlichkeiten für Gesetzgebung, Wahl des Bürgermeisters und Überprüfung der Regierung, des Berliner Senats.

Auch auf der Bezirksebene gibt es eine gewählte Institution, die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), welche von der Bevölkerung des Bezirks mit deutscher oder einer anderen EU-Staatsangehörigkeit ab einem Alter von 16 Jahren gewählt wird und welche dann ihren administrativen Teil, das Bezirksamt, wählt. Die BVV überwacht die Arbeit des Bezirksamts. Sie trifft Entscheidungen über den Etat des Bezirks, welcher dann zur Bewilligung an das Abgeordnetenhaus gesandt wird. Die Bezirksverwaltungen hängen daher sehr stark vom Berliner Senat und seinen untergeordneten Senatsverwaltungen ab.

Diejenigen Bewohner des Bezirks, die keine deutschen oder EU-Staatsbürger sind, haben kein lokales Wahlrecht, was auf Bundes- wie lokaler Ebene wiederholt diskutiert und kritisiert wurde. Im aktuellen Integrationskonzept erklärt der Berliner Senat die Absicht, ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU Staatsbürger, die seit langer Zeit in Deutschland leben, mittels einer Bundesratsinitiative zu unterstützen.⁵² Die Einführung eines solchen kommunalen Wahlrechts hätte weitreichende Auswirkungen,

⁵² Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Das Berliner Integrationskonzept, Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken, Drucksache 16/ 0715, Juli 2007, S. 73, online verfügbar unter http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/integrationskonzept_2007_bf.pdf?start&ts=1261580483&file=integrationskonzept_2007_bf.pdf (hiernach Berliner Integrationskonzept).

besonders auf große Teile der Berliner muslimischen Bevölkerung, die bis jetzt nicht berechtigt sind, sich durch Wahlen an der Lokalpolitik zu beteiligen.

3.3 Bildung

Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung ist die höchste politische Ebene für Bildung in Berlin. Jedes Bundesland ist selbst für sein Bildungssystem verantwortlich. Obwohl Bildungspolitik von der Ständigen Konferenz der Kultusminister auf nationaler Ebene überwacht wird, handeln die Bundesländer und Stadtstaaten in diesem Bereich daher relativ autonom. Strukturelle Entscheidungen, welche die Bildung betreffen, werden vom Senat getroffen, ohne viel Entscheidungsgewalt für einzelne Bezirke. Der zuständige Berliner Senator für Bildung ist derzeit Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner (SPD).

3.4 Arbeit und Beschäftigung

Beschäftigungspolitik unterliegt der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales.

Die Bundesagentur für Arbeit bildet die nationale Institution, welche für Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Überwachung des Arbeitsmarktes, die Vergabe von Arbeiterlaubnissen sowie für die Zahlung von Arbeitslosengeld I und Kindergeld verantwortlich ist. Sie ist dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales unterstellt. Die derzeitige Senatorin für diesen Verwaltungsbereich ist Carola Bluhm (DIE LINKE).

3.5 Gesundheit

Die Gesundheitspolitik unterliegt der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz. Diese wiederum untersteht dem Bundesministerium für Gesundheit, welches für das Entwickeln und Erlassen von Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften zuständig ist. Diese Senatsverwaltung hat verschiedene untergeordnete Institutionen, wie den *Berliner Betrieb für Zentrale Gesundheitliche Aufgaben* oder ein Institut für Gerichtsmediziner. Für öffentliche Gesundheit und soziale Fürsorge sind jedoch in erster Linie Nicht-Regierungs-Institutionen wie Ärzte, Apotheker, Wohlfahrtsorganisationen und Kliniken zuständig. Das System wird hauptsächlich durch ein Netz an Krankenversicherungen finanziert. Die derzeitige Senatorin für diesen Bereich ist Katrin Lompscher (DIE LINKE).

3.6 Polizei

Polizei und Sicherheitspolitik fallen in den Bereich der Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Unter deren wichtigsten unterstellten Institutionen sind die Polizei und der Verfassungsschutz, welche strikt voneinander getrennt sind. Die Bundesländer sind für ihre eigene Polizei und ihr Polizeigesetz verantwortlich, während alle sich auf ein

gemeinsames nationales Polizeigesetz beziehen. Jedes Bundesland hat innerhalb der Polizei eine Abteilung, welche für politische Straftaten wie Terrorismus und Extremismus zuständig ist. In jedem Bundesland gibt es außerdem eine Agentur für Verfassungsschutz, welche von der Polizei unabhängig ist und deren Aufgabe darin besteht, Informationen zu sammeln und auszuwerten. Der derzeitige Senator für diesen Bereich ist Dr. Erhart Körting (SPD).

4. ALLTAGSERFAHRUNGEN VON MUSLIMEN: IDENTITÄT, ZUGEHÖRIGKEIT UND INTERAKTION

Identität und Zugehörigkeit sind entscheidende Aspekte von Integration.⁵³ Während ein Mensch in den Arbeitsmarkt und soziale Netzwerke integriert sein kann, kann er sich möglicherweise nicht mit der Gegend, der Stadt oder dem Land identifizieren, in welchem er lebt. Gleichzeitig kann das Ausbleiben oder der Misserfolg sozialer und politischer Maßnahmen bezüglich der Anerkennung und des Respektierens wichtiger Aspekte der Identität und der Selbstwahrnehmung einer Person die Integration behindern.⁵⁴ Ebenso wird der Stellenwert von sozialen Kontakten und Interaktionen zwischen Menschen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt immer stärker hervorgehoben, da dies dazu beiträgt, Vorurteile zu überwinden und eigene Stereotype zu hinterfragen.

In diesem Kapitel wird aufgezeigt, wie Muslime ihren Bezirk und ihre Stadt wahrnehmen und wie sie sich darin fühlen. Das schließt ihr Zugehörigkeitsgefühl ebenso ein wie die positiven und negativen Aspekte ihres Bezirk und ihrer Stadt. Das Kapitel verzeichnet die Orte und Räume, an und in denen Interaktion mit Menschen derselben und anderer ethnischer und religiöser Herkunft als ihrer eigenen stattfinden. Es gibt außerdem Aufschluss über die nationale Identifikation der Kreuzberger Muslime, ob sie sich selbst als Deutsche wahrnehmen und/oder von anderen als solche gesehen werden.

4.1 Vorteile von vielfältiger kultureller Identifikation

Die Ergebnisse weisen deutlich darauf hin, dass es für die Integration und Identifikation von großer Wichtigkeit ist, dass Menschen die Gelegenheit bekommen, sich frei und positiv mit verschiedenen kulturellen (religiösen und anderen) Hintergründen gleichzeitig zu identifizieren. Eine der jungen Fokusgruppen-Teilnehmerinnen drückte dies folgendermaßen aus:

„Ich fühle mich als Deutsche, weil ich die Sprache spreche und die Kultur annehme. Ich bin Russin und Kasachin und Ukrainerin und Deutsche und Muslima und fühle mich gut damit.“

Abgesehen von den allgemeinen positiven Auswirkungen der Anerkennung und Wertschätzung von multilingualen und multikulturellen Kompetenzen, weist die OSI-Forschungsreihe darauf hin, dass eine monokulturelle Atmosphäre und die wiederholte Forderung nach Anpassung negative Auswirkungen haben können. Wenn Diskussio-

⁵³ F. Heckman & W. Bosswick, Integration and Integration Policies, Eine INTPOL Machbarkeitsstudie für das IMISCOE Network of Excellence 2005, online verfügbar unter <http://www.efms.uni-bamberg.de/pdf/INTPOL%20Final%20Paper.pdf> (abgerufen im April 2010).

⁵⁴ M. Malik, "Equality and Discrimination", in T. Choudhury (Hg.) *Muslims in the UK: Policies for Engaged Citizens*, Open Society Institute, Budapest, 2005.

nen über Integration dauerhaft und in einer Art und Weise geführt werden, die diese als verpflichtend oder gar erzwungen erscheinen lassen, kann das gerade bei jungen Menschen zu einer gegensätzlichen Reaktion des Widerstands und einer stärkeren Identifikation mit einem kulturellen Erbe führen, welches vielen von ihnen andernfalls gar nicht mehr sehr stark vertraut ist. Ein Grund dafür liegt darin, wie es eine Teilnehmerin der Studie beschrieb, dass ein derartiger öffentlicher Diskurs über Integration vielen das Gefühl gibt „*gegen die Wand gedrückt zu werden*“.

Auch Fachleute aus der praktischen Arbeit mit Jugendlichen, die an der Podiumsdiskussion der ersten Entwurfsfassung dieses Berichts teilnahmen, berichteten, dass sich nach ihren Erfahrungen junge Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, was ihre sprachliche und kulturelle Identifikation betraf, in der Regel dort auch zuhause fühlten. Sie fühlten sich nach Meinung der Experten all ihren Altersgenossen relativ gleich und verbunden. Ein wichtiges Anliegen einiger Organisationen, die mit diesen Jugendlichen arbeiteten, war die Unzulänglichkeit der üblichen Bezeichnungen wie ‚Migrationshintergrund‘ oder ‚Einwanderer‘ und die Notwendigkeit, neue Begrifflichkeiten zu finden, welche deren tatsächliche Lebensrealität besser wiedergeben könnten. Sie betonten wie wichtig es sei, Worte zu finden, die verständlich machten, dass die jungen Menschen sich genauso wie ihre alle ihre Altersgenossen fühlten. Während Vorschläge wie ‚Menschen mit Migrationsgeschichte‘ oder ‚People of Colour‘ gemacht wurden, war man sich gleichzeitig der Tatsache bewusst, dass schon die Tatsache einer speziellen Bezeichnung an sich die Gefahr barg, die Jugendlichen auf Identitäten zu fixieren, die sie als anders markierten.

Auch die Antworten zweier älterer männlicher Muslime auf die Interviewfrage, ob sie gerne als Deutsche gesehen würden, offenbarten einige tief verwurzelte Emotionen zu diesem Thema:

„Wenn sich uns die Deutschen ein wenig nähern, sind wir bereit, ihnen entgegen zu rennen!“⁵⁵

„Da hätte man das Gefühl, dass man in seinem eigenen Land lebt, das wäre schön.“

4.2 Zugehörigkeit zum Bezirk Kreuzberg

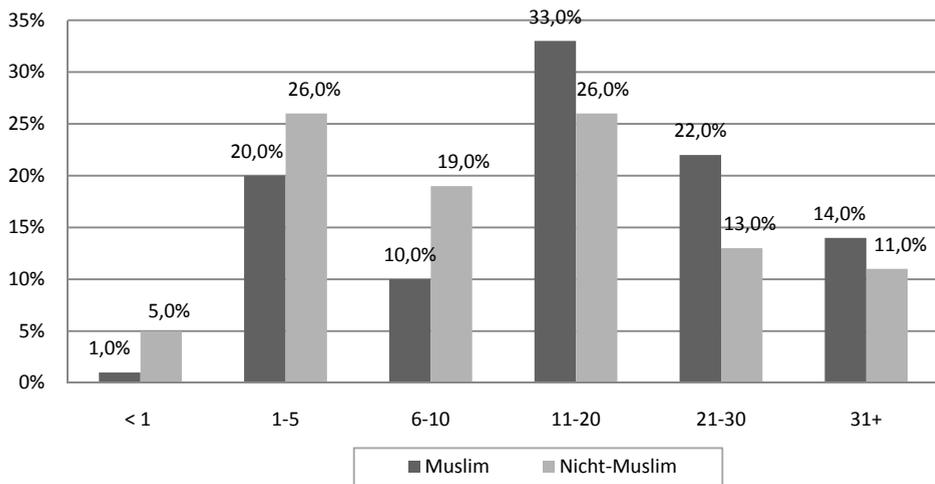
Zu den wichtigsten Ergebnissen dieser Studie gehört die starke Identifikation der Muslime mit ihrem Bezirk, welche dem generellen Stellenwert entspricht, den das Kiezdenken in Berlin hat, einer starken Verbindung und Identifikation mit dem eigenen Bezirk. Interessanterweise bezieht sich dieses Kiezdenken hier aber nicht auf ein kulturell homogenes Gebiet, sondern auf eine ethnisch und kulturell sehr vielfältige

⁵⁵ Türkisches Original: „Almanlar bize bir adim yaklasirlarsa, biz onlara uc adim yaklasmaya haziriz!“

Nachbarschaft, in der die Muslime das Zusammenleben mit ethnischen Deutschen schätzen und Absonderung oder Separierung, wo diese auftreten, sehr bedauern.

Alle Befragten erschienen innerhalb ihrer direkten Nachbarschaft und im Bezirk Kreuzberg als relativ gut verwurzelt. In bestimmten Aspekten traf das auf die Muslime sogar geringfügig stärker zu als auf die Nicht-Muslime, die im selben Bezirk lebten. So ist das Zugehörigkeitsgefühl zum Bezirk unter Muslimen beispielsweise geringfügig stärker (84 Prozent) als unter Nicht-Muslimen (76 Prozent).⁵⁶ Obwohl im Vergleich zur Gruppe der Nicht-Muslime weniger muslimische Interviewte Hausbesitzer⁵⁷ waren, hatten sie länger als ihre nicht-muslimischen Mitbürger im Bezirk gelebt.

Abbildung 2. Wohndauer im Bezirk (C2)



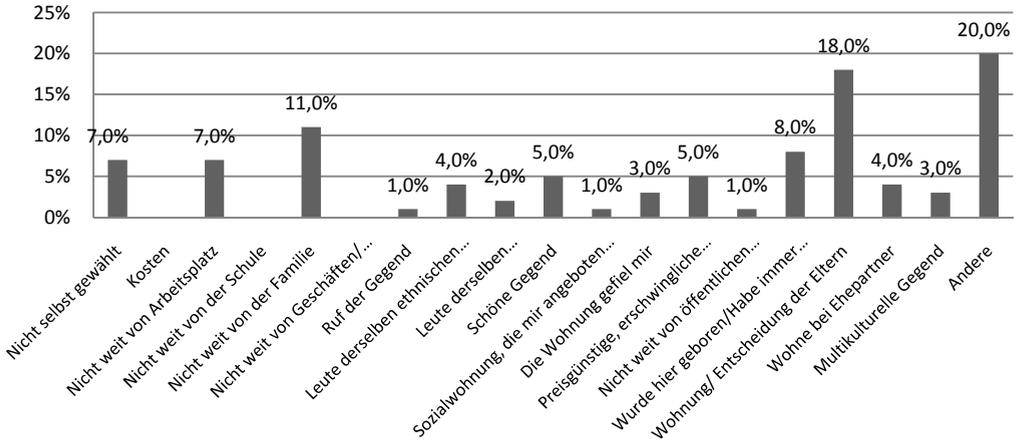
Quelle: Open Society Institute

⁵⁶ 48 Muslime gaben an, dass sie sich „sehr stark“ zum Bezirk zugehörig fühlten (Nicht-Muslime: 27) und weitere 36 sagten, sie fühlten sich „ziemlich stark“ zugehörig (Nicht-Muslime: 49).

⁵⁷ Nur zwei der muslimischen Befragten waren Besitzer ihrer Wohnung oder ihres Apartments, und einer davon nur mit einem laufenden Kredit, während es unter der nicht-muslimischen Vergleichsgruppe vier solcher Besitzer auf Kredit gab und drei weitere, die uneingeschränkte Eigentümer ihrer Apartments oder Wohnungen waren.

Muslime und Nicht-Muslime scheinen unterschiedliche Gründe und Motivationen für ihren Zuzug in den Bezirk zu haben. Während die Entscheidungen der Muslime,⁵⁸ in dieses Gebiet zu ziehen, hauptsächlich mit Familienbeziehungen⁵⁹ zu tun hatten, waren nicht-muslimische Befragte⁶⁰ in erster Linie von dem Charme, dem Ruf und dem multikulturellen Charakter des Viertels angezogen.

Abbildung 3. Warum sind Sie in diese Gegend gezogen? (Muslime) (C3)

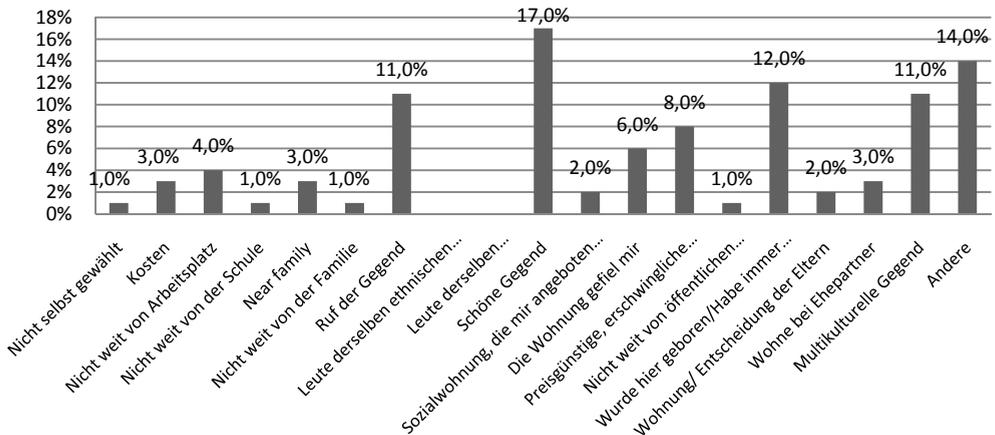


Quelle: Open Society Institute

⁵⁸ Wie oben beschrieben, wurde nicht nach dem genauen ethnischen Hintergrund der Interviewpartner gefragt, weshalb dieser nur geschätzt werden kann. Bezüglich der Antworten zu Fragen der Nationalität, dem Geburtsort und der gefühlten Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe, hatten etwa 4 der muslimischen Befragten einen ethnisch deutschen Hintergrund. Es ließen sich bei ihnen bezüglich der Gründe für das Leben in diesem Bezirk keine nennenswerten Unterschiede zu den anderen Muslimen feststellen. Drei von ihnen waren im Bezirk geboren worden oder lebten in der Wohnung ihrer Eltern, während der Vierte erklärte, aufgrund der zentralen Lage des Bezirks dort zu leben.

⁵⁹ Achtzehn gaben an, es sei die Entscheidung ihrer Eltern gewesen (nicht-Muslime: 2) und weitere 11, dass sie so nicht weit von ihren Familien entfernt seien (nicht-Muslime: 3). 4 weitere lebten in dem Bezirk, weil ihr Ehepartner seine/ihre Wohnung dort hatte (Nicht-Muslime: 3) und 8 erklärten, dass sie im Bezirk geboren worden waren und immer dort gelebt hatten (Nicht-Muslime: 12).

⁶⁰ Bezüglich der familienorientierten Gründe für ein Leben in diesem Bezirk zeigen die Forschungsergebnisse, dass es in diesem Bereich eine leichte ethnische Gewichtung gibt, da von den drei nicht-muslimischen Befragten, welche die Nähe zur Familie als wichtigsten Grund für das Leben in diesem Bezirk angaben, zwei einen nicht ethnisch deutschen Hintergrund hatten. Unter jenen, die den Charme des Bezirks als Grund für ihr Leben in Kreuzberg angaben, fand sich auch eine große Anzahl nicht ethnisch Deutscher, weshalb hier keine nennenswerte ethnische Komponente festgestellt werden konnte.

Abbildung 4. Warum sind Sie in diese Gegend gezogen? (Nicht-Muslime) (C3)

Quelle: Open Society Institute

Obwohl die ganze Erhebung in Gebieten mit großem muslimischem Bevölkerungsanteil durchgeführt wurde, gab es Unterschiede bezüglich der ethnischen Vielfalt der einzelnen Nachbarschaften (gemeint sind die Straßen, die unmittelbar das eigene Zuhause umgeben), in denen die Befragten lebten. Die Mehrheit beider Gruppen lebte in Wohngebieten mit Menschen aus unterschiedlichen ethnischen und religiösen Zusammenhängen (Muslime: 65 Prozent; Nicht-Muslime: 85 Prozent). Ein größerer Anteil von muslimischen (18 Prozent) als nicht-muslimischen (6 Prozent) Befragten lebte in Nachbarschaften mit Menschen, die ihren eigenen ethnischen und religiösen Hintergrund teilten. Das ist allerdings nicht überraschend, da die Befragung speziell auf Bezirke mit hohem muslimischem Bevölkerungsanteil ausgerichtet war.

Die Mehrheit aller Befragten lebte gerne in Kreuzberg.⁶¹ Muslime nannten in erster Linie ethnische und religiöse Vertrautheit und Zugang zu entsprechender Infrastruktur unter den Faktoren, die sie am Bezirk schätzten. Dies war speziell für ältere Interviewpartner entscheidend. Ein älterer muslimischer Teilnehmer betonte die Wichtigkeit des Zusammenlebens mit Nachbarn, die eine ähnliche Geschichte der Arbeitsmigration hinter sich hatten und die Erfahrung, sowohl in ihrer ‚Gastgeber‘ – Gesellschaft als auch in der türkischen Gesellschaft ein Außenseiter zu sein, teilten und verstanden.

Viele muslimische Befragte schätzten die Gegend wegen ihres multikulturellen Charakters. Es war jedoch die Gegenwart einer vielfältigen Palette unterschiedlicher ethnischer und kultureller Gruppen (vielmehr als nur die Gegenwart von Menschen

⁶¹ Muslime leben zu 94 Prozent „gerne“ oder „relativ gerne“ in Kreuzberg; bei nicht-Muslimen waren es 96 Prozent.

der eigenen Gruppe), auf die sie besonderen Wert legten. Die Präferenzen derjenigen, welche die ethnische Vertrautheit vorzogen sowie derjenigen, die kulturelle Vielfalt schätzten, scheinen beide stark von Sorgen um die eigene Sicherheit geprägt zu sein sowie von Ängsten, in weniger ethnisch gemischten Gebieten als anders markiert und ausgeschlossen zu werden. Viele Muslime befürchteten, in anderen Bezirken (namentlich Spandau, Tempelhof und dem Gebiet um den Potsdamer Platz) durch eigene Lautstärke, zu viele Kinder, zu viele gegenseitige Besuche oder einfach durch andersartiges Aussehen aufzufallen. Von Menschen in Kreuzberg, egal welcher ethnischen Zugehörigkeit, wird angenommen, dass sie einen ähnlichen Lebensstil pflegen oder zumindest mit solchen Unterschieden vertraut sind und sich damit wohlfühlen. Das Gefühl von größerer Sicherheit in Gebieten mit einer gemischten Bevölkerung und der Anwesenheit von 'Ausländern' wurde auch in den Diskussionen der Fokusgruppen betont. Mit den Worten eines älteren männlichen Diskussionsteilnehmers:

„Wenn Du auf die Straße gehst, wirst Du nicht auf den Nacken geschlagen.“

Nur eine kleine Anzahl von muslimischen Befragten gab an, nicht gerne in Kreuzberg zu leben. Für einige lag das an der sozialen Überwachung und dem Klatsch und Tratsch in der Nachbarschaft, für andere waren der Verkauf und das Konsumieren von Drogen im Viertel oder das Verhalten der muslimischen Jugendlichen ausschlaggebend.

Einige ältere Frauen, die für sich selbst die Lebensqualität des Viertels schätzten, äußerten in den Fokusgruppen-Interviews ihre Befürchtungen über den Einfluss der Reputation von Kreuzberg als eines sozialen Problembezirks mit schlechter Bildung auf die Chancen ihrer Kinder, einen Arbeitsplatz zu finden. Sie äußerten sich auch besorgt über Vorurteile ansässiger Deutscher ohne Migrationshintergrund sowie auch der lokalen Polizei gegenüber ihren Kindern. Sie erzählte, dass Jugendliche, die sich in Gruppen treffen und bewegen, oft per se von außen als Gang und potenzielle Unruhestifter beurteilt werden.

Es ist wichtig, zu betonen, dass die muslimischen Interviewpartner das Leben in einer ethnisch gemischten Gegend sehr schätzten, da es sie vor der Aufmerksamkeit und der zu erwartenden Entfremdung bewahren konnte, welcher sie in einer Gegend ausgesetzt wären, in der sie als ethnisch und kulturell andersartig auffallen würden. Der Wunsch ging hingegen nicht dahin, in einer ethnisch oder religiös homogenen Gegend zu leben.⁶²

⁶² Siehe dazu auch: Esin Bozkurt (2007). *Conceptualising 'Home', The Question of Belonging among Turkish Families in Germany*, University of Chicago Press. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: *Muslimisches Leben in Deutschland* (2009), Im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz, Forschungsbericht 6, online verfügbar unter http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/566008/publicationFile/31710/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland.pdf;jsessionid=FA6576204794EE834F2AD8715B10E78D.

Die Attraktivität des Lebens in einer kulturell vielfältigen Gegend wie Kreuzberg stammt vielmehr von der generellen Angst, abgelehnt zu werden oder durch die eigene Andersartigkeit negative Aufmerksamkeit zu erregen, als von einer Ablehnung deutscher Kultur und Werte.⁶³ Dies wird noch weiter durch die Aussagen einiger muslimischer Interviewpartner bekräftigt, welche Bedauern darüber ausdrückten, dass viele ethnisch Deutsche das Viertel in den letzten Jahren verlassen hätten, was die Gegend ihrer Ansicht nach ethnisch zu homogen werden ließ und ihre eigenen Chancen auf Bekanntschaften mit Deutschen verringerte.

4.3 Zugehörigkeit zur Stadt Berlin

Neben dem starken Zugehörigkeitsgefühl zu Kreuzberg⁶⁴ beschrieb die Mehrheit aller Befragten eine starke Verbundenheit mit der Stadt Berlin. 72 Prozent der Muslime sowie der Nicht-Muslime fühlten sich stark oder relativ stark zur Stadt zugehörig. Als mögliche Hindernisse einer stärkeren Identifikation mit Berlin wurden von Muslimen Sicherheitsfragen, Angst vor rassistischen Übergriffen sowie die Befürchtung, als Außenseiter behandelt zu werden, genannt. Das galt besonders für Muslime, die sichtbare Zeichen ihrer religiösen Identität trugen sowie für solche, die aufgrund ihres ethnischen und kulturellen Hintergrunds als Muslime identifiziert werden könnten. Eine Interviewpartnerin erklärte, dass sie selbst dann, wenn sie Menschen erklärte, dass sie Atheistin sei, weiterhin als Muslima wahrgenommen und subtil abgelehnt und als Außenseiterin behandelt würde.

Auch Nicht-Muslime haben auf der anderen Seite eine Bandbreite von Gründen, sich nur schwach zur Stadt Berlin zugehörig zu fühlen. Für einige war die Stadt ein Ort, an dem sie nur einen begrenzten Aufenthalt geplant hatten, andere erwähnten den Mangel an Natur oder an Freundlichkeit bei den Bewohnern. Ein Nicht-Muslim, der in Nigeria geboren worden war, zeigte ein ähnliches Muster einer starken Zugehörigkeit zu den Bezirken Kreuzberg und Neukölln und weniger Bindung an Berlin. Der Befragte nahm die Bezirke als Orte wahr, in denen viele „Ausländer“ lebten, während im Rest von Berlin die „Deutschen“ lebten, die ihn niemals akzeptieren würden, weil er eine andere Hautfarbe hätte.

Die Forschungsergebnisse legen den Schluss nahe, dass das Zugehörigkeitsgefühl zur Stadt beeinträchtigt wird, wenn eine Person von sich selbst und anderen als „Ausländer“ betrachtet wird. Solche Zuschreibungen werden offensichtlich aufgrund der ethnischen Herkunft gemacht und durch die Wahrnehmung als religiöser Muslim noch verstärkt, relativ unabhängig davon, ob die Person sich selbst so wahrnimmt oder nicht.

⁶³ Nach den Aspekten befragt, die sie an Kreuzberg nicht mochten, sagte nur ein einziger, dass er Deutsche nicht mochte und gab als Grund hierfür an, dass diese die Häuser von Türken nieder brannten, während eine weitere Person angab, dass in letzter Zeit viele junge Leute in die Nachbarschaft gezogen wären, deren Lebensstil nicht zu seinem passten.

⁶⁴ Siehe Abbildung 14.

4.4 Nationale Zugehörigkeit

Im Vergleich mit dem Zugehörigkeitsgefühl zu Berlin gaben weit weniger Befragte an, sich stark oder relativ stark zu Deutschland zugehörig zu fühlen.⁶⁵ An diesem Punkt gab es auch einen größeren Unterschied zwischen Muslimen (40 Prozent) und Nicht-Muslimen (53 Prozent). Es bei der Beantwortung dieser Frage kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen.

Auch ein erheblicher Anteil der nicht-muslimischen Interviewpartner⁶⁶ hatte kein starkes Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland, was sich möglicherweise auf die deutsche Geschichte und die damit einhergehenden Schwierigkeiten einer positiven Identifikation zurückführen lässt. Die Komplexität der nationalen Identität wird auch darin erkennbar, dass 80 Prozent der Nicht-Muslimen glaubten, als Deutsche wahrgenommen zu werden, also möglicherweise einen ethnisch-deutschen Hintergrund hatten, während sich nur 66 Prozent selbst als Deutsche betrachteten.

Der Hauptunterschied in der Art der Identifikation (oder Nicht-Identifikation) zwischen muslimischen und nicht-muslimischen (oder zwischen ethnisch deutschen und nicht-ethnisch deutschen) Interviewpartnern liegt in der Art und Weise, wie Menschen von Anderen wahrgenommen werden, da dies für Gefühle von Inklusion/Exklusion eine größere Rolle spielen kann als die eigene Selbstwahrnehmung.

Wie im vorhergehenden Kapitel erwähnt, hat Deutschland im Jahr 2000 erhebliche Veränderungen an seinem Staatsbürgerschaftsgesetz vorgenommen und sich in Richtung eines *ius soli*-Systems entwickelt. Trotz dieser positiven gesetzlichen Veränderungen verursachten die Auswirkungen des langjährig angewandten *ius sanguinis* und der Widerstand gegen politische Veränderungen während des gesetzgeberischen Prozesses starke Gefühle und ungute Erinnerungen unter den muslimischen Interviewten und Fokusgruppen-Teilnehmern.

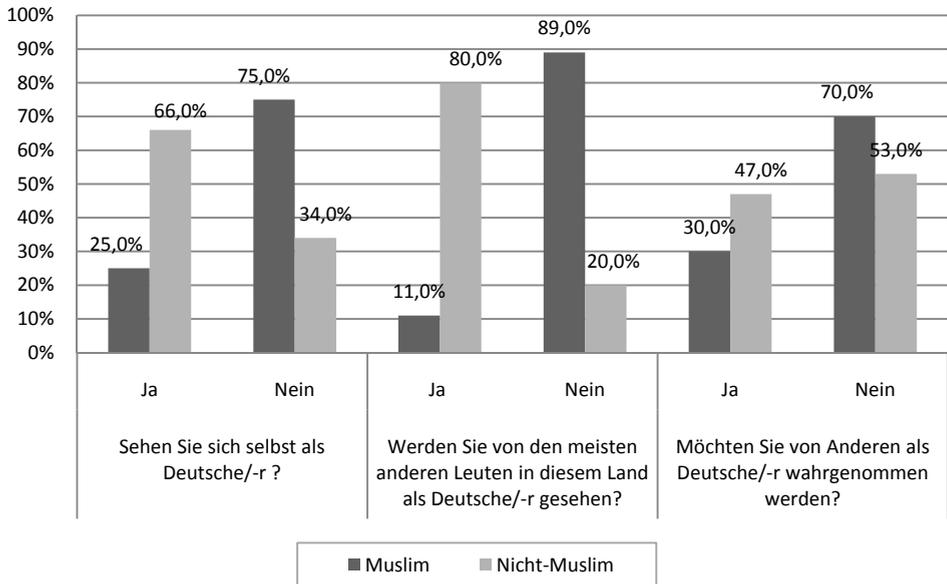
Das spiegelt sich u.a. in den Ergebnissen: Während 40 Prozent der Muslime ein Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland angaben, sah sich nur ein Viertel selbst als Deutsche, und ein noch geringerer Anteil (11 Prozent) glaubt, von Anderen als Deutsche wahrgenommen zu werden. Selbst die Frage "Sehen Sie sich selbst als Deutsche/-r?" wird nicht immer ohne nähere Erläuterungen verstanden. Besonders unter manchen älteren Interviewpartnern, die mehrheitlich vor 40 bis 50 Jahren aus der Türkei nach Deutschland kamen, verursachte die Frage zum Teil verständnisloses Gelächter, wenn ihnen von den jungen Interviewern mit türkischem Hintergrund diese Frage gestellt wurde. Einer der älteren Befragten sagte dem Interviewer:

⁶⁵ Siehe Abbildung 16.

⁶⁶ Über den ethnischen Hintergrund können keine genauen Angaben gemacht werden, da die Interviewten danach gefragt wurden, welchem ethnischen Hintergrund sie sich zugehörig fühlen, weshalb die Ergebnisse mehr über subjektive Wahrnehmung als über objektive Fakten aussagen.

„Mein Kind, unser ethnischer Ursprung ist offensichtlich. Wir sind niemals wie Deutsche geworden und werden es niemals werden. Und ich denke nicht, dass uns die Deutschen als Deutsche sehen könnten.“

Abbildung 5. Wahrnehmung als Deutsche (Muslimische Teilnehmer an OSI-Fragebogeninterviews) (D9–D11)



Quelle: Open Society Institute

Die zentrale Herausforderung, Integrationsmaßnahmen auf der Ebene einer nationalen Identifikation zu entwickeln, wird durch die Forschungsergebnisse der Befragung der Muslime deutlich. Die Mehrheit der muslimischen Befragten (71 Prozent) hatte den Eindruck, von anderen nicht als Deutsche wahrgenommen zu werden und nahm sich auch gleichzeitig selbst nicht so wahr. Es ist daher nicht überraschend, dass die Mehrheit der muslimischen Interviewpartner, die sich nicht als Deutsche fühlten und nicht den Eindruck hatten, von anderen als Deutsche wahrgenommen zu werden (71), auch nicht als Deutsche gesehen werden wollten (insgesamt 59). Überraschender ist es vielleicht, dass 12 Muslime, die sich nicht als Deutsche fühlten und den Eindruck hatten, von anderen nicht als Deutsche gesehen zu werden, dennoch von anderen als Deutsche gesehen werden wollten.

Unter den muslimischen Interviewpartnern, welche sich selbst als Deutsche wahrnahmen, aber den Eindruck hatten, dass sie von anderen nicht so gesehen würden, will die Mehrheit (über 60 Prozent) dennoch als Deutsche gesehen werden, unabhängig davon, dass diese Erwartung in ihren Alltagserfahrungen in der Regel nicht erfüllt wird.

Diese letzteren Ergebnisse weisen auf eine beachtliche Entschlossenheit einiger hin, sich trotz Ablehnungserfahrungen von außen im Sinne einer nationalen Identifikation zu integrieren.

Sieht man sich das Bildungsniveau an, können keine signifikanten Unterschiede zwischen der nationalen Identifikation derjenigen mit Universitätsabschluss und derjenigen mit Sekundarbildung festgestellt werden. Andererseits sah sich aus der Gruppe derjenigen, die keine formale Ausbildung genossen hatten oder deren höchstes Bildungsniveau die Grundschule war, keiner als Deutscher. Hierbei muss jedoch bedacht werden, dass die meisten derjenigen ohne formale Bildung ältere Menschen waren, die höchstwahrscheinlich als Arbeitsmigranten nach Deutschland gekommen waren.

Die Rolle von Arbeit und Beschäftigung ist für die soziale Integration von zentraler Bedeutung, was durch die folgenden Ergebnisse hervorgehoben wird. Die Selbstwahrnehmung als Deutsche ist bei denjenigen besonders niedrig, die in ungelernten Handwerksberufen tätig waren (unter 10 Prozent) und relativ hoch bei denen, die im niedrigen, mittleren und höheren Management oder höheren Verwaltungsberufen arbeiteten (über 60 Prozent). Es muss allerdings erwähnt werden, dass die letzteren Untergruppen der Befragung (zusammen 8 Interviewpartner) zu klein sind, als dass daraus eindeutige Schlussfolgerungen gezogen werden könnten.

Sieht man sich jedoch die jeweilige Nationalität der Befragten an, wird das Bild etwas eindeutiger. Das Geburtsland schien das nationale Zugehörigkeitsgefühl stark zu beeinflussen. Von denen, die nicht in Deutschland geboren wurden, aber später die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hatten, nahm sich fast die Hälfte als Deutsche wahr. Gleichzeitig nahmen sich nur knapp 10 Prozent derjenigen ohne deutsche Staatsbürgerschaft selbst als Deutsche wahr, was auf die Wichtigkeit der Einbürgerung für Integration und nationale Identifikation hinweist.⁶⁷

Der Mangel an Identifikation als Deutsche unter den Einwanderern der ersten Generation kann teilweise damit erklärt werden, dass viele von ihnen immer noch an dem Glauben, eines Tages in ihre Heimat zurückzukehren, festhalten. Dieser Punkt wurde durch die Antworten zweier älterer muslimischer Interviewpartner verdeutlicht:

„Wir haben dieses Land immer als fremdes Land beschrieben, und wir werden das auch immer tun. Leider sehen wir uns selbst hier immer noch als Gäste und träumen davon, eines Tages in unser Heimatland zurückzukehren. Es ist schwierig, die Gründe dafür zu erklären. Erstens hätten wir hier nicht so lange überlebt, wenn wir hier keine Freunde und Verwandte hätten. Ich meine, die

⁶⁷ Es wäre hier nicht sinnvoll, verschiedene ethnische Hintergründe zu unterscheiden, da die Befragten aus sehr vielen unterschiedlichen Regionen kamen und jeweils nur eine sehr kleine Zahl vertreten war. Dieser Vergleich ist jedoch interessant, wenn man auf die europäische Ebene sieht und die Interviewten aus allen 11 europäischen Städten betrachtet, die Teil dieser Forschung sind.

Unterschiedlichkeiten in der Kultur und der Mentalität hindern uns daran, uns hier zuhause zu fühlen.“⁶⁸

Interessanter für politische Entscheidungsträger mögen jedoch die Erfahrungen der Kinder von Einwanderern in der zweiten und dritten Generation sein. Eine junge Fokusgruppen-Teilnehmerin, die in Berlin geboren und aufgewachsen war, die deutsche Staatsbürgerschaft hatte und fließend deutsch sprach, erklärte, sie sei Türkin, werde immer Türkin sein und wolle als solche akzeptiert werden.⁶⁹ Eine starke nationale Identifikation mit der Türkei ist aber nur Teil der Erklärung für diese Aussage. Vielmehr verwies die Konstruktion einer ‚deutschen‘ Identität als etwas, das ihr religiöses und kulturelles Erbe ausschloss, implizit auf ihre Angst, dieses Erbe durch eine Selbstidentifikation als Deutsche zu verlieren. Diese Wahrnehmung wurde noch durch ihre Skepsis verstärkt, dass Integrationspolitik, auch wenn sie offiziell als tolerant und auf Förderung von Sprachkompetenz ausgerichtet präsentiert wurde, in Wirklichkeit auf die Assimilation von Immigranten sowie das Verdrängen deren kultureller und religiöser Besonderheiten abziele.⁷⁰

Eine andere junge Teilnehmerin erklärte, sie würde sich schämen, sich als Deutsche zu bezeichnen, da sie das Gefühl habe, dafür ihre Ursprünge und ihre Kultur verleugnen und vergessen zu müssen. Diese Wahrnehmung von ‚deutscher‘ und ‚muslimischer‘ Kultur und Werten, die als Gegensätze konstruiert werden (und in der Folge der empfundene Druck, die eigene Zugehörigkeit zu der einen Seite erklären zu müssen, während man die andere ausschließt), ist während dieser Forschungsreihe wiederholt aufgetreten. Dies deutet auf eine wachsende Polarisierung dieser beiden möglichen Identitätsaspekte im öffentlichen Diskurs hin, was dazu führt, dass Menschen sich genötigt sehen, sich offen zu einer Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit zum Islam zu bekennen, selbst wenn dieses Thema vorher für sie vielleicht nie eine große Relevanz gehabt hatte.

⁶⁸ Weibliche muslimische Interviewpartnerin über 60 Jahre, befragt nach den Hindernissen, sich als Teil der Stadt zu fühlen. Eine andere muslimische Interviewpartnerin zwischen 50 und 59, antwortete auf die selbe Frage folgendermaßen: „Ich bleibe hier eigentlich nur wegen meiner Krankheiten und wegen meiner Kinder und Enkel. Ansonsten würde ich gerne in meinem Heimatland leben. Es gibt einen Ausdruck wie: ‚Selbst in einem goldenen Käfig klagt die Nachtigall um ihr Heimatland‘. Wenn ich allerdings in die Türkei gehe, kann ich dort nicht länger als drei Monate bleiben. Wenn ich in der Türkei bin, bleiben meine ganzen Krankheiten hier in Deutschland und ich fühle mich dort gesünder. Wenn ich zurück bin, fühle ich mich wieder krank. Wenn ich hierher zurück komme, vermisse ich meine Mutter und meine Schwestern und Brüder. Denn letzten Endes bin ich eine Immigrantin und habe nicht das Gefühl nach Deutschland oder Berlin zu gehören.“

⁶⁹ Diskussion der OSI Fokus Gruppe mit jungen Musliminnen unter 35 in Berlin, 25. April 2008

⁷⁰ Die Wahrnehmung von Muslimen, dass deutsche Integrationspolitik auf Assimilation abziele, wurde auch von der EUMC Studie über die Wahrnehmung von Islamophobie durch Muslime in Europa beobachtet: Siehe Tufyal Choudhury, u.a. (2006).

In den Fokusgruppen gingen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Frage nach, was es bedeutet, wenn man sich selbst als deutsch bezeichnet. Die vielfältige Reihe von Kennzeichen für deutsche Identität, die sich aus dieser Diskussion entwickelte, reichten von der Art und Weise, wie deutsche Jugendliche Ältere behandelten bis zur Tatsache, dass man eine Ausbildung in Deutschland gemacht hatte, die deutsche Sprache beherrschte oder das deutsche Fußballteam unterstützte.⁷¹

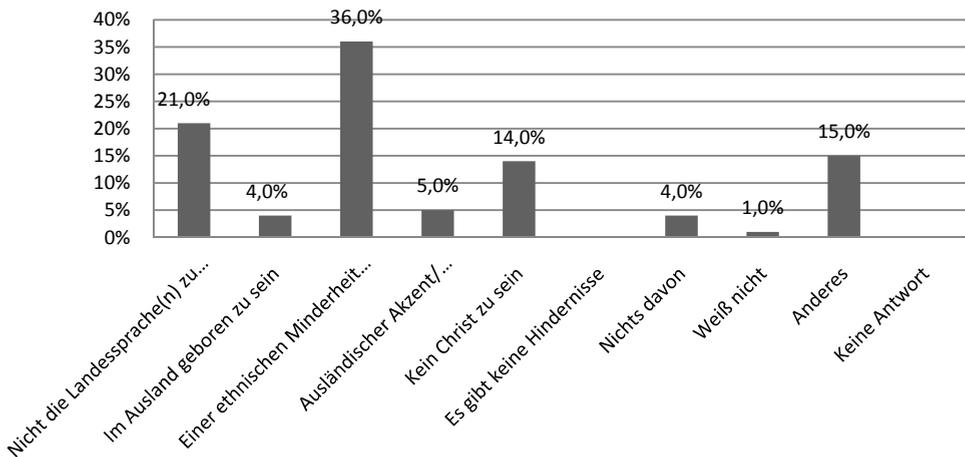
Das legt den Schluss nahe, dass diejenigen, die enthusiastisch ihren türkischen oder anderen Hintergrund und ihre Herkunftskultur verteidigen, ebenso in der Lage sind, Wege zu finden, sich mit Deutschland positiv zu identifizieren und das Bedürfnis haben, sich auf verschiedene Kulturen oder kulturelle Aspekte ihres Lebens und ihrer Familie gleichzeitig beziehen zu können. Dennoch tauchte in den Fokusgruppen und Fragebögen die Wahrnehmung, dass Individuen von 'ethnischen Deutschen' nicht als 'wirkliche Deutsche' akzeptiert würden immer wieder als zentraler Hinderungsgrund für Zugehörigkeitsgefühle auf. Dies wurde ebenfalls in einem Experteninterview mit dem Vertreter einer muslimischen Organisation ausgedrückt, der es ungeachtet der Tatsache, dass er in Deutschland geboren worden war, schwierig fand, als Deutscher akzeptiert zu werden, und sich am Ende gezwungen sah, sich selbst als Türke zu identifizieren und von dieser Basis aus für die Integration und Teilhabe von Muslimen und Türken in der deutschen Gesellschaft zu arbeiten. Es mögen solche und ähnliche Erfahrungen sein, die das Forschungsergebnis begründen, dass mehr als zwei Drittel (70 Prozent) der muslimischen Interviewpartner nicht als Deutsche gesehen werden wollten.

Hinsichtlich der zentralen Hindernisse für nationales Zugehörigkeitsgefühl gab es bedeutende Unterschiede. Die Faktoren der Ethnizität/ nicht weiß zu sein (36) und der Religion/ kein Christ zu sein (14) waren die Hauptgründe, die von muslimischen Befragten als Hindernisse für die Wahrnehmung als Deutsche genannt wurden (insgesamt 50). Nicht-muslimische Befragte hatten in diesem Punkt mehrheitlich eine andere Wahrnehmung und gingen davon aus, dass ein Mangel an deutschen Sprachkenntnissen der wichtigste Grund sei, warum ein Mensch nicht als deutsch

⁷¹ Während der Weltmeisterschaft im Jahr 2006 unterstützten augenscheinlich alle Einwohner Kreuzbergs – von denen viele einen türkischen Hintergrund haben – enthusiastisch das deutsche Team. Dies wurde in den deutschen Medien und öffentlichen Diskussionen vielfach erwähnt und diskutiert, da vielen der Grad an emotionaler Identifikation und Solidarität überraschend erschien. Faruk Sen, der frühere Leiter des Zentrums für Türkeistudien in Essen hatte den Eindruck, dass Fußball für Deutschtürken eine wichtige Rolle bei der Integration und positiven Identifikation mit Deutschland spielen könnte. In einem Interview mit dem Internetportal qantara.de erklärte Sen, dass viele Jugendliche mit einem türkischen familiären Hintergrund Fans deutscher Fußballmannschaften seien. Einige dieser Mannschaften, wie Borussia Dortmund, hätten sogar türkische Fanclubs. Er behauptete auch, dass dieser Enthusiasmus und die positive nationale Identifikation leicht auf andere Bereiche des sozialen Lebens übertragen werden könnte, wenn die bundesdeutsche Politik positive und inklusive Signale an junge Menschen mit Migrationsgeschichte geben würde. Interview online verfügbar unter http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-469/_nr-527/i.html

angesehen würde (48). Auch Muslime nahmen mangelnde Sprachkenntnisse als ein Hindernis wahr, als Deutscher betrachtet zu werden, jedoch zu einem geringeren Anteil (21). Das gibt in gewisser Weise den aktuellen öffentlichen Diskurs über Integration wieder, welcher den Mangel an Sprachkompetenz als eines der größten Probleme fehlender Integration betrachtet, während die Minderheiten, in diesem Fall die Muslime, den Stellenwert der Landessprache durchaus erkennen, jedoch viel stärker mit den Themen des andersartigen ethnischen Hintergrundes sowie der Diskriminierung aus ethnischen Gründen konfrontiert sind.⁷²

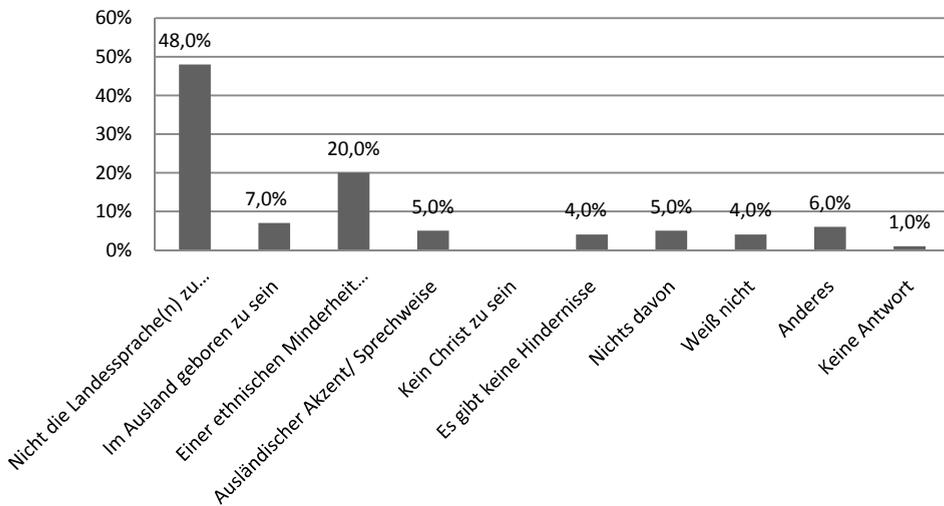
Abbildung 6. Was daran hindert, als Deutsche wahrgenommen zu werden (nach Meinung der muslimischen Teilnehmer der OSI-Fragebogeninterviews) (D13)



Quelle: Open Society Institute

⁷² Siehe Tabellen 25–29.

Abbildung 7. Was daran hindert, als Deutsche wahrgenommen zu werden (nach Meinung der nicht-muslimischen Teilnehmer der OSI-Fragebogeninterviews) (D13)



Quelle: Open Society Institute

4.5 Interaktion und sozialer Zusammenhalt in Kreuzberg

Um die Stärke von sozialem Zusammenhalt in einem bestimmten Gebiet annäherungsweise messbar zu machen, wurden drei mögliche Indikatoren herausgearbeitet: das Vertrauen der Nachbarn ineinander; ob die Bewohner des Gebiets glauben, dass die Nachbarn bereit sind, sich gegenseitig zu helfen; und ob sie glauben, dass die Menschen in der Nachbarschaft, die in demselben Gebiet leben, die gleichen Werte teilen. Nach den ersten beiden Indikatoren zu urteilen scheint es in Kreuzberg einen sehr starken sozialen Zusammenhalt zu geben. 65 Prozent der Muslime und fast 90 Prozent der Nicht-Muslime hielten die Menschen in ihrer Nachbarschaft für vertrauenswürdig. Noch mehr Befragte waren der Ansicht, dass die Nachbarn bereit seien, sich gegenseitig zu helfen (Muslime 80; Nicht-Muslime 88). Die Frage nach den geteilten Werten wurde allerdings stärker polarisiert beantwortet. Etwa doppelt so viele Muslime (37) wie Nicht-Muslime (19) stimmten zu, dass die Menschen in der Nachbarschaft dieselben Werte teilten. In beiden Gruppen waren jedoch diejenigen, die glaubten, dass man nicht dieselben Werte teilte, in der Überzahl (59 Muslime; 53 Nicht-Muslime). Eine große Anzahl Nicht-Muslime gab jedoch an, nicht zu wissen, ob die Menschen in dem Bezirk dieselben Werte hätten wie sie (3 Muslime; 28 Nicht-Muslime).

Sieht man sich an, wie die Befragten sich selbst definierten, kann man die oben genannten Wertunterschiede vielleicht etwas genauer eruieren.⁷³ Es sollte dabei jedoch beachtet werden, dass der Begriff 'Werte' und was er genau meint, nicht näher definiert wurde und daher ganz unterschiedliche Bedeutungen für die Einzelnen haben oder auch als Begriff an sich problematisiert werden kann.⁷⁴ Auf die Frage nach dem Stellenwert der Aspekte, die etwas Wichtiges über sie selbst aussagten, nannten mehr Muslime als Nicht-Muslime die Religion an erster Stelle. Alle Befragten nannten Familie mehrheitlich an erster Stelle (Muslime 45; Nicht-Muslime 29).⁷⁵ Während Muslime die Religion am zweithäufigsten (27) an erster Stelle nannten, gaben die Nicht-Muslime ihren Interessen am zweithäufigsten den Vorrang als wichtigen identitätsbildenden Faktor. Nur ein Mitglied der nicht-muslimischen Gruppe nannte Religion als wichtigsten Faktor, während 10 weitere sie zwar nannten, aber auf einem niedrigerem Rang.⁷⁶

Trotz der Wahrnehmung, dass die Menschen, die in der Gegend lebten, nicht dieselben Werte teilten, hatte dennoch die überwältigende Mehrheit der Befragten den Eindruck, dass Menschen mit verschiedenen Hintergründen in dem Viertel gut miteinander auskämen (Muslime 79; Nicht-Muslime 87). Das legt den Schluss nahe, dass die ethnische und kulturelle Vielfalt des Viertels sowie die Wahrnehmung, dass Menschen nicht unbedingt dieselben Werte teilten, von den Einwohnern Kreuzbergs nicht als Problem oder gar als Hindernis für ein friedliches Zusammenleben gesehen wird.

Die Informationen aus den Interviews widersprechen der Vorstellung einer „Parallelgesellschaft“ in Kreuzberg, da nur wenige Befragte aus den beiden Gruppen sich innerhalb einer ethnisch und religiös homogenen Umgebung befanden und selbst dann noch regen Kontakt untereinander hatten. Auch das oben angeführte Bedauern unter

⁷³ Siehe Tabelle 13.

⁷⁴ Im öffentlichen Diskurs in Deutschland wird das Konzept der 'Werte' oft in einem Kontext verwendet, in dem es um eine geforderte Anpassung durch Immigranten geht. Der Begriff wird allerdings kaum jemals wirklich definiert und wird von einigen als ausschließender Diskurs an sich wahrgenommen. Mark Terkessidis argumentiert beispielsweise, dass Vorurteile, die in einer Gesellschaft gegen die ‚Anderen‘ bestehen, immer über die Verwendung dieser Werte konstruiert werden, da diese ‚Anderen‘ per definitionem das jeweilige Gegenteil dieser Werte repräsentieren. Mark Terkessidis, *Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive*, Bielefeld: Transcript-Verl, (Kultur und soziale Praxis), 2004, S. 105ff. (hiernach Terkessidis, Banalität des Rassismus)

⁷⁵ Hier konnte kein 'ethnic bias', keine spezifischen Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen, festgestellt werden, da von den 29 nicht-Muslimen, die ihre Familie an die erste Stelle setzten, nur vier nicht-ethnische Deutsche waren.

⁷⁶ Unter denjenigen nicht-Muslimen, die einen nicht ethnisch deutschen Hintergrund hatten, war nur der Faktor Alter und Lebensabschnitt im Vergleich zu den anderen Befragten der Gruppe unterrepräsentiert. Bei allen anderen Faktoren konnte keinerlei 'ethnic bias' festgestellt werden. Abgesehen davon sind die Zahlen dieser Unterkategorien zu klein, um irgendwelche eindeutigen Schlussfolgerungen bezüglich der Auswirkungen des ethnischen Hintergrunds der Befragten ziehen zu können.

vielen Muslimen über den Wegzug ethnischer Deutscher aus dem Bezirk belegt eine Ablehnung von – anstelle eines gelegentlich unterstellten Wunsches nach – Segregation und parallelen Strukturen, innerhalb derer es höchstwahrscheinlich einen Mangel an Entwicklungsmöglichkeiten gibt.⁷⁷

Es scheint nach den Ergebnissen der vorliegenden Studie erhebliche Interaktion und Kontakte von Muslimen mit Menschen anderen Glaubens und anderer Ethnizität zu geben.⁷⁸ So gaben 80 Prozent der befragten Muslime an, regelmäßig, das heißt täglich oder wöchentlich, bedeutsamen Kontakt mit Menschen einer anderen ethnischen oder religiösen Gruppe in der Schule, Universität, am Arbeitsplatz oder in Geschäften zu haben. Andere wichtige Orte für inter-ethnische Kontakte waren Sportplätze, Cafés, Kindergärten, öffentliche Verkehrsmittel und Parks. Sogar in religiösen Zentren gab es Kontakte mit Menschen unterschiedlichen ethnischen, wenn auch weniger religiösen, Hintergrunds. Das Gleiche gilt für Nicht-Muslime, wenn auch zu einem leicht geringeren Prozentsatz, was wahrscheinlich mit der zahlenmäßigen Verteilung zu tun hat, da eine Mehrheit von ethnisch Deutschen und Nicht-Muslimen in der Gesellschaft schon aus rein numerischen Gründen weniger Kontakt zu Vertretern von Minderheitsgruppen hat als umgekehrt.

⁷⁷ Zum Prozess der Segregation und Marginalisierung moderner deutscher Städte am Beispiel Berlins siehe: Hartmut Häußermann und Andreas Kapphan, 2004, S. 203–234.

⁷⁸ Siehe Tabellen 15. und 16.

5. ALLTAGSERFAHRUNGEN VON MUSLIMEN: BILDUNG

Bildung, insbesondere Schulbildung, stellt eine der tragenden Säulen der Integration dar. Das Bildungssystem stattet die Menschen mit den Fähigkeiten und Kompetenzen aus, die notwendig sind, um am Arbeitsmarkt teilzuhaben. Ebenso spielt es eine zentrale Rolle bei der Sozialisation junger Menschen in die unausgesprochenen Regeln und Werte der Gesellschaft.⁷⁹ Es ist die erste öffentliche Institution, mit der junge Muslime in Kontakt treten. Die Art und Weise, wie Schulen auf die Bedürfnisse muslimischer Schüler eingehen und ob sie diese respektieren, beeinflusst daher mit großer Wahrscheinlichkeit deren Zugehörigkeitsgefühle zur deutschen Gesellschaft im Allgemeinen. Auch durch die Bereitstellung von Interaktionsmöglichkeiten zwischen Schülern, Eltern und Lehrern unterschiedlicher ethnischer und religiöser Hintergründe tragen Schulen zur Integration bei.

Dieses Kapitel betrachtet die wichtigsten Themen, die im Bereich Bildung aufgetaucht sind. Es beginnt mit der Analyse der Interviewantworten auf Fragen, die das Bildungssystem betreffen, Fragen rund um Qualität und Ressourcen sowie Schwierigkeiten und Hindernisse, die sich aus niedrigen Erwartungen der Lehrer sowie kultureller Stereotypisierung gegenüber den muslimischen Schülern ergeben. Außerdem behandelt dieses Kapitel die Wahrnehmungen und Erfahrungen der Befragten mit Diskriminierung und die Auswirkungen des öffentlichen Diskurses auf Integration und Bildungsbestrebungen und -erfolge.

5.1 Das Berliner Bildungssystem

Die Grundschulbildung umfasst in Berlin, anders als in einigen anderen Bundesländern, sechs Klassen. Die weitere Schulbildung ist in die zwei Ebenen Sekundarstufe I und II unterteilt. Die erste Ebene (Sekundarstufe I) umfasst alle Schultypen bis zur zehnten Klasse, außer Berufsschulen. Die Schultypen dieser Stufe sind hauptsächlich Hauptschule, Realschule und Gymnasium bis zur zehnten Klasse. Diese Stufe kann nach der neunten Klasse mit einem Hauptschulabschluss 9. Klasse und nach der 10. Klasse mit verschiedenen anderen Abschlüssen beendet werden. Diese berechtigen die Schüler dann zum Beginn einer Ausbildung, einer höher qualifizierten Ausbildung an einer Berufsschule oder zum weiteren Schulbesuch auf Stufe II an einem Gymnasium oder einer Gesamtschule. Die Sekundarstufe II umfasst in der Regel die Klassen 11, 12 und 13 und wird mit dem Abitur beendet.⁸⁰

⁷⁹ Werner Schiffauer, Staat-Schule-Ethnizität, Frank Gesemann (Hg.), Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven, Opladen: Leske + Budrich, 2001, (hiernach Schiffauer, *Staat-Schule-Ethnizität*) S. 233–250.

⁸⁰ Die aktuell stattfindende Reform des Berliner Bildungssystems, welche die Hauptschulen abschaffen und ab dem Schuljahr 2010/11 ein neues zweigeteiltes System von Sekundarschulen und Gymnasien einführen soll wird in diesem Bericht noch nicht berücksichtigt.

5.2 Die Anzahl muslimischer Schüler

Die offiziellen Statistiken machen keine Angaben zur Anzahl muslimischer Schüler in deutschen Schulen, sondern unterscheiden nur zwischen deutschen und ausländischen Staatsbürgern. Letztere Gruppe enthält natürlich auch die jungen Leute, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, aber dennoch keine deutschen Staatsbürger sind. Zahlen aus dem Jahr 2001 zeigen, dass es zu dieser Zeit fast 55 000 Schüler im deutschen Schulsystem gab, die ausländische Staatsbürger waren und von denen 33 375 aus Ländern mit großen muslimischen Bevölkerungsteilen kamen, davon 26 319 Türken.⁸¹

Nach Schätzungen hat ein Fünftel aller Berliner Schulkinder (72 600)⁸² eine andere Muttersprache als deutsch. Der Begriff Nicht Deutsche Herkunftssprache (NDH), der zur Ermittlung dieser statistischen Daten verwendet wird, ist als Begriff problematisch, da er auch solche Kinder umfasst, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und damit deutsch mit hoher Wahrscheinlichkeit als ihre Muttersprache sehen. Für Kreuzberg steigt der Anteil dieser Kinder auf 58 Prozent an.⁸³ Eine Schätzung geht davon aus, dass zwischen der Hälfte und zwei Drittel der nicht-deutschen Schüler einen muslimischen Hintergrund haben.

Für Bezirke wie Kreuzberg kann man also folgern, dass etwa ein Drittel aller Schüler einen muslimischen Hintergrund hat.

Die OSI-Studie legt nahe, dass Schulen ein wichtiger Ort für Begegnungen und Interaktionen zwischen Menschen mit unterschiedlichem ethnischen und religiösem Hintergrund sind.^{84,85} Die Analyse der Fragebogeninterviews und Fokusgruppen ergab, dass viele muslimische Befragte eine ethnische Mischung in ihrem Bezirk befürworteten und die Entscheidung ethnisch Deutscher, ihre Kinder auf Schulen außerhalb des Bezirks zu schicken, bedauerten.

⁸¹ Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, (Hg.), Interkulturelle Bildung und Erziehung. Handreichung für Lehrkräfte an Berliner Schulen. In Kooperation mit Moritz Felgner, Ulrike Grassau und Sabine Froese. Berlin, Juli 2001, S. 81. (hiernach Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport) Online verfügbar unter http://www.berlin.de/imperia/md/content/senbildung/politische_bildung/interkult.pdf.

⁸² Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport.

⁸³ Kreuzberg und Wedding sind die Berliner Bezirke mit dem größten Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Herkunftssprache.

⁸⁴ Siehe Tabellen 15. und 16.

⁸⁵ Fast 80 Prozent der Muslime und 70 Prozent der nicht-Muslime gaben an, dass sie täglich oder zumindest einmal wöchentlich in der Schule und/oder am Arbeitsplatz Menschen mit anderem ethnischen und/oder religiösen Hintergrund als ihrem eigenen trafen. Es gab hier nur leichte Unterschiede zwischen den Altersgruppen, die daher rührten, dass für die unter 29-jährigen Schule der wichtigste Ort für Begegnungen war während er erklärlicherweise für die Gruppe der über 60-jährigen die geringste Rolle spielte.

5.3 Bildungserfolge der Interviewten

Tabelle 8. Höchste Bildungsqualifikation (Muslime) (I11)

	Geschlecht		Gesamt
	Männlich	Weiblich	
Keine formale Bildung	1	6	7
Grundschule	4	4	8
Sekundarstufe I und II	24	27	51
Universität	22	12	34
Gesamt	51	49	100

Quelle: Open Society Institute

Doppelt so viele der männlichen im Vergleich zu den weiblichen muslimischen Interviewpartnern hatten einen Universitätsabschluss (22 männlich/12 weiblich), während mehr junge weibliche (5) als männliche (2) Muslime zur Zeit des Interviews gerade an einer Universität studierten. Alle Nicht-Muslime hatten irgendeine Art von formaler Bildung, während sieben Muslime keine formale Bildung genossen hatten, sechs von ihnen Frauen. Die meisten dieser Frauen waren älter als 60 Jahre; nur eine war etwas über 40 Jahre alt.⁸⁶ Angesichts der kleinen Gesamtzahl dieser Unterkategorie können diese Daten nicht als Indikatoren für generelle Tendenzen herangezogen werden.

5.4 Verbesserung der Bildungsqualität

Die Notwendigkeit, die Qualität der Bildung und die Leistungen der Schüler zu verbessern, zeichnet sich als *das* Hauptanliegen im Bereich der Bildung für Kreuzbergs Einwohner ab. Ein Sorge ist beispielsweise der hohe Anteil von Kreuzberger Schülern, die *Hauptschulen* besuchen, da diese die niedrigsten weiterführenden Bildungsabschlüsse anbieten und es damit oft schwierig ist, Anstellungen oder berufliche Ausbildungsplätze zu bekommen. Doris Nahawandi, die frühere Integrationsbeauftragte der Bezirksverwaltung, erklärt, dass die hohe Zahl von Hauptschulen im Bezirk Kreuzberg (im Vergleich mit Friedrichshain) eine strukturelle Diskriminierung von Kindern

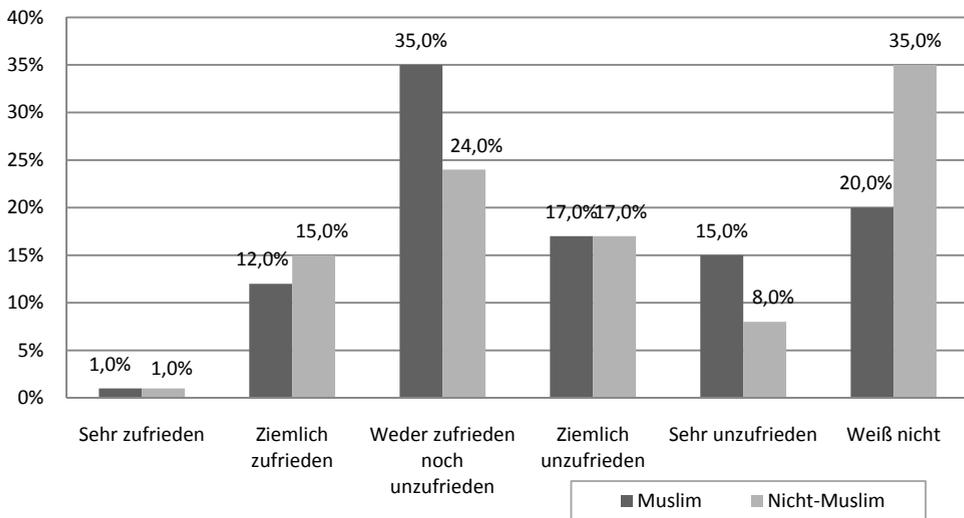
⁸⁶ Ähnlich waren auch all die Muslime, deren höchste Bildungsqualifikation der Grundschulabschluss war (vier Männer, vier Frauen), älter als 40 Jahre. Von den beiden nicht-Muslimen mit diesem Abschluss war einer unter 20 (und ging noch weiter zur Schule) und der andere über 50. Beide waren männlich.

darstellt, die in diesem Bezirk leben. Die Wahrnehmung eines jungen muslimischen Interviewpartners unterstützt diese Annahme

„Ich würde verbessern, dass man hier nicht nur Hauptschulen baut, sondern auch Gymnasien baut und mehr für Bildung tun. Besonders für die Jugendlichen Orte schafft, an denen sie lernen können und nicht auf der Straße hängen.“

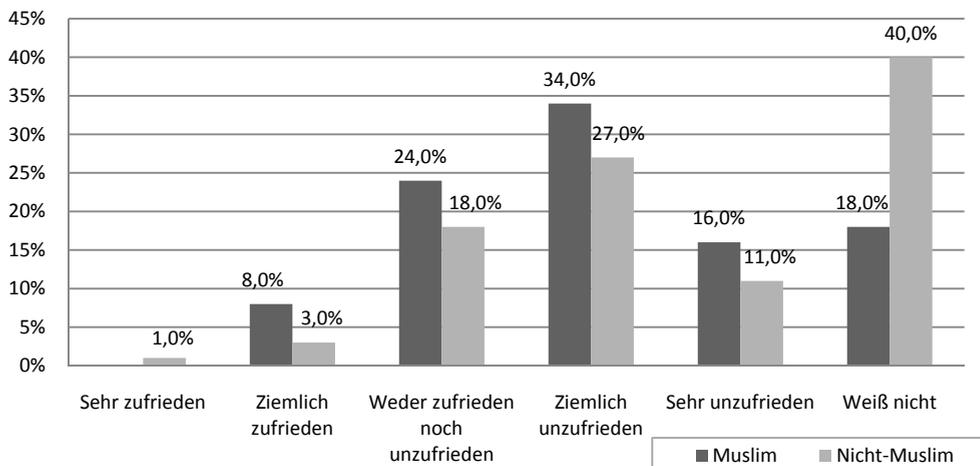
Einige Interviewpartner gingen davon aus, dass eine Verbesserung der Bildungsqualität an Kreuzbergs Schulen auch zu einer besseren ethnischen Mischung beitragen könnte, da dies einen Anreiz für ethnisch deutsche Eltern darstellen könnte, ihre Kinder auf Schulen im Bezirk zu schicken. Andere hatten den Eindruck, dass die Abwesenheit ethnisch deutscher Kinder und der hohe Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund das öffentliche Interesse an einer Verbesserung der Bildungsqualität im Bezirk beeinträchtigten.⁸⁷

Abbildung 8. Zufriedenheit mit örtlichen Grundschulen (G1.1)



Quelle: Open Society Institute

⁸⁷ Fünzig Prozent der Muslime und 38 Prozent der nicht-Muslime waren mit dem Bildungsangebot der Gymnasien ziemlich oder sehr unzufrieden. Im Vergleich dazu waren 32 Prozent der Muslime und 25 Prozent der nicht-Muslime mit den Grundschulen unzufrieden.

Abbildung 9. Zufriedenheit mit örtlichen Gymnasien (G1.2)

Quelle: Open Society Institute

Die Ideen der jungen muslimischen Befragten zur Frage, wie die Bildungsqualität verbessert werden könnte, waren sehr vielfältig und nicht ohne Selbstkritik. Einige Vorschläge aus der Gruppe der unter 20-Jährigen waren:

„Lehrer sollen Schüler gleich behandeln.“

„An Schulen (sollte es) mehr Lerngruppen (geben), wo jeder nach seinem Können lernt.“

„Es sollte einen besseren Mix zwischen Migranten und Deutschen in den Klassen geben, damit keine Parallelgesellschaften⁸⁸ entstehen.“

„Die Schulen müssten mehr Disziplin von den Schülern fordern, das heißt, man muss strenger mit den Schülern sein.“

„Die Jugendlichen sollten sich ändern, damit die Atmosphäre an den Schulen sich bessert und somit auch die Lehrer wieder mehr Spaß haben.“

Für andere Befragte lag die Lösung teilweise in einer Erhöhung der Lehrerbzahlen und der Einstellung jüngerer Lehrer mit guten interkulturellen Fähigkeiten und Wissen über den Islam.

⁸⁸ Der Umstand, dass ein Teenager diesen Begriff verwendet, verweist auf einen hohen Grad an Internalisierung des problematischen, und in gewissem Maße gegen Einwanderer gerichteten, Diskurses zu Parallelgesellschaften selbst unter jüngeren Schülern.

Das Problem einer relativ alten und ethnisch homogenen Lehrerschaft wurde von der Lehrerin und Ethnologin Evelin Lubig-Fohsel bestätigt, die auch Mitglied des Arbeitskreises Islam und Schule des Berliner Senats ist. Ein Teil dieser Problematik rührt laut Lubig-Fohsel von unbefriedigenden Einstellungsbedingungen für junge Lehrer her und dem Mangel an Lehrern mit Migrationshintergrund.⁸⁹

Diskussionen in den Fokusgruppen zeigten auch, dass Bildungsverläufe junger Menschen auch von der Notwendigkeit beeinträchtigt wurden, dass einige neben der Schule noch in Teilzeitjobs arbeiten mussten, teilweise sogar ab einem Alter von 13 oder 14 Jahren. Diese Erschwernis betrifft einige Kinder aus ärmeren Einwandererfamilien besonders stark.

Es ist für Lehrer nicht einfach, neben ihren täglichen Pflichten in der Schule auch noch all diese Hintergrundinformationen zu erfragen. Lubig-Fohsel empfiehlt daher informelle Situationen, wo Lehrer und Eltern sich begegnen und gemeinsam Lösungen für mögliche Konflikte finden können. In vielen Berliner Schulen wurden genau für diesen Zweck Elterncafés eingerichtet, und Lubig-Fohsel erklärt, dass die Teilnehmenden in der Regel mit den Ergebnissen sehr zufrieden sind.

5.5 Politische Initiativen zur Unterstützung der Integration in Schulen

Sowohl beim Berliner Senat als auch auf der Bezirksebene in Kreuzberg wurden erhebliche Anstrengungen für neue Konzepte der interkulturellen Erziehung unternommen. Im Juli 2007 veröffentlichte der Berliner Senat das neue Integrationskonzept⁹⁰ für Berlin. Die frühkindliche Erziehung spielt in diesem neuen Konzept eine zentrale Rolle. Ein wichtiges Ziel des Integrationskonzepts ist die erweiterte Bereitstellung kostenloser Kindergartenplätze, so dass ab 2011 der Kindergartenbesuch vom ersten Jahr an für alle Kinder kostenlos ist. 2005 hatte der Beauftragte des Berliner Senats für Integration zudem eine Broschüre veröffentlicht, in der gute Beispiele von Kindergärten in Kreuzberg und anderen Bezirken beschrieben werden, die erfolgreich die Methoden der interkulturellen Erziehung anwenden.⁹¹

Ein weiteres Schlüsselement des Konzepts ist die Entwicklung einer Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild, wo Schüler aus verschiedenen Schultypen bis

⁸⁹ OSI Interview mit Evelin Lubig-Fohsel, 29. Mai 2009.

⁹⁰ Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales; *Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken; Das am 23.8.2005 vom Senat beschlossene Integrationskonzept für Berlin*; Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 15/4208 vom 23. August 2005 (hiernach Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, *Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken*).

⁹¹ Darunter die *Europakindertagesstätte*, die zur *Aziz Nesin Grundschule* gehört, wo die Hälfte der Kinder Deutsch und die andere Hälfte Türkisch als Muttersprache haben sollen. Alle Kinder werden von Angestellten mit verschiedenen kulturellen Hintergründen zweisprachig erzogen. (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, *Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken*, S. 12).

zum Abitur gemeinsam unterrichtet werden.⁹² Die Entwicklung dieses neuen Schultyps ist auch eine Antwort auf die vermehrte Kritik am deutschen Schulsystem, dass es die Kinder schon ab einem sehr jungen Alter in verschiedene Schultypen aufteilte, was besonders für Kinder mit Migrationshintergrund als benachteiligend gesehen wird.⁹³ Die neuen Schulen sollen sicherstellen, dass den Kindern länger verschiedene Bildungswege offen stehen. Sie sollen auch den Kindern, die aufgrund ihrer familiären Situation schlechtere Sprachkompetenzen haben, die Möglichkeit geben, diesen Rückstand aufzuholen, bevor sie auf einen bestimmten Bildungsweg festgelegt werden.

Ein wichtiges nationales Integrationsprojekt innerhalb des Bildungssystems ist FÖRMIG,⁹⁴ ein Programm zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, welches besonders die Entwicklung von Sprachfähigkeiten betont. Es wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Kooperation mit den Bundesländern, darunter Berlin, finanziert. Das spezifische Berliner Projekt heißt *Sprachförderung als gemeinsame Aufgabe von Kita, Schule, Eltern und außerschulischen Kooperationspartnern*. Es wird von dem lokalen Netzwerk *Werkstatt Integration durch Bildung* in Kreuzberg durchgeführt.

Das Netzwerk wurde eingerichtet,⁹⁵ um Lehrern zusätzliche Trainings in Themen der Integration und Sprachförderung zur Verfügung zu stellen. Eines seiner erfolgreichen Projekte ist das Rucksackprojekt, das in Kindertagesstätten und Grundschulen durchgeführt wurde. Eltern, die eine andere Muttersprache haben als Deutsch, bekommen darin Informationen, die es ihnen ermöglichen, ihre Kinder zuhause in ihrer eigenen Sprache auf die nächste Schulstunde vorzubereiten. Die Lektionen werden auf Deutsch unterrichtet. Einige Eltern werden innerhalb des Projekts außerdem zu Elternbegleitern ausgebildet. Sie erwerben dabei Kompetenzen, die sie dazu befähigen, ihre Kinder – sowie auch andere Eltern – zu unterstützen und machen

⁹² Die aktuelle Berlin Schulreform sieht die Schaffung von Sekundarschulen vor, in denen Schüler mit verschiedenen Lernfähigkeiten sogar in derselben Klasse (nicht nur in derselben Schule) unterrichtet werden und wo Lehrer Methoden entwickeln müssen, die verschiedenen Schüler individuell zu fördern.

⁹³ Auch die vor Kurzem durchgeführte europaweite Studie des TIES Projekts, welche in 15 Städten die Bildungserfolge von Kindern der 2. Einwanderergeneration mit türkischem, jugoslawischem und marokkanischem Hintergrund auswertete, wies nach, dass die relativ späte Einschulung in Deutschland in Verbindung mit einer frühen Aufteilung auf verschiedene Schultypen eine der negativsten Auswirkungen auf die Bildungserfolge der Kinder in der 2. Generation hatte. Siehe dazu www.tiesproject.eu.

⁹⁴ Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK), Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Expertise unter der Leitung von Prof. Dr. Ingrid Gogolin. Bonn, Juli 2003.

⁹⁵ Kooperation zwischen der Senatsverwaltung für Bildung, dem Jugendamt Friedrichshain-Kreuzberg und dem freien Träger Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA), online: <http://www.raa.de>.

es gleichzeitig den Lehrern leichter, mit Eltern mit Migrationshintergrund in Kontakt zu treten.

Das Integrationskonzept sieht vor, dass die oben angeführten Projekte auch in der Zukunft weiter Finanzierung und Unterstützung erhalten sollen.

Ein weiteres Bemühen um die Verbesserung von Sprachkompetenzen ist die breit angelegte Maßnahme Deutsch als Zweitsprache (DaZ). In speziellen Fortbildungen können Lehrer hier zusätzliche Kompetenzen zur Integration des Unterrichts von Deutsch als Zweitsprache in allen regulären Klassen erwerben. Auch interkulturelles Training steht als freiwilliges Fortbildungsangebot zur Verfügung.

Ohne die sehr positiven Ziele und Ergebnisse dieser Maßnahme (DaZ) leugnen zu wollen, sollte jedoch besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, dass durch die Art und Weise, wie Schüler für die Teilnahme am Unterricht eingeteilt werden, keine ethnische Diskriminierung auftritt. Ein junger Interviewpartner einer der Fokusgruppen sagte, dass er verpflichtet wurde, an den Kursen teilzunehmen, obwohl er gute deutsche Sprachkenntnisse hatte. Die Antidiskriminierungs-Organisation ADNB veröffentlichte ebenfalls den Fall eines Jungen mit türkischer Herkunft, der aufgrund seines ethnischen Hintergrunds dazu verpflichtet worden war, an den DaZ-Kursen teilzunehmen obwohl er sehr gutes Deutsch sprach und auch seine Familie sich zuhause deutsch unterhielt.⁹⁶

Sieht man sich das städtische Integrationskonzept unter dem Gesichtspunkt der Herangehensweise an Themen rund um den Islam und die Bedürfnisse muslimischer Schüler an, mangelt es hier an einer gewissen Ausgewogenheit. Das Berliner Integrationskonzept erwähnt die Religion des Islam hauptsächlich im Zusammenhang mit Problemen, mit denen Schulen konfrontiert sind.⁹⁷ Ohne den Islam explizit zu erwähnen, wird darin beispielsweise davon ausgegangen, dass Ethikunterricht an den Schulen dazu beitragen könnte, jeglichen demokratiefeindlichen Tendenzen, die im Rahmen des religiösen Unterrichts außerhalb der Schule aufkommen könnten, entgegen zu wirken. Die Diskussion über den Islam und die Muslime konzentriert sich ansonsten hauptsächlich auf Beispiele aufkommender Konflikte, mit denen die Schule möglicherweise umgehen muss, wie die Abmeldung von Kindern vom Sexualkunde- und Sportunterricht, von Klassenfahrten und anderen Freizeitaktivitäten. Auch wenn dies für Lehrer wichtige Themen sind, könnte das Konzeptpapier durch eine positive Wahrnehmung der Präsenz von Schülern mit muslimischer und mit anderen Religionen an Berliner Schulen ausgewogener gestaltet werden.

⁹⁶ Nur durch die Intervention des ADNB und eine Dienstaufsichtsbeschwerde wurde die Entscheidung rückgängig gemacht. Zu Einzelheiten siehe Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (Hg.), Antidiskriminierungsreport Berlin 2006–2008, S. 18.

⁹⁷ Das Berliner Integrationskonzept; S. 42.

Die Initiativen, die auf eine Verbesserung der Sprachkompetenzen von Schülern und ihren Eltern abzielen, sollten daher durch eine deutlichere Anerkennung der Schwierigkeiten und Probleme, wie beispielsweise Diskriminierung und Rassismuserfahrungen, ergänzt werden, denen muslimische Eltern und Schüler im Bildungssystem und darüber hinaus in der Gesellschaft ausgesetzt sind.⁹⁸ Nach den OSI-Ergebnissen zu urteilen, wird das Sprachproblem, welches Politiker und der öffentliche Diskurs als das Hauptproblem der mangelnden Integration ausmachen, auch von muslimischen Befragten als Problem erkannt. Größere Hindernisse für Integration sehen diese allerdings in den Wahrnehmungen und Erfahrungen von Diskriminierung und in einer mangelnden Teilhabe von Muslimen.

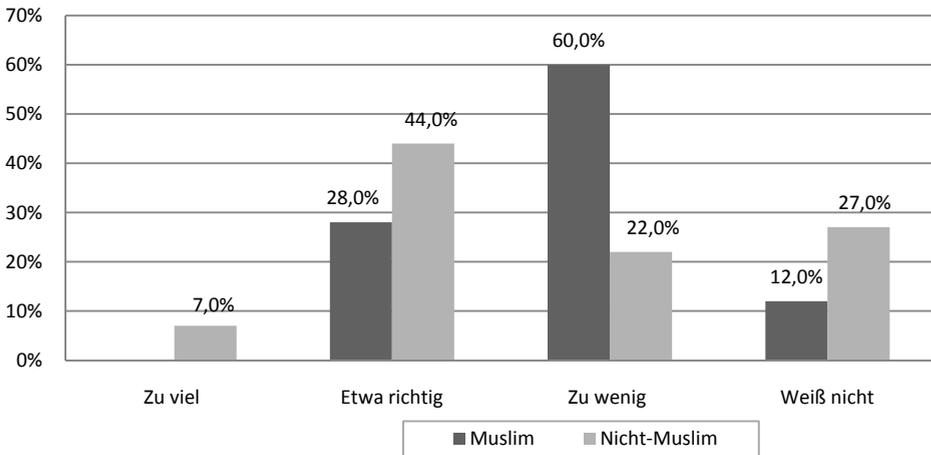
5.6 Respekt für Religion im Bildungsbereich

Muslimische und nicht-muslimische Befragte hatten sehr unterschiedliche Ansichten darüber, ob Schulen die religiösen Praktiken von Menschen mit einer anderen Religion respektierten.

Die Mehrheit der Muslime (60 Prozent) hatte den Eindruck, dass andere religiöse Praktiken nicht genügend respektiert würden, während nur eine Minderheit der Nicht-Muslime (22 Prozent) diese Meinung teilte. Von den muslimischen Befragten wählte keiner die Antwort, dass die religiösen Praktiken in der Schule zu stark berücksichtigt würden, obwohl sich auch einige von ihnen als nicht religiös Praktizierende bezeichneten.⁹⁹

⁹⁸ Diese Themen könnten beispielsweise im Arbeitskreis Islam und Schule des Berliner Senats behandelt werden, wo sich Lehrer, Wissenschaftler, Politiker und Vertreter muslimischer Organisationen regelmäßig trafen, um über Themen rund um den Islam in der Schule zu diskutieren, der aber nicht mehr zusammen gekommen ist, seit interne Konflikte um eine Handreichung zum Islam in Schulen ungelöst blieben.

⁹⁹ Unter den muslimischen Befragten, die verschiedenen Bekenntnissen angehörten, gaben 19 an, ihre Religion nicht zu praktizieren. Die 81 anderen gaben eine große Vielfalt an unterschiedlicher Religiosität an.

Abbildung 10. Respektieren Schulen andere religiöse Bräuche? (G4)

Quelle: Open Society Institute

Die Ergebnisse der OSI Untersuchung zeigen eine mangelnde Übereinstimmung darüber, wie sehr Schulen auf die Bedürfnisse muslimischer Schüler eingehen sollten. Veränderungen des Stundenplans, um muslimischen Schülern an islamischen Feiertagen frei geben zu können, wurde von einigen derjenigen Nicht-Muslime als Vorschlag genannt, die den Eindruck von zu starker Berücksichtigung anderer religiöser Praktiken in Schulen hatten. Manche nannten dies als Zeichen einer verfehlten Bildungspolitik und mangelnder Neutralität des Staates. Dieselbe Praxis wurde von Muslimen erwähnt, die das Gefühl hatten, Schulen würden anderen religiösen Praktiken in richtigem Maße entgegenkommen. Die Weigerung, islamische Feiertage zu berücksichtigen, wurde ebenfalls von einigen muslimischen Interviewpartnern als Beispiel dafür genannt, dass einige Schulen andere Religionen nicht genügend respektierten. Die Erfahrungen der Befragten bestätigen die Ergebnisse vorhergehender Forschungen, nach denen die Praxis im Umgang mit dem Islam sich von Schule zu Schule unterscheidet und sehr stark von individuellen Entscheidungen von Lehrern und Schulleitungen abhängt.¹⁰⁰

Die Autonomie und professionelle Verantwortlichkeit, welche bei den Schulen und Schulleitern liegt, stellt einen wichtigen Aspekt des deutschen Bildungssystems dar. Die entscheidende Bedeutung von Schuldirektoren und individuellen Schulinitiativen zur Sicherung einer guten Bildungsqualität für die Schüler wurde durch die Anmerkungen des Kreuzberger Bürgermeisters Dr. Franz Schulz hervorgehoben, dass diese entscheidendere Auswirkungen auf die Schulqualität habe als beispielsweise der Anteil

¹⁰⁰ Siehe Schiffauer, *Staat-Schule-Ethnizität*, S. 234ff.

von Schülern mit Migrationshintergrund an einer Schule.¹⁰¹ Wenn diese Schlussfolgerungen auch möglicherweise eine zu große Verantwortung für Integration und verbesserte Schulbildung auf die Schultern einzelner Lehrer legen und den Blick von strukturellen Politikfragen ablenken, stellen sie doch die Wahrnehmung in Frage, dass ein hoher Anteil muslimischer Schüler den Kern mangelnder Bildungserfolge der Schule bildet.

Auf der anderen Seite sahen einige junge Muslime unter den Befragten die strukturellen Probleme zu großer Klassen und überlasteter Lehrer als die zentralen Schwierigkeiten:

„Es gibt da keine Disziplin mehr, die Schüler sind unterfordert und die Lehrer sind überfordert.“

Die Frage, ob Lehrer oder auch Schüler in der Schule ein Kopftuch tragen dürfen, bleibt umstritten. Von den 22 Prozent der nicht-muslimischen Befragten, die vom Bildungssystem eine größere Toleranz gegenüber anderen Religionen, insbesondere dem Islam, erwarteten, werteten fast die Hälfte das Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen als ein Zeichen von Exklusion und Vorurteilen gegenüber Muslimen. Auch 30 Prozent der Muslime, die den Respekt der Schulen gegenüber anderen Schulen für ungenügend hielten, gaben das Kopftuchverbot als Grund dafür an. Das Verbot für Lehrerinnen, ein Kopftuch zu tragen, wurde insbesondere als Ursache dafür wahrgenommen, dass die Vorbehalte gegenüber Schülerinnen mit Kopftuch anstiegen. Eine junge muslimische Interviewpartnerin erklärte:

„In der Oberschule hatten wir einen Lehrer, der extrem ausländerfeindlich war. Da wurden die Kopftuchträgerinnen besonders schlecht behandelt, und ihnen wurde gesagt, dass sie sich wie Deutsche anziehen und sich anpassen sollten.“¹⁰²

Einer der nicht-muslimischen Befragten empfand die Akzeptanz als rein äußerlich vorgegeben. Er erklärte, dass von den Bewohnern des Bezirks eine inoffizielle Unterscheidung gemacht wurde zwischen so genannten ‚Türkenschulen‘, die von ethnisch deutschen Schülern verlassen worden waren, und ‚Integrationschulen‘, die am Ende bis zu 90 Prozent Schüler mit ethnisch deutschem Hintergrund hatten. Er sah in der Teilung entlang religiöser und ethnischer Grenzen einen versteckten Mangel an der Akzeptanz religiöser Vielfalt.

¹⁰¹ Er gab das Beispiel von benachbarten Grundschulen (Fichtelgebirgsgrundschule und Kurt-Held-Grundschule), die beide einen ähnlichen Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund haben und von denen eine völlig scheiterte und am Ende kaum noch Schüler hatte, während die andere aufgrund des persönlichen Einsatzes und der Initiative des Lehrerkollegiums und der Schulleitung sehr erfolgreich war.

¹⁰² Andere genannte Beispielen waren die Annahme, man könne mit einem Kopftuch schlechter hören, der Zwang, es während der Sportstunden abzunehmen, die Aufforderung, sich wie Deutsche anzuziehen; es gab die Erfahrung der Stigmatisierung aufgrund vorurteilsbeladener Medienberichterstattung über das Thema sowie ausgelacht und nicht ernstgenommen zu werden.

Ein junger Muslim unter 20 drückte seine Segregationserfahrungen folgendermaßen aus:

„Die deutschen Schüler meiner Schule aus einer Klassenstufe werden alle in eine Klasse gesteckt, so dass wir, die nicht in dieser Klasse sind, keinen Kontakt zu deutschen Mitschülern haben.“

In diesem, wie in vielen anderen Fällen, sind die Wahrnehmungen von Marginalisierung aufgrund der Religion auf der einen und aufgrund des ethnischen Hintergrunds auf der anderen Seite eng miteinander verknüpft und unmöglich zu trennen. Im öffentlichen Diskurs ist die ‚Islamisierung‘ sozialer Probleme allgemein üblich geworden und hat in gewissem Maße die ‚Ethnisierung‘ ersetzt. Dementsprechend werden auch in der Wahrnehmung von ‚Türken‘ und/oder ‚Muslimen‘ diese Markierungen vermischt und verstärken sich oft gegenseitig.

Wie Nahawandi, die frühere Kreuzberger Integrationsbeauftragte, und andere Experten nahe legen, ist es von zentraler Bedeutung, dass die Schulbildung auch Kenntnisse über die Anwesenheit von Muslimen in der deutschen Gesellschaft und deren Beitrag zur Entwicklung des Landes mit einbezieht. Geschichtsstunden über die Rolle und den Beitrag muslimischer Gesellschaften zur Entwicklung von westlicher Kultur, Kunst und Wissenschaft wären wichtige Schritte hin zu einer positiven Selbstidentifikation für Deutschlands muslimische Schüler.

Ein Beispiel, wo solche gesellschaftlichen und historischen Informationen bereichernd wären, ist die unterstützende Broschüre für Lehrkräfte an Berliner Schulen für Interkulturelle Bildung und Erziehung des Berliner Senats, die bereits eine Diskussion darüber enthält, was ‚deutsch‘ ist und was nicht.¹⁰³ Während diese Diskussion und die dazugehörigen Übungen darauf abzielen, die interkulturelle Bildung zu stärken, indem ein Bewusstsein von den ‚ausländischen‘ Quellen deutscher Wörter, deutschen Essens und anderer kultureller Errungenschaften geweckt wird, lassen sie die Gelegenheit aus, auch die Beiträge der arabischen Sprache und der islamischen Zivilisationen, sowie der Immigrantengruppen an sich zu den gegenwärtigen europäischen Gesellschaften zu erwähnen und zu würdigen.

5.7 Muslimische Schulen

Erfahrungen mit Stereotypisierung, Diskriminierung und sogar Rassismus mögen mit zu der wachsenden Zahl von muslimischen Eltern beitragen, die versuchen, ihre Kinder in der einzigen muslimischen Grundschule in Kreuzberg anzumelden. Die Schule hat jedes Jahr über 100 Anwerber auf 25 Plätze. Sie wird für die Bezahlung der Lehrkräfte staatlich gefördert, erhebt aber für alle anderen anfallenden Kosten Gebühren von den Eltern. Die Schule ist nach eigenen Angaben um die Integration der Kinder bemüht, indem sie beispielsweise das Erlernen der deutschen Sprache – die auch Unterrichtssprache ist – besonders betont und eine Vielfalt an unterschiedlichen Lehrern

¹⁰³ Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, S. 51.

beschäftigt, unter ihnen einen Großteil Nicht-Muslime. Die Bildungserfolge der Schulabgänger haben sich im Laufe der Zeit immer weiter verbessert. Der Prozentsatz an Schülern, die eine Gymnasialempfehlung bekommen, ist von 31 im Jahr 1994/95 auf 57 im Jahr 2005/06 angestiegen.¹⁰⁴ Eine der Lehrerinnen, Fereshta Ludin, erklärte jedoch, dass der Rückzug der Muslime auf muslimische Privatschulen nicht der Weg sei, die Probleme der Integration zu lösen. Andererseits bedauert Ludin aber auch die fehlende Anerkennung der Integrationsleistungen der Schule durch Politiker und Entscheidungsträger. Sie nimmt stattdessen wahr, dass die Schule unter Politikern einen schlechten Ruf genieße, weil ihr nachgesagt wird, von Milli Görüs unterstützt zu werden.

5.8 Diskriminierung

Berichte von Nichtregierungsorganisationen und Interviews mit Experten lassen darauf schließen, dass Diskriminierung innerhalb des Deutschen Bildungssystems generell ein nicht unerhebliches Problem darstellt.¹⁰⁵ Nach Angaben der Antidiskriminierungsorganisation ADNB in Berlin betrifft eine Vielzahl der Beschwerden, die sie erreichen, Diskriminierung innerhalb des Bildungsbereichs.¹⁰⁶ Eine andere Interviewpartnerin, die in der Leitstelle gegen Diskriminierung des Berliner Senats arbeitet, fügte hinzu, dass sich Diskriminierungserfahrungen allgemein häufig auf die Verwaltung bezogen.

In der OSI-Studie berichteten 11 Prozent der muslimischen Befragten von religiöser Diskriminierung innerhalb des staatlichen Schulsystems. Als Begründung für ihre Ansicht, dass andere Religionen in den Schulen nicht genügend respektiert würden, nannten 8 Befragte die diskriminierende oder sogar rassistische Behandlung von muslimischen Kindern durch ihre Lehrer. Die Diskriminierungsbeispiele wurden hauptsächlich von Eltern genannt. Eine Mutter wurde von der Teilnahme an einem Elternlotsenprojekt ausgeschlossen, weil sie ein Kopftuch trug; ein anderer Interviewpartner erzählte, aus dem Büro des Schuldirektors hinausgeworfen worden zu sein, weil er nach islamischem Religionsunterricht an der Schule gefragt hatte. Mehrere andere

¹⁰⁴ Die Realschulempfehlungen blieben zahlenmäßig durch die Jahre in etwa gleich, während die Hauptschulempfehlungen von 25% im Schuljahr 1994/95 auf 4% im Jahr 2005/06 absanken.

¹⁰⁵ Die Ergebnisse der PISA Studie von 2003 zeigen, dass Deutschland im Bezug auf die Leistungen von Kindern mit Migrationshintergrund einige Besonderheiten aufweist. Im Gegensatz zu allen anderen Ländern wiesen in Deutschland die Kinder, die im Land geboren wurden (die zweite Generation) sogar schlechtere Leistungen auf als diejenigen, die nach Schulbeginn nach Deutschland eingewandert waren. Verschiedene Autoren sehen einen großen Teil der Verantwortung für die schlechten Leistungen von Kindern mit Migrationshintergrund im Schulsystem selbst, dessen Strukturen zum Teil diskriminierende Auswirkungen auf diese Kinder haben (Gogolin, 2001; Diefenbach, 2005; Engin, 2003; Radtke, 2001, 2005; Boos-Nünning, 1998; Kornmann, 1996; Alba *et. al.* 1994, und andere). Für weitere Einzelheiten hierzu, OSI Muslims in EU Cities – Germany, (Mühe), 2007, S. 23ff).

¹⁰⁶ OSI Interview mit Florencio Chicote, Anti-Diskriminierungs-Netzwerk des Türkischen Bundes Berlin Brandenburg, 2008.

berichteten über Erfahrungen mit Vorurteilen gegenüber den muslimischen Kindern, wie beispielsweise, dass diese für die schlechte Qualität der Schule verantwortlich gemacht würden. Einer der Interviewten gab seiner Frustration folgendermaßen Ausdruck:

„Meine Enkel sind schon hoffnungslos angesichts ihrer Zukunftschancen und wollen nicht weiter lernen. Sie sagen zu ihren Vätern, ‚Schau dich doch an, was bist du nach so vielen Jahren der Arbeit? Was kann aus uns schon werden?‘ Das ist nicht normal. Die Lehrer müssen etwas falsch machen. Und ich glaube, der Grund dafür sind die religiösen Vorurteile.“

Fast alle Teilnehmer der Fokusgruppe zum Thema Bildung berichteten von einer Kultur der niedrigen Erwartungen und Entmutigungen durch Lehrer, welche auf ethnisch oder kulturell begründete Vorurteile gegenüber den Schülern zurückzuführen waren.¹⁰⁷ Eine junge Frau gab eine Diskussion mit dem Lehrer ihrer Nichte wieder, die eine 3 in Deutsch bekommen hatte und dies verbessern wollte. Anstatt die Schülerin zu ermutigen und zu motivieren, gab der Lehrer der jungen Frau zur Antwort, dies sei doch eine gute Note für ein türkisches Mädchen. Abgesehen von dieser offen rassistischen Aussage, berichtete mehr als die Hälfte der Fokusgruppen-Teilnehmer von weiteren, teilweise noch ernsteren, konkreten Beispielen der Entmutigung. Viele erzählten, dass ihnen auf die eine oder andere Weise von ihren Lehrern klagemacht worden sei, dass sie niemals erfolgreich durch das Bildungssystem gehen könnten. Einige erinnerten sich an Aussprüche ihrer Lehrer, dass es unwahrscheinlich sei, dass sie auf dem höheren Bildungsweg und genauso wenig in der Berufsausbildung erfolgreich sein könnten. Für einige stärkten solche Erfahrungen nur die Entschlossenheit, mit ihrer Schullaufbahn fortzufahren und ihren Lehrern das Gegenteil zu beweisen; eine junge Frau, die aufgrund der Empfehlung ihres Lehrers zur Hauptschule geschickt worden war, holte trotz allem später ihr Abitur nach und beendete zudem noch ein Studium in Soziologie. Für die meisten jedoch wirkt sich dieser Mangel an Zutrauen und Ermutigung viel eher negativ auf ihre Bildungsmotivation und Leistungen aus.

Eine junge Interviewteilnehmerin hatte diese Art der Erfahrung in der eigenen Familie gemacht:

„Ich finde, da werden eigentlich intelligente Menschen überhaupt nicht motiviert. Da hat man eine Hauptschulempfehlung, wie bei meiner Schwester, obwohl sie später Abi gemacht hat. Die wurde überhaupt nicht wahrgenommen in der Schule. Man ist dann gleich als Dummer abgestempelt. Die Lehrer helfen einem gar nicht und gehen auch nicht auf einen ein.“

¹⁰⁷ Doris Nahawandi, die frühere Integrationsbeauftragte von Friedrichshain-Kreuzberg, erwähnte, dass die PISA-Studie gezeigt hätte, dass an deutschen Schulen keine Chancengleichheit für Kinder mit Migrationshintergrund bestünde. Dies werde unter anderem durch vorurteilsbehaftete Einstellungen des Lehrpersonals bezüglich der Kapazitäten dieser Kinder verursacht. Auch der letzte OECD-Vergleich stellte eine ungleiche Chancenverteilung an deutschen Schulen fest.

Einige der Gesprächsteilnehmer hatten das Gefühl, dass sie ständig dafür kämpfen müssten, die Stereotype und Vorurteile der Lehrer ihnen gegenüber zu widerlegen. Besonders Mädchen, die Kopftücher trugen, hatten den Eindruck, dass sie als unterdrückt und wenig intelligent abgestempelt würden. Andere hatten das Gefühl, ihre religiöse Identität verstecken und unterdrücken zu müssen und vermieden es aus Angst vor der schlechten Meinung anderer, bei der Ausübung ihrer Religion gesehen zu werden. Ein Teilnehmer erklärte, dass er es nicht wage, in der Schule zu beten oder nach einer Möglichkeit dafür zu fragen, während eine junge Studentin erklärte, beim Zeigen von nackten männlichen Modellen absichtlich jedes unangenehme Gefühl zu verstecken, um vorhandene Vorurteile über muslimische Frauen nicht zu bestätigen. Das ist an sich noch kein Indikator für Diskriminierung, spiegelt aber die generelle Atmosphäre und einen gewissen Druck wider, religiös motivierte Praktiken und Befindlichkeiten zu verstecken. Es wurde auch von Vorfällen berichtet, bei denen Muslime den Eindruck hatten, dass Lehrer versuchten, die religiösen Ansichten und Praktiken von Schülern zu beeinflussen. Eine junge Interviewpartnerin erzählte, dass Mädchen, die islamische Kleidung trugen, oft von ihrer Lehrerin aufgefordert worden seien, ‚ihre Schönheit zu zeigen‘, und dass ihr selbst empfohlen worden sei, ihre Tunika anzuheben, bevor sie sich auf den Stuhl setzte, weil diese zu viel von ihr verberge. Ein junger Fokusgruppen-Teilnehmer drückte es folgendermaßen aus:

„Ich sag’s mal so: Auf Klassenfahrten in der Grundschule versucht die Lehrerin noch, dir das Salamibrötchen schmackhaft zu machen, obwohl sie weiß, dass Du das nicht darfst.“

Einige Eltern, die an den Fokusgruppen teilnahmen, berichteten, dass die Schulen ihre Werte und Überzeugungen, wie religiöse Kleidung oder sexuelle Enthaltensamkeit vor der Ehe, nicht respektierten. Sie berichteten von Ohnmachtsgefühlen und Zwängen, ihre moralischen Werte hinten an zu stellen, um ihren Kindern eine gute Bildung zu ermöglichen.

„Man muss sich zwischen einer guten Schulqualität (gemeint ist eine Schule außerhalb Kreuzbergs) und einer islamischen Umgebung oder einer Situation, in der religiöse Unterschiede keine Probleme bereiten, entscheiden.“

Eine Mutter aus den Fokusgruppen erzählte, dass eine ihrer Töchter, nachdem sie sich dafür entschieden hatte, ein Kopftuch zu tragen, von ihrer Lehrerin völlig ignoriert worden sei, bis sie schließlich das Tuch wieder ablegte.

Einzelne Schüler, die an den Fokusgruppen teilgenommen hatten, gaben hingegen ein ganz anderes Bild ihrer Erfahrungen in der Schule wieder. Sie hatten im Gegensatz zu den anderen nur wenig Erfahrungen mit Vorurteilen durch Lehrer gemacht und fühlten sich generell gut akzeptiert.

Um auf die Erfahrungen und Schwierigkeiten muslimischer Eltern und Schüler, die vom OSI interviewt wurden, einzugehen, sollten der Berliner Senat und die Senatsverwaltung erwägen, sich bei Maßnahmen gegen Diskriminierung und für

interkulturelles Lernen auch explizit auf anti-muslimische Vorurteile zu beziehen. Bisher wurden diese Themen im Rahmen weiter gefasster Konzepte wie Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit/Xenophobie behandelt und kaum ausdrücklich genannt. Einige Politiker mögen mit ausdrücklichen Bezügen auf anti-muslimische Vorurteile zurückhaltend sein, aus Angst, dass das Herausstellen spezifischer Gruppen, wie eben der Muslime, als Opfer besonderer Formen von Feindseligkeit, die Vorurteile und Stigmatisierungen noch verstärken könnte. Es besteht allerdings die Gefahr, dass dieser Ansatz die Art und Weise, in der sich sowohl Antisemitismus als auch Islamophobie von den Vorurteilsstrukturen unterscheiden, welche aus einem generellen Rechtsextremismus erwachsen, übersieht.

Es kann sogar bedeuten, dass die Vorurteile und Diskriminierungserfahrungen, denen Muslime ausgesetzt sind, von der Politik übersehen und von politischen Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung ausgeschlossen werden.

Die Handreichung für Lehrkräfte an Berliner Schulen für Interkulturelle Bildung und Erziehung beispielsweise erwähnt das Problem der Fremdenfeindlichkeit und wie mit rechtsextremen Jugendlichen und deren Eltern umgegangen werden sollte.¹⁰⁸ Feindseligkeiten gegenüber dem Islam oder dem Judentum werden nur einmal sehr kurz in diesem Kontext erwähnt.

Die Handreichung wäre, zusammen mit anderen offiziellen Texten zur Integration, eine gute Möglichkeit, die spezifischen Aspekte von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit zu diskutieren.

Sie könnte ebenfalls erklären, dass Diskriminierung und Vorurteile gegen andere (in diesem Fall Muslime) nicht nur aus rechtsextremistischen Einstellungen entstehen, sondern sich durch die ganze Gesellschaft, einschließlich Lehrern, ziehen können.

Die Berliner Antidiskriminierungsorganisation ADNB, erklärt in ihrem Bericht zur Diskriminierung in Berlin 2006–2008, dass Diskriminierungsfälle an staatlichen Schulen zu einem der besorgniserregendsten Bereiche gehören. Beschwerden dieser NGO waren nur in sehr wenigen Fällen einfühlend und mit dem erkennbaren Willen zur Aufklärung beantwortet worden. Stattdessen wurde in den meisten Fällen von Seiten der Schule keine Diskriminierung erkannt, und die Schuld wurde meistens den involvierten Schülern zugeschoben. Die Organisation kritisiert, dass es weder auf der Ebene der Schulen noch in der Verwaltung eine unabhängige Kontaktperson oder Institution gab, die Fälle von Diskriminierung behandeln, sie dokumentieren oder ihren Ausgang kontrollieren würde. Die NGO fordert daher die Einrichtung einer Beschwerdestelle für Diskriminierungsfälle, die auch mit Ermittlungskompetenzen ausgestattet ist. Sie fordert zudem die Umsetzung von EU-Richtlinien und des AGG im Bereich des Schul- und Hochschulgesetzes, wo es bisher noch keine Anwendung

¹⁰⁸ Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, S. 50ff.

findet, um auch hier eine gesetzliche Regelung gegen Diskriminierung, positive Maßnahmen, Sanktionen und eine Beschwerdestelle entwickeln zu können.¹⁰⁹

5.9 Überlastung des Lehrpersonals

Die Lehrerin und Trainerin in der Lehrerfortbildung Evelin Lubig-Fohsel erklärt, dass die meisten ihrer Kolleginnen und Kollegen in ihrer täglichen Arbeit in der Schule überlastet sind, da sie unter anderem häufig neue Schulreformen umsetzen und viele verschiedene Aufgaben gleichzeitig übernehmen müssen. Sie sind kaum in den Bereichen der interkulturellen Erziehung und Diversity-Ansätzen geschult, sehen sich aber oft einer Vielfalt von muslimischen Schülern gegenüber, die zu ganz unterschiedlichen, sich ständig im Wandel befindlichen, Gemeinden gehören. Es fehlt ihnen daher an Unterstützung und Informationen, wie sie mit diesen Situationen umgehen können. Lubig-Fohsel macht eine Reihe von Themen aus, mit denen Lehrer konfrontiert werden, darunter muslimische Schüler, die nicht am Schwimmunterricht teilnehmen wollen, Abwesenheit von Unterrichtsstunden zur Evolutionstheorie, wobei der Lehrer oft nicht weiß, ob aus religiösen oder anderen Gründen. Sie erklärt, dass schlechtes Benehmen (oder Machismo) auf Seiten der männlichen Schüler dann von den Lehrern oft sehr schnell kulturalisiert oder 'muslimisiert' wird.

Wie Lubig-Fohsel erklärt, regte dieser Mangel an Hilfestellungen für Lehrer dazu, wie sie mit diesen Themen rund um den Islam und Muslime umgehen können, den Arbeitskreis Islam und Schule des Berliner Senats dazu an, eine Handreichung für Lehrer herauszugeben. Diese enthält breite Informationen zu den verschiedenen muslimischen Glaubensrichtungen und Gemeinden in Berlin, sowie Informationen aus erster Hand und Stimmen von einzelnen Muslimen in Berlin. Eine dieser Stimmen ist die eines jungen Imams einer Berliner Moschee, der besonders mit Jugendlichen arbeitet, aber in der Vergangenheit von den Medien auf ambivalente Art und Weise dargestellt worden war.¹¹⁰

Die Aufnahme eines Interviews mit diesem Imam war einer der Gründe für einen internen Konflikt innerhalb des Arbeitskreises, welcher die Publikation dieser Handreichung verhinderte und die Arbeit der Gruppe stagnieren ließ. Wie verschiedene Interviewpartner erklärten, werden jedoch sowohl die Handreichung als auch der Beitrag des jungen Imams intern verwendet und von vielen Lehrern trotz der

¹⁰⁹ Antidiskriminierungsbericht 2006-08, S. 16–18.

¹¹⁰ Siehe *Die Zeit*, 22. Februar 2007; Vieth-Entus in: *der-tagesspiegel.de*, 06. August 2008; *bild.de*, 8. August 2008.

schlechten Presse sehr begrüßt.¹¹¹ Eine offizielle Publikation der Handreichung würde hingegen sicherstellen, dass sehr viel mehr Lehrer erreicht würden und wäre auch ein wichtiges Zeichen der Inklusion und Partizipation religiöser Muslime und muslimischer Gemeinden.¹¹²

Während die Publikation der erwähnten Handreichung eine wichtige Informationslücke schließen würde, sollte dies gleichzeitig von einer systematischeren Integration der Vermittlung interkultureller Kompetenzen im Rahmen der allgemeinen Lehrerausbildung begleitet werden, welche derzeit noch freiwillig ist.¹¹³

Freiwillige Lehrerfortbildung war bislang vom Landesinstitut für Schule und Medien LISUM durchgeführt, wurde aber vor kurzem regionalisiert und untersteht nun der Verantwortung der Schulen. Nach Lubig-Fohsel führte dies zu einer Verschlechterung der Situation in der Fortbildung, da sich nicht alle Schulen für die zusätzliche Fortbildung interessierten. Zusammen mit anderen Interviewpartnern schlägt sie daher vor, interkulturelle und Diversity-Kompetenzen zu einem regulären Pflichtteil der Lehrerausbildung an den Universitäten zu machen. Sie geht auch davon aus, dass es notwendig sei, Menschen mit Migrationshintergrund – und besonders religiöse Muslime – in die Lehrerfortbildung einzubeziehen, um den meist ethnisch deutschen Lehrern die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zum Erhalt von Informationen aus erster Hand zu geben. Eine junge Teilnehmerin einer Fokusgruppe drückte es so aus:

„Sie (Lehrer) müssen auch Integrationskurse machen.“

Ein gutes Beispiel für erfolgreiche Mediationsarbeit an den Schulen ist das aktuelle Projekt von Abdul Razzaque, dem Vorstandsmitglied eines urdusprachigen Moscheevereins und des losen Berliner Dachverbandes IBMUS, der von dem unabhängigen

¹¹¹ Lubig-Fohsel verwendet die unveröffentlichten Informationen der Handreichung beispielsweise innerhalb ihrer Lehrerfortbildung und sagt, dass ihre Kollegen sie ihr buchstäblich aus den Händen reißen würden. Eine andere Interviewpartnerin, Nadia Nagie von Kumulus e.V. – einem Projekt des Berliner Trägers für Berufsberatungsprojekte Arbeit&Bildung e.V. – wo Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte Beratung in der Aus- und Weiterbildung angeboten wird, führt auch Lehrerfortbildungen durch. Sie erzählt, dass sie dabei oft von dem jungen Imam begleitet worden sei, der seine Ansichten und Erfahrungen mit den Lehrern geteilt hätte, was von diesen wiederum sehr geschätzt worden sei.

¹¹² Dieser Fall demonstriert, wie eine generell skeptische Atmosphäre gegenüber vielen – besonders religiösen – Muslimen und muslimischen Organisationen wertvolle Arbeit zur Verbesserung des Schulklimas und damit der Bildungserfolge, sowie auch zur Verhinderung von Vorurteilen und Stereotypisierung von Muslimen, zerstören kann, besonders dann, wenn diese – sogar noch vor der Publikation – in den Medien (in diesem Fall besonders der Berliner Tageszeitung *Der Tagesspiegel* und anderen) kritisch kommentiert wird. Der Vorwurf, zu pro-muslimisch zu sein, oder mit den falschen – oder zu konservativen – religiösen Muslimen zu sprechen, lässt Politiker schnell vor dem jeweiligen Projekt oder der jeweiligen Maßnahme zurück schrecken.

¹¹³ OSI Interview mit Evelin Lubig-Fohsel, 2009.

Bildungsträger *trias*¹¹⁴ für ein Jahr angestellt wurde, um an der Friedensburg-Oberschule, einer örtlichen Gesamtschule im Berliner Bezirk Charlottenburg, als Mediator zu arbeiten. Razzaque brachte in seine Arbeit mit muslimischen wie nicht-muslimischen Schülern der 9. und 10. Klasse seine jahrelange Erfahrung mit sozialer Mediation innerhalb des Moschee-Vereins sowie die ebenfalls jahrelange Schulerfahrung in Indien ein. Die Lehrer der Schule fragten ihn zu einer Vielzahl von verschiedenen Themen, vom Zigarettenrauchen bis zu körperlicher Gewalt unter den Schülern, um Rat, und seine Fähigkeit, selbst letztere zufriedenstellend zu lösen, überraschte die Lehrer immer wieder. Razzaque erklärt, dass der Respekt, den er unter den Schülern genießt, nicht allein auf sein höheres Alter oder auf sein Wissen zum Islam zurückzuführen seien – da auch die nicht-muslimischen Schüler sich ihm anvertrauten – sondern hauptsächlich darauf, dass er den Schülern gegenüber Respekt und Interesse zeige, beständig auf sie zu gehe und sie nach ihren Bedürfnissen und Sorgen frage. Sein Wissen zum Islam sei oft hilfreich – wenn er etwa den muslimischen Schülern erklären könne, dass ihre Religion Gewaltlosigkeit und gegenseitigen Respekt fordert – aber dies sei nicht der Hauptaspekt seiner Arbeit. Er nennt seine Mediation die ‚orientalische Methode‘, die nach Lösungsansätzen mit und bei den Schülern selbst sucht. Öffentliche Stellen, namentlich die Polizei, seien nur als allerletztes Mittel zu kontaktieren. Razzaque erzählt, dass die Lehrer seine Arbeit respektierten, und dass er auch mit Lehrern spricht, wenn er den Eindruck hat, dass sie mit den Schülern unangemessen umgehen. Er beschreibt auch, wie sich die Atmosphäre an der Schule in der letzten Zeit verbessert habe und dass muslimische Schüler sehr dankbar seien, dass der Schulleiter ihnen nun während der islamischen Feiertage, wie dem Ramadanfest, frei gebe.

Beispiele wie dieses stellen wichtige Hinweise dar, wie die Mediation an Schulen in Zukunft weiter entwickelt und die Atmosphäre an den Schulen sowohl für Schüler als auch für Lehrer, verbessert werden können. Die Erfahrung von Menschen wie Abdul Razzaque könnte einen wichtigen Beitrag dazu leisten, in diesem Bereich substantielle Veränderungen zu erzielen.

5.10 Die Integrationsdebatte und ihre Auswirkungen

Nahawandi zufolge können all die guten und fruchtbaren Projekte, die auf eine Veränderung der individuellen und strukturellen Gründe für die ungleichen Chancen von Kindern mit Migrationshintergrund, und speziell muslimischen Kindern, abzielen, nur dann Erfolg haben, wenn sich der öffentliche Diskurs zum Thema Integration verändert. Die ständige Konzentration auf Menschen mit Migrationshintergrund, besonders Muslime, als Hauptproblem der Gesellschaft müsste nachlassen. Im Bezug auf die Situation an den Schulen wird den Eltern beispielsweise immer wieder vorgeworfen, sich nicht für die Bildung ihrer Kinder zu interessieren oder generell die

¹¹⁴ *Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeit, Gesundheit und Soziales mbH*; online unter <http://www.trias-sozial.com>.

deutschen Werte abzulehnen. Dieser problemzentrierte Diskurs, der sich in der Medienberichterstattung zu diesen Themen widerspiegelt und durch sie bestärkt wird, beeinflusst wiederum die Ansichten und Meinungen von Lehrern, Mitarbeitern der Schulverwaltung, Eltern nicht-muslimischer Kinder¹¹⁵ und vieler anderer.¹¹⁶

Das Konzept der *Interkulturellen Öffnung der Verwaltung*, das vom Berliner Senat vorangetrieben wird, ist ein wichtiger Schritt hin zu – unter anderem – einer Öffnung öffentlicher Institutionen für Personal, das die ethnische Vielfalt der Gesellschaft widerspiegelt. Dies entspringt einem Verständnis, das sich klar von der Vorstellung von Integration als Assimilation weg bewegt, hin zu einem Konzept von Vielfalt, das es auch Muslimen und muslimischen Schülern erlaubt, als selbstverständlicher Teil der Schulklassen sowie der ganzen Gesellschaft angesehen zu werden. Dieses Diversity-Verständnis ist in den deutschen Gesellschaft noch nicht sehr stark verankert, da es auch unter anderem sich verändernde Wahrnehmungen von ‘Mehrheit’ und ‘Minderheit’ sowie Veränderungen in den Machtverhältnissen beinhaltet. Die Ergebnisse aus Berlin – insbesondere Kreuzberg – zeigen, dass diese Ideen und Konzepte erfolgreich angewandt werden können und damit eine gleiche Teilhabe aller Bewohner gewährleisten sowie den Fokus von spezifischen Gruppen – wie muslimischen Minderheiten – wegbewegen können.

¹¹⁵ Anfang Juli 2008 versammelten sich Eltern von Kindern, die kurz darauf eingeschult werden sollten, in Kreuzberg, um über ihre Probleme zu diskutieren. Einige der verfügbaren Schulen wurden als qualitativ sehr gut und attraktiv angesehen, hatten aber lange Wartelisten, während andere unterbesetzt aber dafür qualitativ nicht interessant waren. Der Direktor einer weniger attraktiven Schule schlug vor, den – offensichtlich gemeinten aber nicht offen genannten ethnisch deutschen – Eltern zu garantieren, dass ihre Kinder alle in eine Klasse kämen und den besorgten Eltern damit zu versichern, dass ihre Kinder in ihrer Bildung nicht von Kindern mit Migrationshintergrund – und deren angenommen mangelhaften Sprachkompetenzen – behindert würden, wenn diese sich in derselben Klasse befänden. Siehe *Berliner Woche*, Lokales Wochenblatt in Kreuzberg, 4. Juli 2008.

¹¹⁶ Doris Nahawandi, „Integration und Chancengleichheit in der Schule aus der Perspektive des Einwanderungsbezirks Friedrichshain-Kreuzberg. Deutsch-französisches Treffen von Bildungsjournalisten“, 1. Juni 2006, online verfügbar unter http://www.berlin.de/imperia/md/content/bafriedrichshain-kreuzberg/beauftragtedesbezirks/deutsch_franz_sisches_treffen_bildungsjournalisten.pdf (abgefragt April 2010, hiernach Nahawandi, “Integration und Chancengleichheit in der Schule”).

6. ALLTAGSERFAHRUNGEN VON MUSLIMEN: ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG

Die Teilhabe am Arbeitsmarkt ist nach wie vor der zentrale Faktor der wirtschaftlichen Integration, welche nicht nur Arbeitsplätze allgemein erfordert, sondern auch Beschäftigung im Mainstream-Arbeitsmarkt sowie in Jobs, welche den Fähigkeiten und Qualifikationen des Einzelnen entsprechen.

Dieses Kapitel beschreibt einige Initiativen von lokalen Behörden sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen, die darauf ausgerichtet sind, muslimischen Arbeitssuchenden und allgemein Arbeitssuchenden mit Migrationshintergrund bei der Suche nach Ausbildungsplätzen behilflich zu sein oder Berufsberatung anbieten. Daraufhin werden die verschiedenen Hindernisse in Augenschein genommen, mit denen Muslime beim Zugang zum und der vollen Teilhabe am Arbeitsmarkt konfrontiert sind. Einige dieser Hindernisse beziehen sich speziell auf Muslime und besonders auf die sichtbaren Zeichen der Religion. Andere hingegen beziehen sich auf die Situation der meisten Muslime in Europa als Einwanderer oder Nachkommen von Einwanderern. Schließlich wird auf einige Bemühungen, der ungleichen Teilhabe von Muslimen am Arbeitsmarkt entgegenzuwirken, eingegangen wobei die Notwendigkeit einer Dokumentation von Diskriminierungsfällen betont wird.

6.1 Berufliche Orientierung und Ausbildung

Die Antworten innerhalb der OSI-Fragebogeninterviews sowie Diskussionen in den Fokusgruppen legen den Bedarf an besserer Orientierung und Information zu verschiedenen Arbeits- und Karrieremöglichkeiten nahe. Ein Fokusgruppen-Teilnehmer, der selbst für eine Organisation arbeitete, die jungen Menschen mit Migrationshintergrund dabei half, Arbeit und Ausbildungsplätze zu finden, betonte das sehr begrenzte Wissen um die verschiedenen Berufsmöglichkeiten bei den jungen Leuten:

„In Deutschland haben wir 455 offizielle Berufe, aber für die Mädchen gibt es nur 5, darunter Arzthelferin, Verkäuferin und Friseurin. Auch die Jungen sind ähnlich festgelegt.“¹¹⁷

Ein mangelndes Verständnis und fehlende Informationen über Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten bleibt eine zentrale Hürde im Hinblick auf eine verbesserte Teilhabe am Arbeitsmarkt. Dr. Nadia Nagie, eine Mitarbeiterin von KUMULUS¹¹⁸,

¹¹⁷ Nach Alt & Granato liegt diese Reduktion auf nur wenige Berufe nicht am mangelnden Karrierestreben der jungen Immigranten oder einem fehlenden Enthusiasmus bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz, sondern an Exklusion und Diskriminierung (Alt & Granato, 2001). Für mehr Einzelheiten zur generellen Beschäftigungssituation von jungen Menschen mit Migrationshintergrund, siehe Hintergrundbericht zu Muslimen in Deutschland (OSI, *Muslims in EU Cities – Germany*, (Mühe), 2007) S. 31ff.

¹¹⁸ KUMULUS ist eines der ältesten und bekanntesten Bildungsberatungsprojekte des Vereins Arbeit&Bildung e.V.

einem Projekt, das 1993 von der damaligen Beauftragten für Integration, Prof. Barbara John, gegründet worden war, um junge Menschen mit Migrationshintergrund zu verschiedenen Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu beraten, bestätigt, dass das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem sehr komplex ist. Laut Dr. Nagie gibt es unter den Immigranteneltern und deren Kindern über die Bandbreite der verschiedenen Wege und Möglichkeiten innerhalb des deutschen Bildungs- und Ausbildungssystems kaum Informationen. Sie fügt allerdings hinzu, dass dieses Wissen bei allen Eltern und Schülern in Deutschland sehr begrenzt ist. Sie erklärt, dass selbst manche Lehrer nicht alle verschiedenen Wege kennen, die das System für Bildungs- und berufliche Karrieren bietet.¹¹⁹

Wenige Einwanderer wissen beispielsweise, dass Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die eine Duldung haben, eine berufliche Ausbildung absolvieren dürfen. Zu den Themen, mit denen sich KUMULUS auseinandersetzt, gehört auch das fehlende Bewusstsein unter Eltern und Kindern, dass ein guter Ausbildungsabschluss, wie der Facharbeiterbrief, in der entsprechenden Berufsgruppe einen bedeutend höheren Ruf genießt als ein durchschnittlicher höherer Schulabschluss.

Zusätzlich zur Unterstützung von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte bei der Suche nach Bildungs- und Berufschancen engagiert sich die Organisation auch in Projekten wie der Imamfortbildung, die von der Muslimischen Akademie und dem Berliner Senat organisiert wurde. Diese Fortbildung zielt darauf ab, den Imamen ein detailliertes Verständnis bezüglich der verschiedenen Institutionen und Behörden in Berlin zu vermitteln, sowie speziell bezüglich der verschiedenen Berufsmöglichkeiten für junge Menschen. Sie beruht auf der Annahme, dass religiöse Autoritäten in all diesen Bereichen eine wichtige Rolle bei der Informationsvermittlung an Mitglieder ihrer Gemeinden spielen.

ADNB, eine Organisation, die gegen Diskriminierung arbeitet sowie entsprechende Fälle dokumentiert, berichtet von einer großen Zahl von Diskriminierungsfällen auf dem Arbeitsmarkt, besonders im Bereich der Ausbildungsplatzsuche. Sie warnt vor der Resignation, die eine solche Situation mit sich bringt sowie dem Perspektivverlust, der durch wiederholte Erfahrungen mit Diskriminierung und Ohnmacht verursacht wird. Die Organisation fordert daher die Bereitstellung von Orten und Programmen, die junge Menschen mit Diskriminierungserfahrungen unterstützen und in ihrem Selbstbewusstsein stärken. Ein Beispiel wäre die Schaffung von Orten, wo sie über ihre kollektiven Erfahrungen sprechen und gemeinsam Strategien entwickeln können, der Diskriminierung entgegen zu treten.¹²⁰

¹¹⁹ OSI Interview mit Dr. Nadia Nagie, KUMULUS, 2009.

¹²⁰ *Antidiskriminierungsreport 2006-08*, S. 10.

6.2 Vorbilder

Das Potential von Multiplikatoren und/oder Vorbildern aus Minderheitengruppen wird in verschiedenen Projekten dazu genutzt, um Mitglieder der verschiedenen Gemeinschaften zu erreichen. So zielt auch das Projekt Kiezlotsen, das in Kreuzberg angesiedelt ist, darauf ab, junge Menschen mit Migrationshintergrund mit Hilfe von Jugendarbeitern aus derselben Nachbarschaft und mit demselben Hintergrund zu erreichen. Diese Jugendarbeiter haben bisher zwischen 30 und 80 junge Menschen im Bezirk erreicht und konnten 15 in Ausbildungsprogrammen unterbringen. Sieben weitere wurden erfolgreich dazu ermutigt, ihren Schulabschluss zu beenden.¹²¹ Ein weiteres Beispiel für den positiven Effekt von Vorbildern ist die Initiative des jungen Politikwissenschaftlers Mohammed Ibrahim, der Schulen besucht und mit den Schülern, von denen die meisten Muslime sind und/oder eine Flüchtlingsgeschichte haben, über deren Erlebnisse und Erfahrungen spricht.¹²² Die offiziellen sowie individuellen Projekte spiegeln alle einen neuen Ansatz wider, welcher die Notwendigkeit erkennt, aktiv auf marginalisierte Gruppen zuzugehen, anstatt abzuwarten, dass diese Beratungsstellen aufsuchen.¹²³

Ein weiteres Beispiel für einen eher proaktiven Ansatz ist die Kampagne *Berlin braucht Dich* des Berliner Senats, welche darauf abzielt, den Anteil von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in der Berliner Verwaltung zu vergrößern. Das Projekt hatte anfänglich Schwierigkeiten, die angesprochene Zielgruppe zu erreichen und trat daher mit religiösen Autoritäten, Moschee-Vereinen und Migrant*innenorganisationen in Kontakt, um den Erfolg der Kampagne zu steigern.

Obwohl die Kampagne eine positive Entwicklung darstellt, lässt sie ein zentrales Hindernis unangetastet, welchem sich gerade junge muslimische Frauen bei ihrer Arbeitssuche im öffentlichen Dienst gegenüber sehen: dem Neutralitätsgesetz und dem darin impliziten Kopftuchverbot. Das Verbot betrifft viele Berufe im öffentlichen Dienst, und die OSI-Studie zeigt, dass viele junge muslimische Frauen in irgendeiner Form davon betroffen sind.

Einer der Fokusgruppen-Teilnehmer, der für eine Organisation zur Unterstützung junger Menschen mit Migrationshintergrund bei der Job- und Praktikumssuche arbeitete, erzählte, dass junge Frauen und Mädchen, die Kopftücher trugen, nahezu gar keine Chancen hatten, Ausbildungs- oder auch nur Praktikumsplätze zu finden, und

¹²¹ Die *Kiezlotsen* sind ein erfolgreiches Projekt des Quartiersmanagements (Soziale Projekte der Berliner Verwaltung, die auf die Verbesserung besonders benachteiligter Gebiete ausgerichtet sind) in der Düttmannsiedlung, in Kreuzberg. Online: <http://www.quartiersmanagement-berlin.de/nachrichten/archiv/friedrichshain-kreuzberg/2007/die-kiezlotsen-der-duettmannsiedlung>.

¹²² Kerstin Krupp, "Debatte mit muslimischen Schülern", *Berliner Zeitung*, 9. August 2006, online verfügbar unter <http://www.oszimt.de/0-schule/public/presse/2006-08-09.html> (aufgerufen April 2010).

¹²³ OSI Interview mit Dr. Franz Schulz, Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg 2008.

dass sie dazu gezwungen waren, das Tuch abzulegen, um einen richtigen Arbeitsplatz zu finden.

Eine junge Teilnehmerin an der Studie, zwischen 30 und 39 Jahre alt, beschrieb, welche Schwierigkeiten sie und ihre Schwägerin bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz hatten:¹²⁴

„Ich hatte mich oft für eine Ausbildung beworben vor dem Abitur, da kamen immer so komische Ausreden. Eine Freundin ohne Kopftuch mit schlechteren Noten wurde aber an einer Stelle genommen, für die ich mich beworben habe und abgelehnt wurde. Die haben Angst, dass man ein Versager ist. Meiner Schwägerin wurde mal gesagt, sie soll das Kopftuch ausziehen (MTA), weil der Arzt zwar nichts dagegen hatte, aber er meinte die Kundschaft würde dann denken, er hätte eine Putzfrau zum Röntgen eingestellt.“

Eine junge Fokusgruppen-Teilnehmerin, die ein Kopftuch trug, erzählte von ihren Erfahrungen während eines Praktikums bei einer örtlichen Polizeistation. Während sie während der ganzen Praktikumszeit nur Verwaltungsaufgaben bekam und an den Schreibtisch gebunden war, wurde eine andere Praktikantin, die kein Kopftuch trug, voll in den Polizeialltag einbezogen und sogar mit auf Streife genommen.

6.3 Die Kopftuchdebatte

Der Fall von Fereshta Ludin war für die öffentliche Debatte zum Kopftuch von besonderer Bedeutung. Ihre Forderung nach dem Recht, als Lehrerin das Kopftuch zu tragen, erreichte deutschlandweit Bekanntheit, da er bis vor das Bundesverfassungsgericht, das höchste deutsche Gericht, gebracht wurde. Das Bundesverfassungsgericht erkannte an, dass ein Kopftuch nicht immer als religiöses Symbol verstanden werden könne und dass es für das Berufsverbot, welches sie bekam, keine gesetzliche Grundlage gab.

Das höchste Gericht überließ es der Entscheidung der einzelnen Bundesländer, in diesem Bereich ihre eigenen Regelungen und Gesetze zu erlassen. Berlin reagierte auf diese Entscheidung im Januar 2005 mit der Einführung des *Neutralitätsgesetzes*. Dieses Gesetz verbietet das Tragen sichtbarer religiöser Symbole für Lehrer an öffentlichen Schulen ebenso wie für Beschäftigte der Polizei und der Gerichtsbarkeit. Das Verbot berührt auch Beschäftigte von Kindergärten und Kindertagesstätten, wenn die Eltern

¹²⁴ Die Berufsausbildung wird in Deutschland in der Regel als ein duales System organisiert, wo die jungen Auszubildenden den theoretischen Teil in Berufsschulen lernen und für den praktischen Teil in ein bestimmtes Unternehmen gehen, das sich um ihre professionelle Ausbildung kümmert. Die schwindende Bereitschaft und Fähigkeit von Firmen und Unternehmen, diese jungen Menschen auszubilden, hat jedoch zu einem Mangel an Plätzen innerhalb dieses dualen Systems geführt, dem zum Teil durch Oberstufenzentren begegnet wird. Auch hier kann die Ausbildung absolviert werden, aber mit weniger praktischer Berufserfahrung als im dualen Ausbildungssystem (OSI-Interview mit Dr. Nadia Nagie, KUMULUS).

der Kinder sich über das Kopftuch beschweren. Die Befürworter des Gesetzes waren der Ansicht, dass das Verbot nötig sei, um die Neutralität des Staates zu gewährleisten und die (negative) religiöse Freiheit der Schulkinder zu sichern.

Unter den prominenten Kritikern des Gesetzes befindet sich Berlins erste Integrationsbeauftragte, Prof. Barbara John. Sie weist auf die negativen Auswirkungen des Gesetzes auf den Umgang mit muslimischen Frauen auch auf dem privaten Arbeitsmarkt hin, wo mehr und mehr Arbeitgeber dem Beispiel der öffentlichen Verwaltung folgen und es ablehnen, Frauen zu beschäftigen, die ein Kopftuch tragen.¹²⁵ John war auch eine von 72 prominenten Unterzeichner/-innen eines offenen Briefes gegen das Kopftuchverbot. Der gegenwärtige Integrationsbeauftragte Berlins, Günter Piening, kritisierte das Gesetz und seine Auswirkungen ebenfalls.¹²⁶

Sogar der Berliner Innensenator, Erhart Körting, der zur Zeit der Einführung des Gesetzes einer seiner größten Befürworter gewesen war, äußerte sich kürzlich während einer öffentlichen Diskussion im Rahmen der Islamwoche¹²⁷ in Berlin dahingehend, dass das Verbot auf Dauer nicht bestehen könne. Er stellte seine Äußerungen allerdings später dahingehend klar, dass das Verbot in solchen Berufen in Kraft bleiben solle, die eine uniforme Dienstkleidung erforderten und offiziell den Staat repräsentierten.¹²⁸

Gleichzeitig mit der Einführung des Neutralitätsgesetzes wurde 2005 beim Integrationsbeauftragten ein Koordinierungsbüro gegen Diskriminierung eingerichtet, um möglicher Benachteiligung muslimischer Frauen entgegen zu wirken.¹²⁹

Die Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes – AGG im Jahr 2007 stärkte die gesetzliche Basis der Antidiskriminierungsarbeit öffentlicher Institutionen, auch auf der lokalen Ebene. Im Zuge dessen wurde daher auch die Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung eingerichtet, welche an einer Vielzahl von Antidiskriminierungsthemen arbeitet. Auch die Benachteiligung von Muslimen wurde von der Leitstelle zu einem zentralen Thema ihrer Arbeit erhoben,¹³⁰ wenn sich auch die genauen Gründe der Diskriminierung (ethnische, religiöse und geschlechtsspezifische), mit denen die Einzelnen konfrontiert sind, nicht immer leicht

¹²⁵ Interview mit Prof. Barbara John, 20. März 2008

¹²⁶ Emmerich, Marlies (9. Februar 2008) Körting: Kopftuch-Verbot wird nicht auf Dauer bleiben, *Berliner Zeitung*, online verfügbar unter <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0209/berlin/0043/index.html>.

¹²⁷ Jährlich stattfindende Veranstaltung Reden und Diskussionen zwischen muslimischen und nicht-muslimischen Wissenschaftlern und Lokalpolitikern, organisiert von IBMUS (*Initiative Berliner Muslime*), einem lokalen Zusammenschluss muslimischer Organisationen mit unterschiedlichen nationalen Hintergründen. Online unter www.ibmus.de.

¹²⁸ Beikler, „Körting: Lockerung des Kopftuch-Verbots ist möglich“, *Der Tagesspiegel*, 9. Februar 2008, online unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/art270,2473093>.

¹²⁹ OSI-Interview mit Dr. Sabine Kroker-Stille, 10. Juni 2008.

¹³⁰ OSI-Interview mit Monika Brodehl, 1. April 2008.

identifizieren und klar voneinander trennen lassen. Die Berliner Leitstelle hat für diese Arbeit ein breites Netzwerk von NGOs und anderen Partnern in der Stadt geknüpft, welches den Opfern von Diskriminierung und Rassismus auf geeignete Weise Unterstützung und Beratung zukommen lassen kann.

6.4 Der Arbeitsmarkt

Dem Sozialstrukturatlas 2003 zufolge ist Kreuzberg einer der ärmsten Bezirke Berlins.¹³¹ Im Jahr 2006 hatte der gesamte Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg eine Beschäftigtenrate von 41 Prozent. Nahawandi erklärt, dass sich hinter dieser Zahl eine höhere Arbeitslosenquote im alten Bezirk Kreuzberg, verglichen mit Friedrichshain, sowie unter ausländischen im Vergleich mit deutschen Staatsbürgern, verbirgt.¹³² Sie ist dennoch der Ansicht, der Bezirk sei reich an wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Kapital.¹³³

Das Datenmaterial scheint auf eine relativ ausgeglichene Beschäftigungssituation im Vergleich zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen hinzuweisen. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass die Auswahl nicht insofern repräsentativ ist, als sie Aussagen zur tatsächlichen Beschäftigungssituation treffen kann. Unter den Muslimen, die befragt wurden, ist ein leicht höherer Anteil derzeit in Voll- oder Teilzeitbeschäftigung oder selbständig tätig (51 Muslime, 46 Nicht-Muslime). Weitere sechs Muslime nahmen zur Zeit der Interviews an staatlichen Ausbildungs- und/oder Beschäftigungsprogrammen teil, im Vergleich zu keinem der Nicht-Muslime. Während sich doppelt so viele Muslime wie Nicht-Muslime um Haus und Familie kümmern, (8 Muslime, 4 Nicht-Muslime), ist eine gleiche Zahl in beiden Befragtengruppen entweder arbeitslos oder durch eine Behinderung nicht in der Lage zu arbeiten (insgesamt jeweils 9). Ein großer Anteil der Befragten gab auf die Frage nach der Beschäftigungssituation ‚Sonstige‘ an. Bei weiterer Analyse stellte sich heraus, dass die meisten von diesen Studenten waren, die in Teilzeitjobs tätig waren, oder Schüler, die entweder noch zur Schule gingen oder sich in der Ausbildung befanden.

Diejenigen mit einer sichtbaren muslimischen Identität (Kopftücher, längere Bärte, u.a.), die etwa ein Drittel der muslimischen Teilnehmer der Fragebogeninterviews ausmachten, waren im Bereich der Vollzeitarbeit unterrepräsentiert, aber nicht im Bereich der Teilzeitarbeit oder Selbständigkeit. Sie waren in der Gruppe der Teilnehmer an öffentlichen Beschäftigungsprogrammen seltener vertreten, machten

¹³¹ Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (Hg.), Sozialstrukturatlas Berlin 2003, online verfügbar unter http://www.efb-berlin.de/download/berliner_sozialatlas_2003_kurz.pdf.

¹³² Nahawandi, „Integration und Chancengleichheit in der Schule“, S. 2.

¹³³ Doris Nahawandi, „Mythos Kreuzberg – Oder Kreuzberg als gelungenes Integrationsbeispiel?“, 6. Juni 2004, online verfügbar unter http://www.migration-boell.de/downloads/integration/DNahawandi_Kreuzberg.pdf (aufgerufen April 2010; hiernach Nahawandi, „Mythos Kreuzberg“).

dafür aber fast 100% derjenigen Muslime aus (7 von 8 Befragten), die zuhause ohne Bezahlung arbeiteten (Hausfrauen), wobei nochmals betont werden muss, dass diese zahlenmäßig nur sehr kleinen Untergruppen in keiner Weise repräsentative Aussagen machen können, sondern nur Tendenzen innerhalb der in Kreuzberg befragten Gruppe wiedergeben.

Ein Viertel der muslimischen und ein Drittel der nicht-muslimischen Befragten sind oder waren in Berufen tätig, die eine akademische oder eine Berufsschulbildung erforderten. Diese derart Beschäftigten waren mit größerer Wahrscheinlichkeit weiblich und unter 40 Jahren alt. Andererseits arbeitete die zweithöchste Prozentzahl der muslimischen Interviewpartner¹³⁴ im Bereich der ungelerten Arbeit im Handel und Dienstleistungssektor, wo alle Altersgruppen vertreten waren und der Anteil der Frauen überwog.

¹³⁴ 15 Muslime, von denen 11 Frauen waren, im Vergleich mit 11 Nicht-Muslimen.

Tabelle 9. Berufstypen (aktuell oder in der Vergangenheit) (I17)

	Religion		Gesamt
	Muslim	Nicht-Muslim	
Keine Angaben	14%	12%	13%
Berufe mit akademischer- oder Fachschulbildung	26%	33%	30%
Mittlere Verwaltungs- und Dienstleistungsberufe	11%	13%	12%
Höhere Verwaltungs- und Managementberufe	5%	1%	3%
Gelernte technische und handwerkliche Berufe	8%	4%	6%
Angelernte Handwerks- und Dienstleistungsberufe	11%	7%	9%
Ungelernte Handwerks- und Dienstleistungsberufe	15%	11%	13%
Mittlere oder untere Managementberufe	3%	3%	3%
Klassische akademische und freie Berufe	7%	16%	12%
Gesamt	%	100%	100%
	Anzahl	100	100

Quelle: Open Society Institute

Unter den muslimischen Teilnehmern der Studie ist damit eine gewisse Polarisierung zwischen Beschäftigung in hoch-qualifizierten und unqualifizierten Jobs zu beobachten. Diese Polarisierung ist im Bezug auf muslimische Frauen besonders

deutlich.¹³⁵ Teilweise reflektieren diese Zahlen die niedrigeren Bildungsniveaus von Frauen im Vergleich mit den Männern, die an dieser Studie teilnahmen. Sechs Frauen waren ganz ohne formale Bildung. Sie waren alle über 40 Jahre alt und vier von ihnen über 60. Entsprechend waren auch alle Muslime, die nur eine Grundschulausbildung hatten (4 Frauen/ 4 Männer), älter als 40 Jahre.

Bei der Art und Weise, wie die Befragten ihre letzte bezahlte Arbeitsstelle gefunden hatten, gab es zwischen den Muslimen und der nicht-muslimischen Vergleichsgruppe keine nennenswerten Unterschiede. In beiden Gruppen hatten persönliche Netzwerke wie Freunde, Kollegen und andere Bekanntschaften die bei weitem wichtigste Rolle bei ihrer Arbeitssuche gespielt. Während Initiativbewerbung und Selbständigkeit in beiden Gruppen die am zweithäufigsten genannten Strategien waren, wurden sie in der Gruppe der Nicht-Muslime etwas häufiger erwähnt.

6.5 Unternehmer und Selbständige

Auf der Grundlage von Zahlen des Türkisch-Deutschen Unternehmerverbandes TDU geht das Zentrum für Türkeistudien davon aus, dass die Zahl der selbständigen Türken zwischen 1985 und 2005 von 22 000 auf 61 000 angestiegen war. Zudem findet sich eines von zehn türkischen Unternehmen in Berlin.¹³⁶

Eine Studie zu türkischen Unternehmern in Berlin fand heraus, dass ein relativ hoher Anteil einen hohen Bildungsstand hat (17 Prozent Universität, 4 Prozent Fachhochschule)¹³⁷ und gleichzeitig ein ebenfalls hoher Anteil (36 Prozent) gar keine höhere Bildung oder Ausbildung genießen konnte.

Der frühere Leiter des Zentrums für Türkeistudien Faruk Sen ist der Ansicht, dass die große Zahl an Selbständigen mit hohem Bildungsstand ein Ergebnis der Schwierigkeiten ist, die diese bei der Suche nach einem regulären Arbeitsplatz haben. Die Studie führt aber auch andere Faktoren für die wachsende Zahl von Selbständigen

¹³⁵ Schon bei der PISA-Studie von 2003 und anderen Untersuchungen konnten gewisse Unterschiede zwischen den Schulleistungen von Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund festgestellt werden. Während der Geschlechterunterschied in bestimmten Fächern, wie Mathematik, wo Mädchen weniger erfolgreich waren als Jungen, nicht nennenswert von dem der ethnisch deutschen Kinder abwich, zeigten die Unterschiede in anderen Fächern, wie Lesen, wo die Mädchen generell besser abschnitten als Jungen, eine stärkere Polarisierung bei den Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund als bei den ethnisch deutschen Kindern. Diese Unterschiede wurden sogar bei den Kindern der zweiten Generation noch größer. Siehe auch: Gayle Christensen & Petra Stanat, Schulerfolge von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im internationalen Vergleich, OECD, 2003, online verfügbar unter http://www.bmbf.de/pub/bildungsforschung_band_neunzehn.pdf.

¹³⁶ Faruk Sen & Martina Sauer, Türkische Unternehmer in Berlin. Struktur – Wirtschaftskraft – Problemlagen, eine Analyse der Stiftung Zentrum für Türkeistudien im Auftrag des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration, Berlin: Berliner Beiträge zur Integration und Migration, 2005, S. 6 (hiernach Sen & Sauer, *Türkische Unternehmer in Berlin*).

¹³⁷ Sen, & Sauer, Türkische Unternehmer in Berlin, S. 12

an, darunter eine wachsende Identifikation mit Deutschland durch Einbürgerung oder steigende Akzeptanz der Bürger mit türkischem Hintergrund in der deutschen Gesellschaft sowie eine emotionale Nähe zu Selbständigkeit, die noch mit dem Traum der ehemaligen Gastarbeiter zusammenhängt und dessen möglicher Erfüllung durch die jüngere Generation. Unter den vielen verschiedenen Themen und Forderungen der von ethnischen Minderheiten geführten Unternehmen, die in der Studie angeführt werden, waren die Instandsetzung von sozial benachteiligten Gebieten, weniger Regulierungen und stärkere Unterstützung der Unternehmen.¹³⁸

Für Nahawandi gehört die große Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund, die Inhaber kleiner und mittlerer Unternehmen sind, zu den positiven Entwicklungen im Bezirk. So erwähnt sie beispielsweise, dass ein großer Teil der Unternehmen, die in der Datenbank der Beratungsorganisation *Arbeit und Bildung e.V.*¹³⁹ aufgeführt sind, von nicht-deutschen Staatsangehörigen geführt werden (1064 im Vergleich zu 2500 'Deutschen Unternehmen').¹⁴⁰ Der Verein schätzt, dass 16.000 Berliner Unternehmen von Menschen mit Migrationshintergrund geleitet werden, von denen wiederum 20% in Kreuzberg angesiedelt sind. Diese Zahlen werden auch im Integrationskonzept des Berliner Senats genannt.¹⁴¹ Die wachsende Zahl an kleinen und mittleren Unternehmen hat zudem seit den späten 1990er Jahren in Berlin besonders im Dienstleistungsbereich eine nicht unbedeutende Zahl an Stellen geschaffen.

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg führt zurzeit das Projekt ReTra durch (Regionale Transferstelle zur Förderung und Integration ausländischer Unternehmer), welches darauf abzielt, die Lücke der spezifischen Unternehmensberatung zu schließen. Auch das Integrationskonzept des Berliner Senats hat es sich zum Ziel gesetzt, die Regelungen für Unternehmer mit Migrationshintergrund zu reduzieren und fordert, einen stärkeren Fokus auf die Unterstützung von Unternehmern zu legen, die sich vor kurzem selbständig gemacht haben.¹⁴²

6.6 Respekt für andere Religionen am Arbeitsplatz

Auf die Frage nach dem Respekt von Arbeitgebern für andere religiöse Praktiken berichteten über die Hälfte der befragten Muslime von einem Mangel an Rücksichtnahme oder sogar Diskriminierung. Ein Drittel der Befragten in der nicht-muslimischen Vergleichsgruppe teilte diese Ansicht, während hier eine große Zahl von Befragten zu diesem Thema keine Meinung hatte.

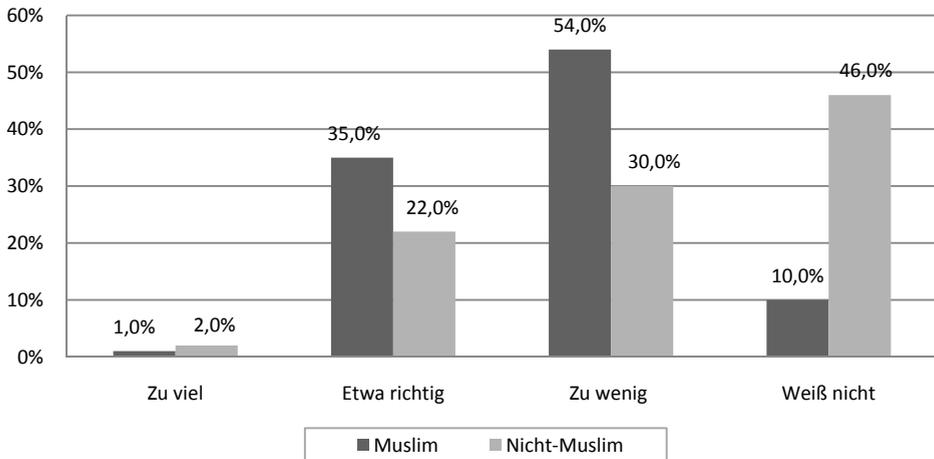
¹³⁸ Sen & Sauer, *Türkische Unternehmer in Berlin*, S. 72.

¹³⁹ Siehe Quelle unter <http://www.aub-berlin.de>.

¹⁴⁰ Nahawandi, „Mythos Kreuzberg“, S. 1.

¹⁴¹ Das Berliner Integrationskonzept, S. 17ff.

¹⁴² Das Berliner Integrationskonzept, S. 18.

Abbildung 11. Wie sehr respektieren Arbeitgeber andere religiöse Praktiken? (G6)

Quelle: Open Society Institute

Unter den muslimischen Befragten waren die Ablehnung von Frauen, die ein Kopftuch tragen (16) sowie Schwierigkeiten, die täglichen Gebete während des Arbeitstages zu verrichten (15), die Hauptgründe für eine negative Einschätzung. Einige Interviewpartner sahen einen gewissen Mangel an Wissen über andere Religionen als Grund für einen Mangel an Respekt. Ein junger männlicher Teilnehmer zwischen 20 und 29 drückte es folgendermaßen aus:

„Wenn Ramadan kommt, dann benimmt sich der muslimische Anteil der Mitarbeiter sehr komisch für die deutsche, nichtmuslimische Seite; (...) ohne dass sie wissen, dass der muslimische Mitarbeiter in diesem Monat ein ganz anderes Leben hat, einen ganz anderen Lebensrhythmus; dann wird von nichtmuslimischer Seite einfach pauschal die Religion dafür verantwortlich oder schuldig gemacht und es entsteht ein komisches Bild der Religion.“

Andere gingen von einer generellen Ablehnung religiöser, und speziell islamischer, Rituale und Praktiken unter den Arbeitgebern aus. Eine muslimische Interviewpartnerin zwischen 30 und 39 erklärte:

„Dass wir beten, wird für unnötig gehalten und es wird mit etwas Unmodernem verbunden. Es wird nicht gerne gesehen am Arbeitsplatz. Ich höre auch, dass viele Kopftuch tragende Kommilitoninnen Absagen auf ihre Bewerbungen bekommen.“

6.7 Ethnische und/oder religiöse Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt

Das Kopftuch ist bei weitem nicht das einzige Problem für junge Muslime auf dem Arbeitsmarkt, und auch unter denen, die keine religiösen Zeichen tragen oder sich mit keiner Religion stark identifizieren, herrscht ein gewisses Exklusionsgefühl. Die Benachteiligungen oder Diskriminierungen, welche auf religiösen Gründen beruhen, sind sehr oft mit anderen Markierungen von Differenz, wie ethnischem Hintergrund oder Sprache, stark vermischt. Eine Fokusgruppen-Teilnehmerin erklärte beispielsweise:

„Meine Eltern kommen aus der Türkei. Sie sind aber keine Muslime. Meine Großeltern wurden Muslime gemacht, also sage ich jetzt mal so, weil wir sind ein anderer Stamm. Aber weil wir jetzt dunkelhäutiger sind, werden wir gleich da reingeschmissen.“

In unserer Fragebogenumfrage gaben 38 der muslimischen Interviewpartner an, dass ihnen innerhalb der letzten Monate eine Arbeitsstelle verweigert worden war. Mehr als die Hälfte davon (20) gaben ethnische und/oder religiöse Diskriminierung als Grund dafür an. Etwa die Hälfte davon (9) nannte mehrfache Diskriminierung (Religion, Ethnizität, Wohnort, Hautfarbe) als Grund. Für vier war ausschließlich der ethnische Hintergrund ausschlaggebend, und sieben nannten die Religion als Grund, warum sie bei der Arbeitsstelle abgelehnt worden seien.

Einer der Befragten beschrieb seine Wahrnehmung einer Diskriminierung wie folgt:

„Ich hatte mich erst per Telefon beworben, und er hatte mir schon zugesagt und war ganz begeistert. Aber als er dann meinen Namen gehört hatte, kam eine Pause, er stockte und dann kam nichts mehr, nur Ausreden.“

Vierzehn Befragte gaben an, aus Gründen der Diskriminierung innerhalb ihrer Arbeitsstelle von einer Beförderung ausgeschlossen worden zu sein. Von ihnen sahen neun ihren ethnischen Hintergrund und/oder ihre Religion als Grund dafür an. Vier davon nannten ausschließlich die Ethnizität als Grund für die Benachteiligung, zwei ihre Religion und drei sahen eine Mehrfachdiskriminierung (Ethnizität, Hautfarbe, Religion und Geschlecht) gegeben.

Unter den älteren Fokusgruppen-Teilnehmern tauchten direkte Erfahrungen mit Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt nicht als zentrales Thema auf. Sie sorgten sich vielmehr sehr stark um die Zukunftsaussichten der jüngeren Generation. Ein Teilnehmer stellte die Erfahrungen der älteren Generation, deren religiöse Bedürfnisse während ihres 40-jährigen Arbeitslebens weitgehend gesichert worden seien, der verhältnismäßig schwächeren Position der jüngeren Generation gegenüber.

Das von den Teilnehmern beschriebene Phänomen wurde von Häußermann als Teil der Modernisierungs- und Marginalisierungsprozesse in europäischen Städten bezeichnet. Diese Entwicklungen, die mit dem Ende der Industrialisierung und dem damit einhergehenden rapide gesunkenen Bedarf an Arbeitskräften zusammenhingen,

brachten einen Mangel an sozialer Anerkennung für die Arbeiter mit sich, und ebenso eine schwindende Macht, eigene Bedürfnisse und Anliegen gegenüber dem Arbeitgeber durchzusetzen.¹⁴³

Die Sicherung von Ausbildung und bezahlter Arbeit gehörten zu den größten Sorgen der älteren Fokusgruppen-Teilnehmer. Besonders die älteren Männer fühlten sich hilflos, da es ihnen an den erforderlichen Kenntnissen und der Bildung mangle, um ihren Kindern angemessen helfen zu können. Sie fürchteten außerdem, dass der Mangel an Zukunftschancen das Risiko ansteigen lasse, dass die Jugendlichen sich zu kriminellen Handlungen hinreißen ließen. Ein Jugendarbeiter empfahl, dass mehr dafür getan werden müsse, die Motivation und den Ehrgeiz der Jugendlichen zu wecken, indem mehr – praktisches wie theoretisches – Wissen über die Bandbreite an verschiedenen Berufs- und Karrieremöglichkeiten vermittelt werde.

Sieht man sich die Ergebnisse der Antidiskriminierungsorganisation ADNB an, sind die Fälle von Diskriminierung, die ihnen in den letzten Jahren berichtet wurden, bei weitem am stärksten im Bereich Arbeit und Beschäftigung angesiedelt. Dies kann sicherlich teilweise auf die Einführung des AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) im Jahr 2006 zurückgeführt werden, welches speziell Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt fokussiert. Die häufigsten Fälle von Diskriminierung, die verzeichnet wurden, kamen aus dem Bereich der Stellenanzeigen, wie etwa in einem Zusatzvermerk ‚Deutsch als Muttersprache‘.¹⁴⁴

6.8 Erfahrungen von Frauen mit Kopftuch auf dem Arbeitsmarkt

Von den muslimischen Interviewpartnerinnen, die Kopftücher trugen, arbeitete ein Viertel in höher qualifizierten Berufen oder hatte darin gearbeitet, beispielsweise Medizinisch-Technische Assistentin oder Sozialarbeiterin. Ein weiteres Viertel arbeitete oder hatte als Reinigungskräfte gearbeitet, was eine starke Polarisierung im Hinblick auf die Teilnahme der muslimischen Interviewpartnerinnen am Arbeitsmarkt bedeutet. Weibliche Befragte, die ein Kopftuch trugen, arbeiteten mit größerer Wahrscheinlichkeit als andere Muslime für Arbeitgeber mit demselben ethnischen und/oder religiösen Hintergrund. Der Prozentsatz ist allerdings nicht so hoch, wie man hätte annehmen können, und die Mehrzahl dieser Frauen wird von Arbeitgebern mit einem anderen ethnischen oder religiösen Hintergrund als ihrem eigenen beschäftigt. Diese Ergebnisse scheinen der Tatsache zu widersprechen, dass bei den offenen Antworten innerhalb des Fragebogens sowie in den Fokusgruppen-Gesprächen das Thema Diskriminierung von Frauen mit Kopftüchern auf dem Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung war. Diese Diskrepanz ist möglicherweise dadurch zu erklären, dass die Zahlen eine größere

¹⁴³ Hartmut Häußermann & Andreas Kapphan, Berlin: Ausgrenzungsprozesse in einer europäischen Stadt, in: Hartmut Häußermann, Martin Kronauer & Walter Siebel (Hg.), *An den Rändern der Städte*, Frankfurt/Main, Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2252), 2004, S.210.

¹⁴⁴ *Antidiskriminierungsreport 2006-08*, S. 8–12.

Akzeptanz sichtbarer religiöser Vielfalt im Bezirk Kreuzberg im Vergleich zu anderen Teilen der Stadt widerspiegeln. Mit den Worten einer Interviewpartnerin, die selbst ein Kopftuch trug:

„In Kreuzberg können unsere bedeckten Mädchen Jobs finden, und das ist eine Ausnahme im Vergleich mit anderen Teilen Deutschlands.“

In den verschiedenen Fokusgruppen sprachen sowohl Männer als auch Frauen über die Schwierigkeiten, denen sich muslimische Frauen mit Kopftuch bei der Arbeitssuche gegenüber sahen. Eine Interviewpartnerin gab ihrer Frustration über die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt folgendermaßen Ausdruck:

„Deutsche Arbeitgeber haben mir nie etwas anderes als Putz-Jobs gegeben, weil ich ein Kopftuch trage. Unsere bedeckten Töchter und Schwestern sind zum größten Teil Hausfrauen oder arbeiten für türkische Arbeitgeber.“

Eine andere Muslima im Alter zwischen 50 und 59 sagte:

„In Deutschland wird die Situation für bedeckte Frauen schwieriger. Sie können nur im Dienstleistungsbereich Jobs finden (und das auch nur wenn sie Glück haben). Sie können nicht in Bereichen arbeiten, die intellektuelle Fähigkeiten erfordern. Es ist sehr schwer für sie, gute Jobs zu finden.“

Die JobCenter in Berlin haben in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um interkulturelle Vielfalt und Kompetenz in ihren Institutionen zu verbessern. Unter den entsprechenden Initiativen war unter anderem die Nominierung von speziellen Migrationsbeauftragten, die sich besonders auf die Arbeitsmarktprobleme von Menschen mit Migrationshintergrund und deren geeignete Beratung spezialisierten. Trotz dieser Maßnahme gibt es immer noch zahlreiche Berichte von Frauen mit Kopftüchern über erhebliche Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche. Suraya Jammeh, die verschiedene Jugendinitiativen für das Nachbarschaftsprojekt *Mehrgenerationenhaus* organisiert, beschrieb ihre eigenen Erfahrungen bei einem Seminar des JobCenters wie folgt: Obwohl ihre Fähigkeiten und Erfahrungen anerkannt und geschätzt wurden, riet man ihr, eine spezielle Förderung für Arbeitssuchende mit Schwierigkeiten bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu beantragen. Im entsprechenden Bericht des JobCenters wurde sie als „*behindert wegen Tragen eines Kopftuches*“ geführt mit dem zusätzlichen Vermerk, dass „*nur unvoreingenommene Arbeitgeber in Betracht*“ kämen.¹⁴⁵

Die Organisation ADNB berichtet von vielen Diskriminierungsfällen gegen muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen, auf dem Arbeitsmarkt. Sie zeigt in ihrem Bericht im Rahmen von verschiedenen Fällen zwischen 2006–2008 auf, dass diese Frauen der Mehrfachdiskriminierung aufgrund verschiedener Faktoren (u.a.

¹⁴⁵ OSI Interview mit Suraya Jammeh, April 2008.

Geschlecht und Religion) ausgesetzt seien, was sie selbst bei hoher Qualifizierung auf dem Arbeitsmarkt stark benachteilige.¹⁴⁶

6.9 Öffentliche Projekte gegen Diskriminierung

Die Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung brachte vor einiger Zeit eine Broschüre heraus, die auf das Problem der Diskriminierung muslimischer Frauen auf dem Arbeitsmarkt aufmerksam machen sollte.¹⁴⁷ Diese Broschüre klärte einerseits über die Situation auf dem privaten Arbeitsmarkt auf und forderte andererseits, mit Hinblick auf das neue Gesetz gegen Diskriminierung (AGG), eine Überprüfung des Neutralitätsgesetzes, welches den öffentlichen Sektor betrifft.

Diese Publikation wurde von einigen prominenten Akteurinnen heftig dafür kritisiert, Frauen mit Kopftuch zu unterstützen. Nach Ansicht der Kritikerinnen hätte es nicht genügend Beweise für vorhandene Diskriminierung gegeben, die eine offizielle Publikation zu diesem Thema nötig gemacht hätten.¹⁴⁸ Die Ergebnisse der OSI-Studie weisen jedoch auf eine hohe Relevanz des Themas Diskriminierung von Frauen mit Kopftuch für Berliner Muslime hin und bestätigen damit andere Studien in diesem Bereich. Diskriminierung jeder Art ist ein Hindernis für die Integration, besonders dann, wenn, wie in diesem Fall, der Rückzug der Frauen aus dem öffentlichen Bereich eine häufigere Reaktion auf die erfahrene Diskriminierung als ziviler Widerstand ist.¹⁴⁹ Die Organisation Human Rights Watch unterstützt diese Auffassung in einem kürzlich herausgegebenen Forschungsbericht zu den negativen Auswirkungen der Kopftuchverbotsgesetze, welche sie darin als menschenrechtswidrig eingestuft hat.¹⁵⁰

Die Erfahrungen, welche in den OSI-Fokusgruppen und Fragebogeninterviews wiedergegeben wurden, legen den Schluss nahe, dass die Auswirkungen des Neutralitätsgesetzes weithin als klares Symbol von Diskriminierung gegen Muslime im Allgemeinen wahrgenommen werden. Eine Reform des besagten Gesetzes wäre daher mit hoher Wahrscheinlichkeit ein wichtiges Signal dafür, dass es dem neuen Berliner

¹⁴⁶ *Antidiskriminierungsbericht 2006-08*, S. 10.

¹⁴⁷ Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung, (Hg.), *Mit Kopftuch außen vor?*, Berlin, 2008.

¹⁴⁸ Interview mit Seyran Ates in der Berliner Zeitung *Jungle World*, 20. September 2008, online verfügbar unter <http://jungle-world.com/artikel/2008/38/23464.html>; Offener Brief von *Terre des Femmes* an die Berliner Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Dr. Heidi Knake-Werner, 18. September 2008, online verfügbar unter www.frauenrechte.de.

¹⁴⁹ OSI-Interview mit Florencio Chicote, Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin, 2008.

¹⁵⁰ Haleh Chahrokh, *Diskriminierung im Namen der Neutralität*, Human Rights Watch (Hg.), 2009, online verfügbar unter http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/germany0209dewebwcover_1.pdf.

Integrationskonzept¹⁵¹ mit seinem erklärten Ziel, eine Gesellschaft zu fördern, an der jeder gleichermaßen teilhaben kann, ernst ist.¹⁵²

Was im Bereich der Antidiskriminierung noch weiterentwickelt werden sollte, sind spezifische Maßnahmen gegen Islamfeindlichkeit. Die OSI-Studie gibt zu erkennen, dass Islamfeindlichkeit für junge Menschen mit Migrationshintergrund und/oder muslimischen Glaubens ein signifikantes Problem darstellt, da diese im Fokus einer Bandbreite verschiedener Formen von Diskriminierung stehen und in den letzten Jahren vermehrt zu Opfern von antimuslimischer Diskriminierung und Rassismus wurden. Über die Hälfte der muslimischen Befragten hatten in dem Jahr vor der Studie Erfahrungen mit sowohl ethnischer als auch religiöser Diskriminierung gemacht. Auf die Frage nach spezifischen Vorfällen oder Institutionen, wo sie mit Vorurteilen aufgrund ihrer Religion konfrontiert worden waren, nannten sogar knapp drei Viertel der muslimischen Interviewten Erfahrungen mit religiöser Diskriminierung.

Die Interviews wie auch die Experten, die an dem Runden Tisch¹⁵³ zur OSI-Studie teilgenommen hatten, unterstützten die Einrichtung einer Beratungsstelle für Opfer von religiöser – und besonders antimuslimischer – Diskriminierung und Rassismus, welche ein geeigneter Partner für die *Leitstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung* des Berliner Senats sein könnte. Experten anderer Antidiskriminierungsbüros, wie des ADNB,¹⁵⁴ erwähnten ebenfalls die vorhandene Lücke und forderten die Einrichtung einer Stelle, welche besser auf die spezifischen Probleme und Bedürfnisse dieser Gruppe eingehen könnte.

¹⁵¹ Das Berliner Integrationskonzept 2007.

¹⁵² Viele derjenigen, die OSI-Fragebögen beantwortet hatten, wie auch der Teilnehmenden an den Fokusgruppen, die selbst kein Kopftuch trugen und sogar eine, die sich selbst nicht als Muslima bezeichnete, drückten eine große Solidarität mit bedeckten Frauen und ihren Problemen aus. Eine Fokusgruppen-Teilnehmerin, die zwar aus einer muslimischen Gesellschaft, aber nicht aus einer muslimischen Familie stammte, klagte über die Erfahrungen einer Kollegin im Gesundheitsbereich, „die ja für ihren Beruf wirklich gelebt (hat) und richtig schikaniert (wurde)“.

¹⁵³ OSI Runder Tisch mit Experten aus verschiedenen Bereichen, organisiert vom British Council in Berlin, 23. März 2009, hiernach: OSI Runder Tisch, 23. März Berlin 2009.

¹⁵⁴ Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes Berlin Brandenburg.

7. ALLTAGSERFAHRUNGEN VON MUSLIMEN: GESUNDHEIT UND SOZIALE SICHERHEIT

Dieses Kapitel untersucht Erfahrungen im Gesundheitswesen. Angemessener und ausreichender Zugang zu Gesundheitsversorgung spielt im Bezug auf gesellschaftliche Integration eine wichtige Rolle. Langzeitkrankheit hat einen negativen Einfluss auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen, indem Arbeitsmöglichkeiten und Einkommensniveau abnehmen und sich damit auch die Möglichkeiten für Freizeit- und gesellschaftliche Aktivitäten verringern.

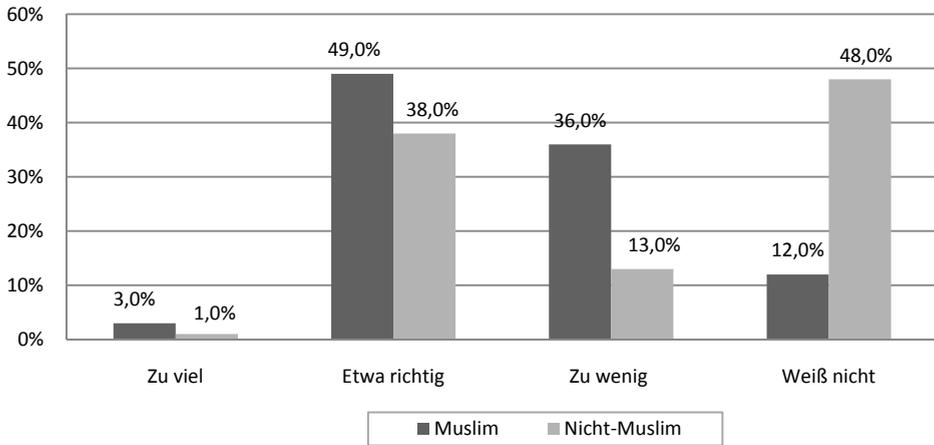
Das Kapitel skizziert zunächst einen hohen Zufriedenheitsgrad der Befragten in Bezug auf das Gesundheitswesen. Daraufhin werden Erfahrungen der Interviewten in Bezug auf das Gesundheitswesen untersucht, einschließlich Personal, Krankenhäusern und Grad des Respekts hinsichtlich kultureller und religiöser Sensibilität. Die Fokusgruppen und Fragebögen werden anschließend verwendet, um aufkommende Themen wie Betreuung und Unterbringung von älteren, alleinstehenden Menschen näher zu untersuchen. Abschließend behandelt das Kapitel das Thema der öffentlichen Räume für Jugendliche als Teil der sozialen Maßnahmen und Projekte.

7.1 Respekt für andere religiöse Praktiken

Die Gesundheitsdienste, insbesondere die Krankenhäuser, treten als ein Bereich hervor, in welchem eine große Zufriedenheit mit den genutzten Diensten ausgedrückt wird, und wo die Antworten der befragten Muslime darauf hindeuten, dass ihre Bedürfnisse – besonders die, welche sich auf religiöse Praktiken und/oder kulturelle Befindlichkeiten beziehen – im allgemeinen zufrieden stellend berücksichtigt werden.¹⁵⁵ Im Gegensatz zu den vorliegenden Forschungsergebnissen in den Bereichen Bildung und Beschäftigung, gab die Mehrheit der muslimischen, wie auch der nicht-muslimischen Befragten an, dass Krankenhäuser ihrer Ansicht nach genügend Respekt gegenüber anderen religiösen Praktiken zeigten.

¹⁵⁵ Siehe auch OSI, *Muslims in EU Cities – Germany*, (Mühe), 2007

Abbildung 12. Respektieren Krankenhäuser und Kliniken unterschiedliche religiöse Praktiken? (G8)



Quelle: Open Society Institute

Diese Erkenntnis steht im Einklang mit anderen Forschungsergebnissen zu den Erfahrungen muslimischer Patienten in deutschen Krankenhäusern.¹⁵⁶ Zwei ältere türkische Interviewpartner drückten ihre positive Meinung durch einen Vergleich ihrer Erfahrungen in Deutschland und der Türkei aus:

„Gesundheitsversorgung ist in Deutschland erstklassig. Möge Allah sie segnen. Diese Art von Gesundheitsdiensten kann man in der Türkei nicht finden. Ich bin damit sehr zufrieden.“

Und:

„Ich bin mit den Gesundheitsdiensten zufrieden. Ich vertraue dem Sozialsystem hier total. Ich habe bisher überhaupt keine Erfahrungen mit schlechter Behandlung gemacht.“

7.2 Erfahrungen in Krankenhäusern und Arztpraxen

Schlechte Erfahrungen, von denen mehrere Teilnehmer der Fokus Gruppen berichteten, bezogen sich zum großen Teil auf Vorfälle in der Unfall- und Notaufnahme des *Urban-Krankenhauses* in Kreuzberg. Die Ereignisse, an die sich Gesprächsteilnehmer erinnerten, bezogen sich auf Vorfällen, bei denen der Eindruck entstand, dass ein – tatsächlicher oder angenommener – Mangel an deutscher Sprachkompetenz

¹⁵⁶ Siehe Ina Wunn, „Muslimische Patienten. Chancen und Grenzen religionspezifischer Pflege“, Stuttgart, Kohlhammer, 2006.

eines Patienten zu Nichtachtung oder Ungeduld aufseiten des medizinischen Personals führte.

Das Krankenhaus, welches sich in einer sozial benachteiligten Gegend befindet, ist mit vielen schwierigen Fällen und besonderen Herausforderungen konfrontiert, darunter Alkohol- und Drogenprobleme. Die Spannungen, die dadurch entstehen können, sind wahrscheinlich besonders in der Unfall- und Notaufnahme des Krankenhauses zu spüren, wo das Personal unter erhöhtem Druck arbeitet.

Die Gefühle von Ohnmacht und Verletzbarkeit, mit denen Patienten im Bereich der Unfall- und Notaufnahme ausgesetzt sind, kann einerseits Diskriminierungserfahrungen erhöhen und andererseits für die Wahrnehmung von Diskriminierung besonders sensibilisieren.

Eine Teilnehmerin berichtete anhand des folgenden Beispiels von ihrer jüngsten Erfahrung mit Diskriminierung in diesem Krankenhaus:

„Meine Mutter wurde mit einem akuten Anfall eingeliefert und dann erst mal ausgelacht und musste 7 Stunden warten (...) Ein älterer (arabischer) Herr hatte was mit dem Herzen und sie haben ihn 12 Stunden warten lassen.“

Eine andere Interviewpartnerin beschrieb eine Erfahrung, die sie als diskriminierend wahrnahm, als sie mehrere Stunden warten musste mit der Begründung, dass es dringendere Fälle gebe, um die man sich kümmern müsse, während sie selbst ihren Fall ebenfalls als dringend wahrnahm. Die Situation weckte in ihr das Gefühl, dass *„Deutsche immer vor meinen Augen rein und wieder raus gingen.“* Der Vorfall macht deutlich, wie Situationen, in denen sich eine Person ohnmächtig fühlt, schnell zu Wahrnehmungen von Diskriminierung führen können, welche wiederum auf andere, allgemeinere Erfahrungen mit Rassismus und Diskriminierung aufbauen.¹⁵⁷

Eine andere Teilnehmerin, die in einer Arztpraxis arbeitet, bezog sich ebenfalls auf die Verletzbarkeit, denen Patienten in Krankenhäusern und Arztpraxen ausgesetzt seien. Sie erzählte von einem Vorfall, als ein älterer arabischer Patient, der nicht ausreichend deutsch sprach, eine ihrer Kolleginnen dazu veranlasste, sich auf abwertende und nahezu rassistische Art und Weise zu beschweren:

„Warum kann er nicht deutsch? Er ist schon seit 30 Jahren hier. Er kann zehn Kinder machen, aber nicht die deutsche Sprache lernen, die eine grundlegende Voraussetzung ist.“

¹⁵⁷ Eine Expertin aus dem Bereich der Antidiskriminierung berichtete während des Runden Tisches des OSI am 23. März 2009 in Berlin, dass die Beschwerden über Diskriminierungsfälle, die ihre Organisation an Krankenhäuser schickte, kaum beantwortet würden. Die Tatsache, dass weder die Organisation noch die Patienten jemals Reaktionen auf die geäußerten Beschwerden erhalten haben, lässt sie glauben, dass diese nicht einmal gelesen wurden.

Während die Diskussionsteilnehmerin, die von diesem Erlebnis berichtete, bestätigte, dass es wichtig sei, dass die Menschen deutsch sprächen, war sie gleichzeitig der Ansicht, dass dies im Gesundheitsbereich keine Rolle spielen dürfe.

„Man muss die Leute da abholen, wo sie stehen und ihnen helfen, egal ob sie die Sprache sprechen oder nicht.“

Diese Beispiele legen den Schluss nahe, dass die Verletzbarkeit, welche aus der Krankheit entsteht, trotz der verhältnismäßig wenigen Berichte von Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitsbereich, die Betroffenen gegenüber möglicher Diskriminierung besonders sensibel macht.

Es sollte jedoch ebenfalls erwähnt werden, dass viele Forschungsteilnehmer die positiven Schritte des *Urban-Krankenhauses* würdigten, welche unternommen wurden, um den verschiedenen kulturellen und religiösen Bedürfnissen der Patienten zu entsprechen. Eine ältere türkische Interviewte erklärte:

„Es gab früher nur deutsche Schwestern im Urban-Krankenhaus. Aber jetzt gibt es auch einige Ausländer, die dort arbeiten. Ich hatte dort zwei Operationen, und sowohl die deutschen als auch die nicht-deutschen Schwestern behandelten mich nett und kümmerten sich gut um mich.“

Eine andere Fokus Gruppen Teilnehmerin erinnerte sich an die Erfahrung einer ihrer Verwandten, die Patientin in dem Krankenhaus gewesen war:

„Sie war im vierten oder fünften Stock. Die Ärzte und Schwestern dort waren sehr nett und sagten, dass wir sie immer besuchen könnten, sogar um Mitternacht. Und wenn wir beten mussten, haben sie uns sogar einen Raum frei gemacht.“

Das Informationsheft des Roten Kreuzes zu Themen wie Tod und Trauer bei muslimischen Patienten, welches 1998 veröffentlicht wurde, mag seinen Beitrag zu dieser erhöhten Sensibilität geleistet haben, welche offenbar beim Umgang mit muslimischen Patienten besteht.¹⁵⁸ Die Broschüre behandelt Themen wie geschlechtsspezifische Hygienemaßnahmen, das Verhalten von Patienten und auch Besuchern (Schmerzwahrnehmung, Anzahl der Besucher und Häufigkeit der Besuche) sowie Nahrungsmittelbesonderheiten.

Auch von den Bemühungen eines christlichen Krankenhauses in Kreuzberg, auf die Bedürfnisse der muslimischen Patienten zu achten, wurde positiv berichtet. Das medizinische Personal hatte eine Familie gefragt, ob es ihre Religion erlaube, dass Patienten künstlich beatmet würden, und nachdem ein junges Mädchen gestorben war, wurde die Familie gefragt, ob sie einen Imam bräuchten.

¹⁵⁸ Deutsches Rotes Kreuz, „Du, oh beruhigte Seele...“. Zum Umgang mit Tod und Trauer bei Muslimen in Krankenhäusern“, Berlin, Deutsches Rotes Kreuz, 1998.

Viele Krankenhäuser und Gesundheitszentren in Kreuzberg haben Maßnahmen ergriffen, um die Kommunikation mit den Patienten zu verbessern, welche nicht ausreichend deutsch sprechen. Teilweise mag dies darauf abzielen, im Rahmen eines gesteigerten Wettbewerbs weiterhin attraktiv zu bleiben. So wurde beispielsweise von einer Gynäkologin berichtet, die arabisch- und türkischsprachige medizinische Assistentinnen anstellte und damit sehr viele Menschen aus der Umgebung in ihre Praxis zog. Andererseits scheint es immer noch weiteren Bedarf an zweisprachigem Personal in Krankenhäusern und Arztpraxen zu geben sowie generell an Personal, welches die Vielfalt der lokalen Bevölkerung widerspiegelt. Auch die Kenntnisse und Berücksichtigung von Nahrungsmittelbesonderheiten für Muslime müssen – zusätzlich zu dem bereits vorhandenen Wissen über das Schweinefleischverbot – im Bezug auf die Versorgung mit Halal-Mahlzeiten verbessert werden. Außerdem sollte das Bedürfnis weiblicher Patientinnen nach Privatsphäre während körperlicher Untersuchungen wohl stärker berücksichtigt werden.

Darüber hinaus könnte auch über die Regelungen rund um Beerdigungen unter der Berücksichtigung der Anliegen von Muslimen neu nachgedacht werden. Die Sozialversicherungsträger erstatten die Kosten, die durch die rituelle Waschung der Verstorbenen sowie die Beerdigung selbst entstehen. Die Anforderungen der Sargpflicht sowie der einzuhaltenden Wartezeit von 48 Stunden vor der Bestattung stehen jedoch mit den religiösen Praktiken der Muslime in Widerspruch, den Verstorbenen lediglich in Leinentücher zu hüllen und den Leichnam innerhalb von 24 Stunden nach dem Tod zu bestatten. Doris Nahawandi, die frühere Integrationsbeauftragte von Friedrichshain-Kreuzberg, schlägt vor, dass die Berliner Behörden eine Überprüfung der derzeitigen Regelungen in Erwägung ziehen und die flexibleren Regelungen, die in Brandenburg oder auch in Hamburg Anwendung finden, in Betracht ziehen sollten, welche offenbar eine Einhaltung der islamischen Praktiken leichter ermöglichen.¹⁵⁹

7.3 Ältere Muslime

Die Fokus Gruppen Teilnehmer kamen zudem auf das Thema des isolierten Lebens einiger älterer Einwanderer zu sprechen. Auch wenn viele der ehemaligen Arbeitsmigranten der ersten Generation die Möglichkeit bekommen haben, ihre Familien nach Deutschland zu holen, war das nicht in allen Fällen möglich gewesen, und einige Familien kehrten auch später wieder in ihre Heimat zurück, während die Männer blieben, um zu arbeiten.

Ein Fokus Gruppen Teilnehmer erklärte:

„... es gibt einige Arbeiter der ersten Generation, die niemals ihre Familien hergebracht haben. Sie sterben einsam und allein in der Ecke eines Arbeiterwohnheims. Es gibt tatsächlich so viele einsame und verlassene türkische

¹⁵⁹ OSI Interview mit Doris Nahawandi, Mai 2008.

Menschen hier, dass wir uns dessen gar nicht bewusst sind. Sie können nicht mal ihr Geld ausgeben (...). Es gibt einen Mann, der gar keine Familie oder Verwandte hier hat. Er kann noch nicht einmal Gebrauch von seinem Geld machen (...). Offensichtlich hat er sein Gedächtnis verloren. Er hat Geld, aber er weiß nicht, wie er es verwenden kann. Obwohl seine Familie in der Türkei Geld braucht, weiß er nicht, wie er es ihnen schicken kann. Ich meine, es gibt Leute, die ganz schlimm gefallen sind. Viele Familien sind so zerbrochen.”

Mit der wachsenden Zahl der ehemaligen Arbeitsmigranten der ersten Generation, die in ein höheres Alter kommen, wächst auch der Bedarf an Heimplätzen für diese alten Menschen. In Kreuzberg wurde daher das erste deutsche Wohnheim für ältere Menschen eröffnet, welches sich auf die Bedürfnisse von türkischen und/oder muslimischen alten Menschen spezialisiert hat. Das Heim verfügt über eine entsprechende Ausstattung zur Ausübung religiöser Praktiken, wie Gebetsräume, ebenso wie über zweisprachiges Personal und eine Teeküche, wo kleinere Familienfeiern abgehalten werden können. Mit Rücksicht auf die schlechtere ökonomische Situation der älteren Türken in Deutschland sind die Kosten der Einrichtung um 15 bis 20 Prozent niedriger als in anderen Einrichtungen.¹⁶⁰

Als ehemalige Gastarbeiter sind ältere Muslime zudem einem vergleichsweise höheren Armutsrisiko ausgesetzt als der Rest der Bevölkerung. Ein Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW aus dem Jahr 2006 erklärt, dass das Armutsrisiko in Migrantenhaushalten, in denen eine oder mehrere Personen älter als 50 Jahre waren (36 Prozent), drei mal höher war als das, welchem vergleichbare deutsche Haushalte ausgesetzt waren (11 Prozent). Das höhere Risiko zu verarmen, lag teilweise in dem höheren Alter begründet, in welchem sie in das Arbeitsleben eintraten und in den niedrigeren Löhnen, die ihnen gezahlt wurden.¹⁶¹

Auch höhere Arbeitslosenzahlen und lange Arbeitslosenzeiten tragen zum Armutsrisiko der Pensionäre bei, da sie ebenfalls die Rentenversicherungsbeiträge verringern, welche die Einzelnen leisten können. Zudem führt die niedrige Zahl der weiblichen Beschäftigten dazu, dass die Männer ihre Rentenzahlungen dazu verwenden, auch den Lebensunterhalt ihrer Partnerinnen zu finanzieren und oft noch – angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen – weitere, auch junge erwachsene, Familienmitglieder versorgen.

Diese Sorge um die Armut im Alter spiegelte sich auch unter den Befragten der OSI Studie wider:

“Sie sollten unsere Renten anheben. Wir können nicht mit 500 Euro überleben. Die Lebenshaltungskosten sind furchtbar stark gestiegen. Die Preise sind überall angestiegen, sowohl in den türkischen als auch in den deutschen Geschäften.“

¹⁶⁰ Thomas Loy, „Erstes Pflegeheim für türkische Senioren“, *Der Tagesspiegel*, 14. Januar 2006, verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/art270,2056808> (aufgerufen April 2010).

¹⁶¹ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, November 2006, verfügbar unter <http://idw-online.de/pages/de/news183128>.

Der wirtschaftliche Wandel in Berlin weg vom industriellen Sektor, zusammen mit der neuen Arbeitsmigration aus West- und Ost-Europa haben zu wachsenden Problemen und Spannungen auf dem Arbeitsmarkt geführt. Die Deindustrialisierung hatte vergleichsweise starke Auswirkungen auf diejenigen Bevölkerungsteile, die als Arbeitsmigranten gekommen waren. Für die Immigranten, die nach Deutschland gerade als ungelernte Arbeiter angeworben worden waren, war es besonders schwierig, sich neue Fertigkeiten und Wissen anzueignen, um eine weitere Beschäftigung in neuen Wirtschaftsbereichen zu sichern.

In Neukölln, Kreuzberg und Mitte sind die Anteile der Empfänger sozialer Hilfen mit über 11 Prozent der Gesamtbevölkerung generell die höchsten in Berlin – Neukölln 14,3 Prozent, Mitte 13,2 Prozent, Friedrichshain-Kreuzberg 13,0 Prozent –, während der Gesamtdurchschnitt bei 8,1% liegt und auf bestimmte Bezirke, wie Steglitz-Zehlendorf, lediglich 4,0% entfallen.¹⁶²

Der Gesamtanteil der ausländischen Empfänger sozialer Hilfen in Berlin lag Ende 2004 bei 27,0 Prozent. Der Anteil der Empfänger von Wohngeld betrug für alle Berliner Haushalte 14,6 Prozent, wobei die Anteile in Neukölln (22,6 Prozent) und Kreuzberg (18,9 Prozent) um einiges über diesem Durchschnitt lagen.

Die Zahl der Asylsuchenden, die staatliche Hilfen erhalten, liegt für Friedrichshain-Kreuzberg¹⁶³ bei 1 268 (im Vergleich zur Gesamtzahl von 33 726¹⁶⁴ Empfängern staatlicher Hilfen), und 12 707 für ganz Berlin.

Ein weiteres Resultat der schlechten sozialen Situation vieler Menschen mit – speziell türkischem – Migrationshintergrund ist ein hoher Anteil von Kindern mit Fettleibigkeit,¹⁶⁵ welcher im Rahmen einer Studie unter Kindern eines Berliner Innenstadtbereichs festgestellt wurde. Weitere Krankheiten, von denen gezeigt wurde, dass sie bei Menschen mit türkischem Hintergrund häufiger auftreten, sind chronische, nicht-übertragbare Krankheiten, wie koronare Herzerkrankungen, Diabetes, Fettstoffwechselstörungen, Infektionskrankheiten wie Hepatitis und ebenfalls psychosomatische Erkrankungen.¹⁶⁶ Eine kürzlich durchgeführte Studie des Robert-Koch-Instituts stellte ebenfalls fest, dass bestimmte Gruppen, darunter Kinder aus armen Familien oder mit

¹⁶² Quelle: 4. Berliner Wohnungsmarktbericht der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, 2005.

¹⁶³ Quelle verfügbar unter <http://www.statistik-berlin.de/statistiken/sozialeleistungen/i-asyl-1.htm>.

¹⁶⁴ Quelle verfügbar unter <http://www.statistik-berlin.de/statistiken/sozialeleistungen/i-sozh-1.htm>.

¹⁶⁵ 23 Prozent der Kinder mit türkischem Hintergrund verglichen mit 14 Prozent der anderen Kinder. Siehe Jeffrey Butler, "Gesundheitliche und soziale Lage von Kindern nichtdeutscher Herkunft in einem Berliner Innenstadtbereich" in Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.) *Gesunde Integration, Dokumentation der Fachtagung am 20. und 21. Februar 2003 in Berlin*, Berlin, Bonner Universitäts-Buchdruckerei, verfügbar unter http://www.kiggs.de/experten/downloads/dokumente/Gesunde_Integration_indd1.pdf.

¹⁶⁶ Yasar Bilgin, Medizinische Rehabilitation und Migration am Beispiel der Türken in Deutschland, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Berufsbildungsbericht, Bonn, April 2001, S. 73–77.

Migrationshintergrund, einem höheren Risiko von Erkrankungen wie Adipositas und anderen ausgesetzt sind.¹⁶⁷

7.4 Jugendeinrichtungen

Die schlechte Qualität oder der Mangel an Jugendeinrichtungen war ein Bereich, um den sich viele muslimische Befragte Sorgen machten. Über die Hälfte (55 Prozent) der muslimischen Interviewpartner war mit den bestehenden Jugendeinrichtungen sehr oder relativ unzufrieden, verglichen mit einem Drittel der Nicht-Muslime. Die nicht-muslimischen Befragten hatten eher keine dezidierte als eine negative Meinung über Jugendeinrichtungen. Dies mag teilweise durch die unterschiedlichen demographischen Gegebenheiten der beiden Gruppen zu erklären sein. Die Sorgen im Bezug auf die schlechte Qualität der Jugendeinrichtungen drehten sich hauptsächlich um die Wahrnehmung, dass diese nur begrenzt Führung oder Anleitung bereitstellten und das Gefühl, dass die Jugendlichen in den meisten Einrichtungen einfach nur sich selbst überlassen Tischtennis oder Billard spielten. Interviewte hatten den Eindruck, dass die Jugendeinrichtungen nur einen sehr begrenzten Einfluss auf das unsoziale Verhalten hätten, welches sie in ihrem Bezirk beobachteten. Es scheint unter den Muslimen, auch unter den Jugendlichen, eine spezifische Erwartung bezüglich strukturierter und angeleiteter Aktivitäten zu geben, da über die Hälfte der jungen Muslime unter 20 mehr Jugendzentren und mehr Anleitung wünschten. Einer drückte es folgendermaßen aus:

„Es müsste mehr auf die Jugendlichen eingegangen werden, damit sich die Gewalt auf den Straßen verringert. Dies kann z.B. durch Jugendclubs, in denen die Jugendlichen betreut werden, geschehen.“

Einer der Fokus Gruppen Teilnehmer, der als Jugendarbeiter tätig gewesen war, war der Ansicht, dass ein Mangel an Ressourcen und die Privatisierung vieler Jugendeinrichtungen zu einer Konzentration auf wirtschaftliche Effizienz führte, welche zu Lasten der Qualität der Einrichtungen ging.

Der Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg bestätigte, dass die wachsende Zahl der Jugendclubs immer noch nicht mit der steigenden Nachfrage mithalten könne. Er war der Ansicht, dass dieser so stark gestiegene Bedarf teilweise daher rühre, dass die vormals homogeneren Jugendgruppen sich immer stärker entlang der verschiedenen nationalen Hintergründe, Alters- oder Geschlechtergruppen in immer mehr kleinere Gruppen aufteilten.

Er räumte auch ein, dass bestimmte Einrichtungen, die in der Hand von Freien Trägern liegen, anders als diejenigen, die von der Bezirksverwaltung unterhalten werden, durch knappe Finanzierung einem ständigen Druck ausgesetzt seien. Dies

¹⁶⁷ Robert-Koch-Institut, KiGGS – Der Kinder- und Jugendgesundheitsurvey, 2008, verfügbar unter http://www.kiggs.de/experten/erste_ergebnisse/Berichte/index.4ml (aufgerufen April 2010).

führe dazu, dass sie oft versuchten, auf die verfügbaren Empfänger sozialer Gelder, die sogenannten 1 € Jobber, zurückzugreifen, welche zwar finanziell von den Agenturen gefördert würden, aber nicht notwendigerweise die geeignete Qualifikation für diese Arbeit hätten.¹⁶⁸

Während der Fertigstellung des OSI Berichts meldete die Berliner Tageszeitung *Berliner Morgenpost*, dass der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg alle seine verbleibenden Jugendeinrichtungen an Freie Träger abgeben wolle, um die Personalkosten für 55 Angestellte einzusparen.¹⁶⁹

¹⁶⁸ OSI interview mit Dr. Franz Schulz, Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, 2008.

¹⁶⁹ Sabine Flatau & Dominik Ehrentraut, „Sparzwang: Bezirke geben Jugendtreffs ab“, *Berliner Morgenpost*, 17. Juli 2009, verfügbar unter http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article1133264/Sparzwang_Bezirke_geben_Jugendtreffs_ab.html (aufgerufen April 2010).

8. ALLTAGSERFAHRUNGEN VON MUSLIMEN: WOHNUNGSWESEN

Der Schwerpunkt dieses Kapitels liegt auf der Untersuchung der Wahrnehmung und Erfahrungen der Befragten zum Thema Wohnverhältnisse sowie deren Identifizierung mit ihren Stadtvierteln und Bezirken. Es beleuchtet Hindernisse in Bezug auf Zugang zu Wohnungen, einschließlich Diskriminierung, und Bestrebungen Segregation zu begegnen. Es betrachtet zudem einige Initiativen von Bewohnern, anti-soziale und sicherheitsrelevante Probleme zu bekämpfen sowie Anstrengungen der Zivilgesellschaft, die Qualität der Viertel zu verbessern.

Obdachlosigkeit, das heißt einerseits das Leben auf der Straße, aber auch das Wohnen in temporären Unterkünften, verhindert eine soziale Integration. Darüber hinaus kann auch das Leben in schlechten Wohnverhältnissen andere Faktoren, welche die soziale Integration untergraben, weiter verschärfen. Insbesondere können unpassende Wohnbedingungen die Gesundheitssituation verschlechtern und überfüllte Wohnungen zur Benachteiligung auf anderen Gebieten beitragen. In überfüllten und beengten Wohnverhältnissen haben Kinder nicht genug Platz um zu lernen, Hausaufgaben zu machen oder für Prüfungen zu lernen, was ihre Bildungserfolge und in der Folge auch ihr Beschäftigungschancen minimiert. Teenager sind außerdem mit größerer Wahrscheinlichkeit draußen auf der Straße und damit einem größeren Risiko ausgesetzt, mit Drogen und Gangs in Berührung zu kommen. Schließlich kann der Mangel an Privatsphäre und eigenem Raum in überfüllten Wohnungen Stress verursachen und die psychische Gesundheit ebenso wie die familiären Beziehungen gefährden.

Die Wohnsituation von Muslimen in den städtischen Ballungsräumen Deutschlands ist vorwiegend durch die innerstädtischen Lage ihrer Wohngebiete geprägt. Deutsche Städte haben keine Gürtel-Strukturen wie man das in Frankreich beobachtet und auch keine innerstädtischen Problembezirke wie in Großbritannien. Vielmehr zeigt sich eine Konzentration von Migranten in zentral gelegenen ethnischen Distrikten.¹⁷⁰ Zudem gibt es wenig Wegzugsbewegungen von Migranten aus diesen Bezirken, wenn sich ihre sozio-ökonomische Situation verbessert und sie sich auch Wohnraum in wohlhabenderen Bezirken leisten könnten. Stattdessen zeigen Migrantengemeinschaften eine starke Tendenz, im Bezirk zu bleiben und darin zu investieren, um die Lebenssituation in der Nachbarschaft zu verbessern. Auf viele Arten entspricht dieses Muster einem generellen Mangel an Mobilität und einer starken Identifikation mit den Bezirken vor Ort, der Kiezkultur, was hauptsächlich in norddeutschen Städten, aber insbesondere in Berlin zu erkennen ist. Die OSI-Studie legt allerdings den Schluss nahe, dass diese im Fall der Migrantengruppen durch Gefühle des Ausgeschlossenseins von der Mehrheitsgesellschaft verstärkt wird sowie von Diskriminierungserfahrungen bei dem Versuch, in wohlhabenderen Bezirken Wohnraum zu mieten.

¹⁷⁰ Werner Schiffauer, „Vom Exil- zum Diaspora-Islam. Muslimische Identitäten in Europa“ in *Soziale Welt – Zeitschrift für Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis*, Jg. 55, 2004, H. 4

Tabelle 10. Wohnverhältnisse (C1)

	Religion		Gesamt
	Muslime	Nicht-Muslime	
Eigenbesitz	1.0%	3.0%	2.0%
Eigenbesitz – mit Darlehen/Kredit	1.0%	4.0%	2.5%
Miete öffentlich/Sozialwohnung	39.0%	10.0%	24.5%
Miete privater Vermieter	43.0%	65.0%	54.0%
Bei Eltern/ Geschwistern lebend	15.0%	8.0%	11.5%
Sonstige	1.0%	10.0%	5.5%
Gesamt	%	100.0%	100.0%
	Anzahl	100	100
		200	

Quelle: Open Society Institute

Von den Befragten der OSI-Studie war nur eine kleine Anzahl an Muslimen (2) und Nicht-Muslimen (7) Eigenheimbesitzer. Ein signifikant höherer Anteil der muslimischen Gruppe (39) als Nichtmuslime (10) bewohnte jedoch Sozialwohnungen. Muslime wohnten zudem eher bei ihrer Familie als Nicht-Muslime. Dies kann durch die stärkeren Familienbande begründet werden sowie durch größere Schwierigkeiten beim Finden von Mietunterkünften.

8.1 Diskriminierung im Wohnungswesen

Es zeigte sich im Verlauf der Studie, dass Diskriminierungserfahrungen auf dem Wohnungsmarkt ein wichtiges Thema sind. Der in Berlin geborene stellvertretende Vorsitzende der Islamischen Föderation Berlins,¹⁷¹ Burhan Kesici, berichtete von seinen eigenen Erfahrungen mit Diskriminierung am Beispiel eines Experiments, in welchem er zweimal dieselbe Hausverwaltung anrief und jeweils unterschiedliche Namen angab.¹⁷² Als er seinen echten Namen nannte, wurde Kesici mitgeteilt, dass die

¹⁷¹ Die Islamische Föderation organisiert u.a. islamischen Religionsunterricht an Berlins öffentlichen Schulen.

¹⁷² OSI-Interview mit Burhan Kesici, März 2008.

Wohnung für ihn und seine Familie nicht geeignet sei. Als er sich an dieselbe Organisation mit dem Namen Schneider wandte, bekam er die Wohnung angeboten.¹⁷³ Solche Erfahrungen von Diskriminierung werden durch Studien belegt, die zeigen, dass Diskriminierung Immigranten und deren Familien dazu bringt, in Wohnungen zu leben, die sich in einem schlechten Zustand befinden und zugleich teurer sind als die den ethnisch Deutschen zur Verfügung stehenden Wohnungen. Der Bericht des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* aus dem Jahre 2001 stellt fest, dass Migranten eher in überbelegten Unterkünften wohnen.¹⁷⁴

Sechs muslimische Befragte der OSI-Studie berichteten von Diskriminierung seitens Vermieter oder Vermittlungsbüros. Das ist weniger als die Zahlen der Studie des Zentrums für Türkeistudien, in der 15 Prozent der Türken angaben, Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe erfahren zu haben.¹⁷⁵ Die Ergebnisse des OSI zeigen, dass Diskriminierungsfälle in verschiedener Form auftreten, von direkten verbalen Kommentaren über eine Weigerung, die Ablehnung eines Mietgesuchs näher zu erklären bis hin zu einer intensiveren Prüfung der Kreditwürdigkeit und des sozialen Status einer Person. Ein Interviewpartner erwähnte, wie er bei der Wohnungssuche nach seiner Religion gefragt wurde. Andere schilderten:

„Der Vermieter sah mich und machte Bemerkungen über Terrorismus und Gewalt.“, „Mir wurde (wahrscheinlich) eine Wohnung wegen des Kopftuchs meiner Frau verweigert“ oder „Mir wurden Wohnungen mit fadenscheinigen Entschuldigungen nicht gegeben.“

Einige Teilnehmer der Fokus Gruppen Gespräche berichteten von der Wahrnehmung, dass die Zuteilung von Sozialwohnungen von der Politik dazu verwendet würde, Muslime auf bestimmte Bezirke und Nachbarschaften einzugrenzen. Teilweise liegt dieser Eindruck in früheren Erfahrungen der offiziellen Wohnungspolitik während der anfänglichen Migrationsperiode begründet, als Immigranten auf bestimmte

¹⁷³ Das ADNB (Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes (TBB) in Berlin-Brandenburg) arbeitet derzeit gemeinsam mit einem Netzwerk weiterer Organisationen an der allgemeinen Akzeptanz dieser Formen im Rahmen von „Testings“ (Verfahren zur Erkennung von Diskriminierung) auf rechtlicher Ebene, um Beweise für Fälle von Diskriminierung zu liefern (OSI-Interview mit Florencio Chicote, ADNB des TBB, März 2008).

¹⁷⁴ Siehe auch Hartmut Häußermann & Walter Siebel, *Soziologie des Wohnens, Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens*, Weinheim, Juventa-Verl. (Grundlagentexte Soziologie), 1996 ; Martin Zwick, „Von der Baracke zum Eigenheim. Zur Veränderung der Wohnsituation von Ausländern in Deutschland“. *Ausländer in Deutschland*, Jg. 19, H. 2, 2003, S. 3–4.

¹⁷⁵ Andreas Goldberg & Martin Sauer, „Konstanz und Wandel der Lebenssituation türkischstämmiger Migranten. Ergebnisse der fünften Mehrthemenbefragung 2003.“, im Auftrag de Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), *Eine Studie des Zentrums für Türkeistudien im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen*, Essen, 2003, S. 111.

Stadtgebiete beschränkt wurden.¹⁷⁶ Demzufolge erinnerte sich eine Frau, die aus der Türkei emigriert war, daran, wie ihnen untersagt wurde, in einen anderen Teil der Stadt umzuziehen, nachdem ihnen eine Unterkunft in einem Bezirk (wie Kreuzberg oder Schöneberg) zugewiesen worden war. Diese Frau behielt den Eindruck, dass Wohnungsagenturen immer noch die Bewegung von Immigranten auf diese Art und Weise beschränkten, auch wenn sich die offizielle Politik geändert hatte. Solche politischen Maßnahmen mögen wohl bei der Konzentration von Migrantengemeinschaften in bestimmten Bezirken der Städte eine größere Rolle gespielt haben als beispielsweise der Wunsch der Muslime, in segregierten Gesellschaften zu leben. Eicheners Forschung aus den 1970er Jahren legt hingegen nahe, dass die Mehrheit der Immigranten es vorzog in ethnisch gemischten Gebieten zu leben,¹⁷⁷ was auch durch die Erkenntnisse des OSI unterstützt wird, da ein Großteil der muslimischen Befragten die ethnische und gesellschaftliche Vielfalt ihres Wohnbezirkes schätzt; viele wünschen sich, dass ethnisch Deutsche in Kreuzberg wohnen bleiben und bedauern, wenn sie den Bezirk verlassen.

Die Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) 2005 war ein starkes Signal bezüglich der Unzumutbarkeit von Diskriminierung aus verschiedenen Gründen, darunter auch Religion und Ethnizität. Dem ADNB des TBB in Berlin und anderen Antidiskriminierungsorganisationen zu Folge weist das Gesetz aber immer noch eine Lücke im Bezug auf den Wohnungssektor auf, und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz – AGG deckt sich nicht mit den Anforderungen des Europäischen Rechts.¹⁷⁸

Dass AGG bezieht sich nicht auf das Vermieten von Wohnraum. Hausverwaltungen und andere Vermieter können zudem Mietgesuche von Personen aufgrund von Religion, Weltanschauung, körperlicher Behinderung, Alter, sexueller Identität oder Geschlecht ablehnen, wenn sie diese Diskriminierung für nötig halten, um eine ausgeglichene sozio-kulturelle Mischung sicherzustellen. Sie dürfen jedoch nicht aufgrund von ethnischer Herkunft diskriminieren. Mitglieder des Runden Tisches in Berlin wiesen darauf hin, dass diese Situation der Ungleichbehandlung transparenter gemacht werden müsse. Es wurde erwähnt, dass bestimmte Wohngesellschaften Quoten verwendeten, um ein ausgeglichenes Wohnviertel zu schaffen. Während es unter Fachleuten im Bereich Wohnungswesen bekannt war, dass diese Quoten bestehen, wäre es wichtig, sie offenzulegen und allen Beteiligten bekannt zu machen. Selbst wenn diese Ungleichbehandlung legal ist, sollte sie bei vollständiger Transparenz erfolgen.¹⁷⁹

¹⁷⁶ Weiteres zur Wohnungspolitik während der frühen Arbeitskräftewanderung im Interview mit dem Politikwissenschaftler Volker Eichener, *Islamische Zeitung*, Oktober 2003, S. 2.

¹⁷⁷ Volker Eichener, *Islamische Zeitung*, Oktober 2003.

¹⁷⁸ Siehe auch OSI, *Muslims in Städten der EU*, (Mühe), 2007

¹⁷⁹ OSI Runder Tisch, 23. März, Berlin, 2009.

8.2 Gentrifizierung und Segregation

Die politische Antwort auf Themen der Segregation sollte sich vermutlich auf die Gründe der „white flight“ konzentrieren (den Wegzug ethnisch deutscher Bewohner der Mittelschicht bzw. weißer Bewohner aus den Vierteln und die Zurückhaltung anderer, in diesen Bezirk zu ziehen).

Um diesen Trend umzukehren, sollten der Bezirk und insbesondere die Bezirksinfrastruktur in manchen Teilen grundlegend verbessert werden. Deutsche der Mittelschicht monierten die mangelnde Sauberkeit auf den Straßen, zu viel Verkehr und entsprechenden Lärm sowie eine gewisse gewaltgeladene Atmosphäre auf den Straßen. Empfehlungen der nichtmuslimischen Gruppe zur Verbesserung des Bezirks konzentrierten sich auf Straßenreinigung, bessere Investition in Jugendclubs und andere Orte für Jugendliche, bessere Pflege der Grünflächen und Parks sowie mehr Fahrradwege.

Wie im vorigen Abschnitt erwähnt, ist der Bedarf an guten Schulen eine Schlüssel-forderung gleichermaßen von Muslimen und Nicht-Muslimen in Kreuzberg. Dies wird von anderen Studien bekräftigt, die zeigen, dass die Qualität der Schulen eine entscheidende Rolle innerhalb des Prozesses der Segregation zwischen den ursprünglichen deutschen Einwohnern und türkischstämmigen Menschen in Bezirken wie Kreuzberg spielt.¹⁸⁰

Auch der Zustand der Sozialwohnungen stellt einen Problembereich für die Befragten dar. Ein erheblicher Prozentsatz von muslimischen und nicht-muslimischen Interviewpartnern (zwischen 20 und 30 Prozent) drückte Unzufriedenheit mit dem sozialen Wohnungsbau aus, was sich in der Regel auf den Zustand der Wohnungen bezog. Es gab unter den Befragten auch das Gefühl, dass das Gebiet nicht die nötige Aufmerksamkeit von den städtischen Behörden bekäme, weil die Bewohner zum großen Teil Immigranten seien. Einige hatten auch den Eindruck, dass die Bewohner selbst nicht die nötige Verantwortung für ihre Wohnverhältnisse übernahmen. Besonders der Abfall und die Sauberkeit der Straßen wurden als Problemfelder genannt; ein Drittel der Befragten war mit der Qualität und der Häufigkeit der Straßenreinigung sehr oder relativ unzufrieden, sowie mit überfüllten Mülleimern. Das Gebiet um das Kottbusser Tor wurde besonders erwähnt, da dort besonders von den Drogenabhängigen, die sich dort versammelten, viel Schmutz hinterlassen würde. Unter den Verbesserungsvorschlägen für das Gebiet wurde außerdem die Umwandlung der Straßen um das Kottbusser Tor zu einer Fußgängerzone genannt.

Es gab auch Bedenken, dass die hohen und ständig steigenden Mieten zu einer Gentrifizierung und einer Verdrängung der Mieter von Sozialwohnungen führen könnten. Einer der Befragten betonte die Wichtigkeit dieses Themas:

¹⁸⁰ Werner Schiffauer, „Türken in Deutschland“, Ember, Melvin (Hg.) *Communities*. New York NY, Springer (Encyclopedia of diasporas, Vol. 2), Bd. 2, 2005, S. 1134.

„Dadurch, dass in diesem Bezirk viele Menschen unter prekären Verhältnissen leben, ist es wichtig, dass die staatliche Förderung durch sozialen Wohnungsbau nicht gedrosselt sondern weiter ausgebaut wird und damit schleichender Gentrifizierung (soziale Marginalisierung/ Segregation/Abdrängung) entgegen gewirkt wird.“

Einige wünschen darüber hinaus eine bessere Überwachung des sozialen Wohnungswesens. Dies entsteht aus der Sorge heraus, dass öffentliche Subventionen nicht immer zu Gunsten der Bewohner genutzt würden, und auch aus der Notwendigkeit heraus, ethnische und soziale Segregation durch eine bessere Vermischung von sozialem und privatem Wohnungsangebot zu verhindern. Andere wünschten sich eine Instandsetzung der Parks. Ein Interviewter forderte verkehrsberuhigte Zonen, mehr Grünflächen und Radwege sowie familienfreundlichere Politik und besseren Umweltschutz.

8.3 Bezirksprojekte

Besonders Eltern zeigten sich besorgt wegen der Präsenz von Drogen im Bezirk und wegen der Risiken, welche das für junge Menschen und Kinder mit sich bringe.¹⁸¹ Es wurde berichtet, dass Dealer Kinder als Kuriere missbrauchten, weil diese strafrechtlich nicht zu belangen sind. Im Jahr 2005 versammelten sich mehrere Mütter aus dem Gebiet – die meisten von ihnen mit türkischem Hintergrund – um das Problem selbst zu bekämpfen und patrouillierten nachts in den Straßen. Das Projekt „Mütter ohne Grenzen“ wurde von den Frauen selbst ins Leben gerufen. In einem Interview für das online Magazin¹⁸² der Organisation sagten sie, dass sie alle ihren Bezirk liebten, aber das Gefühl hätten, mit diesem Problem allein gelassen zu werden. Sie erzählten, dass ihnen von der Polizei gesagt worden sei, dass gegen die kleinen Dealer nichts getan werden könne und dass es nicht genug Mittel gebe, mit ihnen allen fertig zu werden. Die Initiative belegt das große Potential für effektives Handeln mit niedrigen Kosten, wenn die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Institutionen wie der Polizei und hochmotivierten Anwohnerinitiativen verstärkt würde.

Ein weiteres erfolgreiches Projekt, welches Bewohner aus der Nachbarschaft einbezieht, ist die Initiative „Stadtteilmütter“, die ursprünglich in Neukölln gegründet und danach auf Kreuzberg ausgedehnt wurde. Das Projekt, das recht effizient arbeitet und innerhalb Berlins bekannt ist, bietet Bildung und Ausbildung für Frauen ethnischer Minderheiten aus einem bestimmten Stadtteil. Es ermöglicht ihnen, andere Bewohner des Stadtteils in Bezug auf wichtige Aspekte des täglichen Lebens im Bezirk zu beraten, schwierige Verfahren innerhalb von Einrichtungen und Behörden zu erläutern und

¹⁸¹ 1991 bestand in Berlin bei 932 Menschen unter 21 Jahren der Verdacht auf Drogendelikte; die Zahl stieg auf 3.584 im Jahr 2003. Die Beteiligung von Kindern unter 14 steigt sogar noch schneller. Sieh Ferda Ataman, „Der Mut der Mütter“, *Spiegel online*, 10. September 2005, verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,373861,00.html>.

¹⁸² Quelle verfügbar unter <http://www.muetter-ohne-grenzen.eu/html/uberuns.htm>.

ihnen zu helfen, Sprachkurse zu finden. Das Projekt konzentriert sich auf Empowerment der Frauen, versorgt sie mit Arbeit, nutzt ihre Kontakte in die Communities und motiviert andere dazu, im Stadtteil aktiv zu werden.

Zwei Frauen, die an den Fokus Gruppen Gesprächen der OSI-Studie teilnahmen, waren an diesem Projekt beteiligt und waren sowohl mit dem Konzept als auch mit ihrer eigenen Rolle darin zufrieden. Eine von ihnen erwähnte jedoch, dass einige Trainer des Projekts darüber hinaus gegangen seien, die Frauen lediglich mit Beratungskompetenzen und Wissen über die Gesellschaft auszustatten und versucht hätten, die Gelegenheit dazu zu nutzen, eine eher normative Botschaft über Unabhängigkeit und Freiheit zu vermitteln, die nicht notwendigerweise von den muslimischen Frauen geteilt wurde und von ihnen teilweise als unangemessene Einmischung und als Versuch, sie im Bezug auf ihre Lebensweise zu manipulieren, empfunden wurde.

Solche Initiativen von der Basis könnten wirksamer sein, wenn sie besser mit gesellschaftlichen Institutionen verknüpft wären, die ihnen Wissen und Unterstützung bieten können. Obwohl anerkannt werden sollte, dass sie teilweise tätig sind, weil die Beteiligten ihr kulturelles und gesellschaftliches Wissen über die Gemeinschaft und den Stadtteil nutzen sowie ihre Kontakte dazu verwenden, um stärkere Beziehungen in den Gemeinschaften und Stadtteilen an sich aufzubauen. Initiativen, die Menschen vereinen, um gegen Probleme anzugehen, die sich jedem in einer Gemeinschaft stellen, sollten unterstützt werden, da sie eine wichtige Rolle bei der Prävention der Spaltung der Gesellschaft in „wir Deutsche“ und „die Immigranten/Muslime“ spielen können.

9. ALLTAGSERFAHRUNGEN VON MUSLIMEN: POLIZEI UND SICHERHEIT

Das Gefühl von Schutz und Sicherheit ist ein wichtiger Aspekt der sozialen Inklusion und Integration. Obwohl Muslime, wie andere, sich auf die Polizei zum Schutz und zur Aufrechterhaltung der Ordnung verlassen, ist die Beziehung zwischen den Minderheiten und der Polizei nicht einfach. Seit dem 11. September 2001 werden Muslime verstärkt polizeilich überwacht und sind gleichzeitig einem höheren Grad von Hassverbrechen und Gewalt ausgesetzt. Dieses Kapitel beginnt mit einer Untersuchung zum Thema Vertrauen in die Polizei und zum Grad der Zufriedenheit der Befragten mit der Polizeiarbeit; außerdem geht es um Erfahrungen mit Diskriminierung durch die Polizei. Es betrachtet die Rekrutierung innerhalb der Polizei und endet mit einer kurzen Betrachtung der Ansichten und Erfahrungen von OSI-Befragten zum *Verfassungsschutz*.

Das Thema Polizeiarbeit ist für Muslime in Kreuzberg besonders relevant. Über die Hälfte der männlichen, befragten Muslime (27) und ein Drittel der weiblichen Muslime (17) geben an, innerhalb der letzten 12 Monate¹⁸³ Kontakt (aktiv oder passiv)¹⁸⁴ mit der Polizei gehabt zu haben. Eltern die an den Fokus Gruppen teilnahmen, sorgten sich um ihre Kinder, die unter dem Ruf des Bezirks als von hoher Kriminalität belastet, leiden müssten. Viele junge Menschen hatten außerdem das Gefühl, dass die Aufmerksamkeit der Polizei verstärkt auf ihnen liege und hatten auch schon Erfahrungen mit Diskriminierung aufgrund ihres ethnischen oder religiösen Hintergrunds gemacht.

9.1 Erfahrungen beim Kontakt mit der Polizei

Ein erheblicher Anteil derjenigen muslimischen (40 Prozent) sowie der nicht-muslimischen (35 Prozent) Befragten, die irgendeinen Kontakt mit der Polizei gehabt hatten, waren mit der Handhabung ihres Falls nicht zufrieden gewesen. Einige Muslime (5) berichteten von unfreundlichem Verhalten der Polizei, ohne dabei einen Zusammenhang mit ihrem ethnischen oder religiösen Hintergrund herzustellen, während andere (8) unpassendes Verhalten beklagten und dieses als ethnische Diskriminierung wahrnahmen.

Das Verhalten, das beklagt wurde, reichte von Unfreundlichkeit, dem Gefühl, nicht ernst genommen zu werden oder mangelhafter Auskunft bis hin zu verbalen

¹⁸³ Die Zahlen innerhalb der nicht-muslimischen Gruppe waren ähnlich, wenn auch etwas höher: 29 männliche und 22 weibliche Befragte gaben an, innerhalb dieses Zeitraums Kontakt mit der Polizei gehabt zu haben. Es konnten innerhalb dieser Zahlen keine Besonderheiten aufgrund ethnischer oder nationaler Zugehörigkeit festgestellt werden.

¹⁸⁴ Die Zusammentreffen der Muslime mit der Polizei waren unterschiedlichster Natur. Jemand rief die Polizei wegen störender Nachbarn, ein anderer wurde als Zeuge aufgerufen und wieder ein anderer wurde eines Vergehens beschuldigt.

Beleidigungen und in einem Fall sogar körperlichem Angriff. Die Antworten der nicht-muslimischen Vergleichsgruppe wichen davon nicht erheblich ab, jedoch wurden keine körperlichen Angriffe genannt. Einzelne (4) muslimische Befragte gaben an, Opfer religiöser Diskriminierung geworden zu sein. Ein Interviewpartner, der selbst bei der Polizei beschäftigt ist, erzählte von Diskussionen einiger Kollegen, in welchen Muslime als Terroristen und eine Gefahr für die Gesellschaft bezeichnet worden seien.

Die lebendigen Erinnerungen schlechter Erfahrungen mit der Polizei in dem Fokus Gruppen Gespräch, von denen einige mehr als zehn Jahre zurück lagen, weisen auf einen tiefen und bleibenden Eindruck hin, der von einer solchen negativen Polizeierfahrung hinterlassen werden kann. Die Ereignisse, die von den Befragten erzählt wurden, zeigen auf, wie die (Selbst-)wahrnehmung, wegen des ethnischen oder religiösen Hintergrunds ausgegrenzt und diskriminiert worden zu sein, oft bis auf spezifische Ereignisse in der Kindheit oder Jugend zurückreicht und Angst oder Ablehnung gegenüber der Polizei begründet, die oft noch Jahre danach anhält. Der Eindruck der persönlichen Erlebnisse wird auch durch die erzählten Erfahrungen anderer weiter verstärkt. Es scheint für jegliche spätere Polizeikontakte nicht einfach zu sein, diese geteilte Wahrnehmung von der Polizei als diskriminierend wieder rückgängig zu machen.

9.2 Vertrauen in die Polizei

Muslime und Nicht-Muslime hatten ähnlich starkes Vertrauen in die Polizei. In beiden Gruppen gab etwa die Hälfte der Befragten an, kein Vertrauen in die Polizei zu haben. Unter den Muslimen scheint sich der Grad des Vertrauens deutlich in Abhängigkeit von Alter und Geschlecht zu unterscheiden. Was vielleicht überraschen mag ist, dass noch weniger muslimischen Frauen (65 Prozent) der Polizei vertrauten als Männer der selben Gruppe (56 Prozent). Das Vertrauen war auch unter den älteren Befragten größer als unter den jungen. Die Zufriedenheit mit den Dienstleistungen der Polizei war im Allgemeinen niedrig. Unter den muslimischen Interviewten waren die Männer (40 Prozent) noch häufiger als die Frauen (22 Prozent) mit den polizeilichen Dienstleistungen zufrieden; tatsächlich waren muslimische Männer über 50 die Gruppe, welche die größte Zufriedenheit mit den Leistungen der Polizei zeigte, wohingegen muslimische Frauen unter 30 am unzufriedensten waren.

Die Forderung nach stärkerem Kontakt der Polizei mit den Anwohnern tauchte ebenfalls einige Male in der Studie auf. Es wurde in diesem Zusammenhang der Wunsch nach Polizisten geäußert, die den Anwohnern persönlich bekannt sind und mit diesen durch persönlichen Kontakt ein Vertrauensverhältnis entwickelten.

Eine kleine Zahl von nicht-muslimischen Befragten war der Meinung, dass es zu viel sichtbare Polizeipräsenz in ihrer Nachbarschaft gebe (Von den Muslimen wählte keiner diese Option). Es wurde auch die Meinung geäußert, dass sichtbare Polizeipräsenz den Eindruck des Misstrauens gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, oder auch links-politischen Gruppen verstärke. Andere wiederum beklagten sich, dass die Polizei

nicht genug gegen Drogenhandel und andere kriminelle Handlungen an öffentlichen Orten unternehme und dass es nicht genug Polizisten gebe oder Polizeireviere geschlossen würden.

Einem Teilnehmer in der Fokusgruppe, der ein Interesse am Polizeidienst ausdrückte, wurde von den Anderen erzählt, dass man es ihm dort nicht erlauben würde Karriere zu machen und dass die Arbeit im Polizeidienst seine psychische Gesundheit angreifen würde. Diejenigen, die den jungen Mann vor einer Karriere bei der Polizei warnten, erinnerten an eine Geschichte, die von einem anderen Teilnehmer erzählt worden war. Ein junger Deutscher mit türkischer Abstammung hätte bei der Polizei Karriere gemacht, sei aber nie als einer von Ihnen akzeptiert worden und hätte sich letzten Endes in therapeutische Behandlung begeben müssen. Andere Teilnehmer argumentierten, dass die Zahl der Polizeibeamten, die selbst Minderheitengruppen angehörten, erhöht werden müsse, um das diskriminierende Verhalten gegenüber den ethnischen Minderheiten zu reduzieren. Ein Befragter, der für eine NGO als Berater für Jugendliche im Beschäftigungsbereich arbeitet, erklärte sogar, dass es unter den jungen Leuten mit Migrationshintergrund großes Interesse an der Arbeit bei der Polizei gäbe, da eine solche Karriere als ein Weg angesehen werde, um Menschen zu helfen und für Gerechtigkeit zu sorgen.

9.3 Polizeibeamte mit Migrationshintergrund

Einige Befragte äußerten sich positiv zur wachsenden Zahl der Polizeibeamten mit Migrationshintergrund. Sie wünschten sich mehr Menschen mit Migrationshintergrund bei der Polizei und fanden, dass es mehr Trainings geben müsse, um den korrekten Umgang zwischen Polizei und den Communities vor Ort zu fördern. Einer der befragten Experten erklärte, dass der Polizeipräsident und der Berliner Senator für Inneres darauf hingewirkt hätten, dass mehr Mitarbeiter aus Minderheitengruppen eingestellt würden, obwohl es gegen dieses Vorhaben erheblichen Protest von Seiten der Polizeigewerkschaft gegeben hätte, welche darin einen Faktor für Ungleichbehandlung sah.

Das *Neutralitätsgesetz*, welches es muslimischen Frauen mit Kopftuch verbietet, für die Polizei oder verschiedene andere öffentliche Institutionen zu arbeiten, wird als ein weiteres Hindernis für die Integration angesehen. Fokus Gruppen Teilnehmer berichteten von dem Beispiel einer Schülerin mit Kopftuch, der es zwar erlaubt worden war, ein Praktikum bei der Polizei zu machen, die aber nur Verwaltungsarbeit im Büro machen durfte, während eine Mitpraktikantin ohne Kopftuch mit den Polizisten auf Streife fahren durfte und die „richtige Polizeiarbeit“ erleben durfte.

Die *Clearingstelle* der Berliner Polizei bietet Mediation zwischen Opfern polizeilicher Diskriminierung und den jeweiligen Polizeibeamten an. Den Erfahrungen des Polizeibeamten und Leiters der *Clearingstelle*, Herrn Schelske, zufolge, werden Polizeibeamte mit Migrationshintergrund von ihren Kollegen oft als Repräsentanten ihrer Community angesehen, was dann dazu führen kann, dass ihnen in bestimmten

Situationen von Kollegen gesagt wird „Geh und sagen deinen Leuten...“. Während solche Aussagen nicht gezielt gemacht werden müssen, um zu beleidigen oder zu diskriminieren, verstärken sie dennoch die Wahrnehmung der Betroffenen, als Teil der „Anderen“ gesehen zu werden – in diesem Fall nicht-ethnische Deutsche – die als homogene und andersartige Gruppe betrachtet werden.

Herr Schelske unterstützt junge Menschen, insbesondere solche mit Migrationshintergrund, die dem Polizeidienst beitreten wollen, indem er ihnen während des Bewerbungsprozesses hilft. Er wies darauf hin, dass viele Junge, die sich um eine Karriere bei der Polizei bewerben, scheiterten, weil sie sich nicht des großen Lernaufwands bewusst seien, den man bewältigen müsse, um in den Polizeidienst aufgenommen zu werden. Manchen fehle es auch am Selbstvertrauen, welches man für eine Karriere bei der Polizei benötige.

9.4 Fälle von polizeilicher Diskriminierung

In einer durchschnittlichen Woche erhält die *Clearingstelle* rund sieben Beschwerden gegen die Berliner Polizei. Nur wenige der Fälle von Diskriminierung oder sogar Gewalt, von denen Fokus Gruppen Teilnehmer berichteten, wurden tatsächlich offiziell gemeldet. Unter den Mitgliedern der Fokusgruppe herrscht weitgehend das Gefühl, dass ohnehin nichts getan würde und dass es besser sei, sich ruhig zu verhalten. Mit den Worten eines Teilnehmers, wollten die Leute es vermeiden „den schlafenden Löwen zu wecken“. Es gab Befürchtungen vor der Gegenklage der Polizei gegen den Kläger. Diese Befürchtungen werden auch von der nichtstaatlichen Organisation *Kampagne für Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt-KOP* bestätigt, die der Ansicht sind, dass die niedrige Zahl der angezeigten Diskriminierungs- oder Gewaltvorfälle durch die Polizei die Regelmäßigkeit der Gegenklagen gegen die Opfer reflektiere. Ein Kläger, der Klage gegen die Polizei einreicht, befürchtet oft weitere Aktionen seitens der Polizei, besonders, wenn er einen unklaren Aufenthaltsstatus hat und somit eine Abschiebung befürchten muss.¹⁸⁵ Herr Schelske argumentiert dagegen, dass die Gerichte sich gegen solche strategischen Gegenklagen wehren würden, wenn diese aufträten. Er folgert, dass in manchen Fällen das Opfer annehme, der Polizeibeamte starte eine strategische Gegenklage, wenn de facto die Gegenklage des Polizeibeamten parallel zum Vorwurf der Diskriminierung gelaufen, dies jedoch dem Angeklagten nicht mitgeteilt worden sei. Dadurch wirke sie wie eine Reaktion auf die Klage des Opfers, obwohl sie bereits zu Beginn des Verfahrens initiiert worden sei.

Mehrere Beispiele für Diskriminierung oder gar für rassistische Behandlung durch die Polizei wurden von den Teilnehmern der Fokusgruppe berichtet, konnten jedoch von der Autorin dieses Berichts nicht überprüft werden. Ein älterer Mann erzählte von einem Erlebnis, bei dem er bei sich zu Hause von der Polizei körperlich angegriffen

¹⁸⁵ Siehe „KOP – Kampagne für Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt“: „Chronik für rassistisch motivierte Polizeivorfälle für Berlin in den Jahren 2000–2007“, Stand September 2007, S. 2, verfügbar unter <http://kop-berlin.de/wp-content/uploads/2009/08/chronik.pdf>.

worden sei, als diese nach seinem Sohn suchte. Er hatte die betreffenden Beamten verklagt, blieb jedoch mehrere Jahre lang ohne Erfolg.

Ein junger Mann türkischen Ursprungs erzählte von einem Vorfall im Jahre 2002, bei dem er und seine Freunde von einem Polizeiauto verfolgt und angehalten worden waren, und das aus seiner Sicht nur, weil einer von ihnen einen längeren Bart hatte. Die mögliche Erklärung, dass die Polizeibeamten so kurz nach dem 11. September Angst gehabt hätten, wurde von dem jungen Mann als eine Ausrede für Schikane angesehen.

Ein anderes Beispiel, an das sich Mitglieder der Gruppe erinnerten, war die verzögerte Ankunft der Polizei nach einem Anruf von jemandem mit einem nicht deutsch klingenden Namen.

Viele andere Ereignisse wurden innerhalb der Gruppe diskutiert. Es herrschte der generelle Eindruck, die Polizei habe es auf junge Männer mit türkischem oder arabischem Hintergrund abgesehen. Einige Teilnehmer der Fokusgruppe wollten jedoch nicht allein der Polizei die Schuld für solche Ereignisse geben, sondern sahen eine Teilverantwortung dafür eher bei der Gesellschaft insgesamt, zumal diese es zulasse, dass im Interesse der Sicherheit Menschenrechte gefährdet würden. Eine junge Frau war der Ansicht, dass eine verstärkte Beschäftigung von Polizeibeamten mit muslimischer Religionszugehörigkeit und/oder türkischer oder arabischer Abstammung die Situation verbessern könnte. Dies lag an ihrer eigenen Erfahrung einer geringeren Diskriminierung von Muslimen in dem Krankenhaus, in dem sie seit ihrer Ankunft in Deutschland gearbeitet hatte. Diese Erfahrung könnte möglicherweise auf die Polizei und andere Stellen übertragen werden.

Ein weiterer Versuch, diskriminierende und sogar rassistische Handlungen der Polizei zu verhindern, ist die Einbettung interkultureller Trainings als integralen Bestandteil der Ausbildung von Polizeibeamten. Wo solche Trainings persönlichen (positiven) Kontakt mit den normalen Einwohnern Kreuzbergs beinhalten, kann dies zu besseren Beziehungen zwischen der Polizei und den Anwohnern führen. Einer der Befragten dieser Studie meinte „die Polizei ist nicht präsent. Das steht Vertrauen im Weg.“. Ein Teilnehmer der Fokusgruppe, seit vielen Jahren Sozialarbeiter in Kreuzberg, erklärte, dass es für Kinder und Jugendliche, besonders mit arabischem und türkischem Hintergrund, sehr wichtig sei, Polizeibeamte während ruhigerer Zeiten (d.h. außerhalb von Konfrontationen) kennen zu lernen. Solch ein Kontakt würde gegenseitigen Respekt fördern.

Herr Schelske bestätigt ebenfalls die Wichtigkeit des persönlichen Kontakts zwischen der Polizei und der Bevölkerung. Er wies darauf hin, dass administrative Reformen, die kleinere Bezirke zu größeren Einheiten zusammengefasst haben, die Polizeiarbeit stark

verändert hätten und den einzelnen Beamten wenig Zeit ließen, die Nachbarschaft kennen zu lernen und direkten und persönlichen Kontakt herzustellen.¹⁸⁶

9.5 Initiativen und Projekte zur Förderung von Kontakten zwischen Muslimen und der Polizei

Die Berliner Senatsverwaltung für Inneres hat in einiges getan, um die Integration und Mitarbeit von Muslimen und Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern. Ein wichtiger Schwerpunkt ihrer Politik ist dabei die Unterstützung des und eigene Mitarbeit im *Islamforum*, einer Initiative, die führende muslimische Gruppierungen der Stadt mit verschiedenen städtischen Beamten zusammen bringt (weiterführend behandelt im Abschnitt *Teilhabe und Staatsbürgerschaft* weiter unten). Von der Polizei in Berlin ernsthaft erwogen wird nun die Entwicklung von Initiativen, welche die Fähigkeiten und Erfahrungen der Imame vor Ort nutzen. Berliner Beamte betrachten dabei Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen, wo die Polizei in Bezirken mit einem hohen Anteil an muslimischer Bevölkerung mit den örtlichen Imamen auf Streife geht.¹⁸⁷ Integrationsbeauftragte und Sicherheitsspezialisten des Berliner Abgeordnetenhauses sind sich dessen bewusst, dass die Polizei von besseren Beziehungen zu den Immigranten profitieren würde, sind jedoch nicht vollkommen von dem Beispiel aus Nordrhein-Westfalen überzeugt. Die Polizei wies auf die bestehenden Strategien zum Aufbau des Kontakts zu Immigranten und der muslimischen Gemeinschaft hin. In einzelnen Fällen, wie dem Berliner *MyFest*, einer Feier am 1. Mai als Alternative zu den jährlichen Ausschreitungen an diesem Tag, arbeiten sie auch mit den Vorsitzenden der muslimischen Gemeinden zusammen, um Gewalttaten zu verhindern. Zu diesen und anderen Gelegenheiten sind Moscheen, zusätzlich zu nicht-religiösen Migranten-Organisationen, durch ihren Einfluss in den Gemeinden wichtige Partner der Polizei. Die Bemühungen, junge Muslime von der Straßenkriminalität fern zu halten, sind auch für sie ein zentrales Anliegen.

1994 wurde das Modul *'Ausländer in Berlin'* in die Ausbildung der Mitarbeiter der Polizei eingeführt. Es lieferte Wissen über die Einwanderung und stellte Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme zwischen nicht-staatlichen Organisationen und der Polizei her. 1997 nahm Berlin am NAPAP-Projekt (nicht-staatliche Organisationen und Polizei gegen Vorurteile) der Europäischen Kommission teil. Dieses fördert Qualifikationen in der interkulturellen Kommunikation und dem internationalen Austausch. Nachdem das NAPAP-Projekt zu Ende war, wurden neue Module in den Lehrplan der

¹⁸⁶ Gesemann zitiert den Direktor der AGA (*Arbeitsgebiet Ausländer*) einer Berliner Polizeistation, demzufolge der Prozentsatz der Arbeitszeit, die man für Kontakte zur Verfügung hat, in den 90er Jahren von 50 auf 10 Prozent gefallen ist. Frank Gesemann, „Wenn man den Polizisten nicht vertrauen kann, wem dann?“, Zur gegenseitigen Wahrnehmung von Migranten und Polizisten“, Frank Gesemann (Hg.), *Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven*, Leske + Budrich, 2001, S. 373.

¹⁸⁷ „Auf Streife mit Imamen“, *Der Tagesspiegel*, 25. Oktober 2007, verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/art270,2406390>.

Polizeischulen aufgenommen. 2000 begann das Nachfolgeprojekt namens *Pavement*, welches darauf abzielt, Netzwerke zwischen der lokalen Verwaltung, der Polizei und den Organisationen ethnischer oder religiöser Minderheiten zu stärken. Zur Zeit beteiligt sich die *Clearingstelle* an der interkulturellen Ausbildung junger Polizeibeamter, indem sie praktische Beispiele ihrer Arbeit als Mediator zwischen den Opfern polizeilicher Diskriminierung und den Polizeibeamten selbst einbringt.

Kontakte zwischen der Polizei und den Moschee-Verbänden sind durch die Entwicklung von, *Kooperationsvereinbarungen* zustande gekommen. 2003 startete die Polizei des Bezirks Neukölln zusammen mit örtlichen Moschee-Verbänden das Projekt *TiK (Transfer interkultureller Kompetenz)*. Ziel war es Moscheen und Polizeibeamte verschiedener Bezirke miteinander in Kontakt zu bringen und Richtlinien für das Verhalten der Polizei im Umgang mit Vertretern der Moscheen und Muslimen zu erarbeiten. Diese Richtlinien lieferten Grundlagenwissen über den Islam und die kulturellen Befindlichkeiten von Muslimen, und sollten so dazu beitragen, Konflikte zu vermeiden, welche durch einen Mangel an gegenseitigem Verständnis zustande kommen können.

Selbst in Fällen von Razzien¹⁸⁸ in Moscheen hat der verstärkte Kontakt zwischen der Polizei und den verschiedenen Moscheevereinen den dadurch verursachten Schaden innerhalb der Gemeinden begrenzen können. 2005 wurden Razzien in zwei Moscheen in den Bezirken Kreuzberg und Neukölln durchgeführt, eine davon in Zusammenarbeit mit einem Vertreter einer der Moscheen und am frühen Morgen, um Aufsehen zu vermeiden.^{189,190} Jedoch konnte nicht jede Razzia in solch einer kooperativen Art und Weise durchgeführt werden. Ein Interessensvertreter einer muslimischen Organisation vermutete, dass in manchen Fällen die Sicherheitsbehörden wüssten, dass die Razzia in einer Moschee wenig mit dem Kampf gegen den Terrorismus zu tun hätte, sondern Teil einer politischen Kontroverse seien. Solch ein Missbrauch staatlicher Macht, so wurde gesagt, sei nur möglich durch die verstärkte Islamfeindlichkeit, welche die Gesellschaft gegenüber Gesetzesüberschreitungen der Sicherheitsbehörden blind werden ließe.¹⁹¹

Die bessere Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Muslimen und anderen Migrantenorganisationen mag zu einer Verringerung der Misshandlungen von

¹⁸⁸ Schnedelbach, Lutz, 24. März 2003, in: welt.de; Musharbash, 23. April 2008, in: spiegel.de.

¹⁸⁹ Obgleich die Polizei keinerlei Beweise gegen die Moschee fand, sprach die Tageszeitung „*Die Welt*“ von einem „landesweiten Coup gegen Islamisten“, *Welt online*. „Razzia gegen Islamisten – Polizei durchsucht Moscheen und Wohnungen“, 15. April 2005, verfügbar unter http://www.welt.de/print-welt/article665324/Razzia_gegen_Islamisten_Polizei_durchsucht_Moscheen_und_Wohnungen.html.

¹⁹⁰ OSI-Interview mit Burhan Kesici, September 2009.

¹⁹¹ OSI-Interview mit Lydia Nofal, 24. September 2009.

Ausländern durch die Polizei in den 90ern beigetragen haben, welche Thema eines speziellen Länderberichts Amnesty International's über Deutschland waren.¹⁹²

Der Polizeipräsident ebenso wie der Innensenator wurden dafür gelobt, die Anstrengungen gegen diskriminierende und rassistische Einstellungen innerhalb der Polizei voranzutreiben und besseren Kontakt zwischen der Polizei und Migranten-Gruppen, einschließlich Muslimen, zu fördern. Der Erfolg ihrer Initiativen wird jedoch dadurch behindert, dass ein Großteil der Polizisten die Auffassung vertritt, diese Themen seien für die Polizeiarbeit nicht wirklich zentral. Solche Einstellungen machen es für Polizisten, die sich stark für eine interkulturelle Verständigung engagieren, schwer, von den Kollegen akzeptiert zu werden; insbesondere, da der direkte Kontakt generell bestimmten „Spezialisten“ überlassen bleibt.

9.6 Die Rolle des *Verfassungsschutzes*

Seit dem 11. September und anderen internationalen terroristischen Anschlägen werden Muslime von bestimmten öffentlichen Vertretern und Medien weitläufig als potentielles Sicherheitsrisiko wahrgenommen.¹⁹³ Schiffauer zufolge werden zunehmend Geheimdienstmethoden zur Überwachung muslimischer Bürger eingesetzt.¹⁹⁴ Ein Resultat dieser Entwicklung ist die starke Position der nationalen und lokalen Behörden des *Verfassungsschutzes*. Dieser spielt mittlerweile eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung oder Verhinderung von gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten einzelner Muslime und muslimischer Organisationen. In seiner Studie über die Milli Görüs-Organisation behauptet Schiffauer, dass die Arbeit des *Verfassungsschutzes* zu einer Abkehr muslimischer Organisationen von der öffentlichen Mitarbeit und Debatte führt. Der Sicherheitsdienst stuft Milli Görüs, eine von Deutschlands größten muslimisch-türkischen Organisationen, als einen islamistischen Verband ein, der nicht

¹⁹² 1995 berichtete Amnesty International von 70 Fällen polizeilicher Misshandlungen in Deutschland zwischen Januar und März 1992. Die Hälfte davon betraf die Berliner Polizei. Nach Amnesty International handelte es sich dabei nicht um Einzelfälle, sondern um einen Teil eines erkennbaren Musters von Misshandlungen von Ausländern und Mitgliedern ethnischer Minderheiten durch die Polizei. Siehe *Amnesty International, Länderbericht Deutschland: Ausländer als Opfer: Polizeiliche Misshandlungen in der Bundesrepublik Deutschland*, International Secretary London, 1995, verfügbar unter

http://www.amnesty.de/umleitung/1995/eur23/006?lang=de&mimetype=text/html&destination=node%2F2904%3Fcountry%3D77%26topic%3D%26node_type%3D%26from_month%3D1%26from_year%3D1995%26to_month%3D12%26to_year%3D1995%26submit_x%3D96%26submit_y%3D3%26submit%3DAuswahl%2Banzeigen%26result_limit%3D10%26form_id%3Dai_core_search_form.

¹⁹³ Daniel Bosse & Vior J. Eduardo, „Politische Partizipation von Migranten mit muslimischem Hintergrund in Deutschland. Entwicklung und Probleme“, Reihe Discussion papers, Institut für Politikwissenschaft, Otto-von-Guericke-Universität, Magdeburg, 2005 (hiernach Boose, Vior, *Politische Partizipation*)

¹⁹⁴ Werner Schiffauer, „Vom Exil- zum Diaspora-Islam. Muslimische Identitäten in Europa“, *Soziale Welt – Zeitschrift für Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis*, Jg. 55, H. 4, 2004 S. 347–368.

für eine öffentliche Zusammenarbeit erwogen werden sollte.¹⁹⁵ Die Definition zur Einstufung als „Islamist“ ist jedoch sehr weit gefasst.¹⁹⁶ Die Angaben des *Verfassungsschutzes* werden im Allgemeinen von Journalisten, Politikern und sogar den Gerichten als *Behördenzeugnisse* anerkannt. Durch diese autoritative Position hat der *Verfassungsschutz* in der Praxis die Aufgabe übernommen, die Trennlinie zwischen 'echten' und 'fehlgeleiteten' Muslimen zu ziehen und damit den muslimischen 'Anderen' in gut oder böse zu unterteilen.¹⁹⁷

Im Hintergrundbericht zur OSI-Umfrage berichten einzelne Interviewpartner von ernsthaften persönlichen Konsequenzen durch die Mitgliedschaft in einer Organisation unter Beobachtung.¹⁹⁸

Die Problematik um die Rolle und Verwendung von Berichten des *Verfassungsschutzes* in Bezug auf muslimische Organisationen wurde auch in einer Diskussion mit verschiedenen Teilnehmern am Runden Tisch betont. In dieser Diskussion wies Prof. Schiffauer insbesondere auf die paradoxe Situation der Erschaffung eines transparenten Geheimdienstes in Folge des Zweiten Weltkriegs hin. Nach Schiffauer sieht die Behörde ihre Aufgabe darin, ein Frühwarnsystem gegen problematische Entwicklungen innerhalb einzelner Gemeinschaften zu schaffen. Sie sähen sich nicht als Richter darüber, ob eine Organisation oder Gemeinschaft verfassungsfeindlich ist (was der deutschen Definition von Illegalität und/oder anti-demokratischen Aktivitäten und Ansichten entspricht).

Dementsprechend sollten deren Aussagen auch nicht als Rat gegen eine Zusammenarbeit mit bestimmten Gemeinden oder Organisationen gelesen werden, sondern lediglich als ein Indikator für Klärungsbedarf einer Situation.¹⁹⁹ Die Identifizierung einer Organisation als 'unter Beobachtung' führe jedoch bei öffentlichen Vertretern zu einer Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit. Dementsprechend könne die politische und gesellschaftliche Partizipation vieler muslimischer Organisationen und deren Mitglieder stark behindert werden; durch das generelle Misstrauen ihnen gegenüber sei

¹⁹⁵ Werner Schiffauer, „Der unheimliche Muslim. Staatsbürgerschaft und zivilgesellschaftliche Ängste“ in Levent Tezcan & Monika Wohrab-Sahr (Hg.) *Konfliktfeld Islam in Europa* Nomos Verl.-Ges. (Soziale Welt, Sonderheft 17), Bd. Soziale Welt – Sonderheft 17, München, 2006 (hiernach Schiffauer, „Der unheimliche Muslim“).

¹⁹⁶ Neben gewalttätigen Gruppen und solchen, die Gewalt in ihrer Heimat unterstützen fällt damit noch eine weitere Gruppe unter diese Definition: *Organisationen, die unter Ausnutzung der rechtsstaatlichen Instrumentarien (= legalistisch) islamistische Positionen auch im gesellschaftlichen Leben Deutschlands durchsetzen, mindestens aber Freiräume für organisierte islamistische Betätigung in Deutschland erlangen wollen und so – desintegrativ – zur Bildung einer islamistischen Binnengesellschaft beitragen.* Bundesamt für Verfassungsschutz, „Islamismus und islamistischer Terrorismus.“

¹⁹⁷ Schiffauer, „Der unheimliche Muslim“.

¹⁹⁸ OSI, Muslims in EU Cities – Germany, (Mühe), 2007.

¹⁹⁹ OSI Runder Tisch im Rahmen des Projekts At Home in Europe, Muslime in Berlin Berichtentwurf, März 2009, Berlin.

sogar ein Teil der Zivilgesellschaft gefährdet. Dies deutet auf die Notwendigkeit einer deutlicheren Erklärung des *Verfassungsschutzes* dazu hin, wie die Aussagen in seinen Berichten verstanden werden sollten.²⁰⁰

Eine Reihe von Interviewpartnern von nicht-staatlichen Organisationen im Bereich der Integration sowie Migranten und Migrantenorganisationen betonten, dass, selbst wenn Organisationen mit diesen stigmatisierten muslimischen Verbänden zusammenarbeiten wollten, da sie deren Arbeit auf der lokalen Ebene schätzten, dies meist durch Abzug öffentlicher Fördermittel verhindert würde. Dies führt zu einer ernsthaften strukturellen Diskriminierung. Die Experten des Runden Tisches empfahlen eine internationale Diskussion der offiziellen Berichte über muslimische Organisationen und deren Projekte, im Rahmen derer die Handhabung des Problems in verschiedenen europäischen Ländern verglichen werden könnte.

Schiffauer vermutete zudem, dass die Beobachtung einer Organisation nicht immer öffentlich kommuniziert würde, da bestimmte Organisationen große Schwierigkeiten hätten, offizielle Kooperationen und Förderungen zu erlangen, auch wenn sie nicht in den Berichten des *Verfassungsschutzes* genannt würden.²⁰¹

²⁰⁰ OSI Runder Tisch im Rahmen des Projekts At Home in Europe, *Muslims in Berlin* Berichtentwurf, März 2009, Berlin.

²⁰¹ Teilweise kann der (ansonsten nicht offiziell kommunizierte) von politischen Institutionen ausgeübte Druck auf von ihnen geförderte Organisationen und Institutionen, eine Zusammenarbeit mit bestimmten muslimischen Organisationen zu vermeiden, durch einen Vorfall belegt werden, der den Berliner Verein Insan 2006 involvierte. Ein Mitglied des muslimischen Vereins war zur aktiven Teilnahme an einer Veranstaltung eingeladen worden, die von der Katholischen Akademie in Berlin in Zusammenarbeit mit der Vereinten Religiösen Initiative (URI) organisiert worden war. Kurz nachdem die Einladung abgeschickt worden war, wurde sie aufgrund des Drucks des Ministeriums des Inneren, welches die Veranstaltung finanzieren sollte, wieder zurück gezogen. Für weitere Details siehe OSI, *Muslims in EU Cities – Germany*, (Mühe), 2007.

10. ALLTAGSERFAHRUNGEN VON MUSLIMEN: TEILHABE UND STAATSBÜRGERSCHAFT

Gesellschaftliche und politische Teilhabe können eine weitere Maßeinheit für soziale Inklusion darstellen. Teilhabe an der Gesellschaft und ihren Institutionen ebenso wie das Einfordern von Rechten für Minderheiten werden in erheblichem Maße vom Zugang zur Staatsbürgerschaft beeinflusst.

Schätzungen des Innenministeriums zufolge hatten 480.000 der 3,2 Millionen Menschen mit muslimischem Hintergrund, die Ende 2000 in Deutschland lebten und von denen die Mehrheit türkischer Herkunft war, die deutsche Staatsbürgerschaft inne.²⁰² In einer Rede vor der AKP am 4. Februar 2008 in der Türkei sprach der deutsche Innenminister von einer Million Menschen mit türkischem Hintergrund in Deutschland, welche einen deutschen Pass besitzen.²⁰³

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der Teilnahme am formalen Wahlprozess, der öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Partizipation und dem Gefühl der Zugehörigkeit sowie mit Initiativen zur Verbesserung der Beziehung zwischen muslimischen Organisationen und Lokalpolitikern durch regelmäßige Zusammenreffen.

10.1 Einwanderung

Die Erfahrungen im Umgang mit der *Ausländerbehörde* sind für Ausländer, inklusive Muslimen, oft nicht sehr positiv. Mehrere Befragte der OSI sprachen von religiöser Diskriminierung durch die Berliner Behörde. Negative Erlebnisse, wie Unfreundlichkeit oder Schikane, traten hauptsächlich auf, wenn die Beteiligten eine Aufenthaltsgenehmigung oder einen deutschen Pass haben wollten.

Ein älterer, männlicher Teilnehmer einer Fokusgruppe erklärte, seine Hauptbefürchtung sei in erster Linie, seine Aufenthaltsgenehmigung oder Pension zu verlieren, wenn er sich zu lange in der Türkei oder einem anderen Land aufhielte.

Ausländische, muslimische Studenten, die an den Diskussionen der Fokusgruppe teilnahmen, gaben an, sie fühlten sich durch die *Ausländerbehörde* unter Druck gesetzt und hätten Angst davor, dass ihre Aufenthaltsgenehmigung nicht verlängert würde, bevor sie ihr Studium beenden haben.

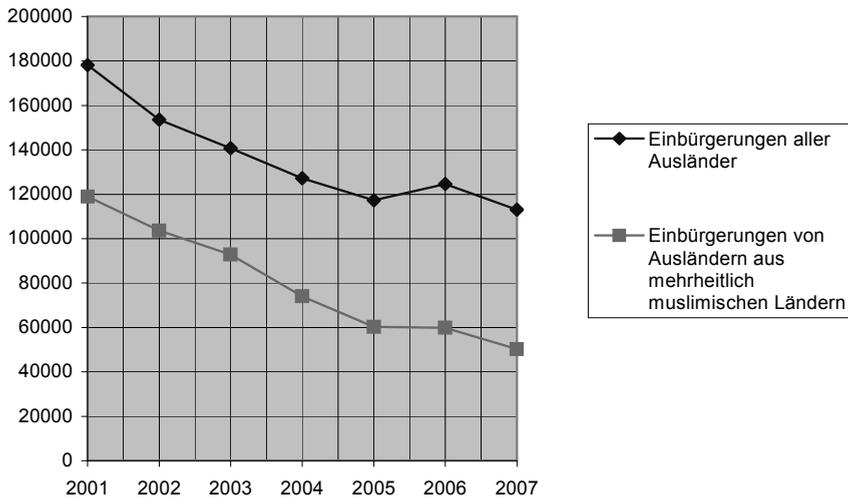
²⁰² Blaschke, *Tolerated but Marginalised*, S. 74.

²⁰³ Wolfgang Schäuble, Bundesinnenminister, Ansprache in Ankara, 4. Februar 2008, http://www.kas.de/proj/home/events/44/1/veranstaltung_id-29262/index.html.

10.2 Entwicklung der Einbürgerungszahlen

Die Veränderungen im Staatsbürgerschaftsrecht vom Januar 2000 sollten die Integration der Einwanderer fördern.²⁰⁴ Während die Gesetzesänderungen zu einer großen Zahl von Einbürgerungen führten,²⁰⁵ weisen jedoch neuere Statistiken auf einen Rückgang der Einbürgerungszahlen hin.

Abbildung 13. Einbürgerungszahlen, 2001–2007



Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland – Einbürgerungen – Fachserie 1
Reihe 2.1 – 2008

Während die Gesamtzahl der Einbürgerungen seit 2000 generell gesunken ist (mit einem kurzen Anstieg 2006), mag dieser Rückgang der Einbürgerungen speziell von Muslimen, im Vergleich mit dem von nicht-Muslimen, in einer Kombination verschiedener Faktoren begründet liegen, darunter das lang anhaltende politische Widerstreben, die Einwanderer einzubürgern, die Zurückhaltung mancher Immigranten, die Staatsbürgerschaft zu beantragen, da dies lange mit dem Stigma behaftet war, den eigenen nationalen Hintergrund zu verraten, die Wahrnehmung einer wachsenden Feindschaft gegenüber Muslimen in Deutschland und häufige wie weitreichende Gefühle von Diskriminierung.

²⁰⁴ Boose, Vior, *Political Participation*, S. 21.

²⁰⁵ Silvester Stahl, „Deutschland: Anstieg der Einbürgerungen im Jahr 2000“, Humboldt-Universität Berlin, in Migration-info.de Migration und Bevölkerung, verfügbar unter http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=020102 (abgerufen im April 2010).

Das neue Einbürgerungsgesetz aus dem Jahre 2000 beendete im Vergleich zum alten Gesetz, den ausschließlichen Gebrauch des *ius sanguinis*, das Staatsbürgerschaft im wesentlichen von ethnischer Herkunft abhängig macht, zu Gunsten eines stärker auf dem inklusiveren Geist des *ius soli* beruhenden Rechtsverständnisses. Entscheidend ist jedoch, dass es ausdrücklich die doppelte Staatsbürgerschaft untersagt. Die Einbürgerungen ließen drastisch nach, nachdem einige Fälle zeigten, dass Türken, die wieder die türkische Staatsbürgerschaft annahmen, nachdem sie einen deutschen Pass erhalten hatten, die deutsche Staatsbürgerschaft ein für allemal verlieren würden. Dies ist einer der Hauptgründe, warum viele Türken in Deutschland trotz der Unterstützung des türkischen Konsulats und gesetzlichen Regelungen, welche den ehemaligen Passinhabern die meisten staatsbürgerlichen Rechte erhalten, es sich zweimal überlegen, bevor sie ihren türkischen Pass aufgeben.

In Berlin weisen die Einbürgerungszahlen für das Jahr 2000 einen extremen Rückgang von generell rund 12 000 Einbürgerungen pro Jahr in den Jahren 1998 und 1990 auf 6730 im Jahr der Gesetzesänderung auf.^{206,207} Seit 2005 steigt die Einbürgerungsrate jedoch wieder leicht an. Dies wurde als eine positive Folge von Berlins Einbürgerungskampagne gewertet, welche der Integrationsbeauftragte Günter Piening geführt hatte. Die Zahlen ehemals türkischer Staatsbürger, die eingebürgert wurden, sind allerdings von 7398 im Jahr 1999 auf 2350 im Jahr 2006 gesunken, was der Integrationsbeauftragte in erster Linie der Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft zuschreibt.²⁰⁸

Von allen 100 muslimischen Befragten der OSI-Fragebogeninterviews hatte die Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft (einschließlich 7 Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft). Von den 43 Muslimen, die in Deutschland geboren wurden, hatten 15 keine deutsche Staatsbürgerschaft. Die Mehrheit von diesen (12) waren Türken, und die Mehrheit der in Deutschland geborenen Türken wiederum (8) war jünger als 30. Die vorliegende Studie legt hier nahe, dass die Frage, ob eine Person die Staatsbürgerschaft beantragt, eng mit deren Gefühl von Zugehörigkeit und Akzeptanz durch die Mehrheitsgesellschaft verbunden ist. Erfahrungen mit Diskriminierung und Exklusion haben zur Folge, dass Menschen bezüglich der Übernahme der Staatsbürgerschaft entmutigt werden, da sie fürchten, nicht als richtige Deutsche anerkannt zu werden. Ein türkischer Mann im Alter zwischen 50 und 59 erklärte:

„Sie haben mir die deutsche Staatsbürgerschaft angeboten, aber ich wollte nicht. Unsere Nationalität ist türkisch. Und wir sind Muslime und können nie

²⁰⁶ Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, siehe <http://www.statistik-berlin.de>.

²⁰⁷ Der große Schwund in den Einbürgerungszahlen kann auch dadurch erklärt werden, dass seit August 1999 *Aussiedler* nicht mehr länger in der Statistik vorkommen, da sie automatisch mit der Einwanderung die deutsche Staatsbürgerschaft und Anerkennung als *Aussiedler* erhalten.

²⁰⁸ Sandra Stalinski, „Nur wenige Türken wollen deutschen Pass – Piening erwartet weiter sinkende Einbürgerungen“ *Der Tagespiegel*, 11. Juli 2007, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/:art270,2337881> (abgerufen im April 2010).

Deutsche werden. Vielmehr fürchte ich, dass wir auch wenn wir deutsche Pässe hätten, für Deutsche immer Ausländer wären.“

Eine türkische Interviewpartnerin im selben Alter sagte:

„Ich lebe hier seit 34 Jahren. Ich habe ein Recht auf deutsche Staatsbürgerschaft, weil ich hier für sie schwere wie auch leichte Arbeit gemacht habe. Und wenn ich meine Steuern bezahle, ist es nur natürlich, dass ich auch mein Wahlrecht nutze. Aber die Deutschen beleidigen uns dafür, dass wir nicht sehr gut deutsch sprechen können. Einerseits haben sie Recht. Andererseits sind wir zuerst hierher gekommen, um letzten Endes wieder in die Türkei zurück zu gehen. Wir wussten nicht, dass wir bleiben und für so eine lange Zeit hier leben würden. Natürlich ist man mit seinen Kindern und Enkeln glücklicher. Die Deutschen sehen uns nicht als Deutsche, weil wir türkisch sind.“

Beide Zitate nennen ethnische und religiöse Gründe für Diskriminierung und Entfremdung und deuten auf komplexere Gründe hin, warum Einwanderer die Möglichkeit einer deutschen Staatsbürgerschaft nicht nutzen.

10.3 Ausschließende Gesetze und Regulierungen

Spezifische gesetzliche Regelungen, die in letzter Zeit verabschiedet wurden, bringen eine zusätzliche Gefahr mit sich, die Entfremdung zu verstärken. Seit September 2008 ist das Einbürgerungsverfahren mit einem allgemeinen Einbürgerungstest verbunden, welcher relativ weitreichende Kenntnisse über Deutschlands Kultur, Geschichte und Gesellschaft abfragt. Der Test, der in allen Bundesländern Anwendung findet, ist im Vergleich zu einigen, für bestimmte Bundesländer, wie Baden-Württemberg, spezifischen Tests, eine Verbesserung, da diese regionalen Tests speziell auf muslimische Einwanderer abzielen und Fragen zu persönlicher Einstellung in einer diskriminierenden und breit kritisierten Art und Weise stellen. Einige dieser Tests werden auch nach Einführung des nationalen Tests weiter angewandt. Der neue Test wird vom TBB (*Türkischer Bund Berlin Brandenburg*) als ein Beleg dafür wahrgenommen, dass:

„...die Bundesregierung kein Interesse daran hat, durch eine zügige Einbürgerung zumindest die formale Gleichstellung der Menschen mit Migrationshintergrund zu gewährleisten und sie stärker an dieses Land zu binden“²⁰⁹

Der *Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)* jedoch begrüßt den Test, da ein identitätsstiftendes Ritual bei der Einbürgerung „ein wichtiger Bestandteil der neuen Integrationskultur“²¹⁰ werden könne.

²⁰⁹ Safer Cinar, Sprecher des TBB, Presseerklärung, 12. Juni 2008.

²¹⁰ Aiman Mazyek, Generalsekretär des Zentralrats der Muslime, 20. Juni 2008, online verfügbar auf www.islam.de

Die muslimische Organisation Milli Görüş – IGMG – kritisierte unter anderem die Tatsache, dass die Mitglieder der Nationalen Integrationskonferenz zu diesen wichtigen, die Integration betreffenden Fragen nicht einmal gehört, geschweige denn in den Entscheidungsprozess einbezogen würden.²¹¹

Eine weitere gesetzliche Veränderung, welche Schwierigkeiten für doppelte Staatsbürger – unter ihnen viele Muslime – verursacht, ist die Verpflichtung, sich im Alter von 18 Jahren für einen der beiden Pässe zu entscheiden. Mit dem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz aus dem Jahr 2000 bekommen Kinder, die in Deutschland geboren wurden und deren Eltern seit mindestens 8 Jahren im Land leben, einen deutschen Pass, selbst wenn sie bereits eine andere Staatsangehörigkeit haben. Mit 18 Jahren müssen sie sich dann allerdings für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden, was im Jahr 2008 3300 Deutsch-Türken betraf. Kerim Arpad, Vorsitzender der Europäischen Versammlung Türkischer Akademiker, gehört zu den Kritikern dieser doppelten Standards und weist darauf hin, dass die meisten EU-Bürger mit zwei Pässen eine solche Entscheidung nicht treffen müssen.²¹²

Eine weitere Hürde vor dem Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft ist die Anforderung an alle, die 16 Jahre oder älter sind, und die Einbürgerung beantragen, ihr Einkommen nachzuweisen. Angesichts der sozio-ökonomischen Verhältnisse, in denen muslimische Einwanderer aus der Türkei leben, wird diese Regelung als Hindernis für die Einbürgerung bei Menschen wahrgenommen, die nicht wohlhabend genug sind. Günter Piening, der Integrationsbeauftragte Berlins sieht diese und andere Regelungen als ein klares Statement, dass bestimmte Einwanderergruppen nicht willkommen sind.²¹³

10.4 Wahlen und kommunale Teilhabe

Das Wahlrecht ist eng an die Staatsbürgerschaft gebunden. Selbst auf der lokalen Ebene haben Nicht-EU-Bürger kein Wahlrecht. Der Bürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, Dr. Franz Schulz erklärt, dass bisher Versuche der Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Nichteuropäer durch starken politische Widerstand behindert worden seien.^{214,215}

²¹¹ Ekrem Şenol, „Der Kniefall ein Reinfall“, 18. Juni 2008, IGMG Homepage <http://www.igmg.de/nachrichten/artikel/2008/06/18/8051.html?L=.html>.

²¹² Sabine am Orde, „Türken fordern den Doppelpass“, *taz*, 8. Juli 2008, <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/tuerken-fordern-den-doppelpass> (abgerufen im April 2010).

²¹³ Alke Wierth, „Migranten geben Hoffnung auf“, *taz*, 15. Juni 2007, <http://www.taz.de/index.php?id=berlin-aktuell&dig=2007/06/15/a0159&cid=820&cHash=aae568f5f0> (abgerufen im April 2010).

²¹⁴ OSI Interview mit Dr. Franz Schulz, Bezirksbürgermeister Friedrichshain-Kreuzberg, 14. April 2008.

Muslimische Teilnehmer der OSI-Umfrage identifizieren sich stark mit dem Bezirk, in dem sie leben, und haben zu einem sehr viel größeren Prozentsatz das Gefühl, politische Entscheidungen auf der Bezirksebene beeinflussen zu können als auf der städtischen und Landesebene. Die Beteiligung an Bezirkswahlen ist groß. Von 51 Muslimen, welche das Recht hatten, sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene zu wählen, nahmen 38 an den Bundestagswahlen und 37 an den Kommunalwahlen teil, was zusammen fast 75% Wahlbeteiligung unter den muslimischen Interviewten ausmacht.²¹⁶ Diese Zahlen sind jedoch nicht repräsentativ für die muslimische Bevölkerung Kreuzbergs, sondern zeigen in erster Linie ein hohes politisches Engagement unter den Befragten.

Die Wahrnehmung der eigenen Möglichkeiten, politische Entscheidungen zu beeinflussen, war unter allen Befragten relativ ausgeglichen. Rund die Hälfte aller Interviewten hatte den Eindruck, Entscheidungen auf der städtischen Ebene beeinflussen zu können. Während sich sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime weniger in der Lage sahen, Entscheidungen auf nationaler Ebene zu beeinflussen, fühlte sich ein etwas größerer Anteil der Muslime (69 Prozent) als der Nicht-Muslime (59 Prozent) auf der Ebene der nationalen politischen Entscheidungen ohnmächtig.²¹⁷ Die Differenz der Zahlen dieser beiden Gruppen ist jedoch so gering, dass keine klaren Unterschiede erkennbar sind.

Die muslimischen Interviewten waren auf der lokalen Ebene relativ aktiv und in einigen Bereichen sogar aktiver als die Vergleichsgruppe. So gab fast die Hälfte der muslimischen Befragten (44) an, innerhalb des letzten Jahres an einer öffentlichen Versammlung teilgenommen zu haben (Nicht-Muslime: 36), 12 von diesen sogar 10 mal und häufiger. 25 hatten an einer öffentlichen Demonstration teilgenommen (NM:33), 45 hatten eine Petition unterzeichnet (NM: 63), und 22 hatten an einer Umfrage oder einem Treffen zu lokalen Diensten oder Problemen im Bezirk teilgenommen (NM:15).²¹⁸ Die Inhalte dieser lokalen Treffen waren vielfältig und reichten von Jugendprojekten über die Verbesserung der Wohnqualität bis zur wirtschaftlichen und Sicherheitssituation Berlins.

Für die muslimischen Befragten waren die wichtigsten Bereiche der aktiven Partizipation die Schule, Bildungsinstitutionen und lokale Projekte für Jugendliche.

²¹⁵ Im Herbst 2008 starteten die Bundesländer Berlin, Rheinland-Pfalz und Bremen eine *Bundesratsinitiative* mit dem Ziel ein Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger zu erwirken, so dass auch in Gebieten mit einem hohen Ausländeranteil der demokratische Prozess legitim bleibt. Siehe: Pressebericht des Berliner Senats: „*Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger*“, 30. September 2008, <http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2008/09/30/110580/index.html>

²¹⁶ Siehe Tabellen 18–21.

²¹⁷ Sie fühlten, sie hätten kaum oder gar keine Möglichkeiten Entscheidungen auf der Bundesebene zu beeinflussen. Siehe auch Tabellen 21 & 22.

²¹⁸ Siehe Abbildung 19.

Von 21, die im Bildungsbereich aktiv gewesen waren, gaben 4 an, Sprecher einer Elterngruppe gewesen zu sein.

10.5 Zugehörigkeitsgefühl und bürgerliche Teilhabe

Hakan Tosuner vom Vorstand der *Muslimischen Jugend Deutschland, MJD*²¹⁹ legt ein besonderes Gewicht auf den Stellenwert von Vorbildern bei dem Versuch, jungen Menschen bei der Orientierung zu helfen und ihr bürgerschaftliches Engagement zu wecken. Er glaubt, dass Themen wie Identität und Zugehörigkeit dieses zivile Engagement behindern können. In diesem Zusammenhang versucht die MJD daher, ihren jungen Mitgliedern dabei zu helfen, eine deutsche muslimische Identität zu entwickeln, welche den Druck vermindert, sich zwischen deutscher und muslimischer Identität entscheiden zu müssen. Tosuner empfiehlt auch, verschiedene Arten junger muslimischer Vorbilder in die vielfältigen lokalen Integrationsprojekte einzubeziehen.

Die MJD ist ein Beispiel für eine junge muslimische Organisation, die nicht nur eine aktive Integration durch die Entwicklung und Stärkung einer deutsch-muslimischen Identität und Selbstwahrnehmung befördert, sondern auch dabei helfen kann, durch einen religiösen Diskurs junge Menschen mit muslimischem Hintergrund zu erreichen und für eine zivile Teilhabe zu gewinnen.

Synnové Bendixsens Studie²²⁰ unter weiblichen Mitgliedern der MJD, belegte, dass die religiös aktiven jungen Muslime an einer gesellschaftlichen Teilhabe besonders interessiert sind. Sie erkannte eine Entschlossenheit unter den jungen Frauen, die negativen Stereotype über muslimische Frauen in der deutschen Gesellschaft zu widerlegen, indem sie in den Bereichen Bildung und soziale Teilhabe überdurchschnittlichen Ehrgeiz zeigten. Eine junge Muslima, die an einem Fokusgruppen-Gespräch der OSI-Studie teilnahm, drückte eine ähnliche Einstellung aus:

„Ich wollte der deutschen Gesellschaft ein Zeichen setzen und sagen: ‘Ja, ich bin Muslimin, ich trage ein Kopftuch, ich spreche deutsch und: ich habe diese Ausbildung, und habe das in meinem Leben erreicht...’, das war immer, schon von Kind an mein Ziel, und erst recht, wenn ich solche Sachen gehört habe, oder miterlebt habe, wenn auf der Straße komische Blicke kamen, oder eine Frau mich fast zusammenschlagen wollte, weil ich so einen Aufkleber auf der Tasche hatte, wo draufstand: ‘Islam ist Frieden’, die hat mich wirklich fast zusammengeschlagen; eine ältere Dame, ich war noch 13, und wenn man so was erlebt, dann steigert das den Ehrgeiz.“

²¹⁹ OSI-Interview mit Hakan Tosuner, Muslimische Jugend Deutschland, Mai 2008.

²²⁰ Synnové Bendixsen, Der Islam als neuer Identifikationsfaktor? – Junge Musliminnen in Berlin, in Muslimische-Stimmen.de, 2008, http://www.muslimische-stimmen.de/index.php?id=20&no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=184&tx_ttnews%5BbackPid%5D=11.

Die MJD legt dar, dass sie trotz ihrer Arbeit zur Unterstützung gesellschaftlicher Teilhabe und Integration junger Muslime wie viele andere muslimische Organisationen selbst nicht in der Lage ist, auf einer politischen Ebene voll an der Gesellschaft teilzuhaben, da ihnen Vorbehalte in Bezug auf Kooperationen mit öffentlichen Partnern stark im Weg stehen. Obwohl die Organisation in den Berichten des Verfassungsschutzes nicht als extremistisch identifiziert wird, bewirkt die Tatsache, dass sie überhaupt beobachtet werden, dass öffentliche Institutionen und Förderprogramme einer Zusammenarbeit mit ihnen abgeneigt sind.²²¹

10.6 Kommunale Initiativen zur Förderung von Kontakten zwischen Muslimen und Lokalpolitikern

Obwohl nationale Politik auch in Berlin und Kreuzberg die Interaktionen beeinflusst, kann in den letzten Jahren eine gewisse Annäherung zwischen muslimischen Organisationen auf der einen Seite und Lokalpolitikern auf der anderen Seite beobachtet werden. Auf der Bezirksebene war durch die frühere Bezirksbürgermeisterin Cornelia Reinauer (Die Linkspartei/PDS) ein Runder Tisch zwischen der Bezirksverwaltung und Vertretern muslimischer Organisationen eingerichtet worden. Reinauer hatte die meisten der muslimischen Organisationen im Bezirk Kreuzberg selbst besucht und gegenseitigen Kontakt und Austausch initiiert. Dies gab muslimischen Vertretern eine Gelegenheit, sich in der Lokalpolitik zu engagieren und ihre Bedürfnisse und Anliegen an die lokalen Entscheidungsträger zu vermitteln. Doris Nahawandi, der ehemaligen Integrationsbeauftragten des Bezirks zufolge, war eines der wichtigsten Ergebnisse dieses Runden Tisches der Kontakt und eine tiefere Kenntnis übereinander sowie Vertrauen, welches aus dieser Kenntnis und Kommunikation zwischen den Parteien erwuchs.²²² Da der erste Schritt hin zu Kommunikation und Vertrauen getan war, wurde die Einrichtung weiterer Runden möglicherweise erleichtert. Lydia Nofal, Vorstandsmitglied der muslimischen Organisation Inssan e.V., begrüßt diese Initiative der Verwaltung, hat aber den Eindruck, dass das anfängliche Engagement der muslimischen Organisationen schwach gewesen sei.²²³ Florencio Chicote vom Antidiskriminierungsnetzwerk ADNB ist der Ansicht, dass die anfänglichen Kontakte zu einem stärkeren Engagement muslimischer Organisationen in den Institutionen des Bezirks führen müssen.

Der Migrationsbeirat in Friedrichshain-Kreuzberg bietet eine weitere Möglichkeit für ziviles Engagement. Der Beirat trifft sich einmal jeden Monat, um wichtige Themen der Migration und Integration im Bezirk gemeinsam mit der Bezirksverwaltung zu

²²¹ Das Beispiel des Schulprojekts Ta'rif der MJD und dafür, wie leicht Gerüchte sich verbreiten, wird im Abschnitt über Medien näher erläutert. Für weitere Details zur Rolle des *Verfassungsschutzes* siehe Abschnitt Polizei und Sicherheit.

²²² OSI-Interview mit Doris Nahawandi, ehemalige Integrationsbeauftragte von Friedrichshain-Kreuzberg – Interview, Mai 2008.

²²³ OSI-Interview mit Lydia Nofal, Vorstandsmitglied des Inssan e.V.

diskutieren. Mitglieder muslimischer Organisationen sind DITIB und Inssan. Nofal betont, dass es in den Arbeitsbeziehungen in Kreuzberg eine generelle Atmosphäre des gegenseitigen Respekts, der Offenheit und ein Fehlen von Vorurteilen gäbe, was sich positiv von ihren Erfahrungen mit der Arbeit in anderen Bezirken Berlins absetze. Insbesondere sei die Kooperation von einem äußerst demokratischen Entscheidungsfindungsprozess bestimmt, in dem jeder gesellschaftliche Akteur in der Lage sei, seine Ideen vorzubringen und diese von den Teilnehmern hören und offen diskutieren zu lassen. Die Offenheit im Bezirk selbst gegenüber muslimischen Organisationen, die größtenteils aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen werden, hat kürzlich sogar zu einer Kooperation des Bezirksbürgermeisters mit verschiedenen muslimischen Organisationen im Rahmen eines europäischen Projekts gegen Zwangsheirat geführt, welches in den Niederlanden von der Organisation SPIOR initiiert worden war.

Burhan Kesici, Vorstandsmitglied der Islamischen Föderation Berlin, begrüßt Kreuzbergs Initiative, muslimische Organisationen in die politische Teilhabe einzubeziehen, indem für verschiedene Bürger durch das *Bürgerbudget* die Möglichkeit geschaffen wird, sich in den Entscheidungsfindungsprozess im Rahmen einer Verteilung von Förderungen einzubringen. Während Kesici wie andere die Bemühungen des Bürgermeisters für eine Integration von Muslimen in die lokalen politischen Prozesse schätzt, räumt er auch einen niedrigen Grad an Partizipation und Engagement auf der Seite der muslimischen Organisationen ein.

Muslimische Teilnehmer der Diskussionen zum vorläufigen OSI-Bericht am Runden Tisch in Berlin äußerten den Wunsch nach einer Kampagne zur Förderung des Bewusstseins über bürgerliche Rechte und Pflichten und begründeten dies mit dem Mangel an Bewusstsein vieler junger Muslime, die ohne ein solches aufwachsen und deshalb Anleitung bräuchten. Die Ergebnisse der OSI-Umfrage zu der bereits vorhandenen Identifizierung und aktiven Teilnahme der Muslime auf der Kommunalebene deuten auf gute Chancen zum Gelingen einer solchen Kampagne hin.

Frank Gesemanns Studie zur Teilhabe muslimischer Vereine an der lokalen Politik in Berlin belegte, dass über ein Drittel der Vereine den Kontakt zur Bezirksverwaltung als gut oder sehr gut beurteilten, während 55% sich mehr oder besseren Kontakt wünschten und es begrüßt hätten, wenn Offenheit und Vorurteilslosigkeit vorgeherrscht hätten.²²⁴

Auf der Ebene der Stadtverwaltung richtete Berlin im Jahr 2005 das *Islamforum* ein, welches viermal im Jahr den Vertretern der meisten muslimischen Vereine die Gelegenheit gibt, sich mit offiziellen Politikvertretern, wie dem Innensenator oder dem Integrationsbeauftragten und selbst Vertretern des Verfassungsschutzes zu treffen. Nach der Wahrnehmung sowohl der muslimischen Teilnehmer wie auch der

²²⁴ Frank Gesemann, *Chancen und Schwierigkeiten der Kommunikation zwischen Moschee-Vereinen und Verwaltung*, Spielhaus, Färber (Hg.) 2006 – *Islamisches Gemeindeleben in Berlin*, 2006 S. 25–31 (nachfolgend Gesemann, *Chancen und Schwierigkeiten*).

Politikvertreter, die an dem Forum teilnehmen, hat dieses bereits sehr viel zum gegenseitigen Verständnis und Vertrauen beigetragen.

Inssan hat den Eindruck, dass die Kontakte möglicherweise dazu beigetragen haben, dass sich Lokalpolitiker für ihr Moschee-Bauprojekt in Charlottenburg-Wilmersdorf eingesetzt haben, obwohl das Projekt wie auch die Organisation zeitweise auf sehr viel Ablehnung bei einigen Politikern und in den lokalen Medien getroffen hätte. Der Innensenator hatte sogar einen offiziellen Brief an die Bezirksverwaltung von Charlottenburg geschrieben, in dem er bestätigte, dass *Inssan* die Integration der muslimischen Bewohner befördere und daher unterstützt werden solle. Dieser Brief stellte einen bedeutenden politischen Schritt dar, da *Inssan* in der Vergangenheit vom *Verfassungsschutz* beobachtet worden war.²²⁵

OSI-Diskussionsteilnehmer verglichen das Berliner *Islamforum* mit der nationalen *Islamkonferenz*. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass Kritiker des Islam, die zum Berliner *Islamforum*, eingeladen würden, nicht als Vertreter der Religion betrachtet würden, was einen starken Kontrast zur nationalen *Islamkonferenz* darstelle, auf der der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble Islamkritiker als Repräsentanten der Muslime zur Teilnahme einlade.²²⁶

Ein weiteres Projekt, das aus dem *Islamforum* hervorging, ist eine Fortbildung für Imame aus verschiedenen Berliner Moscheen, welche diesen tiefere Kenntnisse von den verschiedenen Institutionen und Organisationen in der Stadt und den jeweiligen Bezirken liefern soll. Da die Moschee-Vereine generell und die Imame insbesondere eine bedeutende soziale und beratende Arbeit leisten, hofft man, dass ihnen eine größere Vertrautheit mit den deutschen Institutionen bei ihrer seelsorgerischen Arbeit mit Muslimen helfen könnte. Ebenfalls vom *Islamforum* angestoßen wurde ein Training für Mitglieder muslimischer Gemeinden und Organisationen zu den Inhalten und Möglichkeiten des neu eingeführten Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes AGG,²²⁷ und schließlich eine Broschüre, welche Ratschläge zum Umgang mit muslimischen Organisationen gibt (welche an verschiedene öffentliche Dienste in Berlin versandt wurde).

Wenn auch die meisten Teilnehmer des *Islamforums* die fruchtbaren Ergebnisse basierend auf Vertrauen und Unterstützung schätzen, so wünschen sich doch einige eine noch aktivere Einmischung des Gremiums in aktuelle Probleme und Konflikte in der Stadt. Burhan Kesici von der Islamischen Föderation Berlin erklärte, dass ein anderes Diskussionsforum, der Arbeitskreis *Islam und Schule*, der eng mit dem *Islamforum* in Verbindung steht, auch fruchtbare Art und Weise die verschiedenen problematischen Themen diskutiert, welche in den Schulen vorherrschten, aber

²²⁵ OSI-Interviews mit Imran Sagir und Lydia Nofal, Vorstandsmitglieder von *Inssan e.V.*

²²⁶ OSI Runder Tisch, 23. März 2009.

²²⁷ Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz.

dennoch nicht seinem Vorschlag gefolgt sei, eine Art Clearingstelle einzurichten, welche direkt und praktisch bei Schulkonflikten vermitteln könnte.²²⁸

Der Arbeitskreis entwickelte auch Richtlinien für Lehrer im Umgang mit muslimischen Kindern, die jedoch wegen innerer Konflikte bisher noch nicht veröffentlicht werden konnten; sie werden im Abschnitt „Bildung“ detailliert erläutert.

10.7 Muslimische Gemeinschaften in den Bezirken

Von den 17 Moschee-Vereinen und Gebetsräumen, die es in Kreuzberg gibt,²²⁹ sind 14 hauptsächlich türkischsprachig; von diesen wiederum gehören vier zur Islamischen Föderation, welche den Islamunterricht an Berliner Schulen organisiert, 2 zu *DITIB*, der offiziellen Religionsbehörde des türkischen Staates, 1, die Teil der mystisch ausgerichteten Dachorganisation *VIKZ* ist, 1 gehört zu *ADÜTDF*,²³⁰ 1 zum Kulturellen Zentrum Anatolischer Aleviten, und der Rest ist unabhängig. Eine Moschee gehört zu *IBMUS*,²³¹ einem losen Zusammenschluss von Organisationen mit verschiedenen ethnischen Hintergründen, und eine ist die Dachorganisation bosnischer Muslime *VIGB*, weshalb ihre Hauptsprache bosnisch ist. Eine arabische und eine kurdische Moschee sind beide unabhängig.

Abgesehen von den oben aufgeführten gibt es vier muslimische Organisationen ohne Gebetsraum: Das deutsche Büro der Hilfsorganisation Islamic Relief, die deutschsprachigen Organisationen Inssan und die Muslimische Jugend Deutschland (MJD) sowie eine Frauengruppe, welche vier muslimische Kindergärten unterhält. Als weitere Bildungsinstitution kann das Islam-Kolleg genannt werden, welches die muslimische Grundschule im Bezirk organisiert.

Die Repräsentation der verschiedenen Organisationen im öffentlichen Raum ist sehr unterschiedlich gestaltet, was hauptsächlich mit verschiedenen menschlichen Ressourcen und Erfahrungen sowie der jeweiligen Verwurzelung in der Gesellschaft zusammen hängt. Aber auch Unterschiede in der Altersstruktur, der Mitgliedschaft in verschiedenen Dachorganisationen im Unterschied zu unabhängigen Vereinen sowie variierende Ansichten über die Hauptaufgaben einer Moschee verursachen eine große Bandbreite unterschiedlicher Grade an sozial-politischem Engagement.

10.8 Herausforderungen auf der Bundesebene

Trotz der positiven Entwicklungen im Bereich der politischen Beteiligung auf der Kommunalebene, können bestimmte einschränkende politische Maßnahmen und

²²⁸ Ein gewisser Mangel an praktischen Konfliktlösungsstrategien wurde auch von Prof. Barbara John bemerkt.

²²⁹ Spielhaus (2006a).

²³⁰ Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine.

²³¹ Initiative Berliner Muslime

deren negativer Einfluss auf Teilhabe und Integration auf der Bundesebene nicht ignoriert werden. Obwohl das Innenministerium mit der 2006 zusammen mit muslimischen Vertretern ins Leben gerufenen *Islamkonferenz* den Islam als Teil der deutschen Gesellschaft anerkennt, wird gleichzeitig die politische Partizipation von Muslimen und von bestimmten Einwanderungsgruppen teilweise durch diskriminierende Gesetze, wie z.B. Teile der Einbürgerungsgesetze, behindert. Diese wurden bereits von der Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europäischen Rats²³² besonders wegen dem Verbot einer doppelten Staatsbürgerschaft für Nicht-EU-Bürger kritisiert.

Die problematische Rolle des *Verfassungsschutzes* in der öffentlichen Debatte um muslimische Organisationen und deren Akzeptanz haben schwere Folgen für die Vertretung der Rechte des Einzelnen und der Gruppen. Einzelnen Mitgliedern der überwachten Organisationen wird die Staatsbürgerschaft verweigert²³³ während den Organisationen selbst die Finanzierung und öffentliche Zusammenarbeit verweigert werden.²³⁴

Unter einigen in Deutschland lebenden Muslimen herrscht nach wie vor der Eindruck, dass es Deutschland am Willen zur aktiven politischen Beteiligung der Muslime fehle. Nachdem die größten muslimischen Dachorganisationen sich unter dem Schirm des neu gegründeten *Koordinierungsrats der Muslime in Deutschland (KRM)* zusammengenannt haben, um somit der Deutschen Regierung einen einzigen muslimischen Ansprechpartner zu stellen, nach dem lange verlangt worden war, lehnte die Bundesregierung diesen wieder als angemessenen Vertreter ab. Begründet wurde dies mit dem Zweifel daran, wie viele Muslime tatsächlich durch diese Organisationen repräsentiert würden.²³⁵ Abgesehen von der Anerkennung als offizieller Partner der Regierung und

²³² ECRI – European Commission against Racism and Intolerance – Report on Germany 2009. Straßburg, 2009, p. 14, (hiernach ECRI, Bericht über Deutschland), verfügbar unter http://hudoc.ecri.coe.int/XML/Ecri/ENGLISH/Cycle_04/04_CbC_eng/DEU-CbC-IV-2009-019-ENG.pdf.

²³³ Im Dezember 2009 entschied das *Bundesverwaltungsgericht* in Leipzig, dass ehemalige Funktionäre von Milli Görüs nur eingebürgert werden dürfen, nachdem sie glaubhaften nachweisen konnten, dass sie sich von den verfassungsgefährdenden Ansichten gelöst hätten. Siehe *Der Tagesspiegel*, 3 Dezember 2009.

²³⁴ OSI-Interview mit Lydia Nofal, Vorstandsmitglied Inssan, August 2008.

²³⁵ Eine neuere Umfrage der *Islamkonferenz* über Muslime in Deutschland scheint die Aussage, dass muslimische Organisationen nicht die Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime vertreten, zu stützen. Sie gibt an, dass weniger als ein Drittel der Befragten sich durch die Organisationen vertreten fühle, über die sie befragt wurden. Diese Ergebnisse werden jedoch von Interviewpartnern wie Lydia Nofal von Inssan bestritten. Sie bezeichnet diese als systematische Irreführung und Verfälschung, um die politische Abweisung und Ablehnung des *Körperschaftsstatus* für muslimische Organisationen zu stützen, da die Teilnehmer der Studie nur zu bestimmten Dachorganisationen befragt wurden. Einige dieser Dachorganisationen sind unter den Befragten kaum bekannt, während andere, bekannte Organisationen wie die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) in der Umfrage gar nicht direkt genannt wurden. Begründet wurde dies dadurch, dass diese keine direkten Mitglieder der *Islamkonferenz* seien. Bundesamt für Migration, *Muslimisches Leben*, S. 179.

Interessensvertreter der religiösen Muslime, würde die Akzeptanz auch einen wichtigen Beitrag in Bezug auf das Erreichen des Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts leisten. Dieser ist wichtig für Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen, Steuereinnahmen durch Steuerbehörden und viele weitere Rechte, die hauptsächlich die christlichen Kirchen besitzen.

11. ALLTAGSERFAHRUNGEN VON MUSLIMEN: DIE ROLLE DER MEDIEN

Die Medien wirken sich erheblich auf Integration, soziale Inklusion und Teilhabe aus. Medienrezeption kann als eine zivilgesellschaftliche Handlung gesehen werden, wenn sie dazu beiträgt, sich über Themen und Ereignisse zu informieren, die sich nicht im unmittelbaren Lebensumfeld, der eigenen Familie und Freunde, im eigenen Bezirk, der Stadt oder dem Land abspielen. Es werden immer wieder Bedenken darüber geäußert, dass die Tatsache, dass sich migrantische Gemeinschaften im Bezug auf Nachrichten und andere Informationen auf externe 'Heimat-Medien' verlassen, deren Integration in die neuen lokalen und nationalen Gemeinschaften behindert und dass die Vielfalt und Verfügbarkeit globaler Medienquellen ein 'digitales Ghetto' kreieren.

Dieses Kapitel legt den Schwerpunkt auf die Hauptinformationsquellen der Befragten, deren Ansichten und Wahrnehmungen bezüglich der Darstellung von Muslimen in den Medien und den Einfluss, den diese auf die Inklusion haben. Initiativen zur Unterstützung der muslimischen Interaktion mit den Medien und zur Steigerung der aktiven Rolle und Sichtbarkeit in den Medien werden dabei hervorgehoben.

11.1 Informationsquellen

Die OSI-Studie liefert einen Hinweis auf die Quellen, die Menschen für Informationen über ihr lokales Umfeld, ihre Stadt und das Land, in dem sie leben, nutzen. Persönliche Kommunikation mit Freunden, Familienmitgliedern und Nachbarn waren für mehr als die Hälfte der muslimischen Befragten die wichtigsten Informationsquellen, was Ereignisse im Bezirk und der eigenen Nachbarschaft betraf. Zeitungen und Magazine tauchten ebenfalls für fast die Hälfte der befragten Muslime als wichtige Informationsquellen über Ereignisse im Bezirk auf. Dabei sind kostenlose Lokalblätter ebenso wie lokale deutsche Zeitungen wie *Der Tagesspiegel* und die *Berliner Zeitung*, Stadtmagazine wie *Zitty* und türkische Zeitungen eingeschlossen. Nur ein Fünftel der muslimischen Befragten nannte das Fernsehen oder das Internet als lokale Informationsquelle, nicht-muslimische Befragte nannten diese Quellen sogar noch seltener und nannten eher Aushänge auf den Straßen und in den Geschäften. Einzelne Mitglieder der muslimischen Gruppe beriefen sich auf das Radio, Aushänge, den Arbeitsplatz oder die örtliche Moschee als ihre primären Informationsquellen über Ereignisse im Bezirk. Richtet man den Blick vom Bezirk auf die Ebene der Stadt Berlin, verlässt sich eine Mehrheit der Muslime und Nicht-Muslime für ihre Informationen auf Zeitungen, wobei das wöchentlich erscheinende Stadtmagazin *Zitty*, *Der Tagesspiegel*, die Berliner Boulevardzeitung *BZ* und die türkische Zeitung *Türkiye* namentlich erwähnt wurden.²³⁶ Auch Fernsehen, Internet, Radio und persönliche

²³⁶ Die erwähnten Blätter sind nur Beispiele und in keiner Weise repräsentativ, da die Interviewten nicht nach spezifischen Quellen und Titeln, sondern vielmehr generell gefragt wurden, und einzelne Befragte von sich aus ihre beliebtesten Nachrichtenquellen nannten.

Kommunikation mit Freunden, Familie und Nachbarn wurden als potentielle Informationsquellen genannt. Im Kontrast dazu war das Fernsehen für Informationen über nationale Ereignisse die wichtigste Quelle, welche von mehr als 80 Prozent der muslimischen Befragten genannt wurde. Nicht-Muslime verließen sich im Gegensatz dazu weniger auf das Fernsehen (66 Mal), sondern noch mehr auf Zeitungen als für Lokalinformationen (74). Einige ältere Muslime gaben an, dass sie die Informationen über die Welt um sie herum hauptsächlich von ihren Kindern erhielten.

Es gibt innerhalb der Fragebögen und Fokusgruppen-Interviews Hinweise auf die Nutzung nicht-deutscher Medien in verschiedenen Situationen. Einige gaben an, ihre Nachrichten über Deutschland hauptsächlich über türkische oder andere nicht-deutsche TV Sender und Zeitungen zu erhalten. Während die Sprache dafür ein wichtiger Grund sein mag, legen weitere Untersuchungen nahe, dass der gesamte Anteil derer, die nicht-deutsche Medien konsumieren weit höher ist als der Anteil derer, die diese aus Mangel an ausreichenden Deutschkenntnissen meiden.²³⁷

Die Sozialwissenschaftlerin Fakra Fatnassi, die für verschiedene Nichtregierungsorganisationen in Berlin als Beraterin und Mentorin für junge Frauen aus Minderheitsgruppen arbeitete und als Expertin für die vorliegende Studie befragt wurde, ist der Ansicht, dass die Vorliebe einiger Muslime und ethnischer Minderheiten für nicht-deutsche Medien als Reaktion auf die fehlende Repräsentation von Muslimen und anderen Minderheiten in den etablierten Medien verstanden werden kann.²³⁸ Um klare Aussagen zu diesem Thema machen zu können, ist jedoch weitere Forschungsarbeit notwendig. Deutlich ist aber bereits, dass die deutschen Medien für Einwanderer und insbesondere für Muslime wesentlich interessanter werden könnten, wenn deren Interessen beachtet würden, zumal türkische und andere private Fernsehkanäle weltweit viel geschaut werden und viele dieser auch spezielle deutsche und europäische Programme anbieten.

Eine mögliche Antwort darauf ist die Entwicklung von zweisprachigen oder rein türkischen und arabischen Radioprogrammen. 1998 wurde das erste Radioprogramm in türkischer Sprache *Makaria* in Berlin ausgestrahlt. Seit 1999 sendet der türkischsprachige Radiosender *Metropol FM* in Berlin und anderen Gebieten Deutschlands, nennt sich selbst die einzige Medienstation, welche die Deutschen mit türkischem Hintergrund jederzeit erreichen kann und gibt eine Popularität von 91,5% in Berlin an.²³⁹ Sender wie der türkische TRT, die Ableger in Berlin haben, geben den Bewohnern Berlins die Gelegenheit, türkischsprachiges Radio zu hören. Ein multilingualer Sender, *Radio Multikulti*, war 1994 als Reaktion auf tödliche rassistische Angriffe in Mölln und anderen deutschen Städten als Teil des lokalen Radio- und

²³⁷ Brettfeld und Wetzels ermittelten, dass rund ein Fünftel der Interviewten nur oder hauptsächlich nicht-deutsche Medien konsumierten. Brettfeld, Wetzels: *Muslime in Deutschland*, S. 234.

²³⁸ OSI-Interview mit Fakra Fatnassi, Juni 2008.

²³⁹ Quelle verfügbar unter <http://www.metropolfm.de/b2b.html>.

Fernsehsenders *RBB (Radio Berlin Brandenburg)* gegründet worden. Das Programm sendete in 21 Sprachen und reflektierte damit die verschiedenen Sprachen, die in der Stadt gesprochen wurden. Die Länge der Programme entsprach der Größe der entsprechenden Gemeinschaften. Das türkische Programm wurde daher eine Stunde pro Tag ausgestrahlt während auf Vietnamesisch nur einmal pro Woche für 45 Minuten gesendet wurde. *Radio Multikulti* hat auch viel zur Ausbildung und Schulung von Radiojournalisten aus Minderheitengruppen beigetragen.

Angesichts der wichtigen Rolle, die Radio Multikulti gespielt hat, ist anzunehmen, dass die Schließung des Senders Ende 2008 und die fehlende Entwicklung wirklicher Alternativen wahrscheinlich einen nachteiligen Effekt auf die Integration der Berliner Migranten-Communities haben werden. Der Mangel an Zuhörern war als ein zentraler Grund für die Schließung angegeben worden. Die Statistiken über die Zahl der Zuhörer berücksichtigten jedoch nur deutsche Staatsangehörige. Angesichts des Charakters des Senders und seiner Programme führt dies mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu, dass die Größe des Publikums unterschätzt wird. Während die tatsächliche Anzahl der Zuhörer also nicht bekannt ist, legt der Protest in den türkischsprachigen Medien in Deutschland gegen die Schließung eine große Bedeutung des Senders für diese Gemeinschaften nahe.²⁴⁰ Auch die Bundesministerin für Integration und Migration Böhmer wird dahingehend zitiert, dass die Schließung ein falsches Signal bezüglich der Integrationspolitik senden würde.²⁴¹

11.2 Berichterstattung der Medien über Muslime und muslimische Organisationen

Die Darstellung von Muslimen in den Medien wird von den Muslimen in Berlin als wichtiges Thema angesehen. Dabei geht es sowohl um die fehlende Repräsentation von Muslimen unter den Mitarbeitern als auch die negative Darstellung von Muslimen innerhalb der Medienberichterstattung. Die Antworten einiger Interviewpartner deuten an, dass diese negative Darstellung als stellvertretend für die Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft gesehen wird. Diese Art der Berichterstattung durch die Medien wird damit zu einer Ursache für weitere Entfremdung und mag auch ein Grund für die Rezeption anderer, nicht-deutscher Medien sein.²⁴²

In den Fokusgruppen berichteten Teilnehmer von Gefühlen der Ohnmacht angesichts der Medienberichte über Türken und Muslime. Eine junge Teilnehmerin drückte ihren Ärger und ihre Frustration über die Art und Weise aus, in der die Medien über

²⁴⁰ Die ihren Hauptsitz in Deutschland habenden türkischen Zeitungen *Hürriyet und Milliyet* drückten den Protest verschiedener Berliner Bürger sowie Politiker mit türkischem Hintergrund aus.

²⁴¹ Suzan Gülfirat, „Aufregung um Radio Multikulti“, *Der Tagesspiegel*, 19. Mai 2008, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/art270,2533542>.

²⁴² Kai Hafez & Carola Richter, *Das Islambild von ARD und ZDF*. Wochenschau für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde, Jg. 58, H. 6, 2007, S. 239–240.

Integrations-themen berichten. Sie stellte fest, dass bei Themen, welche die Integration betrafen, immer muslimische Frauen mit Kopftüchern gezeigt wurden, und zwar meistens ältere Frauen, welche mit Einkaufstüten über den türkischen Markt gingen, womit der Eindruck erweckt würde, dass sie einerseits Muslime repräsentierten und andererseits als Symbol für mangelnde Integration stünden.²⁴³

Engagement innerhalb der Medien ist eine gute Möglichkeit, der negativen Berichterstattung über Muslime etwas entgegen zu setzen. Diejenigen, die verschiedenen Medienvertretern Interviews gegeben hatten, berichteten jedoch von schlechten Erfahrungen, da ihre Sichtweisen und Meinungen durch den Schnitt verzerrt worden seien.

Fereshta Ludin, eine junge Lehrerin, die sich für ihr Recht, mit Kopftuch zu unterrichten, auch vor Gericht eingesetzt hatte, nahm die Medienwahrnehmung ihres Falles als derart verzerrt wahr, dass sie sich selbst kaum mehr wiedererkennen konnte.²⁴⁴ Was ihr besonders auffiel, war die Tatsache, dass sich die Berichterstattung ausschließlich auf die Details ihres Falles und ihre Aussagen über die rechtlichen Aspekte konzentrierte, während sie ihre Aussagen über Frauenrechte und den Stellenwert von Demokratie völlig ignorierten. Eine Darstellung der letzteren wäre ihrer Ansicht nach aber nötig gewesen, um den rechtlichen Fall angemessen zu verfolgen.

Im Jahr 2003 spielten die Medien bei einer Kampagne gegen das Ta'rif-Projekt der Organisation *Muslimische Jugend Deutschland (MJD)* eine entscheidende Rolle. Das Projekt, welches vom Bundesministerium für Familie und Jugend gefördert wurde, zielte darauf ab, falschen Konzepten von der Religion und dem Missbrauch islamischer Argumente zur Rechtfertigung von aggressivem Verhalten etwas entgegen zu setzen. Zu Beginn war es von Schulen²⁴⁵ und einigen Medienvertretern²⁴⁶ unterstützt worden. Obwohl die Organisation Kooperationen mit christlichen wie jüdischen Gruppen aufweisen kann und Trainer mit verschiedenen religiösen Überzeugungen einbezog, wurde die *MJD* durch eine antijüdische Bemerkung im offenen Forum ihrer

²⁴³ Die Funktionsweise und die Notwendigkeit von Stereotypen für Medienbilder wurden von verschiedenen Autoren beschrieben. Über die Auswirkungen dessen auf die Darstellung von Muslimen und dem Islam schrieb beispielsweise Edward Said in *Covering Islam*, 1997. Für Deutschland hat die Medienpädagogin Sabine Schiffer 2005 *Die Darstellung des Islam in der Presse veröffentlicht*. Andere, wie die Soziologinnen Irmgard Pinn und Marlies Wehner, erklären speziell die Rolle muslimischer Frauen und deren Repräsentation in den Medien: *Europhantasien – Die islamische Frau aus westlicher Sicht*, Duisburg, 1995. Bezüglich der allgemeinen Perspektive auf Fernsehen, Radio und Printmedien, siehe Stefan Wellgraf: *Migration und Medien. Wie Fernsehen, Radio und Print auf die Anderen blicken*, 2008.

²⁴⁴ OSI-Interview mit Fereshta Ludin, 27. Juni 2008.

²⁴⁵ OSI-Interview mit Chaban Salih, Projekt-Koordinator des Ta'rif-Schulprojekts, Oktober 2006.

²⁴⁶ Regina Köhler, „Projekt der Muslimischen Jugend soll Gewalt verhindern“, *Berliner Morgenpost*, 5. Januar 2003, http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article429941/Projekt_der_Muslimischen_Jugend_soll_Gewalt_verhindern.html (accessed April 2010).

Homepage zum Ziel einer negativen Medienkampagne.²⁴⁷ Diese Bemerkung wurde als Beleg für einen generellen Antisemitismus der Organisation und ihre Verbindung zur Muslimbruderschaft zitiert²⁴⁸ und führte zu dem Vorwurf, dass sie dieses und auch islamistisches Gedankengut in Berliner Schulen verbreiten wolle. Trotz der Unterstützung der Katholischen Jungen Gemeinde und anderen und trotz der Distanzierungen der *MJD* von dem Forumseintrag wurde die Förderung des Projekts beendet und die Zusammenarbeit mit dem Ministerium abgebrochen.²⁴⁹

Prof. Schiffauer beschreibt diesen Vorfall als ein Beispiel für die "Logik von Gerüchten", welche teilweise durch eine gewisse Furcht vor "Ansteckung" mit islamistischen Gedanken durch den geringsten Kontakt mit einer Person oder Organisation entsteht, die in den Berichten des Verfassungsschutzes auftaucht. Es zeigt aber auch eine gewisse Bereitschaft von Journalisten, schlechten Nachrichten Glauben zu schenken und die Argumente des Verfassungsschutzes ungeprüft zu übernehmen. Schiffauer kritisiert insbesondere die Tatsache, dass es Journalisten häufig unterlassen die Aussagen des Verfassungsschutzes zu überprüfen oder mit den Betroffenen – in diesem Fall den Projektleitern – zu sprechen.²⁵⁰

Obwohl sogar Mitarbeiter des Büros der Bundesausländerbeauftragten, welches die Fördergelder verwaltet, intern die Entscheidung über die Beendigung des Projekts bedauerten, konnte das Ministerium dem Druck nicht standhalten, welcher entstanden war, nachdem andere Journalisten den Bericht des *Tagesspiegels* aufgegriffen hatten.^{251,252} Seitdem ist kein Projekt der *MJD* in Berlin oder deutschlandweit staatlich gefördert worden.

Die Medienpädagogin Sabine Schiffer ist der Ansicht, dass es große Unterschiede in der Art und Weise gibt, wie der Islam innerhalb der deutschen Medienlandschaft dargestellt wird, und man gut recherchierte Artikel und Berichte neben undifferenzierten und suggestiven Texten und Sendungen finden kann.²⁵³ In mehreren Interviews wurden die Verbesserungen der Medienberichterstattung der jüngsten Zeit gewürdigt und erwähnt, dass einige Medien nun versuchten das Thema objektiver und

²⁴⁷ Schiffauer, „Der unheimliche Muslim“.

²⁴⁸ *Die Berliner Tageszeitung Der Tagesspiegel* schrieb Folgendes: „Für den Verfassungsschutz steht fest, dass es enge Verbindungen gibt. So sei der Verein im „Haus des Islam“ gegründet worden, einer Organisation, die Mitglied im Zentralrat der Muslime ist. Der Zentralrat wiederum sei eine Dachorganisation, zu der auch die Islamische Gemeinschaft gehöre, und die werde von Anhängern der fundamentalistischen Muslimbruderschaft beeinflusst.“, Susanne Vieth-Entus, 7. November 2003.

²⁴⁹ OSI-Interview mit Chaban Salih, Oktober 2006.

²⁵⁰ Schiffauer, „Der unheimliche Muslim“.

²⁵¹ Siehe *Der Spiegel*, 7. November 2003.

²⁵² OSI-Interview mit Chaban Salih, Projekt-Koordinator des Ta'rif-Schulprojekts, Oktober 2006.

²⁵³ Sabine Schiffer, „Medien als Spiegel und Konstrukteur gesellschaftlicher Vorstellungen. Der Islam in deutschen Medien“, http://www.migration-boell.de/web/diversity/48_1231.asp.

differenzierter darzustellen. Der öffentlich-rechtliche Sender *ZDF* entwarf das Internetprogramm *Forum am Freitag*, in dem verschiedene muslimische Wissenschaftler und Experten zu Fragen des öffentlichen Interesses Stellung nehmen. Der Radiosender *SWR* strahlt jeden ersten Freitag im Monat ein Programm zu Themen rund um den Islam aus. Trotz dieser Bemühungen wird jedoch die Medienberichterstattung über den Islam von allen Befragten immer noch weitgehend als verbesserungsbedürftig wahrgenommen. Viele sind der Ansicht, dass die Bereitwilligkeit mancher Journalisten und Medieninstitute, bestehende einseitige Ansichten wiederzugeben, zumindest teilweise für das schlechte Ansehen der Muslime in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft verantwortlich ist.

Der Berliner Integrationsbeauftragte und ehemalige Journalist Günter Piening ist der Ansicht, dass die Unterschiede in der Darstellung von Muslimen in unterschiedlichen Medien möglicherweise die Unterschiede zwischen den jeweiligen Zielgruppen wiedergeben. Er bemerkte, dass die lokale Boulevardzeitung *BZ* oft relativ positiv über Themen die Muslime betreffend berichtet, verglichen mit der Berliner Tageszeitung *Der Tagesspiegel*. Während die Leserschaft der ersteren hauptsächlich aus Arbeitern und sozio-ökonomisch schlechter Gestellten besteht, unter denen sich auch viele Muslime befinden, zielt die letztere auf eine Leserschaft der Berliner Mittelklasse ab.

Piening ist der Ansicht, dass die Berichterstattung von Medien wie dem *Tagesspiegel* eine gewisse Reserviertheit und Skepsis gegenüber Muslimen und muslimischen Organisationen – welche im Wachstum begriffen scheint²⁵⁴ – bedient und reproduziert. Der Integrationsbeauftragte sieht einen wachsenden antiislamischen Diskurs in der gesellschaftlichen Mitte, was auch bei der lokalen Debatte über das geplante Moschee-Bauprojekt des Vereins *Inssan e.V.* in dem überwiegenden Mittel-Klasse-Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf beobachtet werden konnte. Der Widerstand gegen die Moschee wurde in diesem Bezirk von der Mittelklasse angeführt und war schließlich erfolgreich, während der Widerstand gegen ein anderes Moschee-Bauanliegen in Berlin-Heinersdorf von Rechtsextremen angeführt wurde und erfolglos blieb.

Der Psychologe und Rassismusforscher Mark Terkessidis argumentiert, dass eine Konzentration auf Rechtsextremismus in Deutschland dazu geführt hat, dass Rassismus und Diskriminierung, die aus der Mitte der Gesellschaft entspringen, nicht wahrgenommen und bearbeitet wurden. Er fügt hinzu, dass institutionalisiertem Rassismus begegnet werden muss, um dem Rassismus am Rand der Gesellschaft wirksam etwas entgegensetzen zu können.²⁵⁵ Solch eine Perspektive macht es relativ schwierig, einfache Strategien gegen die negativen Auswirkungen einer bestimmten Art von einseitiger Medienberichterstattung über den Islam und die Muslime in Deutschland und auf der lokalen Ebene zu formulieren. Denn einerseits reflektieren die Medien eine gewisse Stimmung in der Gesellschaft – auch wenn sie diese

²⁵⁴ OSI-Interview mit Günter Piening. Berliner Integrationsbeauftragter, Mai 2008.

²⁵⁵ Terkessidis, Banalität des Rassismus.

gleichzeitig verstärken – und andererseits stehen die Journalisten selbst oft unter Druck, da sie nicht nur eine sehr vielfältige Realität der Muslime und muslimischen Organisationen überblicken müssen – was angesichts der schnellen Arbeit von besonders Fernsehsendern und Tageszeitungen schon eine große Herausforderung sein kann – oder mit Muslimen umgehen, die sich falsch repräsentiert fühlen, sondern sich auch schnell mit Kritik von verschiedenen Seiten auseinandersetzen müssen, wenn sie zu positiv über eine Person oder Organisation berichten, die bis dahin von anderen Medien, Politikern oder dem Verfassungsschutz selbst kritisch betrachtet worden war. In manchen Fällen kann dies zu einer Atmosphäre des Misstrauens und einer Bereitwilligkeit zur Reproduktion einseitiger Berichterstattung führen, der selten wahrer Enthüllungsjournalismus entgegengesetzt wird. Das Resultat sind oft problematische Wiederholungen von Stereotypen und mitunter falsche oder zumindest verfälschte Angaben. Dies kann zu Gerüchten und Meinungen über einzelne Muslime oder muslimische Organisationen führen, die hinterher selten richtig gestellt werden.

11.3 Auswirkungen negativer Medienberichterstattung auf Muslime

Meho Travljanin vom bosnischen islamischen Kulturzentrum in Friedrichshain-Kreuzberg²⁵⁶ sprach über die negativen Auswirkungen einer einseitigen Berichterstattung über Muslime in Deutschland.²⁵⁷ Er hat den Eindruck, dass anstatt nach Lösungen für anstehende Probleme zu suchen, es den Politikern oft leichter erscheine, auf Muslime zu zeigen und über deren Unterdrückung von Frauen oder ihren Widerstand gegen die Integration zu sprechen. Diese Art, einen Sündenbock zu suchen, wirke sich auf verschiedene Arten aus. Er beschreibt ein Gefühl von Orientierungslosigkeit unter Muslimen in Deutschland, speziell in der jüngeren Generation, und die Schwierigkeiten, die das für einige mit sich bringe, sich mit der Mehrheitsgesellschaft zu identifizieren und ein Zugehörigkeitsgefühl zu entwickeln.

Er erklärt auch, dass die, die ihre Religion aktiv im täglichen Leben praktizieren, ihre Religiosität innerhalb der deutschen Gesellschaft ständig hinterfragen und ihre religiösen Überzeugungen oft vor deutschen Freunden und Kollegen verstecken. Auf der anderen Seite betonte er auch seinen Stolz auf den Bezirk Kreuzberg, wo

²⁵⁶ OSI-Interview mit Meho Travljanin, Bosnisch Islamisches Kulturzentrum, Berlin, Mai 2008.

²⁵⁷ Zur Zeit der Fertigstellung dieses Berichts wurde ein islamfeindlich motivierter Mord in einem Dresdner Gericht von der nationalen und Lokalpresse zunächst als ein Beispiel für Gewalt an den Gerichten behandelt. Dies löste eine Diskussion zur Sicherheit an den Gerichten aus, während der rassistische und islamfeindliche Aspekt – der Mörder nannte das Opfer, eine junge ägyptische Mutter mit Kopftuch, eine Islamistin und Terroristin – zu Beginn kaum Erwähnung fand. Ähnlich den Medien verurteilte die deutsche Regierung die Tat, gab jedoch an, dass es nicht genug Beweise für ein rassistisches oder islamfeindliches Motiv gebe. Die Medienexpertin Sabine Schiffer und andere vermuten jedoch, dass die Jahre der negativen Berichterstattung über muslimische Belange in hasserfüllten Taten wie dieser ihre Auswirkungen zeigten. Siehe z.B. Interview mit Sabine Schiffer in *Junge Welt*, 9. Juli 2009, von Bernhardt, Markus.

multikulturelles Leben nicht als Defizit gesehen werde und wo leichter Lösungen für diese Art von Problemen gefunden würden.

11.4 Medieninitiativen

Es existieren einige Projekte und Initiativen, die sich in der Vergangenheit als nützlich und erfolgreich herausgestellt haben und weiter gestärkt und ausgeweitet werden sollten. So gab es beispielsweise Hintergrundgespräche zwischen Vertretern muslimischer Organisationen und Fernseh- wie Print-Journalisten über relevante Themen. Diese Runden Tische boten beiden Seiten die Möglichkeit, sich außerhalb tagesaktueller journalistischer Kontexte gegenseitig besser kennen zu lernen. Die Initiative, die als Teil eines Forschungsprojekts begann,²⁵⁸ wurde auch nach dem Ende des Projekts auf Wunsch aller Beteiligten weiter fortgesetzt und später auf ähnliche Weise durch Reinhard Fischer vom *QM (Quartiersmanagement)* des Bezirks Berlin-Wedding organisiert. Die Runden Tische ermöglichten Journalisten, die üblicherweise über Themen zum Islam berichteten, viele der wichtigsten muslimischen Organisationen und Einzelpersonen zu treffen. Ein Fernsehjournalist, der an den Runden Tischen teilgenommen hatte, schlug sogar einen Preis für ausgewogene Berichterstattung vor.

Von den Teilnehmern des Berliner OSI Runden Tisches, unter denen sich auch Vertreter der Medien befanden, wurde auch hinzugefügt, dass Journalisten Unterstützung benötigten. Sie wüssten nicht, wie sie ihren Mangel an Kenntnissen über Muslime und den Islam beheben könnten, da es keine berufliche Weiterbildung zu diesem Thema gebe. Es wurde erwähnt, dass Journalisten eher bereit seien, anderen Journalisten zu zuhören und von diesen zu lernen.

Aber eine ausgewogenere Berichterstattung über Themen, welche die muslimische Minderheit betreffen, erfordert auch eine stärkere Partizipation von Muslimen an der Produktion von Medieninhalten. Auch der Integrationsplan der Bundesregierung sieht die Vergrößerung der Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund, die in den Medien arbeiten, als Teil eines Diversity-Mainstreaming-Projekts vor.²⁵⁹ Nahawandi unterstützt eine Quote zur Sicherung der Beschäftigung von Vertretern ethnischer und/oder religiöser Minderheiten in den Medien, sowie eine vielfältige Zusammensetzung von Medienräten, um eine ausgewogene Berichterstattung diverser Themen und eine repräsentative Darstellung der deutschen Gesellschaft zu gewährleisten.²⁶⁰ Eine

²⁵⁸ Die Diskussionen waren Teil des *Ethnobarometer*-Forschungsprojekts zu *Europe's Muslim Communities: Security and Integration post 9/11*, in Deutschland durchgeführt von Dr. Gerdien Jonker, Projektbeschreibung verfügbar auf http://www.ethnobarometer.org/index.php?option=com_content&view=article&id=9:europes-muslim-communities-security-and-integration-post-911&catid=4:current-projects&Itemid=3.

²⁵⁹ Die Bundesregierung, Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen. Unterrichtung durch die Bundesregierung (2007). Berlin: Dt. Bundestag (Verhandlungen des Deutschen Bundestages Drucksachen, 16/6281), Juli 2007.

²⁶⁰ OSI-Interview mit Doris Nahawandi, Mai 2008.

Erhöhung der Vielfalt bei den Menschen, die in den Medien arbeiten, und zwar besonders in den höheren Positionen, könnte möglicherweise ein wichtiger Schritt gegen das Privileg der Interpretation sein, welches – wie Piening beschreibt – zum großen Teil bei der bürgerlichen Mittelschicht liegt, wo sich traditionell linke Bewegungen, wie die Frauenbewegung oder selbst die Antirassismus-Organisationen treffen und manchmal in ihrer Argumentation der anti-muslimischen Position der politischen Rechten überraschend nahe kommen.²⁶¹

²⁶¹ OSI-Interview mit Günter Piening, Integrationsbeauftragter des Berliner Senats, Mai 2008. Siehe auch Liz Fekete, Enlightened Fundamentalism? Immigration, Feminism and the Right, Institute of Race Relations (Hg.), Enlightened Fundamentalism?, *Race & Class* October 2006, 48, No 2, S. 1–22, verfügbar unter <http://rac.sagepub.com/content/vol48/issue2/>); und OSI, *Muslims in EU Cities – Germany*, (Mühe), 2007.

12. UMGANG MIT DEN BEDÜRFNISSEN UND ANLIEGEN VON MUSLIMEN

12.1 Interaktionen von Lokalpolitik und muslimischen Bürgern

In Berlin findet die stärkste Interaktion zwischen Muslimen, und besonders muslimischen Organisationen mit Politikern auf der Bezirksebene und im Bereich der eigenen Nachbarschaft statt.²⁶² Es gibt bedeutende Unterschiede in der Art und Weise, wie die verschiedenen Bezirke mit muslimischen Organisationen umgehen und deren Bedürfnissen und Anliegen Beachtung schenken. Während die Teilhabe von Muslimen und besonders Moschee-Vereinen an lokalen Gremien im Bezirk Neukölln relativ gering ist, hat der Bezirk Kreuzberg in den letzten Jahren einige Anstrengungen unternommen, Muslime und muslimische Organisationen in die lokalen Entscheidungsprozesse einzubinden.²⁶³ Sie sind dort auch an Entscheidungen über die Verteilung von Fördergeldern beteiligt und werden in öffentliche Projektkooperationen eingebunden. Auch im Bezirk Wedding gibt es ein aktives und integratives *Quartiersmanagement*,²⁶⁴ welches sich besonders für die Teilhabe von Muslimen einsetzt und Kooperationen mit Moschee-Vereinen in der Nachbarschaft des *Soldiner Kiezes* entwickelt. Das *QM* in Neukölln ist ebenfalls bemüht, die Einbindung von Muslimen und muslimischen Organisationen in seine Arbeit zu gewährleisten, sieht sich aber bezüglich der Einbeziehung religiöser muslimischer Vereine größeren Schwierigkeiten gegenüber, da es gegenüber solchen Kooperationen vonseiten der Bezirksverwaltung einen stärkeren Widerstand gibt. Diese Problematik wurde im Zuge der Förderung eines Diversity-Projekts für Grundschulen deutlich, welches eine Kooperation zwischen dem muslimischen Verein *Neuköllner Begegnungsstätte* und dem örtlichen *QM* darstellte. Die Kooperation musste aufgehoben werden, da der muslimische Verein einige seiner Büros an eine andere muslimische Organisation, den *VIKZ (Verband Islamischer Zentren)* vermietet hatte, welche wiederum im Bericht des Verfassungsschutzes indirekt erwähnt worden war.²⁶⁵ Während das *QM* die Partnerschaft gerne fortgesetzt hätte, bestand der Integrationsbeauftragte des Bezirks Neukölln auf dem Rückzug der Fördergelder.²⁶⁶

Interessanterweise gibt es auch Hinweise auf individuelle Diskriminierung von Muslimen innerhalb ihrer Interaktionen mit einigen *QMs*. In Kreuzberg ist das *QM*

²⁶² Gesemann, *Chancen und Schwierigkeiten*.

²⁶³ OSI-Interview mit Lydia Nofal, Vorstandsmitglied von Inssan e.V., August 2008.

²⁶⁴ Das *Quartiersmanagement – QM* ist Teil des Programms „Soziale Stadt“, einer Kooperation zwischen Bund und Ländern. Online: <http://www.quartiersmanagement-berlin.de/startseite>.

²⁶⁵ Der VIKZ wird ebenso wie andere Organisationen, beispielsweise Inssan in Kreuzberg, nicht direkt in dem Bericht erwähnt, sondern als Kontakt der beobachteten Dachorganisation IGD (Islamische Gemeinschaft Deutschland), welche wiederum in dem Bericht direkt als problematisch erwähnt wird.

²⁶⁶ OSI-Interviews mit Mitgliedern des muslimischen Vereins Neuköllner Begegnungsstätte, Juli 2008.

besonders in dem Gebiet um den Wassertorplatz aktiv, wo es allerdings bisher noch keine Partnerschaften mit muslimischen Vereinen gegeben hat. Eine Projektkoordinatorin für Kinder- und Jugendprojekte in dem Bezirk, die selbst Muslima ist, erzählte von einer Diskussion über einen ihrer Förderanträge für ein Kinderprojekt innerhalb der Nachbarschaftsinitiative *Mehrgenerationenhaus*, bei der sie von zwei Vorstandsmitgliedern gefragt worden sei, wie diese ihre Kinder zu ihr schicken könnten, ohne sicher zu sein, dass sie keine Islamistin sei.²⁶⁷

12.2 Politische Maßnahmen gegen Diskriminierung

Auf der Ebene des Berliner Senats lassen sich in einigen Verwaltungsbereichen wachsende Kooperationsbereitschaft und Bemühungen, den Bedürfnissen und Anliegen von Muslimen gerecht zu werden, beobachten. Berlin war eines der ersten Bundesländer, das innerhalb der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales eine *Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung* einrichtete. Auch der Vorgänger der Landesstelle, das Antidiskriminierungsbüro des Integrationsbeauftragten, hatte bereits daran gearbeitet, Berichte zu Diskriminierungserfahrungen, besonders von muslimischen Frauen mit Kopftuch, zu sammeln. Die frühere Leiterin dieses Büros, Dr. Sabine Kroker-Stille, hatte sich die Mühe gemacht, viele Moscheen und muslimische Vereine in der Stadt zu besuchen und Diskussionen mit muslimischen Frauen zu organisieren, die ein Kopftuch trugen, um mehr über deren Erfahrungen zu hören und sie dazu zu ermutigen, Diskriminierungsfälle ihrem Büro zu melden.²⁶⁸ Die Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes AGG und die Einrichtung der Berliner Antidiskriminierungsstelle (Landesstelle für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung) führten zu verbesserten Möglichkeiten, Opfern von Diskriminierung zu helfen.

Florencio Chicote vom Antidiskriminierungsnetzwerk ADNB erklärte, dass sich seine Arbeit entscheidend verändert hätte, nachdem das Gesetz verabschiedet worden sei, und dass die Themen Diskriminierung innerhalb der Zivilgesellschaft und der öffentlichen Institutionen stärker diskutiert würden. Er lobte die jüngsten Bemühungen der örtlichen Polizei, welche das Jahr 2008 dem Thema Diversity gewidmet und beim Berliner Polizeipräsidium eine zentrale Stelle für Beschwerden eingerichtet hatte. Gleichzeitig hatte Chicote den Eindruck, dass bei anderen öffentlichen Behörden, namentlich der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft

²⁶⁷ OSI-Interview mit Suraya Jammeh, Mehrgenerationenhaus Wassertorstrasse, Juli 2008.

²⁶⁸ Florencio Chicote von der Antidiskriminierungsorganisation ADNB spricht von einer kollektiv erlernten Hilflosigkeit. Diskriminierungserfahrungen brächten Muslime in Berlin seiner Ansicht nach oft dazu, sich zurückzuziehen und spezielle Orte und Situationen, in denen sie benachteiligt werden könnten, zu vermeiden, anstatt sich aktiv dagegen zu wehren und ihre Rechte einzufordern, was er besonders bei den Frauen beobachtete.

und Forschung, noch einiges getan werden müsse. In seinem Bericht von 2003²⁶⁹ hatte der ADNB dargelegt, dass Diskriminierung im Bereich Bildung und besonders in Schulen, aber auch im Bereich der Verwaltung, sehr stark wahrgenommen wurde.²⁷⁰ Er kritisierte generell das Herunterspielen von tatsächlichen Diskriminierungsfällen, wenn beispielsweise dementsprechende Erfahrungen von Kindern oft als Unregelmäßigkeiten auf der Seite der Kinder umschrieben worden wären, welchen in Folge empfohlen worden sei, eine Sonderschule zu besuchen.²⁷¹ Die Studie des ADNB hatte herausgefunden, dass selbst muslimische Mütter, die sich in den schulischen Belangen stark engagierten, diskriminiert wurden. Er forderte daher dringend ein allgemeines Beschwerdemanagement und die Verpflichtung zur Berichterstattung über Diskriminierungsfälle in Schulen. In seinem aktuellen Bericht zu Diskriminierung in Berlin fordert der ADNB eine unabhängige Beschwerdestelle mit investigativen Kompetenzen an Schulen, um die Beschwerden und Forderungen der betroffenen Schüler zu unterstützen.

Obwohl die Einrichtung der Landesstelle gegen Diskriminierung ein wichtiger positiver Schritt war, gibt es noch weitere mögliche Schritte, der Diskriminierung von Muslimen entgegenzutreten. Die Landesstelle behandelt bei ihrem Bemühen, spezifische Zielgruppen zu erreichen, die potentielle Opfer von Diskriminierung sind, keine individuellen Fälle, sondern hat Kontakte zu den jeweiligen spezialisierten NGOs etabliert. Die Diskriminierung von Muslimen wurde bisher nicht von der zuständigen Organisation für Religion behandelt, sondern in erster Linie als den anderen Bereichen zugeordnet (Fokus auf Geschlecht, Ethnizität, sexuelle Orientierung, Alter und körperliche Behinderung). Dies mag zum Teil daran liegen, dass der Bereich Religion durch die Berliner Beauftragte für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (BKRW) vertreten wird, welche nur begrenzten Zugang zu nicht-christlichen religiösen Gruppen hat. Da Diskriminierung von Muslimen aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit – auch wenn sie oft mit Diskriminierung aus anderen Gründen vermischt ist – besonders seit dem 11. September konstant zugenommen hat, ist es notwendig, diesem Diskriminierungsgrund besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Eine Zusammenarbeit mit religiösen muslimischen Organisationen und Vereinen auf diesem Gebiet wäre wahrscheinlich, besonders um die Opfer religiöser Diskriminierung besser erreichen zu können, sehr hilfreich. Die Antidiskriminierungsorganisation ADNB, deren Tätigkeitsfeld in erster Linie die ethnische Diskriminierung ist, hat in den letzten Jahren auch Fälle religiöser Diskriminierung behandelt und unterstützt, würde aber von einem dahingehend weiter spezialisierten Partner profitieren. Auch muslimische Opfer religiöser Diskriminierung würden von einer

²⁶⁹ Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes in Berlin Brandenburg (Hg.), Antidiskriminierungsreport Berlin 2003–2005. Wie steht es mit Diskriminierung in Berlin?, Berlin, Dezember 2005.

²⁷⁰ OSI-Interview mit Florencio Chicote, ADNB des TBB Berlin, März 2008.

²⁷¹ OSI-Interview mit Florencio Chicote, ADNB des TBB Berlin, März 2008.

spezifischen Beratungsstelle profitieren, die enge Verbindungen zur muslimischen Community hat und ihnen damit einen vertrauten Zugang erleichtert.

12.3 Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen

Mehr als die Hälfte der muslimischen Befragten der vorliegenden Studie berichteten von rassistischer oder religiöser Diskriminierung.²⁷² Hautfarbe sowie Geschlecht wurden beide von jeweils 17 Muslimen als Diskriminierungsgründe genannt, und zehn von ihnen fühlten sich aufgrund ihres Alters diskriminiert. Es wird deutlich, dass sich die Interviewpartner aus verschiedenen, sich überschneidenden Gründen diskriminiert fühlten.

Tabelle 11. Derzeitiger Grad an rassistischen Vorurteilen im Land (H1)

	Religion		Gesamt
	Muslim	Nicht-Muslim	
Viele	48.0%	47.0%	47.5%
Ziemlich viele	41.0%	41.0%	41.0%
Ein paar	11.0%	12.0%	11.5%
Gesamt	%	100.0%	100.0%
	Anzahl	100	100

Quelle: Open Society Institute

²⁷² Drei muslimische Interviewpartner berichteten von Diskriminierung aus ethnischen Gründen, welche sie innerhalb des letzten Jahres fast ständig erlebt hätten; 20 hatten diese Erfahrung oft gemacht und 34 manchmal. Vier berichteten von fast ständigen Erlebnissen religiöser Diskriminierung, 21 von häufigen Erlebnissen, und 29 erzählten, manchmal solche Erlebnisse gehabt zu haben. Zwei sagten, ständig wegen ihrer Hautfarbe diskriminiert worden zu sein, sechs oft und neun manchmal. Im Bezug auf Diskriminierung aufgrund des Geschlechts waren vier fast ständig diskriminiert worden und 13 manchmal. Siehe Tabelle 29.

Tabelle 12. Derzeitiger Grad an religiösen Vorurteilen im Land (H4)

	Religion		Gesamt
	Muslim	Nicht-Muslim	
Viele	57.0%	40.0%	48.5%
Ziemlich viele	32.0%	43.0%	37.5%
Ein paar	10.0%	14.0%	12.0%
Keine	1.0%		0.5%
Weiß nicht		3.0%	1.5%
	%	100.0%	100.0%
Gesamt	Anzahl	100	100
		100	200

Quelle: Open Society Institute

Bei der Wahrnehmung von Vorurteilen in der Gesellschaft unterscheiden sich die muslimischen und nicht-muslimischen Befragten nicht wesentlich voneinander. Sie stimmten darin überein, dass ethnische/rassistische Vorurteile weit verbreitet sind, hatten aber bezüglich religiöser Vorurteile leicht unterschiedliche Ansichten.

Nach Meinung von zwei Dritteln aller Befragten haben sich diese Vorurteile innerhalb der letzten fünf Jahre verstärkt. Die Hauptziele rassistischer Vorurteile waren laut der Studienergebnisse Türken, Schwarze, Araber und Muslime.²⁷³ Fast alle Befragten stimmten darin überein, dass sich religiöse Vorurteile gegen Muslime richten; etwa ein Drittel war der Ansicht, dass Juden Opfer religiöser Vorurteile sind.²⁷⁴ Die Muslime (90 Prozent) waren eher der Ansicht, dass sich religiöse Vorurteile innerhalb der letzten fünf Jahre verstärkt hätten, als dass rassistische Vorurteile innerhalb dieses Zeitraums mehr geworden wären. Die Nennung von Muslimen als Opfern bei beiden Fragen verweist auf eine komplexe Situation, in der Diskriminierung auf Grund von ethnischen, religiösen und anderen Faktoren nicht immer zu trennen, häufig voneinander abhängig ist und sich gegenseitig verstärkt, wie in der Einleitung zu diesem Bericht näher erläutert wird.

Es gibt auch Bedarf an einem stärkeren Kontakt zwischen Lokalpolitikern und Mitgliedern der Verwaltung – abgesehen von denjenigen, die mit den Themen Integration und Sicherheit zu tun haben – und muslimischen Vertretern. Bisher liefen die Kontakt in erster Linie über den Integrationsbeauftragten und den Innensenator

²⁷³ 71 der muslimischen Befragten nannten Türken als Hauptziel rassistischer Vorurteile, 64 nannten Schwarze, 59 Araber und 49 Muslime.

²⁷⁴ Siehe Tabellen 26 und 27.

sowie über Bezirkspolitiker, die Verbindungen mit der muslimischen Community aufgebaut haben. Bessere Kommunikation und intensiverer Kontakt zwischen Muslimen und anderen Berliner Politikern oder/und auch mit dem Bürgermeister der Stadt, wären eine gute Möglichkeit, eine Plattform zu schaffen, um das Zugehörigkeitsgefühl von Muslimen zu stärken. Auch Moschee-Vereine, die oft den Eindruck haben, nur in Zeiten von Konflikten und Schwierigkeiten kontaktiert zu werden, würden von solch einer Plattform profitieren. Zudem könnte man damit auch antimuslimischem Rassismus und Diskriminierungen effektiver begegnen.

12.4 Diskriminierung im Bildungsbereich

Ein engerer Kontakt zwischen der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung und muslimischen Vertretern könnte beispielsweise dazu beitragen, verschiedene Probleme zu lösen. Die Senatsverwaltung hat Maßnahmen ergriffen, um die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund zu fördern, beispielsweise durch die Entwicklung der *Handreichung für Interkulturelles Lernen*, die Lehrern Ideen und Methoden für einen interkulturellen Ansatz für ihre Arbeit in der Schule bietet. Sprachkurse für Mütter, welche durch die Volkshochschule organisiert werden, werden von Ulrike Grassau von der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung als ein weiteres zentrales Projekt genannt, welches auf die Bedürfnisse von Eltern und Kindern eingeht.²⁷⁵ Grassau erkennt auch das Problem der Diskriminierung in den Schulen und verweist auf den hohen Stellenwert, den die Einstellungen von Lehrern gegenüber Kindern mit Migrationshintergrund für deren Bildungserfolg haben. Sie betont die Notwendigkeit der Schulen, an sich selbst, den Lehrern, der allgemeinen Atmosphäre zu arbeiten und sich auch mit den muslimischen Eltern und deren Einbeziehung in das Schulleben auseinander zu setzen. Die vorliegende Untersuchung bestätigt die Ergebnisse des ADNB-Berichts, wonach auf das Problem der Diskriminierung im Bildungsbereich eine besondere Priorität gelegt werden sollte.

Verschiedene Personen aus der Schul- und Bezirksverwaltung haben jedoch die Meinung geäußert, dass die Stadtverwaltung vom Alltag innerhalb der Schulen viel zu weit entfernt sei. Der Bürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg²⁷⁶ verweist auf das Versäumnis der Senatsverwaltung, den Koordinator eines sehr guten Bildungskonzepts in der Carl-Friedrich-Zelter-Oberschule in seinem Bezirk weiter zu fördern, obwohl dieses Konzept dazu geführt hatte, dass die Schule im Jahr 2007 den Berliner Hauptschulpreis verliehen bekommen hatte. Der Bezirksbürgermeister nennt außerdem das Beispiel einer Grundschule in Kreuzberg, der Kurt-Held-Grundschule, welche fast drei Jahre ohne Schulleiter auskommen musste, was verheerende Folgen für die Atmosphäre und die Bildungsqualität der Schule gehabt hätte. Er stellt die Verbindung, welche oft zwischen der Bildungsqualität und der Präsenz einer großen

²⁷⁵ OSI-Interview mit Ulrike Grassau, April 2008.

²⁷⁶ OSI-Interview mit Dr. Franz Schulz, Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, April 2008.

Zahl von Schülern mit Migrationshintergrund an einer Schule gezogen wird, in Frage, indem er auf die unterschiedlichen Ergebnisse von Schulen mit gleichen Anteilen von Muslimen und Schülern mit Migrationshintergrund verweist, welche sich auch noch im selben Gebiet befinden. Er legt daher größeres Gewicht auf die Rolle, welche die Schulleitung und einzelne Lehrer sowie deren Motivation und Engagement für die Schulen im Bezirk spielen, während er gleichzeitig eine Überforderung vieler Schulen und einzelner Lehrer als großes Problem sieht. Die Tatsache, dass die Qualität einer Schule vom persönlichen Engagement einzelner Lehrer abhängt, lässt auch die Frage aufkommen, ob Schulen bei der Behandlung dieser zentralen Themen sich selbst überlassen sein sollten. Ein Aspekt, auf den der Bezirksbürgermeister in diesem Zusammenhang hinwies, ist die *Schulaufsichtsbehörde*, welche einschreiten muss, wenn Lehrer überlastet oder ausgebrannt sind.

Eine der Integrationsmaßnahmen, die der Bürgermeister Franz Schulz und andere Experten positiv erwähnten, waren die allgemeinen Bemühungen, eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung zu erreichen, welche auch die Anerkennung kommunikatorischer und anderer Schwierigkeiten innerhalb der Verwaltung beinhaltet. Eins der Ziele dieser Maßnahme ist die Repräsentation der verschiedenen ethnischen Gruppen der Gesellschaft innerhalb der Verwaltungsinstitutionen. Ein weiteres ist die Einstellung von ‚Integrationsbeauftragten‘ in den JobCentern sowie eine enge Kooperation zwischen diesen und den Integrationsbeauftragten der jeweiligen Bezirksverwaltungen. Florencio Chicote vom ADNB nannte als einige der sichtbaren Auswirkungen dieser Zielsetzung Informationsbroschüren in verschiedenen Sprachen, die Restrukturierung der Ausländerbehörde zur Verbesserung von Service und Kompetenzen des Personals und verschiedene Seminare und Veranstaltungen zu Antidiskriminierung und Empowerment.

13. FAZIT

Berlin ist mit seiner langen Geschichte von Einwanderung und kultureller Vielfalt heute Heimat einer gleichermaßen vielfältigen muslimischen Community. Eine vergleichsweise große Zahl muslimischer Organisationen und Vereine in der Stadt – hauptsächlich in den ehemals westlichen Teilen – bieten mit einer Vielfalt an unterschiedlichen Ansätzen eine große Bandbreite an religiöser Infrastruktur an, welche in den meisten anderen deutschen Städten so wohl nicht zu finden ist.

Während in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht wurden, bleiben dennoch bedeutende Herausforderungen hinsichtlich der Einbindung von Muslimen als integralem und gleichwertigem Bestandteil der deutschen Gesellschaft bestehen.

Muslimen in Berlin, von denen die überwiegende Mehrheit Türken sind oder eine türkische Herkunft hat, wurden lange als Ausländer wahrgenommen, selbst wenn ihre Familien sich schon vor zwei oder drei Generationen in Deutschland niedergelassen hatten. Die deutschen Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsgesetze bezogen sich bis vor Kurzem noch auf die biologische Herkunft als Voraussetzung für Staatsbürgerschaft, während die Bundespolitik entsprechend lange zögerte, Deutschland als ein Einwanderungsland anzuerkennen. Schließlich hielt auch die erste Generation der Arbeitsmigranten – ebenso wie die deutsche Politik – sehr lange an dem Glauben fest, dass sie am Ende wieder nach Hause zurückkehren würden, was alles zu einer Verfestigung der Unterscheidung zwischen ‚uns‘ den (ethnisch) Deutschen und ‚ihnen‘, den ‚Ausländern‘, beigetragen hat. Ergebnis ist eine Atmosphäre, die gegenüber Migranten-Communities im allgemeinen und Türken und Muslimen im besonderen zutiefst abweisend ist.

In den letzten Jahren haben sich die Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsgesetze erheblich verändert, wenn auch verschiedene Regelungen, wie das Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft, besonders Einbürgerungen von türkischen Staatsbürgern behindert haben. Nationale wie lokale Interessen haben sich der Frage der Integration zugewandt. Auf der anderen Seite haben sowohl internationale Ereignisse, wie die Terroranschläge vom 11. September und deren Auswirkungen, als auch lokale Entwicklungen, wie die wirtschaftlichen Veränderungen und der Zusammenbruch von Berlins industriellem Sektor, die Situation für Muslimen schwieriger gemacht.

Die Zunahme antiislamischer und islamophober Einstellungen innerhalb der Gesellschaft hat viele der muslimischen Bewohner der Stadt weiter stigmatisiert. Wer vorher weithin als Ausländer markiert war, wurde nun zusätzlich als Muslim wahrgenommen, wobei die tatsächlichen religiösen Hintergründe und Überzeugungen dabei oft kaum eine Rolle spielen. Während rassistische Diskriminierung gegen

Ausländer immer fälschlicherweise an den Rändern der deutschen Gesellschaft²⁷⁷ lokalisiert wurde, ist die Diskriminierung von Muslimen in gewissem Maße gesellschaftsfähig geworden. Sichtbarer Ausdruck von religiöser Zugehörigkeit, wie die Kopftücher der Frauen oder das Gebet an öffentlichen Orten, wie beispielsweise Schulen, oder eine neue Moschee, werden in der Regel nicht wohlwollend betrachtet.

Die Abwesenheit, besonders religiöser, muslimischer Stimmen von vielen entscheidenden öffentlichen Debatten in Politik und Medien zu Themen, die Muslime betreffen, fördert eine mangelhafte Information der Öffentlichkeit zu zentralen Themen, wie der Kopftuchdebatte. Viele muslimische Organisationen werden sowohl an der Partizipation an integrativen und sozialen Projekten gehindert als auch von der öffentlichen Diskussion in weiten Bereichen ausgeschlossen, da sie durch direkte oder indirekte Erwähnung in entweder dem nationalen oder einem der lokalen jährlichen Berichte des Verfassungsschutzes weitgehend stigmatisiert werden. Da diese Stigmatisierung ernste finanzielle Konsequenzen haben kann, schafft sie ein Zugangshindernis zu öffentlicher Förderung, die ansonsten für soziale Projekte zur Verfügung stünde; dieses Hindernis wiegt freilich für muslimische Organisationen, deren Arbeit hauptsächlich auf ehrenamtlichem Engagement beruhen muss, besonders schwer. Die Bundespolitik gegenüber muslimischen Vertretern wirkt sich auch auf die Interaktionen auf der Landes- und Bezirksebene aus und hat dort in der Vergangenheit Engagement und Zusammenarbeit behindert, was sich jedoch in Berlin in der letzten Zeit offensichtlich bedeutend verändert hat.

Es gibt Hinweise auf ein hohes Maß an Diskriminierungserfahrungen von Muslimen im Bildungsbereich aufgrund ihrer – angenommenen – religiösen Zugehörigkeit, welche sich zu vorher bereits bestehender ethnischer Diskriminierung von ‚Türken‘ oder ‚Arabern‘, in geringerem Maß auch Bosniern und Kosovaren, hinzuaddieren. Die Ergebnisse des vorliegenden Forschungsberichtes sowie anderer Studien bestätigen besonders für den Bildungsbereich die Notwendigkeit der Intervention und intensiver Antidiskriminierungsprogramme.

Bei der Entwicklung von Kontakten und gemeinsamem Engagement mit Muslimen und anderen Minderheiten müssen sich öffentliche Behörden auch der Spannungen und Konflikte innerhalb und zwischen einigen religiösen und ethnischen Communities, und auch teilweise zwischen religiösen und säkularen Muslimen, bewusst sein. Kooperationen und gemeinsames Engagement werden manchmal durch Konflikte behindert, die teilweise bis zur Situation in den Herkunftsländern zurück

²⁷⁷ Verschiedene aktuelle nationale wie internationale Publikationen stellen diese Wahrnehmung in Frage, indem sie in allen Teilen und auf allen institutionellen Ebenen der deutschen Gesellschaft rassistische Einstellungen ausmachen. Siehe dazu beispielsweise FRA – European Union Agency for Fundamental Rights (Hg.), Annual Report on Racism and Xenophobia in the Member States of the EU (01/08/2007), Wien, August 2007, online verfügbar unter http://www.fra.europa.eu/fraWebsite/products/publications_reports/ar2007_part2_en.htm; ECRI, Report on Germany; Wilhelm Heitmeyer, Deutsche Zustände, Folge 5. Frankfurt am Main, Suhrkamp, 2006.

reichen. Der Ansatz der Politiker und anderer öffentlicher Akteure innerhalb dieses teilweise komplexen und schwierigen Feldes sollte darin bestehen, ein gemeinsames Engagement mit der ganzen Vielfalt der Gemeinschaften zu gewährleisten.

In Berlin²⁷⁸ wurden auf den verschiedenen Verwaltungsebenen bedeutende Bemühungen zur Einbeziehung von Muslimen und muslimischen Organisationen in politische Debatten sowie zur Förderung ihrer Teilhabe an der Gesellschaft und deren Institutionen unternommen.

Auf der Ebene des Berliner Senats ist die Entwicklung des neuen Integrationskonzepts ein wichtiger Schritt mit ehrgeizigen Zielen. Diskriminierung und ein Mangel an sozialer Integration gehören zu den zentralen Anliegen des neuen politischen Ansatzes,²⁷⁹ Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken', der in der öffentlichen Debatte um Integration eine neue Richtung andeutet. Der Bezug zu Vielfalt oder Diversity im Titel des Integrationskonzeptes kann als eine Abkehr von der ausschließlichen oder hauptsächlichlichen Ausrichtung auf Migrantengruppen und deren Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft und ein Hinwenden zur Gesellschaft insgesamt verstanden werden, die sich entsprechend der ethnischen, religiösen und sonstigen Vielfalt ihrer Mitglieder insgesamt verändert.²⁸⁰

Auch durch die Diskussion über Diskriminierung und deren Anerkennung als Problem sowie deren notwendige Bekämpfung, die lange Zeit von öffentlicher Seite in Deutschland kaum passierte, geht das Integrationskonzept des Senats einen wichtigen Schritt. Ein wichtiges Projekt auf diesem Gebiet ist das *Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus*.²⁸¹ Seit 2006 ist Berlin außerdem Partner der Initiative European Coalition of Cities against Racism (ECCAR), die 2004 von der UNESCO gegründet worden war.²⁸²

Als erstes Bundesland führte Berlin auch eine systematische Überprüfung der Integrationsprojekte ein.²⁸³ Andere vielversprechende Pläne des neuen Konzepts sind: Eine Auflistung der wichtigsten Integrationsprojekte auf allen verschiedenen Ebenen,

²⁷⁸ Bis vor Kurzem waren auch in Berlin muslimische Organisationen weitgehend von politischen Debatten und einer politischen Teilhabe ausgeschlossen gewesen. Die Berliner Organisation *Islamische Föderation* hat über 20 Jahre lang auf dem gerichtlichen Weg um eine Anerkennung als *Körperschaft öffentlichen Rechts* und damit um die Erlaubnis, islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen zu unterrichten, gekämpft.

²⁷⁹ Berliner Integrationskonzept.

²⁸⁰ OSI Interview mit Barbara John, der früheren Integrationsbeauftragten Berlins, März 2008.

²⁸¹ Der Titel verweist jedoch immer noch auf getrennte Phänomene, welche sich feindlich gegenüber 'Fremden' zeigen anstatt auf rassistische Einstellungen innerhalb der Gesellschaft und bestimmter Strukturen abzielen, welche selbst deutschen Staatsbürgern gegenüber feindlich sind. Auch Islamfeindlichkeit ist noch nicht als spezifisches Phänomen von Diskriminierung integriert.

²⁸² Siehe http://portal.unesco.org/shs/en/ev.php-URL_ID=3061&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html.

²⁸³ Die Überprüfung wurde kürzlich auch auf nationaler Ebene eingeführt.

eine weitere Betonung der Wichtigkeit von ‘interkultureller Öffnung der Verwaltung’, Einbeziehung von Flüchtlingen als ein ausdrücklicher Bestandteil der Integrationspolitik, Pläne zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis, Anpassung der statistischen Datenerhebung zur Gewährleistung einer besseren Evaluierung tatsächlicher Chancengleichheit durch Registrierung des Migrationshintergrunds anstelle einer ausschließlichen Konzentration auf die Staatsbürgerschaft und die Unterstützung einer nationalen Initiative zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Bürger.

Im Bezug auf Muslime waren insbesondere die Runden Tische, die auf den verschiedenen politischen Ebenen zur Begegnung und zum Austausch von Politikern und muslimischen Organisationen eingerichtet wurden, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gemacht, auch wenn sie noch kein integraler Bestandteil aller Berliner Bezirke sind. Besonders das *Islamforum* mit der Teilnahme des Innensenators, des Integrationsbeauftragten und Vertretern des Verfassungsschutzes sowie anderen, wurde von seinen Teilnehmern als fruchtbare Basis für Austausch und als guter Ausgangspunkt für die weitere Verständigung und Kooperation gelobt und birgt die Hoffnung vieler Teilnehmer, in der Zukunft noch größer zu werden, weitere Bereiche der Verwaltung einzuschließen und insbesondere konkrete und praktische Maßnahmen hervorzubringen

14. EMPFEHLUNGEN

Folgende Empfehlungen sind an Lokal- und Bundespolitiker, muslimische Gemeinschaften sowie Organisationen der Zivilgesellschaft gerichtet. Sie beleuchten wichtige Erkenntnisse aus diesem Bericht und benennen die Notwendigkeit für weiteres Engagement der Berliner Stadtverwaltung mit ihrer Vielzahl an wachsenden Gemeinschaften. Zugleich liegt die Verantwortung bei den Gemeinschaften, Maßnahmen zu ergreifen und Anstrengungen zu unternehmen, die einen Wandel in Politik, Praxis und Verhalten bewirken. Es ist anzuerkennen, dass Berlin einige sehr positive Verfahren zur Inklusion seiner vielfältigen Gemeinschaften bietet; dennoch fordert dieser Bericht politische Ansätze, um sozioökonomische Nachteile und die Inklusion von Minderheiten anzugehen, damit sichergestellt werden kann, dass die Gruppen, aus denen die vielfältige Bevölkerung der Stadt besteht, angehört werden, und dass deren spezifischen Bedürfnisse verstanden und aufgenommen werden.

14.1 Identität

14.1.1 Förderung der Vielfalt

1. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (sowie der Berliner Senat, unter Führung der *Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung*) sollte breite bundesweite sowie spezifisch lokale Sensibilisierungskampagnen erwägen, die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, ethnischer Herkunft und Religion als Vergehen betrachten sollten, die gegen deutsches und europäisches Recht verstoßen. Diese Kampagne sollte den verstärkten Einsatz inklusiver Sprache erwägen, die nicht „Deutsche“ von „Menschen mit Migrationshintergrund“ trennt.
2. Die *Senatsverwaltung* sollte in Zusammenarbeit mit Wissenschaftseinrichtungen erwägen, Mittel zur Erforschung der Rolle des Glaubens bereitzustellen, den dieser bei der Bildung von Identität spielt, und zum Verständnis des Glaubens als positive Ressource für politische Ansätze und die Politik.
3. Die *Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung* sollte positive Schritte ergreifen, um die Vorstellung gemischter Identitäten, einschließlich religiöser Identitätsaspekte, zu fördern und in die Lehrerausbildung und das Bildungssystem zu integrieren.

14.2 Bildung

14.2.1 Zielstrebigkeit und Vertrauen fördern

4. Zur Unterstützung von Lehrern in dem Wunsch, höheres Bildungsstreben und Vertrauen unter Schülern zu erreichen, sollten die Berliner *Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung* und die *Kultusministerkonferenz* auf Bundesebene die Ausbildung zur kulturellen Vielfalt in die

universitäre Lehrerausbildung integrieren und fördern. Eine solche Ausbildung sollte regelmäßig vorgenommen und als Teil der ständigen beruflichen Entwicklung für Lehrer und Schulleiter gleichermaßen angeboten werden. Die Berliner *Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung* sollte um Beiträge von unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften bitten, um zu den Inhalten dieser Ausbildung beizutragen.

5. Der Berliner Senat wird dazu aufgefordert, stark zu erwägen, die *Handreichung für Berliner Schulen zu veröffentlichen*, die vom *Arbeitskreis Islam und Schule des Senats* erstellt wurde; und außerdem, die erfolgreiche Zusammenarbeit des Arbeitskreises wieder aufzunehmen. Dieses Informationsfaltblatt für Lehrer enthält Material zu muslimischen Gemeinschaften und zielt darauf ab, Wissen über Muslime und ethnische Minderheiten zu Bildungszwecken zu vermitteln.

14.2.2 Wahrnehmungen thematisieren

6. Das Berliner Integrationskonzept sollte genutzt werden, um Partnerschaften zwischen Schulen vor Ort und Organisationen der Zivilgesellschaft sowie Organisationen der muslimischen Gemeinschaft herzustellen, um gängige Fehlannahmen zwischen Lehrern, Eltern und Schülern zu thematisieren. Solche Partnerschaften unter Führung des Berliner Senats sollten auf effektive Art und Weise zur Schaffung eines besseren gegenseitigen Verständnisses zwischen den Familien mit Migrationsgeschichte und Schulpersonal beitragen, und es sollte ausdrücklich die Einbeziehung religiöser muslimischer Organisationen erwogen werden. Der Berliner Senat sollte den Beispielen einiger seiner Bezirke folgen, die religiöse muslimische Organisationen in die Beratungsstrukturen miteinbezogen haben.
7. Schulen in Berliner Bezirken sollten erwägen, den persönlichen Kontakt und die Schaffung eines gegenseitigen Vertrauens zwischen Lehrern und Eltern von Minderheiten und Muslimen zu intensivieren, indem Gelegenheiten für informellen Kontakt ermöglicht werden. Ein erfolgreiches Beispiel wäre das *Elterncafé*, das in verschiedenen Berliner Schulen außerhalb des formellen Schulbetriebes stattfindet. Der Berliner Senat sowie einzelne Schulen in den Bezirken sollten erwägen, Mitarbeiter zu beschäftigen, die als Vermittler zwischen Lehrern, muslimischen Schülern und Eltern fungieren können. Diese Vermittler könnten praktizierende und/oder gelehrte Muslime mit Erfahrungen bei der Konfliktlösung einschließen, die die Möglichkeit haben, religiöse Argumente und ihr Verständnis in einen Kontext zu setzen.

14.2.3 Qualität der Schulen

8. Der Berliner Senat für Bildung sollte eine Erhöhung des Etats zur Investition in Schulen mit hoher Immigrantenvölkerung erwägen. Dies würde kleine Klassen und eine verbesserte Qualität des Lernens ermöglichen. Der Senat

sollte sicherstellen, dass eine Kürzung der Mittel nicht die Qualität der Schulen in gesellschaftlich benachteiligten Gegenden betrifft, und im Allgemeinen die der Bildung insgesamt. Eine Kosteneinsparung bei der Bildung kann zu weitreichenden Konsequenzen für die Zukunft der Bevölkerung jeder Stadt führen.

14.3 Beschäftigung

14.3.1 Empowerment junger Muslime

9. Der Berliner Senat sollte die Schaffung eines Mentorenprogramms in allen Schulen mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund in Erwägung ziehen. Ehemalige Schüler mit und ohne Migrationshintergrund sollten als Vorbilder fungieren. Dies kann in Zusammenarbeit mit Organisationen wie *KUMULUS* und anderen erfolgen, was wiederum die Kenntnisse über eine Vielzahl von Bildungs- und Berufschancen verbessert.
10. Schulen, Bezirk, Stadt und die Bundesarbeitsagenturen sollten die Einrichtung von Seminaren und Veranstaltungen prüfen, die spezifische Berufsberatung bieten, einschließlich Informationen zur Erstellung von Lebensläufen und zu Aufbau und Nutzung sozialer Netzwerke im Hinblick auf verbesserte Arbeitsmarktschancen. Der Berliner Senat und die Bezirksbehörden sowie potenzielle Arbeitgeber (private und öffentliche) sollten Lehr- und Ausbildungsplätze für junge Absolventen aus dem Kreis der muslimischen und ethnischen Minderheiten erwägen, die in zahlreichen Berufssektoren (einschließlich Politik und Medien) unterrepräsentiert sind. Dies würde Möglichkeiten für ein besseres Verständnis der Stellenangebote in diesen Bereichen schaffen sowie gleichzeitig das Interesse an diesen Bereichen fördern, in denen Minderheiten unterrepräsentiert sind.
11. Die Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und der Senat für Wirtschaft, Technologie und Frauen sollten gemeinsam mit Arbeitsagenturen und Arbeitgebern vor Ort die Rolle öffentlich-privater Partnerschaften (PPP) untersuchen. Solche Projekte sollten dazu konzipiert sein, strategische Pläne zu entwerfen, um die Beschäftigungsaussichten für Arbeitssuchende, einschließlich derer mit dem Hintergrund einer ethnischen Minderheit, zu verbessern.²⁸⁴

²⁸⁴ Allgemeine Empfehlung: FRA – Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (Hg.), “Community Cohesion at the local level: addressing the needs and concerns of Muslim Communities. Examples of local initiatives.” Wien, März 2008, S. 51.

14.3.2 Religiöse und ethnische Diskriminierung thematisieren

12. Die *Landesstelle für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung* des Berliner Senats sollte in Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Antidiskriminierungsorganisationen und der Industrie- und Handelskammer mehr Beratung und Orientierung für Arbeitgeber dazu anbieten, wie sichergestellt werden kann, dass sie bundesweite und europäische Verpflichtungen zur Nicht-Diskriminierung aufgrund von Religion und ethnischer Herkunft aufrechterhalten. Dies könnte zudem Informationen über Rechtsinstrumente umfassen, die Diskriminierung verbieten, wie das *Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz – AGG*, sowie die Zusammenstellung und Verbreitung bewährter Verfahren von Arbeitgebern, die den Bedarf nach vielfältigen Arbeitskräften im Hinblick auf die Gesellschaft, in der sie sich befinden, widerspiegeln.
13. Die OSI-Studie zeigt, dass Diskriminierung auf der Grundlage sichtbarer Äußerungen der Religion eine spezielle Sorge der Frauen ist, die ein Kopftuch tragen. Die *Leitstelle für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung* des Berliner Senats sollte eine weitere Bewertung der Auswirkungen des *Neutralitätsgesetzes* auf die wirtschaftliche, gesellschaftliche Teilhabe und die Teilhabe an der Zivilgesellschaft von muslimischen, Kopfbedeckung tragenden Frauen mit dem Blick auf eine mögliche Reform dieses Gesetzes untersuchen.
14. Muslimische Organisationen in Berlin sollten ein stärkeres Engagement bei der Bekämpfung der Diskriminierung durch eine Stärkung der Netzwerke mit Lokalpolitikern und entsprechenden nicht-staatlichen Antidiskriminierungsorganisationen sowie Sensibilisierung innerhalb ihrer Gemeinschaften zeigen.
15. Der Berliner Senat sollte die Schaffung eines speziellen Beratungs- und Hilfszentrums für Opfer anti-muslimischer Diskriminierung und Rassismus erwägen, zusätzlich zu den bereits bestehenden Hilfszentren gegen ethnische und andere Diskriminierung. Dieses Zentrum sollte solche Fälle erfassen und dokumentieren sowie Unterstützung (einschließlich Zugang zur Rechtsberatung) für diejenigen anbieten, die Rechtshilfe bei religiöser Diskriminierung suchen, und zwar mit der Betonung auf anti-muslimische Vorurteile. Die Senatsverwaltung sollte erwägen, eine muslimische Organisation zu unterstützen, die in Kooperation mit einer bestehenden Antidiskriminierungsorganisation das Vertrauen zwischen der Community, den Behörden und dem zivilgesellschaftlichen Partner stärken würde. Jede solche Bemühung sollte die *Leitstelle für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung* des Senats und den Berliner Beauftragten für Integration und Migration einbeziehen.

14.4 Wohnungswesen

14.4.1 Segregation vermeiden und Diskriminierung thematisieren

16. Die Bezirksverwaltung wird aufgefordert, einen stärkeren Fokus auf eine gemeinsame lokale Identität und politische Ansätze zu legen (einschließlich Stadterneuerung); dieser könnte sich auf die Förderung gemeinsamer Investitionen und die Instandhaltung der Bezirke konzentrieren. OSI-Befragte betonen ihre Sorgen im Bezirk bezüglich der Notwendigkeit einer verbesserten Sauberkeit auf den Straßen, der Entwicklung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen und der Unterstützung des Einzelhandels zur Erhaltung des Umfeldes.
17. Die *Antidiskriminierungsstelle des Bundes* sollte gleichen Zugang zu Wohnungen unterstützen und Beschwerden über Diskriminierung beim Versuch des Zugangs zu angemessenen Wohnungen überwachen. Die Bundesstelle sollte Informationsfaltblätter in verschiedenen Sprachen anbieten sowie ein Büro innerhalb einer institutionellen Abteilung schaffen, das Beschwerden erfassen, Diskriminierungsfälle überwachen und Empfehlungen zur Lösung von Fällen aussprechen könnte. Zudem sollte die *Antidiskriminierungsstelle des Bundes* Sensibilisierung für die Verpflichtungen im Rahmen der zugrundeliegenden Gleichheits- und Nichtdiskriminierungsgesetze – wie das *Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz – AGG* in Bezug auf das Wohnungswesen – betreiben.

14.5 Gesundheit und Sozialversorgung

14.5.1 Schaffung eines inklusiveren Umfeldes

18. Das Gesundheitswesen wird von den OSI-Befragten im Allgemeinen als zufriedenstellend betrachtet. Die Bedürfnisse älterer muslimischer Patienten in Krankenhäusern und Pflegeheimen sind eine aufkommende Sorge, insbesondere für diejenigen, die kein Deutsch sprechen. Trotz Anerkennung der Tatsache, dass das Gesundheitswesen überwiegend in einem positiven Licht betrachtet wird, sollten Krankenhäuser Möglichkeiten erwägen, die linguistischen/kulturellen/religiösen Bedürfnisse einer wachsenden älteren muslimischen Bevölkerung zu berücksichtigen und der Frage nachgehen, wie dieser Gruppe entsprechende Leistungen angeboten werden können.
19. *Krankenhäuser und Arztpraxen* sollten Informationen in unterschiedlichen Sprachen anbieten und, wo möglich, die Vielfalt der Patienten durch die ethnische und religiöse Zusammensetzung des medizinischen und verwaltungstechnischen Personals widerspiegeln.

14.5.2 Anerkennung der Bedürfnisse verletzlicher Gruppen

20. Die OSI-Erkenntnisse untersuchen die Bedürfnisse in Bezug auf Gesundheit und soziale Sicherheit spezifischer verletzlicher Gruppen, wie älteren Menschen, Frauen und Flüchtlingen. Der Berliner Senat für Integration, Arbeit und Soziales sollte Studien zum Thema eines erhöhten Armutsrisikos erstellen, das sich diesen und anderen spezifischen Gruppen stellt, und erwägen, wie deren jeweiligen Bedürfnissen im Gesundheitswesen nachgekommen werden kann.
21. Der Berliner Senat für Integration, Arbeit und Soziales sollte sicherstellen, dass die gesundheitlichen Grundbedürfnisse von Personen ohne Aufenthaltserlaubnis aufgrund des Prinzips des Rechts aller auf grundlegende Gesundheitsfürsorge erfüllt werden.
22. Im Rahmen der Anstrengung, die Leistungen des Gesundheitswesens für Jugendliche zu verbessern, sollte der Berliner Senat, gemeinsam mit bestimmten Bezirksverwaltungen, Investitionen in Jugendorganisationen bestärken. Der Nachdruck sollte auf der Beschäftigung jugendlicher Arbeitnehmer mit unterschiedlichen ethnischen und religiösen Hintergründen liegen. Eine Verringerung der Mittel und des Etats sollte nicht das Ressort der Jugendarbeit betreffen, da diese Gruppe in Bezug auf Bildung und Beschäftigungschancen besonders verletzlich und betroffen ist.

14.6 Polizei und Sicherheit

14.6.1 Verbesserung der Beziehungen zwischen Polizei und muslimischen Gemeinschaften

23. Der Berliner Senat für Inneres sollte gemeinsam mit dem Berliner *Polizeipräsidium* Polizeiwachen vor Ort dazu anregen, mehr Polizisten in den Bezirken einzusetzen und ihre Sichtbarkeit zu erhöhen. Dies wird zu einem größeren Vertrauen zwischen Bürgern und Polizei beitragen und zeigen, dass die Polizei sich bei sicherheitsrelevanten Vorfällen nicht nur auf muslimische Gemeinschaften konzentriert.
24. Lokale Bezirkspolizisten sowie muslimische und Migrantenorganisationen sollten zusammenarbeiten, um aktiv die Beteiligung der muslimischen Gemeinschaft am System der Strafjustiz anzuregen. Muslimische Organisationen können der Polizei zudem bei der Suche nach neuen Wegen in Richtung Partnergruppen sowie lokale Moschee-Vereine helfen.
25. Der Berliner Senat des Inneren, der Berliner *Polizeipräsident* und Leiter der lokalen Polizeiwachen sollten mit Imamen vor Ort die Möglichkeit gemeinsamer Streifen in Bezirken mit muslimischer Mehrheit erwägen.

14.7 Teilhabe und Staatsbürgerschaft

14.7.1 Inklusive staatsbürgerliche Identität fördern

26. Um Muslime dabei zu unterstützen, ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl innerhalb der deutschen Gesellschaft zu erhalten, sollte der *Berliner Senat* erwägen, eine Sensibilisierungskampagne für und mit muslimischen und Migrant*innenorganisationen anzustoßen. Diese Kampagne sollte sich auf Rechte und Pflichten aller Bürger in der Gesellschaft konzentrieren und eine gemeinsame inklusive staatsbürgerliche Identität betonen. Der Berliner Senat sollte eine Art Ausschreibung entwickeln, die kreative Beiträge aus der Bevölkerung anregt und belohnt.

14.7.2 Klarheit bezüglich in Verfassungsschutzberichten erwähnten muslimischen Organisationen schaffen

27. Die *Bundesregierung* und insbesondere das *Bundesministerium des Innern* sollten eine Neubetrachtung der Vorschriften erwägen, die dazu führen, dass muslimische Organisationen von öffentlichen Mitteln ausgeschlossen werden. Die Rolle des *Verfassungsschutzes* muss kritisch und in einem neuen Licht betrachtet werden, indem die störenden Auswirkungen seiner Berichte auf die Teilhabe muslimischer Organisationen untersucht werden.
28. Die *Senatsverwaltung für Inneres* sowie das *Bundesministerium des Innern* sollten sicherstellen, dass Landes- und Bundesnachrichtendienste eine Präambel in die Sicherheitsberichte aufnehmen, die besagt, wie deren Erkenntnisse zu verstehen sind. Es muss deutlich sein, dass das Zitieren bestimmter Organisationen in diesen Berichten diese nicht als Organisationen mit terroristischen Verbindungen klassifiziert und sie nicht von der Beantragung öffentlicher Gelder ausschließen sollte.

14.8 Medien

14.8.1 Förderung der Repräsentation ethnischer Minderheiten in den Medien

29. Die entsprechenden *Landesmedienanstalten* in Berlin und anderen Bundesländern sollten die Repräsentation von Muslimen sowie anderer Minderheiten in den *Medienräten* fördern. Sie sollten zudem *Kapazitäten innerhalb muslimischer Gemeinschaften mit Unterstützung in Form von Medienstipendien ausbauen, um die Repräsentation ethnischer Minderheiten in diesem Bereich zu verbessern.*
30. Journalistenschulen sollten in Erwägung ziehen, Module aufzunehmen, die sich auf das Angebot der religiösen und kulturellen Geschichte verschiedener Glaubensrichtungen und ethnischer Minderheiten in Deutschland konzentrieren. Partnerschaften könnten mit Migrant*innen- und muslimischen

Organisationen wie der Dachorganisation *Initiative Berliner Muslime IBMUS* geschlossen werden.

14.8.2 Mechanismen zur Infragestellung verzerrter Bilder von Muslimen

31. Muslimische Organisationen und zahlreiche *Medienanstalten*, wie die *Medienanstalt Berlin Brandenburg*, sollten erwägen, bestehende Netzwerke und Beratungsmechanismen zwischen Mitarbeitern der Medien und muslimischen Vertretern zu stärken, mit dem Ziel, verzerrte Bilder von Muslimen und Minderheiten in Frage zu stellen. Solche Mechanismen sollten zudem darauf abzielen, Journalisten alternative muslimische Stimmen anzubieten sowie darauf, das gegenseitige Vertrauen zu stärken.

14.8.3 Ausbau der Medienkapazitäten von Muslimen

32. *Muslimische Organisationen* sollten eindeutiges und effektives Medientraining für ihre Mitarbeiter und Vertreter entwickeln/anstreben, um erfolgreich ihre positive Arbeit und ihre Initiativen über lokale und bundesweite Medien zu verbreiten.

ANHANG 1. BIBLIOGRAPHIE UND WEBSITES

Englische Texte

- Alba, R. D., J. Handl & W. Müller (1994) „Ethnische Ungleichheit im deutschen Bildungssystem“ (Ethnic Inequalities in the German Educational System) in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 46.
- Baumann, Gerd (2004) “Introduction to ‘Nation-state, Schools and Civil Enculturation’” in Schiffauer, Werner; Baumann, Gerd; Kastoryano, Riva & Vertovec, Steven (eds.), *Civil enculturation: nation-state, schools and ethnic difference in the Netherlands, Britain, Germany and France*. New York – Oxford: Berghahn Books.
- Bertelsmann Stiftung (ed.) (2008) „Muslimische Religiosität in Deutschland – Überblick zu religiösen Einstellungen und Praktiken“ (Muslim Religiosity in Germany), *Religionsmonitor*, Gütersloh.
- Blaschke, Jochen (2004) “Tolerated but Marginalised – Muslims in Germany” in *State Policies towards Muslim Minorities. Sweden, Great Britain and Germany*, Kempten: Edition Parabolis Verlagsabteilung im Europäischen Migrationszentrum (EMZ).
- Blaschke, Jochen & Bastian Vollmer (eds.) (2004) *Employment Strategies for Immigrants in the European Union*, Berlin: Parabolis.
- Brettfeld, Katrin & Peter Wetzels (2007) *Muslims in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt; Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen* (Muslims in Germany. Integration, barriers to integration, religion and attitudes towards democracy, state and political-religiously motivated violence; findings of surveys in the context of multi-centred research into urban spaces), unveränderte Auflage, Berlin, Bundesministerium des Innern (Texte für Innere Sicherheit), Universität Hamburg, Eine englische Zusammenfassung ist im Internet verfügbar unter http://www.bmi.bund.de/cln_156/SharedDocs/Downloads/DE/Broschuren/DE/2007/Muslims%20in%20Deutschland.html?nn=109632
- Cesari, Jocelyn (ed.) (2010) *Muslims in the West after 9/11. Religion, Politics and Law*, London – New York: Routledge.
- Choudhury, Tufyal (ed.) (2005) *Muslims in the UK: Policies for Engaged Citizens*, Budapest: Open Society Institute.
- Choudhury, Tufyal, et al. (2006) *Perceptions of Discrimination and Islamophobia – voices of Muslim Communities in the European Union*, Vienna: European Union Monitoring Centre on Racism and Xenophobia.
- Conway, Gordon (1997) *Islamophobia: A challenge to us all*, Report of the Runnymede Trust Commission on British Muslims and Islamophobia.
- Council of the European Union (2004) Press Release, Council Meeting #2618, Justice and Home Affairs, November 19, 2004, Brussels: im Internet verfügbar unter www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/jha/82745.pdf

- DIW (2001) Weekly report of the DIW (30/2001), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (German Institute for Economic Research).
- Dornhof, Sarah (2009) "Germany: Constructing a sociology of Islamist radicalisation" in: *Rasse und Schicht*, Band 50, Nr. 4, Institut für Rassenbeziehungen (IRR), im Internet verfügbar unter <http://rac.sagepub.com/cgi/content/abstract/50/4/75>
- ECRI (European Commission against Racism and Intolerance), (2009) Report on Germany, Strasbourg, im Internet verfügbar unter http://hudoc.ecri.coe.int/XMLEcri/ENGLISH/Cycle_04/04_CbC_eng/DEU-CbC-IV-2009-019-ENG.pdf
- Esposito, John L. & Dalia Mogahed (2007) *Who speaks for Islam? What a billion Muslims really think*, New York: Gallup Press.
- EUMC (2003) *Migrants, Minorities and Employment. Exclusion, Discrimination and Anti-Discrimination in 15 Member States of the European Union. Equality and Diversity for an Inclusive Europe*, Vergleichende Studie des EUMC, im Internet verfügbar unter <http://www.eumc.at>
- EUMC (June 2004) *Migrants, Minorities and Education. Documenting discrimination and integration in 15 Member States of the European Union on behalf of the European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia*, EUMC European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia, im Internet verfügbar unter www.eumc.eu.int
- EUMC (2006) *Muslims in the European Union – Discrimination and Islamophobia*, European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia, Vienna.
- Fekete, Liz (2006) "Enlightened Fundamentalism? Immigration, Feminism and the Right" in *Rasse und Schicht*, Oktober 2006, Band 48, Nr 2, Brüssel, Institut für Rassenbeziehungen, im Internet verfügbar unter <http://rac.sagepub.com/content/vol48/issue2/>
- Fekete, Liz (2008) *Integration, Islamophobia and civil rights in Europe*, London: Institute of Race Relations, im Internet verfügbar unter <http://www.irr.org.uk/2008/may/ha000012.html>
- FRA – European Union Agency for Fundamental Rights (ed.) (August 1, 2007) "Annual Report on Racism and Xenophobia in the Member States of the EU", Vienna, im Internet verfügbar unter http://www.fra.europa.eu/fraWebsite/products/publications_reports/ar2007_part2_en.htm
- FRA – European Union Agency for Fundamental Rights (ed.) (March 2008) "Community Cohesion at the local level: addressing the needs and concerns of Muslim Communities. Examples of local initiatives" Vienna.
- FRA – European Union Agency for Fundamental Rights (ed.) (May 2009): EU-MIDIS – European Union Minorities and Discrimination Survey, Focus Report 2, im Internet verfügbar unter http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/EU-MIDIS_MUSLIMS_EN.pdf
- Goldberg, Andreas, Dora Mourinho & Ursula Kulke (1995) "Arbeitsmarkt-Diskriminierung gegenüber ausländischen Arbeitnehmern in Deutschland" (Labour market

- discrimination against foreign workers in Germany), *International Migration Papers*, 7, Geneva: ILO Employment Dept.
- Heckmann, F. & W. Bosswick (2005) *Integration and Integration Policies*, eine INTPOL Machbarkeitsstudie für das IMISCOE Network of Excellence, im Internet verfügbar unter <http://www.efms.uni-bamberg.de/pdf/INTPOL%20Final%20Paper.pdf>.
- IFH – International Helsinki Federation for Human Rights, “Intolerance and Discrimination against Muslims in the EU – Developments since September 11”, Wien, 2005, im Internet verfügbar unter http://www.ihf-hr.org/viewbinary/viewdocument.php?download=1&doc_id=6237
- Joppke, Christian (2007) “Beyond national models: Civic integration policies for immigrants in *Westeuropäische Politik*, Band 30, Ausgabe 1.
- Mühe, Nina (2006) “Muslims in EU Cities – Germany. Germany: Background research report” OSI – EU Monitoring and Advocacy Programme. Open Society Institute, im Internet verfügbar unter http://www.OSI.org/topics/minority/reports/eumuslims/background_reports
- Schiffauer, Werner; Baumann, Gerd; Kastoryano, Riva, et al. (eds.) (2004) *Civil enculturation: nation-state, schools and ethnic difference in the Netherlands, Britain, Germany and France*, New York – Oxford: Berghahn Books.
- Schiffauer, Werner (2005) “Turks in Germany.” in Melvin Ember (ed.): *Diaspora-Enzyklopädie, Band II: Gemeinwesen*, New York: Springer.
- Schiffauer, Werner (2006) “Enemies within the gates. The debate about the citizenship of Muslims in Germany” in Tariq Modood et al. (eds.) *Multiculturalism, Muslims and Citizenship*, Routledge.
- Shooman, Yasemin & Riem Spielhaus (2010) “The concept of the Muslim enemy in the public discourse”, in Jocelyn Cesari (ed.) *Muslims in the West after 9/11*. Religion, Politics and Law, London – New York, Routledge.

Deutsche Texte

- Alt, C. & M. Granato (2001) „Chancengleichheit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Beruflichen Bildung verwirklichen“, in *Informationen für die Beratungs und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit*, p. 41.
- Amir-Moazami, Schirin (2004) „Diskurse und Gegendiskurse: Das Islamische Kopftuch in der Deutschen und Französischen Öffentlichkeit“, Doktorarbeit, Europäische Viadrina Universität, Frankfurt (Oder).
- Amir-Moazami, Schirin (2006) *Politisierte Religion. Der Kopftuchstreit in Deutschland und Frankreich*. Bielefeld: transcript (Globaler – lokaler Islam).
- Amnesty International (1995) *Länderbericht Deutschland: Ausländer als Opfer: Polizeiliche Misshandlungen in der Bundesrepublik Deutschland*, International Secretary London, im Internet verfügbar unter www.amnesty.de/umleitung/1995/eur23/006?lang=de&mimet

- ype=text/html&destination=node%2F2904%3Fcountry%3D77%26topic%3D%26node_type%3D%26from_month%3D1%26from_year%3D1995%26to_month%3D12%26to_year%3D1995%26submit_x%3D96%26submit_y%3D3%26submit%3DAuswahl%2Banzeigen%26result_limit%3D10%26form_id%3Dai_core_search_form
- Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes in Berlin Brandenburg (Hg./ed.) (Dezember 2005) *Antidiskriminierungsreport Berlin 2003–2005. Wie steht es mit Diskriminierung in Berlin?*
- Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes in Berlin Brandenburg (Hg./ed.) (Dezember 2008) *Antidiskriminierungsreport Berlin 2006–2008.*
- Attia, Iman (2009) *Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes, Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus.* Bielefeld: Transcript Verlag.
- Axeli-Knapp, Gudrun (2005) „‘Intersectionality’ – ein neues Paradigma feministischer Theorie? Zur transatlantischen Reise von ‘Race, Class, Gender’“ in Christina Benninghaus & Pia Schmidt (Hrsg./eds.), *Feministische Studien*, Jg. 23, Heft 1.
- Bade, Klaus J., Michael Bommes & Rainer Münz (Hg./eds.) (2004) *Migrationsreport 2004. Fakten – Analysen – Perspektiven*, Frankfurt – New York: Campus Verlag.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2005) *Islam einbürgern. Auf dem Weg zur Anerkennung muslimischer Vertretungen in Deutschland.* Dokumentation der Fachtagung, April 25, 2005, Berlin
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. (Juli 2004) *Förderung von Migrantinnen und Migranten in der Sekundarstufe I.* Berlin – Bonn.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (August 2005) *Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.* Berlin.
- Bendixsen, Synnove (2006) „Religiöse Räume organisieren: Eine neue Generation von Muslimen“ in Riem Spielhaus, AlexaFärber (Hg./eds.) *Islamisches Gemeindeleben in Berlin*, Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration.
- Benz, Wolfgang (Hg./ed.) (2009) *Islamfeindschaft und ihr Kontext: Dokumentation der Konferenz Feindbild Muslim Feindbild Jude.* Berlin: Metropol Verlag.
- Bielefeldt, Heiner (2003) *Muslimen im säkularen Rechtsstaat. Integrationschancen durch Religionsfreiheit.* Transcript.
- Bielefeldt, Heiner (2004) *Zur aktuellen Kopftuchdebatte in Deutschland. Anmerkungen aus der Perspektive der Menschenrechte*, Strategiepapier / Deutsches Institut für Menschenrechte, 3.
- Bielefeldt, Heiner & Wilhelm Heitmeyer (Hg./eds.) (1998) *Politisierte Religion. Ursachen und Erscheinungsformen des modernen Fundamentalismus* in Zusammenarbeit mit Otto Backes, Rainer Dollase & Günter Albrecht, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bilgin, Yasar (April 2001) „Medizinische Rehabilitation und Migration am Beispiel der Türken in Deutschland“, in *Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Berufsbildungsbericht*, Bonn.

- Blaschke, Jochen (Hg./ed.) (2002) *Multi-Level Discrimination of Muslim Women in Europe*, Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung e.V.
- Bommes, Michael & Werner Schiffauer (Hg./eds.) (2006) *Migrationsreport 2006. Fakten – Analysen – Perspektiven*, Frankfurt am Main: Campus.
- Boos-Nünning, Ursula (1998) „Arbeiten und Wohnen als Lebensgrundlage“, in Mathilde Jamin, *Fremde Heimat, Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei*, Ruhrlandmuseum, (15.2. – 2.8.1998) = Yaban, s,lan olur. Herausgegeben von Ruhrlandmuseum und Ausstellung Fremde Heimat, Essen: Klartext-Verl.
- Boos-Nünning, Ursula (1998) „Migrationsforschung unter geschlechtsspezifischer Perspektive“, in E. Koch, M. Özek, W. M. Pfeiffer & R. Schepker (Hg./eds.) *Chancen und Risiken der Migration. Deutsch-türkische Perspektiven*, reiburg i. Br.: Lambertus.
- Boos-Nünning, Ursula & Yasemin Karakaşoğlu (2004) *Viele Welten leben. Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen mit griechischem, italienischem, jugoslawischem, türkischem und Aussiedlerhintergrund*, Berlin.
- Bosse, Daniel & J. Eduardo Vior (2005) *Politische Partizipation von Migranten mit muslimischem Hintergrund in Deutschland. Entwicklung und Probleme*. Reihe Diskussionspapier / Institut für Politikwissenschaft, Otto-von-Guericke-Universität, 5 Magdeburg.
- Bozkurt, Esin (2009) *Conceptualising 'Home', The Question of Belonging among Turkish Families in Germany* (Die Konzeptualisierung von 'Zuhause'. Die Frage von Zugehörigkeit unter Türkischen Familien in Deutschland), University of Chicago Press
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2006) *Migrationsbericht*, Bundesministerium des Inneren, (Hg./ed.) Berlin, im Internet verfügbar unter www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/149592/publicationFile/13638/Migrationsbericht_2006.pdf;jsessionid=87F12120F79D5826836E8BE4055DE2CF
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009) *Muslimisches Leben in Deutschland, Im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz*, Forschungsbericht 6, im Internet verfügbar unter www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/566008/publicationFile/31710/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.pdf;jsessionid=FA6576204794EE834F2AD8715B10E78D
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2004) *Vorüberlegungen zu einer Ausstellung des Verfassungsschutz zum Thema 'Islamismus in Deutschland'*, Arbeitspapier, Berlin: Bundesamt für Verfassungsschutz.
- Bundesministerium des Inneren und Bundesministerium für Justiz (2003) *Islamismus. Texte zur inneren Sicherheit*.
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) (Juli 2003) *Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund*, Expertise unter Leitung von Prof. Dr. Ingrid Gogolin, Bonn.
- Butler, Jeffrey (2003) „Gesundheitliche und soziale Lage von Kindern nichtdeutscher Herkunft in einem Berliner Innenstadtbezirk“, in Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg./ed.) *Gesunde Integration, Dokumentation der*

- Fachtagung am 20. und 21. Februar 2003 in Berlin*, Berlin, Bonner Universitäts-Buchdruckerei, im Internet verfügbar unter www.kiggs.de/experten/downloads/dokumente/Gesunde_Integration_indd1.pdf
- Chahrokh, Haleh (2009) *Diskriminierung im Namen der Neutralität*, Human Rights Watch, im Internet verfügbar unter www.hrw.org/sites/default/files/reports/germany0209dewebwcover_1.pdf
- Christensen, Gayle & Petra Stanat (2003) *Schulerfolge von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im internationalen Vergleich*, OECD, im Internet verfügbar unter www.bmbf.de/pub/bildungsforschung_band_neunzehn.pdf
- Deutsches Rotes Kreuz (1998) *‘Du, oh beruhigte Seele...’ Zum Umgang mit Tod und Trauer bei Muslimen in Krankenhäusern*. Berlin.
- Die Bundesregierung (Juli 2007) *Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen*, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Berlin: Dt. Bundestag (Verhandlungen des Deutschen Bundestages Drucksachen, 16/6281).
- Die Ausländerbeauftragte des Senats (Hg./ed.) (2002) „Deutsches Staatsangehörigkeitsrecht“, *Reihe: Miteinander leben in Berlin* (Reihe: Living together in Berlin), Berlin.
- Diefenbach, Heike (2004) *Relative-Risiko-Indizes für die Über- bzw. Unterrepräsentation von ausländischen Schülern an allgemeinbildenden Schulen des gegliederten Schulsystems im Bundesgebiet und in den einzelnen Bundesländern im Jahr 2002*. Institut für Kulturwissenschaft, Leipzig.
- Diefenbach, Heike (2005) „Schulerfolg von ausländischen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund als Ergebnis individueller und institutioneller Faktoren“, in Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hg./ed.), *Migrationshintergrund von Kindern und Jugendlichen: Wege zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistiken*, Bonn – Berlin, Bd. 14.
- Engin, Havva (2001) „Islam in Deutschland. Wenn sechs Prozent aller Schüler Muslime sind. Islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen? Eine Bestandsaufnahme“, in *Der Bürger im Staat*, No. 4.
- Engin, Havva (2003) „‘Kein institutioneller Wandel von Schule?’ Bildungspolitische Reaktionen auf Migration in das Land Berlin zwischen 1990–2000 im Spiegel amtlicher und administrativer Erlasse“. *Reihe: Interdisziplinäre Studien zum Verhältnis von Migrationen, Ethnizität und gesellschaftlicher Multikulturalität*, Bd.14. Frankfurt am Main: IKO-Verl. für Interkulturelle Kommunikation.
- Gesemann, Frank (Hg./ed.) (2001) *Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven*. Opladen: Leske + Budrich.
- Gesemann, Frank (2001) „Wenn man den Polizisten nicht vertrauen kann, wem dann?“, *Zur gegenseitigen Wahrnehmung von Migranten und Polizisten*. Frank Gesemann (Hg./ed.) *Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven*. (Opladen: Leske + Budrich).

- Gesemann, Frank (2006) „Chancen und Schwierigkeiten der Kommunikation zwischen Moscheevereinen und Verwaltung“ in Färber Spielhaus (Hg./ed.) *Islamisches Gemeindeleben in Berlin*.
- Gogolin, Ingrid (June 21, 2001) *Die Verantwortung der Grundschule für Bildungserfolge und -misserfolge. Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten – Anhörung des Forum Bildung in Zusammenarbeit mit der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen*. Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Berlin.
- Gogolin, Ingrid, Ursula Neumann & Lutz Reuter (2001) *Schulbildung für Kinder aus Minderheiten in Deutschland 1998–1999. Schulrecht, Schulorganisation, curriculare Fragen, sprachliche Bildung*. Münster: Waxmann-Verlag.
- Goldberg, Andreas & Martin Sauer (2003) „Konstanz und Wandel der Lebenssituation türkischstämmiger Migranten“. Eine Studie des Zentrums für Türkeistudien im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, Essen.
- Gomolla, Mechthild & Frank-Olaf Radtke (2002) *Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*. Opladen: Leske + Budrich.
- Granato, Mona & Rudolf Werner (1999) „Ausländische Jugendliche in Deutschland – sinkende Ausbildungschancen für Jugendliche mit ausländischem Pass: motiviert, engagiert und dennoch weniger Chancen?“, in *ibv-Bundesanstalt für Arbeit*, Nürnberg, H. 10.
- Hafez, Kai & Carola Richter (2007) „Das Islambild von ARD und ZDF“, in *Wochenschau für politische Erziehung. Sozial- und Gemeinschaftskunde*, Jg. 58, H. 6.
- Hafez, Kai & Udo Steinbach (Hg./eds.) (1999) *Juden und Muslime in Deutschland. Minderheitendialog als Zukunftsaufgabe*. Hamburg: Deutsches Orient-Institut.
- Halm, Dirk (2006) „Pauschale Islamfeindlichkeit? Zur Wahrnehmung des Islams und zur soziokulturellen Teilhabe der Muslime in Deutschland“, in Siegfried Jäger & Dirk Halm, (Hg./eds.) *Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis*, DISS/Unrast, im Internet verfügbar unter Zentrum für Türkeistudien www.zft-online.de/UserFiles/File/Endbericht.pdf
- Häußermann, Hartmut & Andreas Kapphan (Hg./eds.) (2000) *Berlin: Von der geteilten zur gespaltenen Stadt. Sozialräumlicher Wandel seit 1990*. Opladen: Leske + Budrich.
- Häußermann, Hartmut & Andreas Kapphan (2004) „Berlin: Ausgrenzungsprozesse in einer europäischen Stadt“, in Hartmut Häußermann et al. (Hrsg./eds.) *An den Rändern der Städte*. Frankfurt/Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2252).
- Häußermann, Hartmut & Walter Siebel (1996) *Soziologie des Wohnens: Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens*. Weinheim: Juventa-Verl (Grundlagentexte Soziologie).
- Häußermann, Hartmut, Martin Kronauer & Walter Siebel (Hrsg./eds.) (2004) *An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung*. Orig.-Ausg., 1. Aufl., (Nachdr.) Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2252).
- Heitmeyer, Wilhelm (2006) *Deutsche Zustände*, Episode 5, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

- Heitmeyer, Wilhelm (2007) *Deutsche Zustände*, Episode 6, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Jonker, Gerdien & Andreas Kapphan (Hg./eds.) (1999) „Moscheen und islamisches Leben in Berlin“. *Reihe: Miteinander leben in Berlin*. Berlin: Ausländerbeauftragte des Senats.
- Kapphan, Andreas (1999) „Zuwanderung von Muslimen und ethnische Gemeindestrukturen“, in Gerdien Jonker, Andreas Kapphan (Hg./eds.) *Moscheen und islamisches Leben in Berlin. Reihe: Miteinander leben in Berlin*. Berlin: Ausländerbeauftragte des Senats.
- Kapphan, Andreas (2001) „Migration und Stadtentwicklung. Die Entstehung ethnischer Konzentrationen und ihre Auswirkungen“, in *Migration und Integration in Berlin*.
- Kapphan, Andreas (2006) „Zugewanderte aus islamisch geprägten Ländern in Berlin“, in Riem Spielhaus, Alexa Färber (Hg./eds.) *Islamisches Gemeindeleben in Berlin*, Berlin: Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration.
- KOP – Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (Hg./ed.) (2007) *Chronik rassistisch motivierter Polizeiübergreifende für Berlin in den Jahren von 2000–2009*, im Internet verfügbar unter <http://kop-berlin.de/wp-content/uploads/2009/08/chronik.pdf>
- Kornmann, Reimer & Christoph Klingele (1996) „Ausländische Kinder und Jugendliche an Schulen für Lernbehinderte in den alten Bundesländern. Noch immer erheblich überrepräsentiert und dies mit steigender Tendenz und eklatanten länderspezifischen Unterschieden!“, in *Zeitschrift für Heilpädagogik*, Jg. 47, H. 1, Würzburg.
- Kornmann, Reimer & Eva Neuhäusler (2001) „Zum Schulversagen bei ausländischen Kindern und Jugendlichen in den Jahren 1998 und 1999“, in *Die neue Sonderschule*, Jg. 46, H. 5.
- Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (Hg./ed.) (2008) *Mit Kopftuch außen vor?* Berlin.
- Marplan Forschungsgesellschaft (Hg./ed.) (2001) *Ausländer in Deutschland 2001. Mehrthemenbefragung bei der ausländischen Bevölkerung*, Offenbach.
- Ohliger, Rainer & Raiser, Ulrich (2005) *Integration und Migration in Berlin. Zahlen-Daten-Fakten*. Beauftragter des Berliner Senats für Integration und Migration (Hg./ed.), Berlin.
- Pinn, Irmgard & Marlies Wehner (1995) *EuroPhantasien. Die islamische Frau aus westlicher Sicht*, Duisburg.
- Pinn, Irmgard & Marlies Wehner (2004) „Die Frauenbewegung und die ‘islamische Frau’“, in *Abschied vom Harem?: Selbstbilder – Fremdbilder muslimischer Frauen*.
- PISA-Konsortium (Manfred Prenzel, Jürgen Baumert & Werner Blum, et al.) (2003) *Ergebnisse des zweiten Ländervergleichs – Zusammenfassung*, In Zusammenarbeit mit Claus H. Carstensen, Clemens Draxler et al., IPN – Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften, im Internet verfügbar unter http://pisa.ipn.uni-kiel.de/PISA2003_E_Zusammenfassung.pdf
- Radtke, Frank-Olaf (June 21, 2001) *Bildungsreserve Migration. Plädoyer für eine lokale Bildungspolitik. Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten – Anhörung des Forum Bildung in Zusammenarbeit mit der Beauftragten der Bundesregierung für*

- Ausländerfragen*. Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (Hg./ed.) Berlin: Bildungs Plus – Forum Bildung.
- Radtke, Frank-Olaf (2001) „Das Bild des Fremden in den Schulbüchern“, in *Islam im Schulbuch: Dokumentation zur Fachtagung: „Das Bild des Islam in Deutschen Schulbüchern“*. Kandern (Schwarzwald): Islamrat.
- Radtke, Frank-Olaf (2005) „Migration. Eine Herausforderung für das bundesdeutsche Schulsystem“, in *Projekt Migration – Ausstellung zum „Projekt Migration“*. Köln: Kölnischer Kunstverein.
- Robert-Koch-Institut (2008) *Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS) 2003–2006: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland*, im Internet verfügbar unter www.kiggs.de/experten/erste_ergebnisse/Berichte/index.4ml
- Rommelspacher, Birgit (1995) *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*, Berlin: Orlanda.
- Schiffauer, Werner (2001) „Staat-Schule-Ethnizität“, in Frank Gesemann, (Hg./ed.) *Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven*. Opladen: Leske + Budrich.
- Schiffauer, Werner (2002) *Staat – Schule – Ethnizität. Politische Sozialisation von Immigrantenkindern in vier europäischen Ländern*. Münster: Waxmann (Interkulturelle Bildungsforschung, 10).
- Schiffauer, Werner (2004) „Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs – ein Lehrstück zum verwickelten Zusammenhang von Migration, Religion und sozialer Integration“, in Klaus J. Bade, Michael Bommes, Rainer Münz, (Hg./eds.) *Migrationsreport 2004. Fakten – Analysen – Perspektiven*, Frankfurt – New York: Campus Verlag.
- Schiffauer, Werner (2004) „Vom Exil- zum Diaspora-Islam. Muslimische Identitäten in Europa“, in *Soziale Welt – Zeitschrift für Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis*, Jg. 55, H. 4.
- Schiffauer, Werner (2006) „Der unheimliche Muslim. Staatsbürgerschaft und zivilgesellschaftliche Ängste“, in Levent Tezcan & Monika Wohlrab-Sahr (Hg./eds.) *Konfliktfeld Islam in Europa*, München: Nomos Verl.-Ges. Soziale Welt, Sonderheft 17.
- Schiffer, Sabine (2005) *Die Darstellung des Islams in der Presse. Sprache, Bilder, Suggestionen; eine Auswahl von Techniken und Beispielen*, Würzburg: Ergon-Verlag.
- Schmidt-Fink, Ekkehart (2001) „Schwerpunkt: Araber in Deutschland“, in *Ausländer in Deutschland*, Jg. 17, No. 2.
- Sen, Faruk & Hayrettin Aydin (2002) *Islam in Deutschland*, München.
- Sen, Faruk & Martina Sauer (2005) *Türkische Unternehmer in Berlin. Struktur – Wirtschaftskraft – Problemlagen*, Eine Analyse der Stiftung Zentrum für Türkeistudien im Auftrag des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration, Berlin: Berliner Beiträge zur Integration und Migration.

- Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (Hg./ed.) (2004) *Sozialstrukturatlas Berlin 2003*, Berlin, im Internet verfügbar unter www.efb-berlin.de/download/berliner_sozialatlas_2003_kurz.pdf
- Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport (Hg./ed.) (Juli 2001) *Interkulturelle Bildung und Erziehung. Handreichung für Lehrkräfte an Berliner Schulen* In Zusammenarbeit mit Moritz Felgner, Ulrike Grassau and Sabine Froese, Berlin, im Internet verfügbar unter www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/politische_bildung/interkult.pdf
- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. *Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Das am 23.8.2005 vom Senat beschlossene Integrationskonzept für Berlin* Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 15/4208 vom 23. August 2005 / (2005), Berlin, (Berliner Beiträge zur Integration und Migration).
- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (Juli 2007) *Das Berliner Integrationskonzept, Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken*, Drucksache 16/ 0715, im Internet verfügbar unter www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/integrationskonzept_2007_bf.pdf?start&ts=1261580483&file=integrationskonzept_2007_bf.pdf
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (2005) *4. Berliner Wohnungsmarktbericht*.
- Spielhaus, Riem (2006a) „Organisationsstrukturen islamischer Gemeinden“, in Riem Spielhaus, Alexa Färber (Hg./eds.) *Islamisches Gemeindeleben in Berlin*, Berlin: Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration.
- Spielhaus, Riem (2006b) „Religion und Identität. Vom deutschen Versuch ‘Ausländer’ zu ‘Muslimen’ zu machen“, in *Internationale Politik*, März 2006.
- Statistisches Bundesamt (2009) *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit; Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005*, Wiesbaden, im Internet verfügbar unter www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1020313
- Stiftung Zentrum für Türkeistudien ZfT (Hg./ed.) (2006) *Zur Wahrnehmung des Islams und zur soziokulturellen Teilhabe der Muslime in Deutschland*. In Zusammenarbeit mit Dirk Halm, Essen, im Internet verfügbar unter www.zft-online.de/UserFiles/File/Endbericht.pdf
- Terkessidis, Mark (2004) *Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive*, Bielefeld: Transcript-Verl. (Kultur und soziale Praxis).
- Walgenbach, Katharina (2005) „Die weiße Frau als Trägerin deutscher Kultur“ *Koloniale Diskurse über Geschlecht, „Rasse“ und Klasse im Kaiserreich*, Frankfurt a.M. – New York.
- Wehner, Marlies (2000) „Die öffentliche Debatte über den islamischen Religionsunterricht. Über den Umgang mit einer religiösen Minderheit“, in *Die Brücke, Forum für antirassistische Politik und Kultur*, Heft 116, XX Jahrgang, November–Dezember 2000/6.
- Wellgraf, Stefan (2008) *Migration und Medien. Wie Fernsehen, Radio und Print auf die Anderen blicken*, LIT-Verlag.
- Wilamowitz-Moellendorf, Ulrich von (2001) *Türken in Deutschland – Einstellungen zu Staat und Gesellschaft*, Arbeitspapier, Konrad Adenauer Stiftung (Hg./ed.), Sankt Augustin.

Wunn, Ina (c 2006) *Muslimische Patienten. Chancen und Grenzen religionspezifischer Pflege*, Stuttgart: Kohlhammer

Zentrum für Türkeistudien (1994) *Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch*, Opladen: Schriftenreihe des Zentrums für Türkeistudien, 10.

Zentrum für Türkeistudien (1996) (Centre for Turkish Studies) (Hg./ed.) *Der Studienwahlprozess bei türkischen Bildungsinländern an Hochschulen des Landes NRW* (The Process of Subject Choice with Turkish Students Receiving their Education in Germany, at Universities of the Federal State NRW Opladen.

Zwick, Martin (2003) „Von der Baracke zum Eigenheim. Zur Veränderung der Wohnsituation von Ausländern in Deutschland“, in *Ausländer in Deutschland*, Jg.19, H.2.

Quellen im Internet

Mazyek, Aiman A. „Warum wir vor einem Einbürgerungstest keine Angst zu haben brauchen“. 20. Juni 2008. Verfügbar unter <http://islam.de/10392.php>

Amnesty International. „Ausländer als Opfer: Polizeiliche Misshandlungen in der Bundesrepublik Deutschland“. 1995. Verfügbar unter http://www.amnesty.de/umleitung/1995/eur23/006?lang=de&mimetype=text/html&destination=node%2F2904%3Fcountry%3D77%26topic%3D%26node_type%3D%26from_month%3D1%26from_year%3D1995%26to_month%3D12%26to_year%3D1995%26submit_x%3D96%26submit_y%3D3%26submit%3DAuswahl%2Banzeigen%26result_limit%3D10%26form_id%3Dai_core_search_form

Deutscher Bundestag – Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union. Drucksache 16/5065. 23. April 2007 Verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/050/1605065.pdf>

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin; Türkischer Bund in Berlin Brandenburg: Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz. „Das Warten hat nun ein Ende!“ Pressemitteilung zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und zur gemeinsamen Stellungnahme verschiedener Antidiskriminierungsbüros in Deutschland. Pressemitteilung 17. August 2006. Berlin. Verfügbar unter <http://www.openpr.de/news/96774/Allgemeines-Gleichbehandlungsgesetz-das-Warten-hat-nun-ein-Ende.html>

Bendixsen, Synnove. „Der Islam als neuer Identifikationsfaktor? – Junge Musliminnen in Berlin“. in *Muslimische-Stimmen.de*, 2008. Verfügbar unter http://www.muslimische-stimmen.de/index.php?id=20&no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=184&tx_ttnews%5BbackPid%5D=11

Bundesamt für Verfassungsschutz. „Islamismus und islamistischer Terrorismus“. Verfügbar unter http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_islamismus

Ethnobarometer: Europe’s Muslim Communities: Security and Integration post 9/11, Verfügbar unter http://www.ethnobarometer.org/index.php?option=com_content&vi

- ew=article&cid=9:europes-muslim-communities-security-and-integration-post-911&catid=4:current-projects&Itemid=3
- Nahawandi, Doris. „Mythos Kreuzberg – Oder Kreuzberg als gelungenes Integrationsbeispiel?“. 6. Juni 2004. Verfügbar unter http://www.migration-boell.de/downloads/integration/DNahawandi_Kreuzberg.pdf
- Nahawandi, Doris Integration und Chancengleichheit in der Schule aus der Perspektive des Einwanderungsbezirks Friedrichshain-Kreuzberg. Deutsch-französisches Treffen von Bildungsjournalisten. 1. Juni 2006. Verfügbar unter http://www.berlin.de/imperia/md/content/bafriedrichshain-kreuzberg/beauftragtedesbezirks/deutsch_franz_sisches_treffen_bildungsjournalisten.pdf, zuletzt geprüft am 05. August 2008.
- Cinar, Safer. (12. Juni 2008) Pressemitteilung: „Wie viele Fragen könnten Sie beantworten Frau Prof. Böhmer?“, Verfügbar unter <http://www.tbb-berlin.de/de/frame.html>
- Schiffer, Sabine: Medien als Spiegel und Konstrukteur gesellschaftlicher Vorstellungen. Der Islam in deutschen Medien, Verfügbar unter http://www.migration-boell.de/web/diversity/48_1231.asp
- Schirmacher, Christine (2008) Muslime in Deutschland: Ergebnisse der Studie – Eine Zusammenfassung. Ifl – Institut für Islamfragen. Verfügbar als PDF-Datei unter http://www.islaminstitut.de/uploads/media/BMIMuslimeinD_02.pdf
- Senol, Ekrem. Der Kniefall ein Reinfall. 18. Juni 2008. Verfügbar unter <http://www.igmg.de/nachrichten/artikel/2008/06/18/8051.html?L=.html>
- Stahl, Silvester. „Deutschland: Anstieg der Einbürgerungen im Jahr 2000“. Humboldt-Universität Berlin, in: Migration-info.de Migration und Bevölkerung, 2002. Verfügbar unter http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=020102

Zeitungsartikel im Internet

- am Orde, Sabine. „Türken fordern den Doppelpass“. *taz*, 8. Juli 2008. Verfügbar unter <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/tuerken-fordern-den-doppelpass>
- Ataman, Ferda. „Der Mut der Mütter“. *Spiegel online*, 10. September 2005. Verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,373861,00.html>
- Beikler, Sabine. „Körting: Lockerung des Kopftuch-Verbots ist möglich“. *Der Tagesspiegel*, 9. Februar 2008. Verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/art270,2473093>
- Bernhardt, Markus. „Stereotype zum Islam und zu Muslimen werden verfestigt“. *Junge Welt*, 9. Juli 2009. Verfügbar unter <http://www.jungewelt.de/2009/07-09/037.php?sstr=schiffer>
- Bild.de*. „Umstrittener Islam-Prediger gibt Lehrern Nachhilfe“. 8. August 2008. Verfügbar unter <http://www.bild.de/BILD/berlin/aktuell/2008/08/07/islam-prediger/gibt-lehrern-nachhilfe.html>

- Der Spiegel*. „Islamismusverdacht – Ministerium stoppt Förderung von muslimischem Jugendverband“. 7. November 2003. Verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,272950,00.html>
- Der Tagesspiegel*. „Keine Einbürgerung mit Milli Görüs“. 3. Dezember 2009. Verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/islamismus;art122,2965535>
- Die Zeit*. „Süße des Glaubens“. 22. Februar 2007. Verfügbar unter http://www.zeit.de/2007/09/Suesse_des_Glaubens
- Emmerich, Marlies. „Körting: Kopftuch-Verbot wird nicht auf Dauer Bleiben“. *Berliner Zeitung*, 9 February 2008. Verfügbar unter <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0209/berlin/0043/index.html>
- Flatau, Sabine & Dominik Ehrentraut. „Bezirke geben Jugendtreffs ab“. *Berliner Morgenpost*, 17. Juli 2009. Verfügbar unter http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article1133264/Sparzwang_Bezirke_geben_Jugendtreffs_ab.html
- Gülfirat, Suzan. „Aufregung um Radio Multikulti“ (Alarm around Radio Multikulti), *Der Tagesspiegel*, 19. Mai 2008. Verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/;art270,2533542>
- Islamische Zeitung. „IZ-Reihe Begegnungen. Interview mit Prof. Volker Eichener“. In *Islamische Zeitung*, Jg. 2005, Ausgabe 112, Oktober 2005, S. 1–2. Verfügbar unter <http://www.islamische-zeitung.de>
- Köhler, Regina. „Projekt der Muslimischen Jugend soll Gewalt verhindern“, *Berliner Morgenpost*, 5. Januar 2003. Verfügbar unter http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article429941/Projekt_der_Muslimischen_Jugend_soll_Gewalt_verhindern.html
- Krupp, Kerstin. „Debatte mit muslimischen Schülern“. *Berliner Zeitung*, 9. August 2006. Verfügbar unter <http://www.oszimt.de/0-schule/public/presse/2006-08-09.html>
- Lau, Jörg. „Gericht: Berliner Schulen müssen Gebetsräume für Muslime einrichten“. 2008. Verfügbar unter http://blog.zeit.de/joerglau/2008/03/13/gericht-berliner-schulen-mus-sen-gebetsraume-fur-muslime-einrichten_1093
- Loy, Thomas. Erstes Pflegeheim für türkische Senioren. *Der Tagesspiegel*, 14. Januar 2006. Verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/art270,2056808>
- Miller, Tobias. „Gebets-Urteil wird von Schulleitern kritisiert“. *Berliner Zeitung*, 13. März 2008. Verfügbar unter <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0313/berlin/0060/index.html>
- Musharbash, Yassin. „Razzia bei Islamisten“, *Spiegel-online*, 23. April 2008. Verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,549200,00.html>
- Noelle, Elisabeth; Peterson, Thomas. „Eine fremde bedrohliche Welt“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 114, p. 5. Schnedelbach, Lutz, 17. Mai 2006.
- Schnedelbach, Lutz. „Tunesier nach Moschee-Razzia verhaftet“. *Berliner Zeitung*, 24. März 2003. Verfügbar unter <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2003/0324/berlin/0081/index.html>

- Stalinski, Sandra. „Nur wenige Türken wollen deutschen Pass – Piening erwartet weiter sinkende Einbürgerungen”. *Der Tagesspiegel*, 11. Juli 2007. Verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/art270,2337881>
- Vieth-Entus, Susanne. „Antisemitismus inbegriffen”. *Der Tagesspiegel*, 7. November 2003. Verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/art270,1973689>
- Vieth-Entus, Susanne. „Lehrer-Fortbildung in Sharia”. *Der Tagesspiegel*, 6. August 2008, Verfügbar unter www.tagesspiegel.de/berlin/art270,2587039
- Wallraff, Lukas. „Zuwanderungsgesetz beschlossen”. *taz.de*, 2007. Verfügbar unter <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/zuwanderungsgesetz-beschlossen>
- Wierth, Alke „Migranten geben Hoffnung auf”. *taz*, 15. Juni 2007. Verfügbar unter <http://www.taz.de/index.php?id=berlin-aktuell&dig=2007/06/15/a0159&id=820&cHash=aae568f5f0>

ANHANG 2. LISTE DER INTERVIEWTEN EXPERTEN

Bezirks- und Stadtpolitiker

Prof. Dr. Barbara John, Erste Beauftragte für Integration in Berlin von 1981 bis 2003 (CDU), Berlin

Günter Piening, Beauftragter für Integration und Migration in Berlin seit 2003, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin

Dr. Frank Schulz, Bezirksbürgermeister von Kreuzberg-Friedrichshain (Bündnis 90/ Die Grünen), Berlin

Doris Nahawandi, Mitarbeiterin beim Büro für Integration und Migration, frühere Beauftragte für Integration in Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin

Dr. Sabine Kroker-Stille, frühere Leiterin der Landesleitstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung, Berlin

Ulrike Grassau, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Berlin

Monika Brodehl, Landesleitstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung, Berlin

Muslimische Organisationen

Burhan Kesici, Generalsekretär des Islamrats der Bundesrepublik und stellvertretender Vorsitzender der Islamischen Föderation von Berlin, Berlin

Imran Sagir, Vorsitzender der ortsansässigen Organisation Inssan e.V. und Vorstandsmitglied von DMK (Deutschsprachiger Muslim Kreis), Berlin

Lydia Nofal, Vorstandsmitglied von Inssan e.V.

Hakan Tousner, Vorstandsmitglied der muslimischen Jugendorganisation MJD (Muslimische Jugend Deutschland), Berlin

Meho Travljanin, Bosnisches Islamisches Kulturzentrum, Berlin

Abdul Razzaque, Mitglied von IBMUS und dem Urdu-sprachigen Moscheeverein Bilal-Moschee, Schulmediator in Charlottenburg, Berlin

Andere NROs

Suraya Jammeh, “Help the poor and the needy e.V.”, Nachbarschaftsprojekt der Bildungsoffensive Kiezkinder, Berlin

Florencio Chicote, ADNB des TBB – Antidiskriminierungsnetzwerk des Türkischen Bunds Berlin Brandenburg, Berlin

Fakra Fatnassi, Sozialwissenschaftler, Erziehungswissenschaftler und Jugendarbeiter in unterschiedlichen lokalen NROs (Vielfalt e.V., AKARSU e.V.), Berlin

Dr. Nadia Nagie, Bildungsberatungsprojekt KUMULUS in Zusammenarbeit mit der Beratungsorganisation Arbeit&Bildung e.V., Berlin

Polizei

Klaus-Dieter Schelske, Clearingstelle, Zentrale Serviceeinheit, Abteilung Aus- und Fortbildung der Berliner Polizei, Berlin

Bildung

Evelin Lubig-Fohsel, Sozial-Anthropologin, Lehrerin und Lehrerausbilderin für LISUM – Landesinstitut für Schule und Medien, und Mitglied der Arbeitsgruppe des Senats “Islam und Schule”

Teilnehmer des runden Tisches zur Diskussion des ersten Berichtsentwurfs: British Council, 23. März 2009.²⁸⁵

²⁸⁵ Dieser runder Tisch wurde nach den Regeln von Chatham House abgehalten, nach denen Teilnehmer alle ihnen vermittelten Informationen nutzen können, ohne jedoch die Identitäten der Vortragenden und anderen Teilnehmer zu kennen.

ANHANG 3. IM FORSCHUNGSPROZESS KONSULTIERTE ORGANISATIONEN UND INSTITUTIONEN²⁸⁶

Arbeit und Bildung e.V.

Bildungsberatung KUMULUS

Contacts: Heidi Gellhardt, Nadia Nagie

Potsdamer Str. 118, 10785 Berlin

Arbeiterwohlfahrt – AWO Friedrichshain-Kreuzberg

Karl-Marx Allee 93a, 10243 Berlin

Afrika-Rat

Board Member: Deacon A.L.Sesay

Georgenkirchstr. 70, 10249 Berlin

Antidiskriminierungsbüro Berlin e.V. (ADB)

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Str. 410405 Berlin

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin ADNB des TBB

Florencio Chicote und Nuran Yigit

Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin

Ausländerberatung des DGB Berlin-Brandenburg

Keithstr. 1-3 (2. Etage, Zimmer: 210, 211, 213, 204), 10787 Berlin

Bosnisches Islamisches Kulturzentrum

Contact: Meho Travljanin

Adalberstr. 94, 10999 Berlin

Bund für Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit in der BRD e.V. (BDB)

Pohlstraße 60/62, 10785 Berlin

Die Islamische Föderation in Berlin

Vice-President: Burhan Kesici

Boppstraße 4, 10967 Berlin

Deutsches Institut für Menschenrechte

Zimmerstr. 26/27, 10969 Berlin

DMK – Deutschsprachiger Muslimkreis Berlin e.V.

Chairman: Imran Sagir

Drontheimer Str. 16, 13359 Berlin

²⁸⁶ Die aufgeführten Institutionen stellen nicht die Gesamtheit muslimischer und Antidiskriminierungsorganisationen in Berlin dar. Oben genannte Organisationen wurden entweder aufgrund ihrer gegenwärtigen oder früheren Arbeit im Bereich Integration oder aufgrund ihres Profils in der Öffentlichkeit ausgesucht. Die Auslassung anderer, ähnlicher Organisationen deutet nicht auf weniger Relevanz ihrer Arbeit hin.

Eine Welt der Vielfalt e.V.

Chairperson: Dr. Czarina Wilpert
Obentrautstr. 72, 10963 Berlin

Gangway e.V.

Street Social Work in Berlin
Schumannstr. 5, 10117 Berlin

Help the poor and the needy e.V.

Bildungsoffensive Kiezkinder
Spokesperson: Suraya Jammeh
Büro im MehrGenerationenHaus
Wassertorstrasse 48, 10969 Berlin

IBMUS – Initiative Berliner Muslime

Im Büro von Inssan e.V.
Gitschiner Str. 17, 10969 Berlin

INSSAN für kulturelle Interaktion e.V.

Chairpersons: Imran Sagir, Lydia Nofal
Gitschiner Str. 17, 10969 Berlin

Interkulturelles Zentrum für Dialog und Bildung e.V. (IZDB)

Chairman: Faical Salhi
Drontheimer Str. 32a, 13359 Berlin

Internationale Liga für Menschenrechte

Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Islamisches Kultur- und Erziehungszentrum e.V.

Spokesperson: Raed Zaloum
Finowstr. 27, 12045 Berlin

LISUM – Landesinstitut für Schule und Medien Berlin Brandenburg

Heike Haseloff

Muslimische Akademie in Deutschland

Contact: Riem Spielhaus
Kaiserdamm 100, 14057 Berlin-Charlottenburg

Muslimische Jugend in Deutschland e.V. (MJD)

Contact: Hakan Tosuner
Gitschiner Str. 16, 10969 Berlin

MÜSIAD Berlin e.V.

Verband unabhängiger Industrieller und Unternehmer
Delbrückstr. 58, 12051 Berlin

Naunyn Ritze

Kinder-, Jugend- und Kulturzentrum
Contact: Martin Kesting
Naunynstr. 63, 10997 Berlin

Neuköllner Begegnungsstätte – Haus des Friedens

Flughafenstr. 43, 12053 Berlin

Reach Out – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Oranienstr. 159, 10969 Berlin

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Ahornstr. 5, 10787 Berlin

Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB)

Sehitlik-Moschee
Contact: Ender Cetin
Columbiadamm 128, 10965 Berlin

Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD)

Chairman: Kenan Kolat
Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin

Türkischer Bund Berlin-Brandenburg (TBB)

Spokesperson: Safer Cinar
Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin

Türkiyemspor Berlin e.V.

Chairman: Celal Bingöl
Gitschinerstr. 48, 10969 Berlin

Vahdet Kulturverein/ Vahdet Kültür Cemiyeti

Reichenbergerstr. 147, 10999 Berlin

ANHANG 4. TABELLEN UND ABBILDUNGEN

**Tabelle 13. Wichtige Aspekte der Selbstbeschreibung
(Muslime und nicht-Muslime) (D1)**

	Religion		Gesamt
	Muslim	Nicht-Muslim	
Ihre Familie	83.0%	69.0%	76%
Die Art Ihrer Arbeit	44.0%	61.0%	52.5%
Ihr Alter und Lebensabschnitt	19.0%	74.0%	46.5%
Ihre Interessen	52.0%	80.0%	66%
Ihr Bildungsgrad	57.0%	58.0%	57.5%
Ihre Nationalität	39.0%	16.0%	27.5%
Ihr Geschlecht	13.0%	41.0%	27%
Ihr Einkommensniveau	19.0%	15.0%	17%
Ihre Religion	73.0%	11.0%	42%
Ihre soziale Klasse	24.0%	25.0%	24.5%
Ihre ethnische Herkunft bzw. Ihr kultureller Hintergrund	67.0%	31.0%	49%
Ihre Hautfarbe	5.0%	6.0%	5.5%
Irgendeine Behinderung, die Sie eventuell haben	1.0%	1.0%	1%
Gesamt	%	100.0%	100.0%
	Anzahl	100	100

Tabelle 14. Was glauben Sie sind die wichtigsten Werte in Bezug auf das Leben in diesem Land? (D8)

		Religion	
		Muslim	Nicht-Muslim
Wichtigste nationale Werte	Respekt vor dem Gesetz	68.0%	71.0%
	Toleranz gegenüber anderen	33.0%	43.0%
	Rede- und Ausdrucksfreiheit	42.0%	59.0%
	Respekt vor einem anderen Glauben	41.0%	14.0%
	Gerechtigkeit und Fairness	33.0%	40.0%
	Beherrschen der Landessprache	55.0%	50.0%
	Respekt vor Menschen einer anderen ethnischen Herkunft	21.0%	23.0%
	Chancengleichheit	20.0%	37.0%
	Stolz auf dieses Land/Patriotismus	23.0%	17.0%
	Teilnahme an Wahlen	15.0%	20.0%
	Freiheit von Diskriminierung	22.0%	24.0%

Tabelle 15. Begegnungen mit Menschen einer anderen ethnischen Herkunft (E1)

Orte	Häufigkeit	Religion	
		Muslim	Nicht-Muslim
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr bei sich zu Hause Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten (E1.1)	Täglich	19.0%	20.0%
	Mindestens einmal wöchentlich	33.0%	27.0%
	Mindestens einmal monatlich	23.0%	32.0%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in der Schule, Hochschule oder bei der Arbeit Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E1.2)	Täglich	64.0%	43.0%
	Mindestens einmal wöchentlich	13.0%	24.0%
	Mindestens einmal monatlich	4.0%	12.0%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in einer Bar/ Diskothek Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten (E1.3)	Täglich		3.0%
	Mindestens einmal wöchentlich	13.0%	12.0%
	Mindestens einmal monatlich	11.0%	31.0%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in einem Café/ Restaurant Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E1.4)	Täglich	5.0%	4.0%
	Mindestens einmal wöchentlich	41.0%	20.0%
	Mindestens einmal monatlich	26.0%	39.0%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr bei einer sportlichen Aktivität Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E1.5)	Täglich	6.0%	1.0%
	Mindestens einmal wöchentlich	36.0%	18.0%
	Mindestens einmal monatlich	8.0%	11.0%

Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr bei Anlässen außerhalb der Arbeit/ Schule Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E1.6)	Täglich	10.0%	7.1%
	Mindestens einmal wöchentlich	27.0%	19.2%
	Mindestens einmal monatlich	28.0%	20.2%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in einer Kinderbetreuungseinrichtung, einem Kindergarten oder einer Schule Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E1.7)	Täglich	27.0%	9.0%
	Mindestens einmal wöchentlich	12.0%	6.0%
	Mindestens einmal monatlich	5.0%	9.0%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in Geschäften Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E1.8)	Täglich	33.0%	13.0%
	Mindestens einmal wöchentlich	49.0%	38.0%
	Mindestens einmal monatlich	14.0%	29.0%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr auf Straßenmärkten Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E1.9)	Täglich	7.0%	2.0%
	Mindestens einmal wöchentlich	34.0%	19.0%
	Mindestens einmal monatlich	22.0%	15.0%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in einem Gebetshaus oder anderem religiösen Zentrum Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E1.10)	Täglich	13.0%	
	Mindestens einmal wöchentlich	31.0%	3.0%
	Mindestens einmal monatlich	17.0%	2.0%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in einem Gemeindezentrum Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E1.11)	Täglich	1.0%	
	Mindestens einmal wöchentlich	12.0%	1.0%
	Mindestens einmal monatlich	14.0%	5.0%

Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in einem Gesundheitszentrum oder Krankenhaus Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E1.12)	Täglich		3.0%
	Mindestens einmal wöchentlich	7.0%	2.0%
	Mindestens einmal monatlich	21.0%	4.0%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in öffentlichen Verkehrsmitteln Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E1.13)	Täglich	25.0%	8.0%
	Mindestens einmal wöchentlich	22.0%	17.0%
	Mindestens einmal monatlich	17.0%	20.0%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr im Park/ im Freien Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E1.14)	Täglich	16.0%	12.0%
	Mindestens einmal wöchentlich	28.0%	17.0%
	Mindestens einmal monatlich	21.0%	27.0%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in einer Nachbarschaftsgruppe Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E1.15)	Täglich	10.0%	4.0%
	Mindestens einmal wöchentlich	6.0%	4.0%
	Mindestens einmal monatlich	8.0%	8.0%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in einer Jugendgruppe Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E1.16)	Täglich	8.1%	2.0%
	Mindestens einmal wöchentlich	12.1%	3.0%
	Mindestens einmal monatlich	5.1%	4.0%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in einem Volkshochschulkurs Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E1.17)	Täglich	1.0%	
	Mindestens einmal wöchentlich	1.0%	2.0%
	Mindestens einmal monatlich		1.0%

Tabelle 16. Begegnungen mit Menschen einer anderen Religionszugehörigkeit (E2)

Orte	Häufigkeit	Religion	
		Muslim	Nicht-Muslim
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr bei sich zuhause Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E2.1)	Täglich	10%	19%
	Mindestens einmal wöchentlich	24%	21%
	Mindestens einmal monatlich	23%	27%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in einer Schule, Hochschule oder bei der Arbeit Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E2.2)	Täglich	59%	32%
	Mindestens einmal wöchentlich	18%	25%
	Mindestens einmal monatlich	4%	12%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in einer Bar/ Diskothek Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E2.3)	Täglich		1%
	Mindestens einmal wöchentlich	12%	9%
	Mindestens einmal monatlich	10%	26%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in einem Café/ Restaurant Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E2.4)	Täglich	3%	4%
	Mindestens einmal wöchentlich	29%	16%
	Mindestens einmal monatlich	24%	38%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr bei einer sportlichen Aktivität Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E2.5)	Täglich	8%	2%
	Mindestens einmal wöchentlich	30%	21%
	Mindestens einmal monatlich	8%	4%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr bei Anlässen außerhalb der Arbeit / Schule Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E2.6)	Täglich	9%	4%
	Mindestens einmal wöchentlich	22%	13%
	Mindestens einmal monatlich	29%	20%

Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in einer Kinderbetreuungseinrichtung / Kindergarten / Schule Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E2.7)	Täglich	23%	6%
	Mindestens einmal wöchentlich	10%	10%
	Mindestens einmal monatlich	5%	7%
Wie oft hat der/die Interviewte im letzten Jahr in Geschäften Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit als der eigenen getroffen und sich unterhalten? (E2.8)	Täglich	27%	13%
	Mindestens einmal wöchentlich	42%	33%
	Mindestens einmal monatlich	19%	23%

**Tabelle 17. Ist der/die Interviewte bei den Parlamentswahlen
stimmberechtigt? (F1)**

	Religion		Gesamt
	Muslim	Nicht-Muslim	
Ja	51.0%	73.0%	62.0%
Nein	49.0%	27.0%	38.0%
Gesamt	%	100.0%	100.0%
	Anzahl	100	200

Tabelle 18. Hat der/die Interviewte bei den letzten Parlamentswahlen seine/ihre Stimme abgegeben? (F2)

	Religion		Gesamt
	Muslim	Nicht-Muslim	
Ja	38,0%	63,0%	50,5%
Nein	13,0%	10,0%	11,5%
Keine Antwort	49,0%	27,0%	38,0%
Gesamt	%	100,0%	100,0%
	Anzahl	100	200

**Tabelle 19. Ist der/die Interviewte bei den Kommunalwahlen
stimmberechtigt? (F3)**

	Religion		Gesamt
	Muslim	Nicht-Muslim	
Ja	51.0%	87.0%	69.0%
Nein	49.0%	13.0%	31.0%
Gesamt	%	100.0%	100.0%
	Anzahl	100	200

Tabelle 20. Hat der/die Interviewte bei den letzten Kommunalwahlen seine/ihre Stimme abgegeben? (F4)

	Religion		Gesamt
	Muslim	Nicht-Muslim	
Ja	37.0%	68.0%	52.5%
Nein	14.0%	19.0%	16.5%
Keine Antwort	49.0%	13.0%	31.0%
Gesamt	%	100.0%	100.0%
	Anzahl	100	200

Tabelle 21. Hat sich der/die Interviewte in den letzten 24 Monaten zivilgesellschaftlich engagiert? (F10)*

	Religion	
	Muslim	Nicht-Muslim
Keine Antwort (Nein)	89.6%	90.5%
Ja, innerhalb einer Organisation, die auf der eigenen Ethnizität oder Religion basiert	2.5%	1.6%
Ja, in einer gemischten Organisation	7.9%	7.9%
Nennungen Gesamt	1,400	1,400

* Jeder Interviewte beantwortete die selben vierzehn Fragen. Diese Tabelle gibt eine Zusammenfassung aller Antworten wieder. Für die detaillierte Liste der Fragen siehe Tabelle 22.

Tabelle 22. Bürgerschaftliches Engagement, an welchem sich der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate beteiligt hat (F10)

		Religion	
		Muslim	Nicht-Muslim
Hat sich der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate an der Organisation von Bildungseinrichtungen für Kinder/Schulen beteiligt? (F10.1)	Keine Antwort (Nein)	79.0%	74.0%
	Ja, innerhalb einer Organisation, die auf der eigenen Ethnizität oder Religion basiert	3.0%	1.0%
	Ja, in einer gemischten Organisation	18.0%	25.0%
Hat sich der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate an der Organisation von Aktivitäten für Jugendliche beteiligt? (F10.2)	Keine Antwort (Nein)	81.0%	88.0%
	Ja, innerhalb einer Organisation, die auf der eigenen Ethnizität oder Religion basiert	5.0%	1.0%
	Ja, in einer gemischten Organisation	14.0%	11.0%
Hat sich der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate an der Organisation von Erwachsenenbildung beteiligt? (F10.3)	Keine Antwort (Nein)	92.0%	87.0%
	Ja, innerhalb einer Organisation, die auf der eigenen Ethnizität oder Religion basiert	1.0%	3.0%
	Ja, in einer gemischten Organisation	7.0%	10.0%
Hat sich der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate an der Organisation von irgendwelchen religiösen Aktivitäten beteiligt? (F10.4)	Keine Antwort (Nein)	82.0%	99.0%
	Ja, innerhalb einer Organisation, die auf der eigenen Ethnizität oder Religion basiert	14.0%	
	Ja, in einer gemischten Organisation	4.0%	1.0%

MUSLIME IN BERLIN

	Keine Antwort (Nein)	91.0%	87.0%
Hat sich der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate politisch engagiert? (F10.5)	Ja, innerhalb einer Organisation, die auf der eigenen Ethnizität oder Religion basiert	2.0%	2.0%
	Ja, in einer gemischten Organisation	7.0%	11.0%
	Keine Antwort (Nein)	88.0%	93.0%
Hat sich der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate an der Organisation irgendwelcher sozialer Projekte beteiligt? (F10.6)	Ja, innerhalb einer Organisation, die auf der eigenen Ethnizität oder Religion basiert	2.0%	2.0%
	Ja, in einer gemischten Organisation	10.0%	5.0%
	Keine Antwort (Nein)	96.0%	99.0%
War der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate ein/-e Amtsträger/-in irgendeiner Gemeindeorganisation (Kulturzentrum, Gemeindeverband, u.a.)? (F10.7)	Ja, innerhalb einer Organisation, die auf der eigenen Ethnizität oder Religion basiert	3.0%	
	Ja, in einer gemischten Organisation	1.0%	1.0%
	Keine Antwort (Nein)	100.0%	100.0%
Hat sich der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate an irgendwelchen Strafgerichtsbarkeit (Laienrichter, Hilfspolizist) beteiligt? (F10.8)	Keine Antwort (Nein)	94.0%	98.0%
	Ja, in einer gemischten Organisation	6.0%	2.0%
	Keine Antwort (Nein)	94.0%	97.0%
Hat sich der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate an irgendwelchen Menschenrechtsaktivitäten beteiligt? (F10.9)	Keine Antwort (Nein)	94.0%	97.0%
	Ja, innerhalb einer Organisation, die auf der eigenen Ethnizität oder Religion basiert		1.0%
	Ja, in einer gemischten Organisation	6.0%	2.0%

	Keine Antwort (Nein)	92.0%	91.0%
Hat sich der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate an einer Wohnungs-/Nachbarschaftsgruppe beteiligt? (F10.11)	Ja, innerhalb einer Organisation, die auf der eigenen Ethnizität oder Religion basiert		4.0%
	Ja, in einer gemischten Organisation	8.0%	5.0%
	Keine Antwort (Nein)	78.0%	83.0%
Hat sich der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate an der Organisation von irgendwelchen Freizeitaktivitäten, Sport oder Hobbys beteiligt? (F10.12)	Ja, innerhalb einer Organisation, die auf der eigenen Ethnizität oder Religion basiert	5.0%	2.0%
	Ja, in einer gemischten Organisation	17.0%	15.0%
	Keine Antwort (Nein)	88.0%	76.0%
Hat sich der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate an der Organisation irgendwelcher Aktivitäten in den Bereichen Kunst, Musik und Kultur beteiligt? (F10.13)	Ja, innerhalb einer Organisation, die auf der eigenen Ethnizität oder Religion basiert		6.0%
	Ja, in einer gemischten Organisation	12.0%	18.0%
	Keine Antwort (Nein)	100.0%	95.0%
Hat sich der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate an der Organisation irgendwelcher anderer Aktivitäten beteiligt? (F10.14)	Ja, in einer gemischten Organisation		5.0%

Tabelle 23. Hat der/die Interviewte Vertrauen zu Einrichtungen des öffentlichen Dienstes? (F11)

	Religion		Gesamt	
	Muslim	Nicht-Muslim		
Ausmaß des Vertrauens zur Polizei (F11.1)	Sehr viel	5.0%	6.0%	5.5%
	Ziemlich viel	34.0%	43.0%	38.5%
	Nicht sehr viel	44.0%	37.0%	40.5%
	Überhaupt nicht	17.0%	12.0%	14.5%
	Weiß nicht		2.0%	1.0%
	Gesamtzahl	100	100	200
Ausmaß des Vertrauens zu den Gerichten (F11.2)	Sehr viel	6.0%	8.0%	7.0%
	Ziemlich viel	44.0%	53.0%	48.5%
	Nicht sehr viel	37.0%	28.0%	32.5%
	Überhaupt nicht	10.0%	5.0%	7.5%
	Weiß nicht	3.0%	6.0%	4.5%
	Gesamtzahl	100	100	200
Ausmaß des Vertrauens zum Parlament (F11.3)	Sehr viel	1.0%	2.0%	1.5%
	Ziemlich viel	15.0%	28.0%	21.5%
	Nicht sehr viel	61.0%	54.0%	57.5%
	Überhaupt nicht	20.0%	10.0%	15.0%
	Weiß nicht	3.0%	6.0%	4.5%
	Gesamtzahl	100	100	200
Ausmaß des Vertrauens zur Regierung (F11.4)	Sehr viel	1.0%	2.0%	1.5%
	Ziemlich viel	7.0%	22.0%	14.5%
	Nicht sehr viel	55.0%	50.0%	52.5%
	Überhaupt nicht	35.0%	20.0%	27.5%
	Weiß nicht	2.0%	6.0%	4.0%
	Gesamtzahl	100	100	200
Ausmaß des Vertrauens zum Stadtrat (F11.5)	Sehr viel	2.0%	4.0%	3.0%
	Ziemlich viel	21.0%	32.0%	26.5%
	Nicht sehr viel	62.0%	41.0%	51.5%
	Überhaupt nicht	9.0%	10.0%	9.5%
	Weiß nicht	6.0%	13.0%	9.5%
	Gesamtzahl	100	100	200

Tabelle 24. Ist der/die Interviewte mit öffentlichen Dienstleistungen zufrieden? (G1)

	Religion		Gesamt	
	Muslim	Nicht-Muslim		
Grad der Zufriedenheit mit den örtlichen Grundschulen (G1.1)	Sehr zufrieden	1.0%	1.0%	1.0%
	Ziemlich zufrieden	12.0%	15.0%	13.5%
	Weder zufrieden noch unzufrieden	35.0%	24.0%	29.5%
	Ziemlich unzufrieden	17.0%	17.0%	17.0%
	Sehr unzufrieden	15.0%	8.0%	11.5%
	Weiß nicht	20.0%	35.0%	27.5%
	Gesamtzahl	100	100	200
Grad der Zufriedenheit mit den örtlichen Gymnasien (G1.2)	Sehr zufrieden		1.0%	0.5%
	Ziemlich zufrieden	8.0%	3.0%	5.5%
	Weder zufrieden noch unzufrieden	24.0%	18.0%	21.0%
	Ziemlich unzufrieden	34.0%	27.0%	30.5%
	Sehr unzufrieden	16.0%	11.0%	13.5%
	Weiß nicht	18.0%	40.0%	29.0%
	Gesamtzahl	100	100	200
Grad der Zufriedenheit mit den Sozialwohnungen (G1.3)	Sehr zufrieden	2.0%		1.0%
	Ziemlich zufrieden	25.0%	18.0%	21.5%
	Weder zufrieden noch unzufrieden	26.0%	11.0%	18.5%
	Ziemlich unzufrieden	17.0%	16.0%	16.5%
	Sehr unzufrieden	10.0%	5.0%	7.5%
	Weiß nicht	20.0%	50.0%	35.0%
	Gesamtzahl	100	100	200

MUSLIME IN BERLIN

Grad der Zufriedenheit mit der Straßenreinigung (G1.4)	Sehr zufrieden	5.0%	5.0%	5.0%
	Ziemlich zufrieden	31.0%	35.0%	33.0%
	Weder zufrieden noch unzufrieden	14.0%	25.0%	19.5%
	Ziemlich unzufrieden	30.0%	26.0%	28.0%
	Sehr unzufrieden	19.0%	9.0%	14.0%
	Weiß nicht	1.0%		0.5%
	Gesamtzahl	100	100	200
Grad der Zufriedenheit mit der polizeilichen Überwachung (G1.5)	Sehr zufrieden	2.0%	1.0%	1.5%
	Ziemlich zufrieden	29.0%	24.0%	26.5%
	Weder zufrieden noch unzufrieden	18.0%	35.0%	26.5%
	Ziemlich unzufrieden	26.0%	13.0%	19.5%
	Sehr unzufrieden	23.0%	14.0%	18.5%
	Weiß nicht	2.0%	13.0%	7.5%
	Gesamtzahl	100	100	200
Grad der Zufriedenheit mit den Gesundheitsdiensten (G1.6)	Sehr zufrieden	8.0%	6.0%	7.0%
	Ziemlich zufrieden	45.0%	51.0%	48.0%
	Weder zufrieden noch unzufrieden	19.0%	17.0%	18.0%
	Ziemlich unzufrieden	13.0%	14.0%	13.5%
	Sehr unzufrieden	12.0%	2.0%	7.0%
	Weiß nicht	3.0%	10.0%	6.5%
	Gesamtzahl	100	100	200

Grad der Zufriedenheit mit den Diensten für Jugendliche (G1.7)	Sehr zufrieden	1.0%		0.5%
	Ziemlich zufrieden	10.0%	13.0%	11.5%
	Weder zufrieden noch unzufrieden	20.0%	17.0%	18.5%
	Ziemlich unzufrieden	27.0%	22.0%	24.5%
	Sehr unzufrieden	28.0%	10.0%	19.0%
	Weiß nicht	14.0%	38.0%	26.0%
	Gesamtzahl	100	100	200
Grad der Zufriedenheit mit den öffentlichen Verkehrsmitteln (G1.8)	Sehr zufrieden	18.0%	18.0%	18.0%
	Ziemlich zufrieden	54.0%	53.0%	53.5%
	Weder zufrieden noch unzufrieden	11.0%	14.0%	12.5%
	Ziemlich unzufrieden	7.0%	10.0%	8.5%
	Sehr unzufrieden	5.0%	5.0%	5.0%
	Weiß nicht	4.0%		2.0%
	Keine Antwort	1.0%		0.5%
Gesamtzahl	100	100	200	

Tabelle 25. Gruppen, gegen die es aufgrund ihres Aussehens/ ihrer Hautfarbe Vorurteile gibt (H2)

	Religion	
	Muslim	Nicht-Muslim
Araber	59.0	35.0
Südasiaten (Inder, Pakistanis, Bangladescher)	21.0	10.0
Schwarze (Kariben, Afrikaner)	62.0	61.0
Chinesen	9.0	6.0
Türken	71.0	46.0
Menschen multikultureller Herkunft	5.0	2.0
Buddhisten	2.0	1.0
Hindus	4.0	1.0
Juden	12.0	4.0
Muslime	49.0	27.0
Sikhs	2.0	1.0
Asylsuchende/ Flüchtlinge	10.0	3.0
Neue Immigranten	4.0	1.0
Osteuropäer	7.0	12.0
Other	40.0	48.0
Gesamtzahl der Befragten (mehrere Antworten waren möglich)	100	100

Tabelle 26. Gruppen, gegen die es aufgrund ihrer Religion Vorurteile gibt (H5)

	Religion	
	Muslim	Nicht-Muslim
Muslime	97	90
Juden	28	33
Hindus	3	1
Buddhisten	1	2
Sikhs	1	1
Christen	6	4
Katholiken	0	8
Protestanten	0	4
Andere	8	10
Gesamtzahl der Befragten (mehrere Antworten waren möglich)	100	100

Tabelle 27. Wie oft hat der/die Interviewte Diskriminierung erfahren? (H7)*

	Religion		Gesamt
	Muslim	Nicht-Muslim	
Fast ständig	10 1.70%	1 0.20%	11
Häufig	54 9.00%	24 4.00%	78
Manchmal	105 17.50%	84 14.00%	189
Selten	94 15.70%	122 20.30%	216
Nier	337 56.20%	369 61.50%	706
Gesamt	600	600	1,200

* Jeder Interviewte beantwortete die selben sechs Fragen. Diese Tabelle gibt eine Zusammenfassung aller Antworten wieder. Für die detaillierte Liste der Fragen siehe Tabelle 28.

Tabelle 28. Wie oft hat der/die Interviewte Diskriminierungserfahrungen gemacht? (H7)

		Religion		Gesamt
		Muslim	Nicht-Muslim	
Wie oft hat der/die Interviewte Diskriminierung aufgrund des Geschlechts erlebt? (H7.1)	Häufig	4.0%	8.0%	6.0%
	Manchmal	13.0%	22.0%	17.5%
	Selten	12.0%	24.0%	18.0%
	Nie	71.0%	46.0%	58.5%
Wie oft hat der/die Interviewte Diskriminierung aufgrund des Alters erlebt? (H7.2)	Häufig		3.0%	1.5%
	Manchmal	10.0%	20.0%	15.0%
	Selten	16.0%	28.0%	22.0%
	Nie	74.0%	49.0%	61.5%
Wie oft hat der/die Interviewte rassistische Diskriminierung erlebt? (H7.3)	Fast ständig	3.0%		1.5%
	Häufig	20.0%	2.0%	11.0%
	Manchmal	34.0%	17.0%	25.5%
	Selten	22.0%	26.0%	24.0%
	Nie	21.0%	55.0%	38.0%
Wie oft hat der/die Interviewte Diskriminierung aufgrund der Religion erlebt? (H7.4)	Fast ständig	4.0%		2.0%
	Häufig	21.0%	2.0%	11.5%
	Manchmal	29.0%	6.0%	17.5%
	Selten	20.0%	17.0%	18.5%
	Nie	26.0%	75.0%	50.5%
Wie oft hat der/die Interviewte Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe erlebt? (H7.5)	Fast ständig	2.0%	1.0%	1.5%
	Häufig	6.0%	1.0%	3.5%
	Manchmal	9.0%	4.0%	6.5%
	Selten	10.0%	8.0%	9.0%
	Nie	73.0%	86.0%	79.5%
Wie oft hat der/die Interviewte Diskriminierung aufgrund des Wohnorts erlebt? (H7.6)	Fast ständig	1.0%		0.5%
	Häufig	3.0%	8.0%	5.5%
	Manchmal	10.0%	15.0%	12.5%
	Selten	14.0%	19.0%	16.5%
	Nie	72.0%	58.0%	65.0%
Gesamt	%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	100	100	200

Tabelle 29. Von welchen Personen/Organen wurden dem/der Interviewten Vorurteile aufgrund der Religion entgegengebracht? (H8)

	Religion	
	Muslim	Nicht-Muslim
In einer örtlichen Arztpraxis	13.0%	1.0%
Im örtlichen Krankenhaus	14.0%	1.0%
In einer örtlichen Schule	11.0%	1.0%
Vom örtlichen Stadtrat	6.0%	0.0%
Von einem Vermieter oder einer Vermietungsagentur	11.0%	1.0%
In einem Geschäft in der Nähe	10.0%	4.0%
In öffentlichen Verkehrsmitteln	23.0%	0.0%
Von Fluglinien-/Flughafenangestellten	10.0%	2.0%
Von den Gerichten	4.0%	0.0%
Von der Polizei	13.0%	1.0%
Von den Einwanderungsbehörden	7.0%	0.0%
Von irgendeiner Person auf der Straße	38.0%	3.0%
Von keiner der genannten Stellen	27.0%	89.0%
Gesamt	100	100

Abbildung 14. Wie stark fühlt sich der/die Interviewte zum Bezirk zugehörig? (D4)

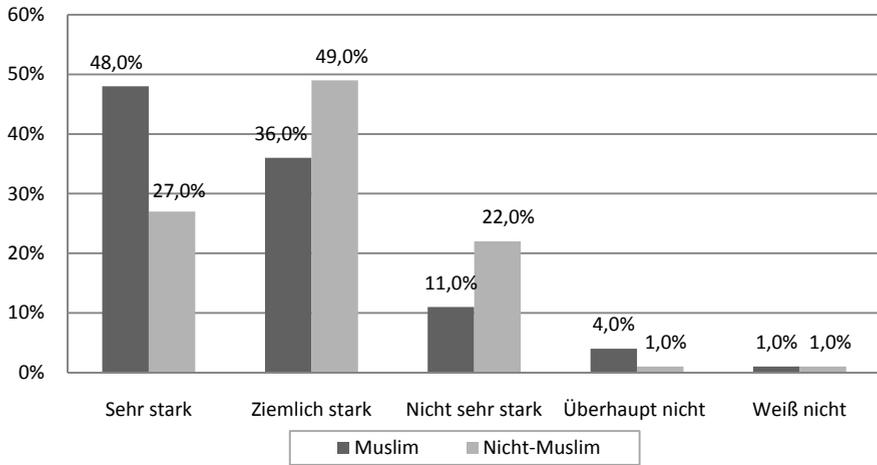


Abbildung 15. Wie stark fühlt sich der/die Interviewte zur Stadt zugehörig? (D5)

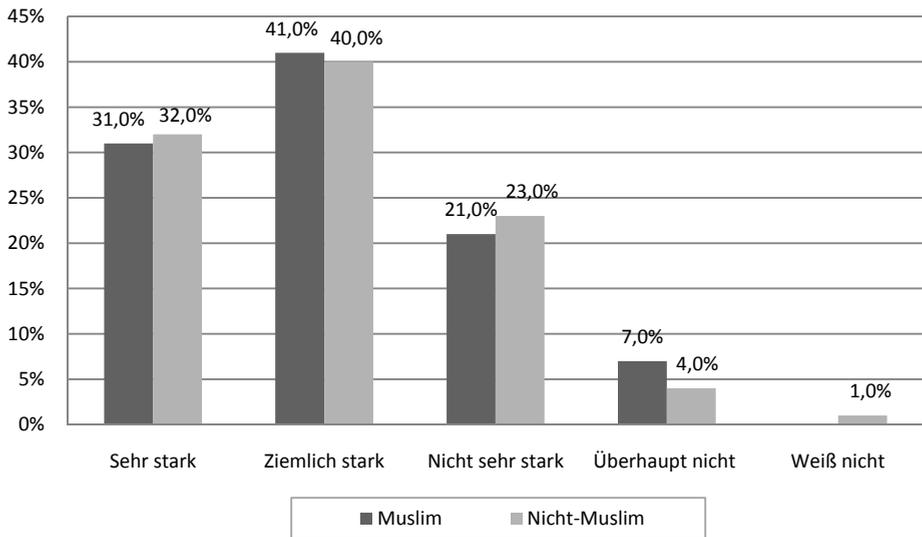


Abbildung 16. Wie stark fühlt sich der/die Interviewte zum Land zugehörig? (D6)

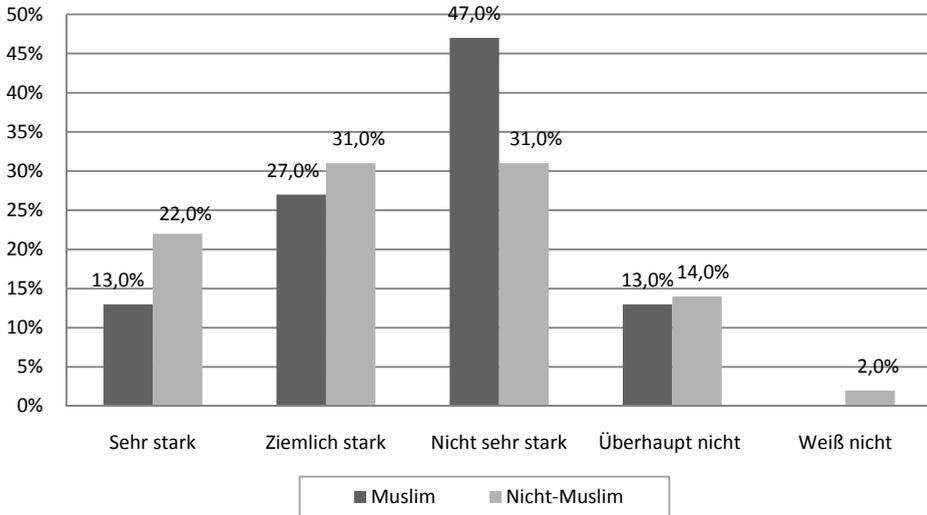


Abbildung 17. Muss mehr getan werden um Menschen verschiedener Herkunft dazu zu ermuntern, untereinander Kontakt zu haben (E3)

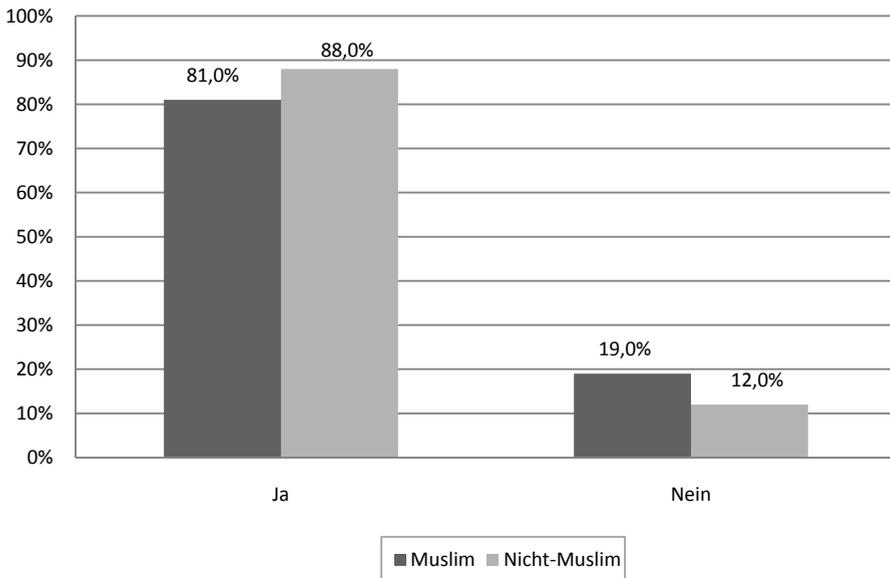


Abbildung 18. Fühlt sich der/die Interviewt an irgendwelchen Orten in dem Bezirk oder der Stadt unwohl? (E4)

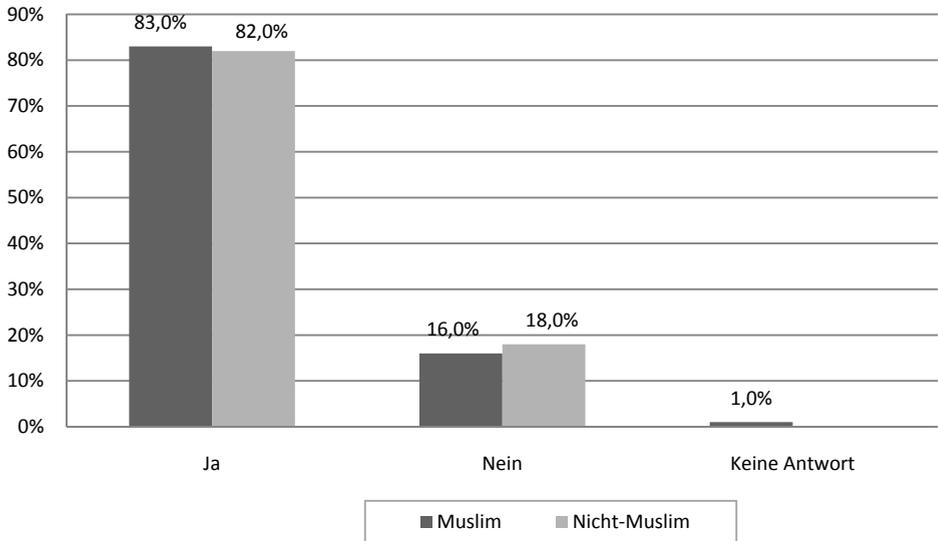


Abbildung 19. Aktivitäten im Bezirk (F5)

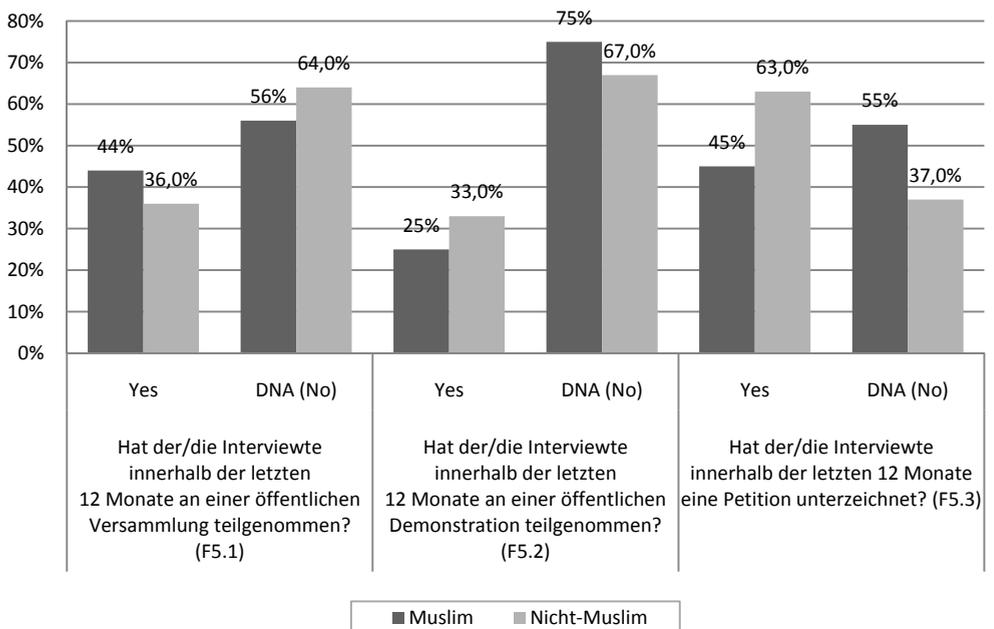


Abbildung 20. Hat der/die Interviewte das Gefühl, Entscheidungen, welche die Stadt betreffen, beeinflussen zu können? (F8)

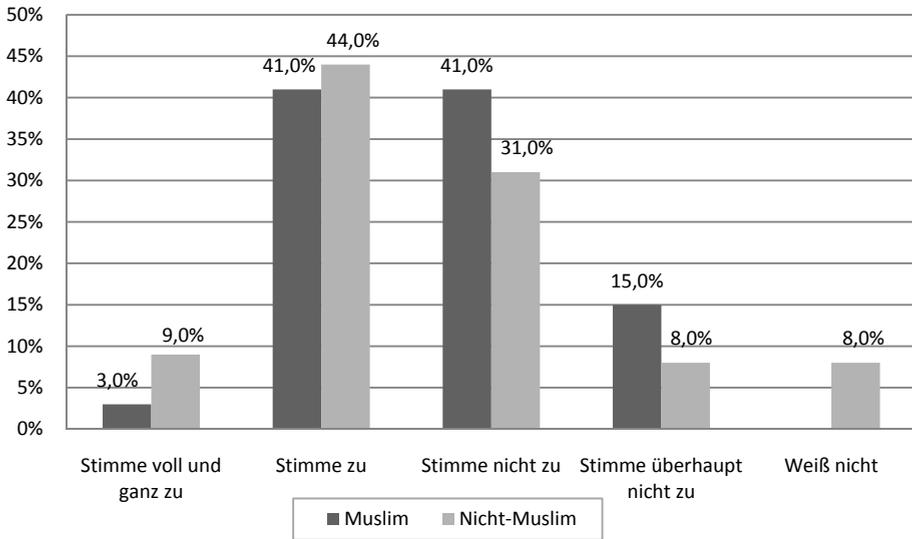


Abbildung 21. Hat der/die Interviewte das Gefühl, Entscheidungen, welche das Land betreffen, beeinflussen zu können? (F9)

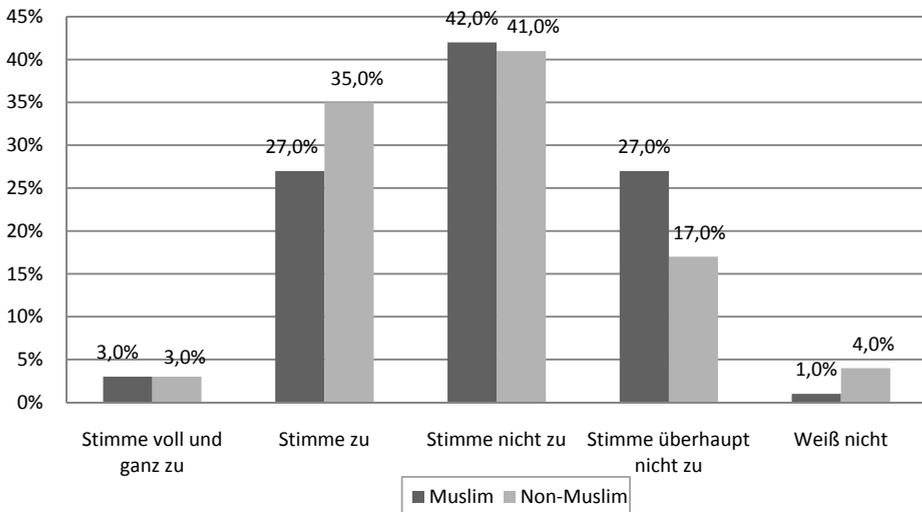


Abbildung 22. Hat sich der/die Interviewte innerhalb der letzten 12 Monate zivilgesellschaftlich engagiert? (F10)

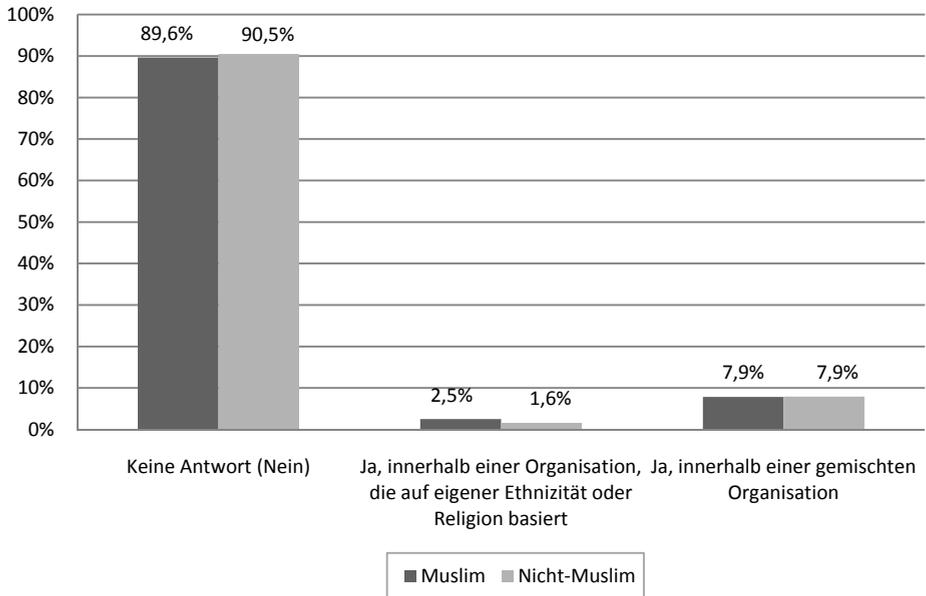


Abbildung 23. Derzeitige Menge an rassistischen Vorurteilen im Land (H1)

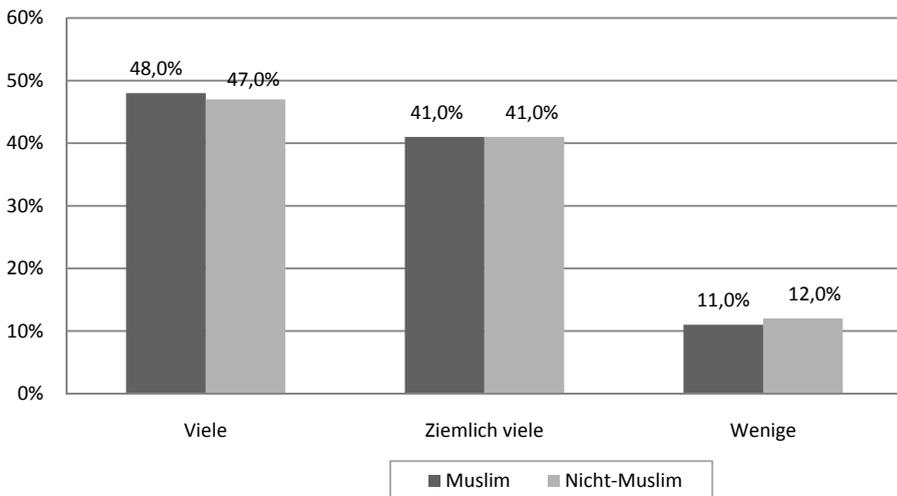


Abbildung 24. Vergleich vergangener und derzeitiger Menge an rassistischen Vorurteilen (H3)

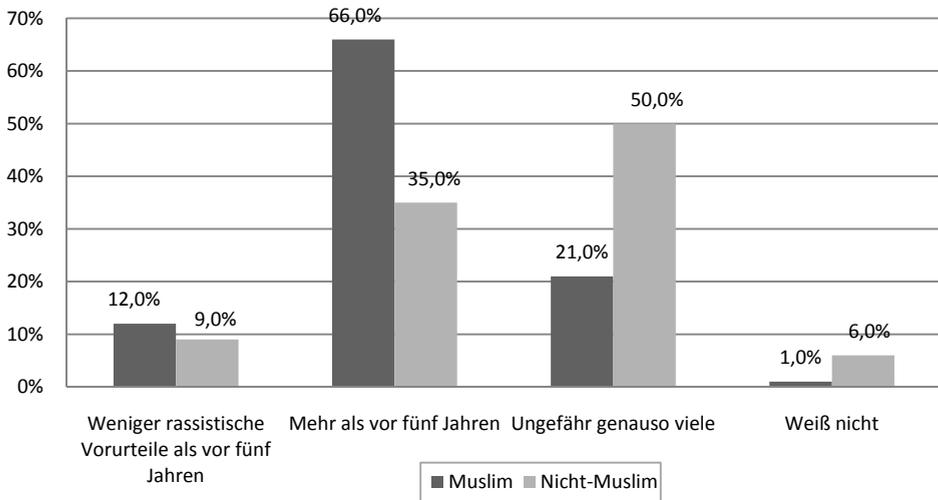


Abbildung 25. Derzeitige Menge an religiösen Vorurteilen im Land (H4)

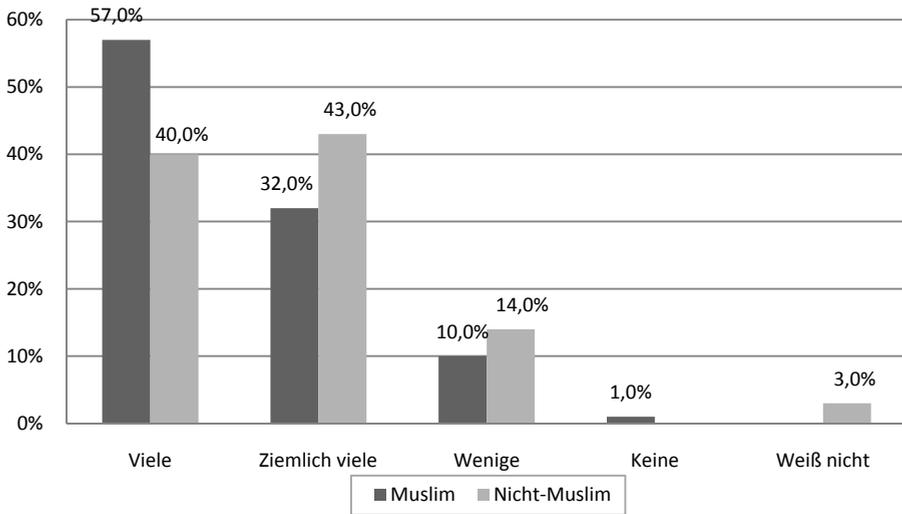
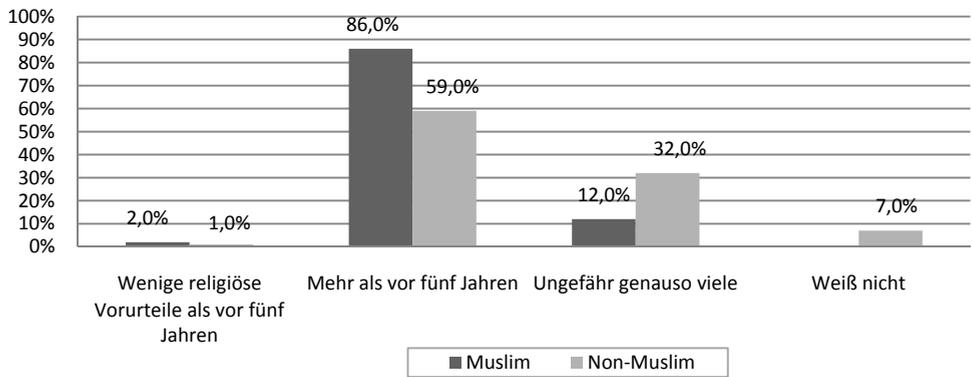


Abbildung 26. Vergleich vergangener und derzeitiger Menge an religiösen Vorurteilen (H6)



Ob Bürger oder Einwanderer, hier geboren oder neu zugewandert, Muslime stellen eine wachsende und vielseitige Bevölkerungsgruppe dar, die Herausforderungen, aber auch Chancen für Europa bietet. Am Umgang mit solchen Minderheiten sowie der Gleichberechtigungsgarantie für all seine Bürger in einem Klima von schnell expandierender Vielfalt wird sich Europas Bekenntnis zu einer offenen Gesellschaft beweisen müssen.

Das Projekt “At Home in Europe”, eine Initiative des Open Society Institute, begegnet diesen Herausforderungen mit Kontroll- und Lobby-Aktivitäten, welche die Situation von Muslimen und anderen Minderheiten in Europa erforschen. Einen wichtigen Teil des Projektes stellt diese Berichtsreihe über Muslime in den 11 europäischen Städten Amsterdam, Antwerpen, Berlin, Kopenhagen, Hamburg, Leicester, London, Marseille, Paris, Rotterdam und Stockholm dar. Ziel der Berichte ist ein besseres Verständnis der Bedürfnisse und Bestrebungen unterschiedlicher muslimischer Gemeinschaften. In diesem Sinne wurden unterschiedliche politische Ansätze in ausgewählten Städten im Hinblick auf die Förderung oder Behinderung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe von Muslimen untersucht.

Durch die Förderung eines neuen Dialogs und neuer politischer Initiativen in Zusammenarbeit mit Vertretern muslimischer Gemeinschaften, lokalen Verwaltungen sowie internationalen politischen Akteuren versucht “At Home in Europe“ die Teilhabe von Muslimen an den und ihre Einbeziehung in die Mehrheitsgesellschaften zu verbessern, ohne dass diese für ihre Identität wichtige kulturelle, sprachliche und religiöse Praktiken aufgeben müssen.

